

Willy Klages

**Die Geheimorganisationen
des globalen
NWO-Terrorimperiums**

**2.000 Jahre Gewaltherrschaft
der
Antichristen
von Juli
bis 14. November 2020**

NWO-Sonderheft Nr. 123



**2.000 Jahre Gewaltherrschaft
der
Antichristen
von Juli bis zum 14. November 2020**

NWO-Sonderheft Nr. 123

Terror der Antichristen vom 01.07.2020-14.11.2020

<u>Inhaltsverzeichnis</u>	Seite
Berichte und wissenschaftliche Publikationen über die Gewaltherrschaft der Antichristen von Juli bis zum 14. November 2020	2-95
Hinweise für den Leser Quellen- und Literaturnachweis	96

Berichte und wissenschaftliche Publikationen über die Gewaltherrschaft der Antichristen von Juli bis zum 14. November 2020

Die Sprache wurde dem Menschen gegeben, um zu widersprechen. <i>Karel Capek (1890-1938, tschechischer Schriftsteller)</i>
--

2020

Auf der Webseite "<https://kenfm.de> ..." des deutschen Journalisten Ken Jepsen erschien am 1. Juli 2020 folgender Bericht über den NWO-Klassenkampf (x1.014/...): >>>**Demokratie statt Kampf oder: Marx' Irrtum**

Ein Kommentar von *Rüdiger Lenz*

Der Gebrauch der Vernunft ist für die Menschheit noch zu unvollkommen, um die Gesetze des Unbewußten enthüllen zu können und besonders, um es zu ersetzen. Der Anteil des Unbewußten an unseren Handlungen ist ungeheuer und der Anteil der Vernunft sehr klein.

Gustave Le Bon

Klassenkampf statt Querfront

Ein großes Laken wurde entfaltet, auf dem stand groß und fett zu lesen: Klassenkampf statt Querfront, kurz nachdem ein Anschlag auf den Verleger und Friedensaktivisten Ken Jepsen verübt wurde. Wahrscheinlich waren die Frau und der Mann, die zusammen den Anschlag verübten, Mitglieder der Antifa oder einer anderen linksextremen Gruppierung, wie die Aufschrift ihres Lakens zeigte.

Ja, Querfront, das sind die anderen, die Feinde, und der Klassenkampf, das betrifft uns, die unterdrückten Lohnempfänger, mögen sie denken. Doch ist den meisten Menschen nicht bekannt, was Kampf überhaupt ist, was er bedeutet, wenn der heutige Mensch ihn im Kontext irgendeiner Partei, einer Idee, oder schlichtweg für seine guten Ziele einsetzt.

Ich werde hier die These aufstellen, daß der Kampf, in Form einer Gewaltabsicht und oder einer Verdrängung von Personen zu einem Gegenüber, oft auch gegen sich selbst - was er im Grunde immer ist, eher innere Motive der Kämpfer offenlegt, als daß ein solcher Kampf auch nur irgend etwas mit einer *guten Tat mittels Kampf* zu tun hat. Kampf ist immer ein Überträger, ein Mittler von Gewalt- und Unterdrückungsabsichten. Gleichfalls werde ich hier darlegen, daß sich der Begründer der Klassenkampf-These, Karl Marx, ganz gründlich geirrt hat dabei, dazu aufzurufen, daß man mittels eines Kampfes der Klassen vom einfachen Arbeiter

nach ganz oben in die Regierungsführung gelangen kann, ohne dabei selbst zum Massentäter zu werden.

Natürlich kann man sich bei einem solchen Kampf einbilden, man könne über Leichen gehen, ohne diese Leichen dabei zu bemerken oder sie als notwendiges Übel für die gute Sache abzutun. Lenin und Trotzki waren in diesem Sinn Massenmörder im Auftrag ihrer Definitionen vom Sieg des Proletariats. Schaut man aber näher und tiefer in deren Verhalten hinein, entpuppen sich beide als Nutzer der damaligen Revolution, um ihre jeweils innere Gestörtheit in die Welt hineinzuprojizieren. Aber das will ich hier nur kurz erwähnen und nicht tiefer darlegen.

Warum die Regierung über der Wahrheit steht

Kampf ist das Endergebnis eines Verhaltens, das wir als Durchsetzung von Interessen kennen. Du mußt dich durchkämpfen, bis zum Erfolg, ist eine Devise in unserer Gesellschaft, die so gut wie jedem mitgeteilt wird, um im Wettbewerb der Interessen, seine eigenen durchzusetzen und so Erfolg, sprich Karriere und Geld zu bekommen. Jeder soll schließlich Teil der Wohlstandsgemeinschaft sein.

Ohne Kampf Erfolg zu bekommen, ist den Menschen in unserer Gesellschaft ein Unding. Kampf ist die Wesenheit unseres Systems und spätestens ab Schulbeginn ist jeder von uns via Noten dazu verdammt, dem Kampf im eigenen Leben einen Hauptplatz einzuräumen. Wer das nicht tut, nicht will oder nicht kann, der wird später zum großen Berg der Verlierer gehören. Wer sich durchsetzt wird gewinnen.

Was bei alledem aber so gut wie vollkommen vergessen wird, ist die Frage danach, was dieses Verhalten in uns konditioniert hat und mit welcher Wahrheit wir den Kampf bedampft haben. Beantwortet man diese Fragen, so kommt man dahinter, daß der Kampf von uns allen unsere gesamten Probleme verursacht hat, die wir heute haben.

Ein Professor Drost ist in seinem Kampf gefangen, und zwar so ganz grundsätzlich mit seiner Welt, daß er das tun muß, was er gerade tut. Er ist ein gutes Beispiel für mich, wie der Kampf zum Wahn über die Wahrheit siegen kann. Das gilt auch für Frau Merkel oder Herrn Spahn. Aber es gilt ganz sicher für Millionen solcher Menschen, die sich selbst als Elite oder als ganz oben angekommen betrachten und die Geschicke dieser Welt lenken können. Ausnahmen wird es geben, aber diese bestätigen allenfalls nur die Regel.

Die Regel heißt: Meine Durchsetzung steht über der Wahrheit aller. Wer das nicht glaubt, der schau sich explizit die beiden Seiten der jetzigen Mikrobendiktatur an. Die Regierung steht über der Wahrheit. Das ist keineswegs ein Einzelfall, dieser Vorgang ist eher die Regel, weil kranke, desorientierte innere Zustände stärker als die Einsichten sind, die in derselben Situation zu einer ganz anderen Sichtweise führen würden und die Lüge der Macht entlarven würden.

Das gefährlichste Lebewesen ist der Artgenosse

Wenn wir an Kampf denken, dann denken viele an einen Boxkampf, einen Wahlkampf oder an die Fußball-Bundesliga-Spiele. So gut wie alle Kampfarten, die wir in der Zivilisation entwickelt haben, sind völlig gekünstelte Varianten von dem Kampf, den uns die Evolution in die Wiege gelegt hat.

Dieser ganz natürliche Kampf zurrte sich an die vorhandenen Ressourcen und wenn diese knapp wurden, und zwar aus natürlicher Notwendigkeit heraus knapp wurden, dann wurde um eben diese Ressource gekämpft, was selten vorkam und die jeweilige Art nie zu groß werden ließ. Ein Freißfeind, der seine Beute jagt, kämpft nicht um die Beute, er tötet sie so schnell und effektiv wie nur irgend möglich, wozu die Natur diesen Jägern spezielle Verhaltensorgane entwickeln ließ.

Die in der Natur am häufigsten vorkommende Art des Kämpfens ist die der Scheinkämpfe, der sogenannten Kombatkämpfe. Bei ihnen geht es um das Revierverhalten oder das Ergat-

tern möglichst vieler Weibchen.

Die Evolutionsforscher sagen: Das gefährlichste Lebewesen für ein Lebewesen ist stets der Artgenosse, nicht der Jäger, der einen vielleicht fressen will. Daher hat die Natur es so eingerichtet, daß Balzkämpfe und andere Arten des natürlichen Kämpfens sich entwickeln und jeweils unterschiedlich etablieren konnten, um, ohne sich gegenseitig zu töten, den Attraktiveren oder Stärkeren zu ermitteln; was den Arterhalt am besten sicherte.

Denn es wäre höchst ineffizient für die jeweilige Art, sich gegenseitig dabei zu töten, da das die Art aussterben lassen könnte. Mir ist klar, daß hier viele Leser den Begriff des Kampfes nicht so differenzieren und beschreiben, wie ich, der Autor das bisweilen gewohnt bin.

Der Kampf der Welten

Der Mensch aber hat diese Version des natürlichen Kampfes bis heute vollständig pervertiert. Mag er vor vielen Jahren noch über den Wetteifer (Breitensport) versucht haben, seine Fähigkeiten bestens zu optimieren, um Vorteile zu bekommen. So ist der Kampf heute über das globale Finanzwirtschaftssystem zu einem Schuldentilgungsmittel-Wettbewerb geworden, in dem jeder, der geboren wird, in dieses Schuldgeld-System hineingeworfen wird.

Der Druck, etwas zu werden und zu bekommen, ist immens gestiegen und dieser Druck steigert sich von Generation zu Generation immer weiter. Der heutige Mensch ist dadurch derart intensiv von sich und seiner wahren Natur entfremdet, daß er dadurch, daß er nicht mehr artgerecht aufwachsen kann, mehrfach traumatisiert und voller Konflikte mit der künstlichen Welt, der Kulturwelt, verschränkt ist.

Zum Einen wird er so erzogen, daß er seine Empathie zu sich und zu den anderen verliert und nur zu funktionieren hat, und zum Anderen entsteht dadurch in seinem Inneren eine Fehldeutung über sich, der eigenen Innenwelt und die Beziehung zum Natürlichen, der äußeren Welt, ganz allgemein. Das beide Seiten, Innenwelt und Außenwelt, eine ihn ausmachende Realität bedeutet, hat der zu funktionierende Mensch schon vor langer Zeit vollständig verloren und ist in den Kampf dieser beiden Welten gegen sich selbst eingestiegen.

Gewinner wurde die Außenwelt, degradiert zum Materialismus, der nun alles zu Automaten seiner Bedürfnisse umformte. Rene Descartes, der Begründer dieser Philosophie entzweite den Geist von der Materie, da er den Tod als Ketzer fürchtete und beging damals einen Kompromiß mit der Kirche, womit er den Urtypen des menschlichen Kampfes gegen sich selbst bis heute festzementierte. Hier entstand zum ersten Mal eine feste Theorie über den zu funktionierenden Menschen als eine Maschine.

Die ganze Welt wurde als eine Maschine betrachtet und ihre Einzelteile, Tiere, Menschen, Pflanzen wurden so zu Teilen, die man reparieren könne. Dieses Denken führte zu dem Mikrobiologen Louis Pasteur, der den Unsinn von den todbringenden Keimen in der Luft begründete und so auch die Theorie von den Viren erfand, die man bekämpfen müsse. Pasteur war ein führender Mediziner, aber auch ein Betrüger, genau so auch sein Kontrahent in Deutschland, Robert Koch. Beide erfanden Seren, die sie als vielversprechend anpriesen, um Staatsgelder zu erhaschen, doch war ihre Medizin Scharlatanerie.

Das Eins-Sein von Geist und Materie wieder zu entdecken, nennt der Mensch entweder Religion oder Spiritualität. Der Mensch erfährt also seit Jahrhunderten eine doppelte Entfremdung. Das ist wichtig, will man verstehen, wie der Kampf den heutigen Menschen vollständig dominiert und wieso der heurige Mensch fest daran glaubt, daß dieser Lebenskampf völlig normal sei. Er ist Teil seiner normapathischen Störung.

Zum einen kämpft der heutige Mensch somit gegen seine eigene innere Natur ständig an und zum Anderen hält er den Kampf um Karriere, Geld und sein Überleben in der Außenwelt für ein vollständig normales Verhalten. Daß er zum Einzelkämpfer konditioniert wird, Zeit seines Lebens auch weiter dahin optimiert wird, wird ihm in der Regel niemals klar. Er ist denaturiert von sich und seiner Horde.

Zusätzlich steht er als Einzelkämpfer im Überlebenskampf mit sich selbst, was ihn zu einem Narzißten und einem Kämpfer gegen alle konditioniert hat, die es ihm gleich tun wollen. Die interessante Frage in diesem Zusammenhang ist, ob diese Spaltung ihn in die heutige Zerrissenheit geführt hat, oder ob er mittels seines Freien Willens in diese heutige Zerrissenheit gegangen ist? Anders gefragt:

Hat sein selbst konstruiertes Milieu den Menschen geformt oder formt der Mensch seine Umwelt / Kultur - bis heute? Heute weiß man beispielsweise, daß nicht der Mensch seinen Ackerbau und seine Viehzucht domestizierte, sondern umgekehrt, daß die Pflanzen und das Fleisch den Menschen domestizierten.

Glück gehabt

Egal wie man es nimmt: In diesem System ist jeder dem anderen ein Wolf, wie Francis Bacon es einmal formuliert hat. In der Literatur der Soziologie und der Psychologie sind diese Beispiele häufig vorzufinden. Der Arzt und Psychiater Hans-Joachim Maaz hat dieses Problem zum Hauptthema seines Buches "Das gespaltene Land" gemacht. Wobei er themenspezifisch von der inneren und der äußeren Demokratie schreibt.

Sein treffender Begriff der Normopathie dazu zeigt, wie wir die äußere Normalität zu einer inneren individuellen Überlebensstrategie wandeln, uns also dementsprechend anpassen und weswegen wir blind geworden sind, unsere Verunmenschlichung dabei noch zu erkennen. Kampf, naturgebunden, also als eine sekundäre Strategie zu verstehen, ist nichts Krankes. So angewandt wäre der Kampf völlig normal. Doch der Mensch hat durch seine Zweifachspaltung, nach innen zu sich und nach außen zur Welt, den Kampf zu einem primären, also alles entscheidenden Entwurf seiner Überlebensstrategien, gemacht.

Der Mensch überlebt, aber er lebt nicht sein Leben - zumindest in der ganz großen Mehrheit ist das so. Und so entstanden dann auch alle sogenannten Umweltprobleme, in denen sein Überleben überdeutlich repräsentiert ist. Dadurch ist der Mensch getrieben, ständig neue Welten zu erschaffen, was ihn an seinen stärksten Motor bindet, der Korporation, die sein größtes Schicksal ist, der Faschismus in seinen vielen Farben. Ich nenne dies das Noah-Syndrom. Gleich Noah aus der Bibel muß der Mensch ständig neue Horizonte erschaffen, um sein Überleben zu garantieren. Aus der Arche ist heute die NATO erwachsen.

Der Mensch kämpft heute ganz anders, als es ihm die Natur eingegeben hat. Heute projiziert der Mensch seine Zweifachspaltung in einen Gegner hinein, den er sich zum Feind macht und glaubt, er habe nun ein Anrecht darauf, gegen diesen Feind anzukämpfen. Nimmt man die Umweltprobleme dazu, so kämpft der Mensch gegen die Umwelt, die Mitwelt, ja gegen die kosmischen Gesetze seiner eigenen Natur an.

Diese ganzen Kämpfe nennt der zivilisierte Mensch eine gute Tat und er setzt diesen Feind in einen Rahmen, einen Frame mit bestimmten Worten fest. Möglichst teuflisch soll der Begriff sein und möglichst viel Unmenschlichkeit soll dieser Begriff transportieren und suggerieren können. In der Gruppe wird sich ritualisiert aufgepeitscht und danach der Feind bekämpft. "Klassenkampf statt Querfront" und schon ist der Polenböllner geworfen, der Brandbeschleuniger dazu geworfen.

Nur das Glück, das ja bekanntlich mit den Tüchtigen ist, hat Ken Jebsen davor bewahren können, daß ihm womöglich sein Sprunggelenk zerfetzt wurde, das dem Helfer auf der Bühne nicht seine beiden Hände von der Sprengkraft abgetrennt wurden. Die Projektionen kommen und gehen, weil sie allesamt verletzte Kinder ihrer Doppelentfremdungen geworden sind. Und die Projektionsflächen sind so mannigfaltig, daß sie sich selbst fast schon perpetuieren.

Kampfmodus Doppelentfremdung

Über Erziehung und Bildung wird heute diese Doppelentfremdung herbeigeführt und sie wird von herrschenden Strukturen perfide ausgenutzt und möglichst beibehalten. Einer psychischen wie auch medizinischen Heilung zum natürlichen Ursprung aller der innewohnenden Kräfte und

Energien wird möglichst ausgewichen und die Doppelentfremdung der Menschen nach Möglichkeit verhärtet.

In so gut wie allen Bereichen zivilisatorischen Lebens der Menschen wird peinlichst auf eben diese Unordnung geachtet und Probleme am laufenden Band produziert und von der Allgemeinheit auch für normal gehalten. Wohinein der noch junge Mensch wächst, das nennt er fortan Realität und wird diese nur selten komplett hinterfragen. Anpassung, sein biologisches Erbe, wird ihm nun in der Zivilisation selbst zum Verhängnis. Kriege und oder Krisen werden als Normalzustand erlebt und auch für solche gehalten.

Der einzelne Mensch ist sich selbst gegenüber viel zu gefährlich, daher benötigen alle Führung, und zwar von A bis Z, darauf wird er konditioniert, was in seiner Sprache Bildung heißt. Was dabei unbemerkt bleibt, ist, daß jeder Einzelne, der so im Überlebensmodus dahinvegetiert gar nicht mehr fühlt, daß er sich im ständigen Kampfmodus um eben diese eigene Doppelentfremdung befindet.

Die Seele, seine geistige Welt und sein Körper, sein wahres Zuhause, sind ihm fremd geworden. Seine Seele ist spirituell wurzellos geworden, sein natürliches Erfühlen der Welt ist ihm abhanden gekommen, seine natürliche Beweglichkeit findet erstauntes Raunen nur noch im Spitzensport und der Akrobatik. Der angepaßte Mensch ist es nun gewohnt, alle, die dieses Naturfühlen wiedererlangen, für wahre und große Spinner zu halten.

Akrobatik der Seele, des Fühlens und des Verstandes braucht er nicht mehr, denn, so ist es ihm beigebracht worden, das können für ihn die zahlreichen Experten, die, so wird ihm in den Bildungseinrichtungen vorgegeben, alles nur zu seinem Wohle tun.

Das Gleiche sagt er bei Menschen, die sich ganz anders als er ernähren, die er deswegen auch für krank erkennt. Auch wer anderes denken kann oder die Welt in einem anderen Kontext als im gängigen normopathischen Wahn denkt, fühlt und erkennt, wird so als Aussätziger, als Spinner und kranker Geist erkannt, der nun als vogelfreier aller Doppelentfremdeter für deren Projektionen herhalten darf.

Was heute mit Nazi, Neurechts, Querfront, Antisemit oder Holocaustleugner seiner Bestimmung zugeführt wird. Nur wer normopathisch lebt, ißt, denkt und liebt, wird als richtig erkannt und als seinesgleichen empfunden. Diese Norm(opathie) ist für alle Normopathen das Himmelreich der jeweiligen Peer Group, der Partei- und Ideenzugehörigkeit. Das sie sich selbst im denaturierten Doppel-Entfremdungs-Modus befinden und deshalb alles natürliche ablehnen müssen, vor allem dem wahrhaft natürlichen Menschen, der, der sich selbst wieder indigenisierte Mensch, ist ihnen noch unmöglich, selbst zu erkennen.

Kampf gegen die Lichtträger

Der Denunzierte ist oftmals das, was ich einen Spiegelträger nenne, einer, indem ein Normopath seine wahre Natur und Bestimmung irgendwie rudimentär erkennt, aber sich dabei derart erschrickt, daß er sein Erschrockensein wieder auf den zu Denunzierenden wirft. Bei vielen wird dabei eine Art Dauerschleife des Denunzieren müssen in Gang gesetzt, erkennen solche doch auf Dauer ihre eigene Mittelmäßigkeit, obwohl sie allen Ortens dazu bemüht sind, sich zur Oberklasse des Denkens und Verstehens zu sehen.

Und dann kommt einer wie Ken Jebsen daher, der das bei viel zu vielen klarstellt und schlagartig zerstört. Viel Feind, viel Ehr. Minderwertigkeitskomplexe können töten, wenn sie dürfen. Früher durften sie das, heute versucht man, die Ken Jebsens dieser Welt sozialwirtschaftlich völlig zu zerstören, mittels eines Hetz-Kampfes sehr vieler gegen einen Einzigen - was in Wahrheit höchst unmoralisch und unfair ist.

Doch wenn dieselben Menschen sonntags ihre affektgeladenen Reden schwingen, halten sie die Fähigkeiten und Lebensweisen der Ken Jebsens dieser Welt ganz ganz hoch. Das tun sie immer erst dann, wenn ein Ken Jebsen gestorben ist. Ich wette, das tun sie wieder, wenn Julian Assange gestorben ist. Dann halten sie so hoch, wie ihre Mäuler schreien und ihre Arme

ihn hochhalten können. Die Mittelmäßigen halten stets und seit Jahrtausenden zusammen im Kampf gegen die Lichtträger dieser Welt.

Der mißbrauchte Mensch

Der Klassenkampf ist die goldene Regel des marxistischen Himmelreiches und die Sozialisten und die Linken ganz allgemein. Sie glauben, weil Marx es ihnen vorgedacht hat und es für sie aufschrieb, daß sie gegen alle kämpfen müssen, um ein Ende des Kapitaldiktates zu erreichen. Daß wer das Kapital vernichten will, also den gesamten Finanzgeldverkehr, nicht bloß einen Ersatz neu erfinden muß, sondern viel mehr einen Bedeutungsgewinn für erfolgreich motiviertes Verhalten, der hat, Entschuldigung das ich das schreiben muß, von Tuten und Blasen keinerlei Ahnung.

Was wieder darauf hindeutet, daß es dem Klassenkämpfer auch gar nicht darum geht, eine heilende Gesellschaft zu errichten, sondern sein Inneres bloß nach außen zu kehren. Und so kommen diese Eingeschworenen nicht mehr auf andere Ideen, die es allerdings zahlreich gibt. Doch, so sind diese über seine Schriften gedrillt, ist jede andere Idee eine Ausgeburt des Denkens, die nur dem Kapital dienen kann, ergo eine boshafte Querfront genannt werden muß. Und so kommen diese Leute nicht auf den Fehler, den Marx selbst nicht sehen konnte, da zu seiner Zeit die Erkenntnisse der Seelenforschung nicht im Ansatz so weit fortgeschritten waren, wie sie es heute jedoch sind.

Wer kämpft, verschmiert bloß sein Verhalten mit seiner Doppelentfremdung und projiziert einen Gegner oder Feind, der aber in Wahrheit in ihnen selbst haßerfüllt wütet. Wenn also die Leute der Antifa beispielsweise so haßerfüllt gegen alle möglichen Demonstranten vorgehen, ohne zu wissen und zu begreifen, was diese wirklich wollen, dann dürfte auch hier klar sein, gegen wen sie wirklich schreien: gegen die, die ihnen diese Lebensschmerzen verursacht haben, was die Eltern, die Schule und die allgemeine doppelte Entfremdung mit ihnen angestellt haben.

Der Mißbrauch der Menschen durch die Zwangsangewöhnung an das ihnen beherrschende System wird von Generation zu Generation immer heftiger, so daß auch die individuelle Verdrängung dieses sehr schmerzhaften Prozesses ebenfalls immer früher und vehementer angegangen werden muß. Die Feindbild-Projektionen dazu, was wir alle bei der Black Lives Matter-Bewegung sehen konnten, werden immer zahlreicher und kurzsichtiger, ja irrationaler, was eine hohe Gefahr für das Gemeinwesen in sich birgt.

Zumal wenn die Regierung nicht verstehen will, was da wirklich geschieht. Das ist das Dilemma, das sie selbst nicht erkennen und jeden für ein Mitglied einer Querfront halten müssen, der ihnen sagt, daß sie sich in ihrem Verhalten irren, nicht aber in ihren Gefühlen, diese Gesellschaft abzulehnen.

Wir alle werden in unserer Gesellschaft auf fast allen Ebenen zutiefst mißbraucht. Und dies ein Leben lang. Wir alle werden in einer Dauerschleife des eigenen Überlebens gehalten, damit Herrschaft fortbesteht, Eliten uns lenken und Vorgaben machen können, eine kleine Kaste enormen Profit und Reichtum mit dem Mißbrauch der Menschheit machen können und einige sehr kranke Menschen uns auch noch einreden können, daß wir ohne ihr Geschick nicht alleine lebensfähig sind.

Die Mehrheit weiß über diese wahren Zusammenhänge nichts, will es auch nicht wissen und bleibt lieber in der irrationalen Haltung der Normopathie gefangen. Die Täter sitzen in den Banken, den Militärs, den Diensten, den politischen Ämtern, in der Justiz und fast überall dort, wo wir den Begriff der Elite verwenden. ...<<

[Der schweizerische Internetsender "Klagemauer.tv/16713" berichtete am 4. Juli 2020 \(x1.138/...\): >>>Phase 2 - ein DNA-Lockdown? Dann rette sich, wer kann!](https://www.klagemauer.tv/16713)

Sollte der gerade erzwungene Lockdown unserer Weltwirtschaft erst Phase 1 eines durchdachten Weltherrschaftsplanes sein, dann muß in Phase 2 mit einem weltweiten DNA-Lockdown

gerechnet werden. Was allerdings unter einem DNA-Lockdown zu verstehen ist, erklärt dieser Beitrag. Es rette sich, wer kann!

Jedermann weiß, daß wir Menschen nur noch etwa 10 % unserer Hirnleistung gebrauchen können. Niemand aber weiß, was genau uns seit Jahrtausenden den Zugang zu den übrigen 90 % versperrt - und vor allem durch wen. Wie jedoch ein Leben mit voller Hirnleistung aussehen könnte, demonstrieren Überbleibsel in sogenannten inelbegabten Menschen, sprich Savants: Kim Peek hat 12.000 Bücher nur ein Mal durchgelesen - und kann sie nun alle auswendig. Ein anderer Savant kann locker bis auf die 35. Stelle hinter dem Komma im Kopf rechnen. Stephen Wiltshire kann Rom detailgetreu aus dem Kopf nachzeichnen, nachdem man ihn nur 45 Minuten mit einem Flugzeug Rom überfliegen ließ.

Orlando Serrell und andere behalten ganze Kalender mit Tagesdetails über Jahrzehnte auswendig im Kopf, können ganze Telefonbücher auswendig lernen oder wie Christopher Taylor mit Leichtigkeit 20 Sprachen sprechen - oder sogar die Sprache der Tiere verstehen. Sogar Menschen mit Röntgenblick sind hier unten unterwegs.

Und die große Frage verbleibt: Wer zum Teufel blockiert all diese mächtigen Fähigkeiten in uns? Wo sind unsere 90 % Hirnleistung hingekommen? Schon vor 3.000 Jahren lüftete einer der weisesten Eingeweihten aller Zeiten ein prinzipielles Geheimnis, das uns weiterhelfen könnte. Er sprach: "Das, was gewesen, ist das, was wieder sein wird; und das, was geschehen ist, ist das, was wieder geschehen wird. Und es erhebt sich gar nichts Neues unter der Sonne." Wenden wir doch dieses Prinzip jetzt gleich einmal an:

Wir erkennen, daß an uns hochbegabten Menschen irgendwann durch irgendwen ein sehr erniedrigender Eingriff stattgefunden hat. Da sämtliche Fähigkeiten mit einer intakten DNA zusammenhängen, muß davon ausgegangen werden, daß irgendwann ein uns heute verborgener Eingriff in unsere DNA stattgefunden haben muß. Jüngste archäologische Funde beweisen, daß es schon vor Jahrtausenden hochentwickelte Kulturen wie etwa die Ägypter gab, die unserem heutigen technischen Stand weit überlegen waren. Wir könnten noch heute nicht annähernd solche Kunstwerke wie die Pyramiden errichten - wer etwas anderes behauptet, vertuscht.

Das Warum und Wozu lassen wir hier einmal weg. Wir stellen statt dessen die ableitende Frage zum voran enthüllten Prinzip "Was sein wird, war": Zeichnet sich irgendwo aufs Neue eine Art DNA-Tragödie ab? Ist irgend etwas in Sicht, was sich an der menschlichen DNA vergreifen will, sie beeinflussen oder verändern will? Und die unmißverständliche Antwort lautet: Ja! Bill Gates und die WHO propagieren gerade ihre neuste Impf-Entwicklung: Ihre neuen Impfstoffe sollen direkt in unsere DNA eingreifen. (www.kla.tv/16174)

Und dieses vage und wegen geforderter Eile völlig ungeprüfte Experiment wird der ganzen Welt zugemutet. Ein direkter Eingriff in die DNA sämtlicher Menschen - und zwar durch eine Pflichtimpfung - muß aber dringend verboten werden! Ob diese Zwangsverordnung überdies zu einem DNA-Lockdown in uns allen führt, wissen nur Gott und der Teufel. Eines ist sicher: "Das, was gewesen, ist das, was wieder sein wird!" ... Das würde bedeuten, daß die Menschheit schon einmal hoch entwickelt war und auf genau solch einem Weg ihre Höchstbegabung verloren hat: Dann hätte ein aufgezwungener Eingriff in ihre DNA zum Intelligenz- oder Fähigkeitsverlust der großen Masse um etwa 90 % geführt.

Wer könnte an solch einer Reduktion unserer geradezu göttlichen Begabung Interesse haben? Auch hier gilt das Prinzip "Was sein wird, das war schon einmal da". Es läßt sich leicht aus der Geschichte erkennen, daß schon immer herrschende Eliten Interesse an möglichst vielen billigen Sklaven hatten. Diese sollten nicht allzu intelligent sein, daß sie ihr Schicksal nicht selber in die Hand nehmen können. Aber auch nicht gerade zu dumm, daß sie sich doch selber versorgen und anpassen können.

Zu allen Zeiten bezeichneten gewisse Eliten ganz offen alle nicht zu ihrem Kreis gehörenden Menschen als "Tiere oder dummes Vieh". Heute beschaffen sich solche Eliten durch künstliche Intelligenz operierende Maschinen, die das profane Volk kontrollieren und überwachen sollen. In China rollen bereits Roboter durch Geschäftsräume und Straßen, die z.B. die Corona-Schutzmaßnahmen überwachen und von selbst eingreifen, wenn Menschen etwa den befohlenen Abstand nicht einhalten, keine Masken tragen, in zu großen Gruppen auftreten - und vielerlei mehr.

Bill und Melinda Gates propagieren indes zusammen mit ihrer WHO, daß es keine Normalität mehr geben werde, bis nicht die ganze Weltbevölkerung mit ihrem DNA-verändernden Impfstoff durchgeimpft sei. Was sagt uns das? Oder anders gefragt: Worauf könnte das hinauslaufen? Das bedeutet, daß demnächst ein Großteil der Menschheit auf noch weniger als 10 % verfügbare Intelligenz heruntergefahren werden könnte, um diese dann mittels künstlicher Intelligenz, d.h. mit Robotern, zu hüten. Solch ein Horrorszenario könnte zum größten Sklavenhandel aller Zeiten ausarten. Schon heute herrscht nachweislich ein größerer Sklavenhandel als zu jeder vorangegangenen Zeit der Geschichte.

Nebst hunderten von Millionen 1-Dollar-Arbeitskräften, Frauenhandel, Sexsklaven und dergleichen denke man auch an die zahllosen Kinder der Dritten Welt, die tief unter der Erde in Erdlöchern nach Gold, Silber, Kobalt und dergleichen graben müssen. Was wieder einmal wie Science-Fiction klingt, ist leider bittere Realität: Es will sich gerade eine neue Weltregierung mit ihrer neuen Welt-Ordnung durchsetzen - eine Weltregierung, die bereits ungeschminkt eine DNA-verändernde Zwangsimpfung angekündigt hat.

Rette sich also, wer kann! Der einzige Weg, wie es allerdings noch zu einer Rettung kommen kann, ist der, daß Sie Sendungen wie diese weitflächig verbreiten und nicht aufhören, Ihre Mitmenschen darüber aufzuklären, was die neue Weltherrschaft der Big Pharma, sprich der Herrschsüchtigen der WHO, der Bill & Melinda Gates-Stiftung etc. erklärterweise gerade mit der gesamten Menschheit vorhaben. Verwenden Sie dazu sämtliches brauchbares Material aller freien, unabhängigen Aufklärer im Internet.<<

Der schweizerische Internetsender "Klagemauer.tv" berichtete am 29. Juli 2020 (x1.000/...):
>>**Dringender Weckruf: Corona-Impfung greift in DNA ein!**

... Nach monatelangen massiven Beschränkungen der Persönlichkeitsrechte sehnen sich viele Menschen wieder nach einem "normalen Leben", mit allen persönlichen Freiheiten. Der Schlüssel zu dieser Rückkehr liegt gemäß Bundesforschungsministerin Anja Karliczek nur in einem noch zu entwickelnden neuen Impfstoff.

Dafür will die Bundesregierung laut Tagesschau bis zu 750 Millionen Euro ausgeben. Unmißverständlich bringt es ein Eckpunktepapier der Bundesregierung auf den Punkt: "Die Corona-Pandemie endet, wenn ein Impfstoff für die Bevölkerung zur Verfügung steht." Diese absonderliche Definition zum Ende der Corona-Pandemie wirft die Frage auf: Übt der Impflobbyist Bill Gates möglicherweise doch mehr Einfluß auf die Regierung aus als offiziell zugegeben wird?

Dieser möchte nämlich laut ARD-Interview vom 12. April 2020 die gesamte Weltbevölkerung von 7 Milliarden Menschen gegen Corona durchimpfen. Allerdings mußte selbst Gates in einem Interview offen zugeben, daß er durch diese Corona-Impfung 700.000 Impfschadensfälle erwartet. Da bereits nach der "Schweinegrippe-Impfkampagne" viele irreversible Impfschäden, wie z.B. die Schlafkrankheit Narkolepsie, anerkannt werden mußten, dürfte diese Prognose weit untertrieben sein.

Wir bringen Ihnen heute einen dringenden Weckruf, der vor einer noch weit größeren Gefahr durch neuartige Impfstoffe gegen Coronaviren warnt, weil diese Impfstoffe direkt in die DNA des Menschen eingreifen. Diese sogenannten RNA-Impfstoffe könnten nämlich noch weit mehr als die von Gates bereits prognostizierten 700.000 Impfschadensfälle verursachen. Diese

Besorgnis wird von einer Vielzahl von Experten bestätigt.

Wir nennen hier nur zwei Beispiele: Dr. med. Wolfgang Wodarg ist Lungenfacharzt, langjähriger Leiter eines Gesundheitsamtes, SPD-Bundestagsabgeordneter von 1994-2009, langjähriger Vorsitzender des Gesundheitsausschusses im deutschen Bundestag, Initiator des Schweinegrippe-Untersuchungsausschusses Als Arzt und Gesundheitspolitiker sagt er: "Diese Impfung verändert den Menschen, der geimpft wird, genetisch.

Wir regen uns auf über genetisch veränderte Pflanzen und Tiere. Jetzt sollen wir durch solche Impfungen gentechnisch verändert werden ... Jetzt sollen Milliarden Menschen geimpft werden. Das ist völlig unverantwortlich. Ich kann den Menschen nur empfehlen: Lassen Sie ihre Kinder nicht impfen, lassen Sie sich nicht impfen mit einem so fahrlässig in kurzer Zeit hergestellten Impfstoff. Das ist Geschäftemacherei."

Professor Dr. Stefan Hockertz ist ein deutscher Wissenschaftler, Direktor des Instituts für Experimentelle und Klinische Pharmakologie und Toxikologie am Universitätskrankenhaus Eppendorf von 2003-2004; seit 2004 ist Hockertz selbstständig. Er erklärt die neuartige RNA-Impfung wie folgt: Es soll "freies genetisches Material ... in unsere Zellen direkt hineingebracht werden und dann von unseren Zellen abgelesen werden.

Dies bedeutet ganz klar eine gentechnologische Veränderung des Menschen. ...

Wir wissen insbesondere nicht, ob nicht auch in den Keimzellen, also den Eizellen der Frau oder den Spermazellen des Mannes, dieses genetische Material eingebaut wird und damit vererbt wird."

Offensichtlich wissen auch die Impfstoffhersteller um die Gefahr von Erbgutveränderungen, denn die Teilnehmer an der klinischen Erprobung dieser neuen "Gen-Impfstoffe" müssen sich zu einer strengen Schwangerschaftsverhütung verpflichten. Daß bei diesen unverantwortlichen "Gen-Experimenten" am Menschen nicht mit offenen Karten gespielt wird, zeigt auch die Tatsache, daß im Gentechnikgesetz Genveränderungen direkt am Menschen nicht verboten, sondern per Definition ausgenommen sind.

Daß der Gesetzgeber die Impfstoffhersteller bei empfohlenen oder verordneten Impfungen obendrein noch von jeglicher Haftung für Impfschäden an Leib und Leben der Bürger befreit hat, stellt einen politischen Skandal ohnegleichen dar.

FAZIT: Ein auf Gen-Manipulation basierender Impfstoff wird keinesfalls eine Pandemie beenden, sondern könnte eine dramatische menschliche Katastrophe auslösen. Genveränderte Lebensmittel sind als solche offen zu deklarieren und werden von der Mehrheit der Bevölkerung strikt abgelehnt.

Noch weit mehr Menschen würden eine Impfung rigoros ablehnen, wenn sie offen und transparent darüber informiert würden, daß diese direkt ihre eigenen Gene verändert. Hier wird definitiv eine rote Linie überschritten, denn die Bevölkerung ist nur deshalb arglos, weil die Massenmedien fast nie kritisch über Impfungen berichten. Die Gretchenfrage lautet daher: Warum klären die Massenmedien die Bevölkerung nicht über die Risiken dieser RNA-Impfung umfassend auf? Könnte dieses unverantwortliche Verschweigen bzw. Beschwichtigen gar durch Pharma-Werbeinnahmen erkaufte worden sein? ...<<

Der schweizerische Internetsender "Klagemauer.tv" berichtete am 8. August 2020 (x1.000/...): >>Die Weltherrschafts-Seuche

... Zahllose Seuchen haben uns schon heimgesucht: Malaria, Cholera, Gelbfieber und dergleichen, und dann als schlimmste - die Pest! Über Nacht brachte sie ganze Volksstämme oder Völker um. Doch jetzt gerade beschleicht uns eine Seuche, die noch schlimmer ist als der schwarze Tod - und nein, nicht schon wieder Corona - weit schlimmer:

Es ist eine spirituelle Weltherrschafts-Seuche - eingeschleppt durch eine brandgefährliche Weltherrschafts-Sekte. Wenn ihre Inkubationszeit um ist, sprich: wenn sie zum offenen Ausbruch kommt, wird sich die Menschheit nach den guten alten Zeiten des schwarzen Todes

zurücksehen. Denn die Pest machte kurzen Prozeß und raubte ihren Opfern über Nacht das Leben.

Die Weltherrschaftsseuche hingegen läßt ihre Opfer gezielt weiterleben und quält sie statt dessen stündlich und minütlich. Ihre Opfer haben zu wenig, um leben und zu viel, um sterben zu können. Darum ist deren Qual schlimmer als der Tod. Die Weltherrschafts-Seuche frißt sich schleichend durch sämtliche Lebensgebiete und kommt überall zum Ausbruch: so etwa durch Zwang zur Armut, durch systematische Enteignung, durch Entzug von immer mehr Menschenrechten, so etwa dem Recht auf körperliche Unversehrtheit, dem Recht auf Privatbesitz oder dem Raub von allerlei Freiheitsrechten; also tägliche Qualen durch immer mehr Einschränkungen, Über-Reglementierungen, immer mehr Überwachung bis zur vollständigen Erniedrigung unter den totalitären Sklaven-Staat.

Das Nutriment (Substanz, von der sich ein Lebewesen ernährt) der keimenden Weltherrschafts-Seuche ist unsere Freiheit, unser Besitz, unser Leben - sprich: ihre Macht nährt sich von unseren Verlusten, unseren Qualen, unserer Ohnmacht. Sie gleicht einem mutierten Vampir, der trotz Sättigung mit Blut seine Opfer anderweitig weiter quälen muß. Und niemand behaupte jetzt, daß es solche Kräfte unter dem Himmel nicht gäbe - und daß deren Inkubationszeit nicht bereits am Laufen sei. Wenn die Menschheit die Träger dieser Seuche nicht umgehend in Quarantäne-Haft nimmt, kommt es zum endgültigen Ausbruch dieser Seuche - sprich: zum Durchbruch einer satanischen Weltherrschafts-Sekte.

Woran erkennt man diese Sekte? In erster Linie am notorischen Lügen, Betrügen und Manipulieren. Sie erschleicht sich ihre Macht mit Argumenten des Volksschutzes, der Vorsorge, der Feindesbekämpfung und dergleichen. Dabei täuscht sie aber das Volk wie der Wolf das Rotkäppchen. Sie baut ihre Macht bedenkenlos auch auf frei erfundenen Behauptungen auf, die bis hinein in physikalische Unmöglichkeiten reichen. Wenn wir im Weiteren das weltweite Corona-Szenario gleichsam auf eine vorhandene Virulenz des Weltherrschafts-Virus hin testen, wollen wir damit keineswegs die Notwendigkeit staatlicher Risikoanalysen und Pandemie-Schutzmaßnahmen in Frage stellen.

Ganz im Gegenteil: Jede Regierung, die ihr Volk nicht schon prophylaktisch vor Seuchen und Pandemien schützen will, müsste als verantwortungslos und gefährlich gelten. Noch gefährlicher aber wären Regierungen, die ihre Risikoanalysen dazu mißbrauchen würden, um ihre eigene Macht oder die Macht übergeordneter Schattenmächte auszubauen. Daß aber genau dies im gesamten Covid-19-Szenario der Fall zu sein scheint, dokumentieren nachfolgende 8 Komponenten. Sie verdichten sich zu einem einzigen großen Anfangsverdacht:

1. Wir schreiben das Jahr 2009: Im Mai 2009 verändert die WHO die Pandemie-Definition in 2 wesentlichen Punkten: ARTE faßte die Änderung der Pandemie-Definition in einer Doku so zusammen: "Früher waren eine 'enorme Anzahl von Todesfällen und Erkrankungen' in 'mehreren Staaten' die Bedingung. Das ist heute nicht mehr so. Nun reicht zur Ausrufung einer Pandemie, daß sich die Erreger schnell und massiv in mindestens zwei der sechs WHO-Regionen ausbreiten. ... Wie viele Menschen weltweit sterben oder erkranken, ist kein Kriterium mehr für eine Pandemie." Aus der ARTE-Doku "Profiteure der Angst" Quelle: youtube.com, Doku | Profiteure der Angst - arte 2009, 27.03.2020.

Die Expresszeitung faßte dieses Ereignis in ihrer Ausgabe Nr. 32, erschienen im Mai 2020 mit den Worten zusammen: "Corona-Hysterie ohne Beweise. Die WHO als Wiederholungstäter". Wiederholungstäter darum, weil die WHO mit ihren Pandemie-Prophezeiungen wiederholt die Völker in Panik versetzt und in Milliarden-Defizite hineinmanövriert hatte. Quelle: Express Zeitung: (dito: www.kla.tv/16434).

Allein schon die öffentliche Zulassung einer Definitions-Abänderung war der blanke Wahnsinn. Bei weniger als 10 Infizierten Pandemie-Alarm zu schlagen gleicht doch dem Irrsinn, wie wenn man jeden Stammtisch mit seinen paar Rauchern mit einem Großaufgebot der Feu-

erwehr quittieren und gleich den nationalen Notstand ausrufen würde - "Rauchen ist tödlich hin oder her"!

Wir wären doch nie und nimmer jemals wieder frei. Reale Pandemien, wie etwa die Pest, forderten schon vor dem Flug-Zeitalter so rasant ihre Opfer, daß Schutzmaßnahmen jeder Art versagten. Entweder man war - aus welchen Gründen auch immer - resistent gegen diese Todes-Wellen, oder es war aus. Resistente konnten andererseits die Opfer des schwarzen Todes versorgen, pflegen und begraben, ohne selber angesteckt zu werden. So und nicht anders laufen wahre Pandemien ab - auch heute noch - ganz ungeachtet neuer Definitionen.

2. Wir schreiben das Jahr 2010: Nur ein Jahr nachdem die WHO die Pandemie-Definition verändert hat, erscheint eine Ausarbeitung der Rockefeller-Foundation, die auf 54 Seiten ein Horror-Virus-Szenario schildert, dessen Verlauf retrospektiv bis ins Detail mit unserer aktuellen Covid-19-Pandemie übereinstimmt. Nur ist dort anstelle von einem Lockdown mit all seinen verheerenden wirtschaftlichen Folgen von einem LOCKSTEP die Rede.

Wegen der Fülle dieser und auch unter Punkten 3-8 benannten Pandemie-Szenarien fügen wir hier nur gerade einige Original-Zitate des Rockefeller-Szenarios ein. Man behalte vor Augen, daß diese Zeilen schon 10 Jahre vor dem sogenannten "Ernstfall-Szenario" niedergeschrieben wurden.

Zitat Rockefeller-Foundation: "Die Pandemie hatte auch tödliche Wirkung auf die Wirtschaft: die internationale Mobilität, sowohl von Menschen als auch von Gütern kam zum Stillstand, der Tourismus wurde geschwächt und globale Lieferketten unterbrochen.

Sogar kleine lokale Geschäfte und Bürogebäude standen monatelang leer, ohne Mitarbeiter und Kunden. ... Chinas Regierung war nicht die einzige, die extreme Maßnahmen zum Schutz ihrer Bürger vor Risiko und Ansteckung ergriff.

Während der Pandemie bauten nationale Führungspersonlichkeiten auf der ganzen Welt ihre Autorität aus und auferlegten der Bevölkerung Regelungen und Einschränkungen zur Verminderung der Ausbreitung der Atemluft: vom obligatorischen Tragen der Gesichtsmasken bis zur Kontrolle der Körpertemperatur an den Eingängen zu Gemeinschaftsräumen wie Bahnhöfen und Supermärkten. Auch nach Abklingen der Pandemie blieben mehr autoritäre Kontrolle und Aufsicht der Bürger und ihrer Aktivitäten bestehen und intensivierten sich sogar". Zitat Ende.

Es lohnt sich, die ganzen Texte, auch jene der gleich nachfolgenden 3. Komponente herunterzuladen, aufmerksam zu studieren und mit der heutigen Realität zu vergleichen. Handelt es sich hier um göttliche Prophetie oder um eine Weltherrschaftsseuche? Quelle des ganzen Rockefeller-Textes:

https://www.facebook.com/permalink.php?story_fbid=1058911277829498&id=100011319073625 "Scenarios for the Future of Technology and International Development". <http://www.nommeraadio.ee/meedia/pdf/RRS/Rockefeller%20Foundation.pdf>

3. Nun schreiben wir das Jahr 2012: Die deutsche Regierung erarbeitet eine Risikoanalyse zum Schutz der Bevölkerung vor einer künftig zu erwartenden Covid-Pandemie und veröffentlicht sie in ihrer Drucksache 17/12051. Man traue seinen Augen nicht, denn das Ganze ist eine unverkennbare Fortsetzung, eine Vertiefung, eine noch bis ins Detail ausgearbeitete Version des Rockefeller-Szenarios. Um es gleich auf den Punkt zu bringen: In dieser 80 A4 Seiten umfassenden Risikoanalyse wird der gesamte Verlauf der gegenwärtigen Corona-Pandemie der Reihe nach bis ins kleinste Detail geschildert.

Nicht weniger als 10-mal ist da wörtlich die Rede von einem SARS-Coronavirus - kurz: (CoV), zu finden auf Seite 5, 58 und 59. Die Covid-Pandemie beginnt dort exakt mit ihrem Ausbruch in China, verbreitet sich via Tiermarkt in alle Welt. Dann folgen exakte Jahreszeit-Angaben, wann und auf welchem Weg das Virus bei uns in Europa eintrifft, welchen Verlauf es nimmt. Und all dies schon 8 Jahre vor dem heutigen Szenario! Dann aber auch der gesamte

Lockdown, den es hervorruft mit allen detaillierten staatlichen Auflagen von Quarantäne, Schutzmasken- und Meldepflicht und sämtlichem Drum und Dran, wie es uns seit Monaten über alle Medien befohlen wird - auch all das steht dort wörtlich geschrieben.

Das Ganze mutet beim Lesen an wie ein exaktes Drehbuch zu dem gerade weltweit laufenden Film. Nur, daß wir uns erst gerade bei der 1. Welle befinden, während es dort noch 2 weitere Wellen über mindestens 3 Jahre hinweg geben muß, bis dann ein geeigneter Pflicht-Impfstoff entwickelt sei.

4. Es gibt nur 2 Möglichkeiten: Entweder wurde dieser ganze Pandemie-Verlauf von einem Hochgrad-Propheten verfaßt, wie ihn die Welt noch nie gesehen hat, oder es hat sich der gesamte aktuelle Pandemieverlauf nach genau diesem Drehbuch zu richten - ausreichende Opferzahlen hin oder her. Ein starker Anfangsverdacht, daß sich der Pandemieverlauf genau dem Drehbuch anzupassen hat, ergibt sich durch folgende Tatsachen:

Was nämlich ganz und gar nicht mit dem Drehbuch übereinstimmt, sind die dort genannten Opferzahlen der Pandemie. Während das Drehbuch von weltweit vielen Millionen Covid-Toten spricht, die es trotz aller Sicherheitsmaßnahmen geben wird, bewegen sich die realen Todeszahlen allerorts in den Bereichen von 0 bis ein paar 1.000. Und diese verstarben laut Einspruch weltgrößter Virologen meist nicht an, sondern mit Covid-19.

Das Drehbuch aber droht mit weltweit zig Millionen zusätzlichen Todesopfern, sollten die behördlichen Sicherheitsvorschriften nicht genau eingehalten werden. Schweden und Weißrußland widerlegten diese Prognose ganz pragmatisch, indem sie sich einfach nicht an all diese Covid-Auflagen gehalten haben und trotzdem nur eine harmlose Grippewelle zu verzeichnen hatten. Und genau dies prognostizierten auch all jene Koryphäen unter den Virologen usw., die diese ganze Pandemie-Panik von Anfang an als Großbetrug einstufen.

Die vielleicht stärkste Bestätigung dieses Anfangsverdachts aber liefert besagte Risikoanalyse des Deutschen Bundestages mit ihren Verschonungs-Prognosen. Denn so, als könnte man einer Pestilenz befehlen, wovor sie halt zu machen hat, wird auf den Seiten 69-76 detailliert festgehalten, wer alles vor der kommenden Covid-Pandemie verschont werden wird. Zu den Verschonten gehören haargenau wieder all diejenigen, die bis anhin tatsächlich verschont worden sind.

Den Abschluß all dieser Aufzählungen bilden die Sektoren Medien und Kultur. Zitat: "Die Medien können ihre Berichterstattung weiter aufrechterhalten. ... In den Bereichen Kultur, Sport und Unterhaltung werden die Kapazitäten reduziert. Amtliche Bekanntmachungen, Empfehlungen und Verhaltensanweisungen werden durch die öffentlich-rechtlichen Medien übermittelt."

Und als Schlußpunkt die wohl erstaunlichste Prophezeiung in dieser 80-seitigen Risikoanalyse des Deutschen Bundestages: Man traut seinen Augen nicht, was dort auf Seite 76 unter dem Titel "symbolträchtige Bauwerke" wortwörtlich geschrieben steht: "Symbolträchtige Bauwerke sind von der Pandemie nicht betroffen."

Mit welchen Worten auch immer sich die Verfasser dieser Texte herausreden werden, der kritische Beobachter, der Lunte gerochen hat, versteht unter symbolträchtigen Bauwerken all jene Bauwerke, vor denen zum Beispiel all die tausenden Obelisken in aller Welt stehen, Finanz-, Sicherheits-, Regierungs- Bauwerke usw., die mit den sowohl berühmten als auch ominösen Dreiecken, Sonnen-Zeichen, Winkeln, Zirkeln, Bündniszeichen usw. der Freimaurerei versehen sind.

So, als könnte man eine echte Pandemie einfach mit einer Art Passahblut der Neudefinition bestreichen und sie dadurch in Schach halten, steht auf Seite 75 dieser Risikoanalyse unter Sektor FINANZ- UND VERSICHERUNGSWESEN geschrieben: Banken-Arbeitsfähigkeit ist gegeben. Börsen-Arbeitsfähigkeit ist gegeben. Versicherungen-Arbeitsfähigkeit ist gegeben. Finanzdienstleister-Arbeitsfähigkeit ist gegeben.

5. Aber auch insbesondere die Pharma-Schlange, die sich vor jeder Apotheke und dergleichen symbolträchtig um den berühmten Äskulap-Stab windet, spiegelt diesen neuerdings - laut Risikoanalyse - berechenbaren Pandemieverlauf wieder. Niemand wurde von dieser Covid-Pandemie mehr verschont und niemand hat zugleich mehr von ihr profitiert, als gerade Big-Pharma mit ihrem Satanssymbol - der Schlange.

6. Ebenfalls schon 8 Jahre vor unserer aktuellen Covid-Pandemie kam ein 2012 erstelltes Comic-Heft ans Licht, das von A bis Z detailgetreu schildert, wie von China her ein Virus via Tiermarkt über die ganze Welt kommen soll, das die gesamte Weltwirtschaft lahmlegen und auf diesem Weg die gesamte Menschheit unter eine Weltdiktatur führen soll. Das türkische "Beyaz TV" entdeckte diesen Comic und bat eindringlich darum, diese Tatsache der ganzen Weltgemeinschaft zu berichten, damit die Art der Steuerung verstanden wird, in der wir uns jetzt gerade mittendrin befinden.

Auch dieses Comic-Heft schildert wieder detailgetreu viele Aspekte der Covid-19-Pandemie inklusive weltweitem Lockdown. Sein Verfasser war niemand Geringerer als die Abteilung "Internationale Beziehungen und Entwicklung der EU-Kommission" und trägt den Namen "Infiziert". Dieser Comic war nicht für die Allgemeinheit bestimmt, sondern nur für die im EU-Parlament arbeitenden Bürokraten und Eliten. Kla.tv hat darüber berichtet (siehe www.kla.tv/16831).

7. Der unheimlichen Synergien aber noch immer nicht genug, tippten auch auf Madonnas CD-Cover des Albums "Madame X", das ein halbes Jahr vor Covid-Ausbruch herauskam, 2 Hände in Handschuhen auf einer symbolträchtigen alten Schreibmaschine, Marke Corona, einen symbolträchtigen Text. Madonna aber ist nachgewiesene Hochgrad-Satanistin, eine der symbolträchtigsten Sängerinnen weltweit.

8. Fazit: Da bildete die von Bill Gates in New York veranstaltete Seuchen-Simulation mit über 60 Millionen Toten, ein paar Monate vor Eintritt des sogenannten "Ernstfalls", nur noch gerade das I-Tüpfelchen eines allgegenwärtig elitären Vorwissens.

Wenn benannte 8 Komponenten tatsächlich den Anfangsverdacht für eine spirituelle Weltherrschafts-Seuche liefern, dann hat es die ahnungslose Menschheit mit einer existenzbedrohenden satanistischen Weltherrschafts-Sekte zu tun. Dann ist die gesamte Menschheit bereits mit dieser spirituellen Seuche infiziert und die Inkubationszeit läuft. Soll ihr endgültiger Ausbruch noch rechtzeitig verhindert werden, gilt es ungleich strengere Schutzmaßnahmen gegen all ihre Verursacher auszurufen, als sie gerade gegen alle Welt angewendet werden.

Doch eine spirituelle Seuche kann weder mit Schutzmasken, noch mit Quarantänen, Desinfektionsmitteln und dergleichen bezwungen werden. Es gibt nur einen einzigen Weg zur Oberhand: Alle Machtmißbraucher und Urheber, sprich: die uns gegenwärtig versklavenden Panikmacher und skrupellosen Weltherrscher, müssen umgehend geortet und entmachtet werden. Entmachtet durch wen? Entmachtet durch jede noch vorhandene Echt- und Rest-Justiz, und wenn diese weiterhin ihre Pflicht verweigert - so gebieten es schon Gesetz und Verfassung- durch deren Souverän, das Volk. ...<<

Der schweizerische Internetsender "Klagemauer.tv" berichtete am 16. August 2020 (x1.000/...): >>>Der perfide Plan des "World Economic Forum" 2020

Daß es sich bei Corona nicht um eine Pandemie, sondern um eine Plandemie handelt, kann man mit wenigen Klicks auf der Internetplattform des "World Economic Forum" (WEF) 2020 feststellen. Es geht um eine digitale Transformation der Welt via Corona, die gravierende Auswirkung auf die gesamte Menschheit hat, nämlich das Ende der Natur geschaffenen Menschheit. ...

Erstens: Wir wissen, daß Corona eben viele Logikprobleme bietet. Bei den einen Versammlungen ist es ansteckend, bei anderen Versammlungen ist es nicht ansteckend. Wir wissen, daß Corona oftmals in Quarantäne nicht ansteckend ist. Wir wissen, daß Corona hauptsächlich

in öffentlichen Räumen mit Klimaanlage ansteckend ist. Wir wissen, daß es viele, viele verschiedene Symptomatiken gibt, die nicht einheitlich einem "Virus" oder sonstigem zuzuordnen sind, sondern sehr, sehr, sehr unterschiedliche Krankheitsbilder.

Und wir wissen, daß Corona im Prinzip in den schweren Verläufen mit Lungenaffektion usw. die Symptome von Feinstaub hat, dieselben Patienten, also dieselbe Klientel hat, also daß die älteren Menschen mit Diabetes und Herz-Kreislaufvorerkrankungen eher daran sterben. Gut, das wissen wir. Das fragen wir uns alles - dann wissen wir auch, daß der Corona-Virus direkt zielgenau die Selbstständigkeit trifft, jede Form von Selbstsicherung, kleine Geschäfte, kleine Betriebe. Corona wird so oft ausgerufen, bis der letzte Betrieb, bis der letzte Laden verstaatlicht ist - bis wir alle am bedingungslosen, also universellen Grundeinkommen hängen, wie es Papst Franziskus schon längst fordert. ...

Dann gehen wir weiter, wir wollen wissen, ist es eine Plandemie oder ist es eine Pandemie. Dann gehen wir weiter auf das World Economic Forum, WEF 2020. Dort klicken wir an: "Plattform", von "Plattform" gehen wir auf die "Covid Action Platform" das Zeichen ist übrigens dasselbe wie bei "Black lives matter" (US-Bewegung "Schwarze Leben zählen"). Von dort gehen wir dann weiter, scrollen also ganz ... weit runter, bis wir zur schematischen Darstellung von einem Corona-Virus kommen. Dort klicken wir die "Covid Transformations Map" an, das ist die digitale Transformation der Welt via Corona.

Deswegen heißt sie auf dem World Economic Forum "Corona Transformations Map". Wir warten, bis diese aufgegangen ist. Wir klicken jetzt an: "Avoiding COVID-19 Infection and Spread". (Vermeidung von COVID-19-Infektion und Ausbreitung) Dann sehen wir diese Pfeile, die sich hineindrehen, so daß es oben auf "Global Governance" (Globale Steuerung") geht. So, dann wissen wir, Corona will die globale Regierung, also einer Weltregierung auf den Thron helfen. Deswegen heißt sie auch "Corona" - sie will die NWO krönen.

Dann wissen wir eigentlich jetzt schon an diesem Punkt, daß es keine Pandemie ist, sondern eine Plandemie - - - daß alles Absicht ist! Keine Verschwörungstheorie, sondern Masterplan vom World Economic Forum, wo Bill Gates eine sehr große breite Position hat. So, wenn wir das angeklickt haben, sehen wir auch "Global Health", schaut euch das an. Dann klickt in "Global Health" hinein. Dann dreht sich die ganze Scheibe wieder und ihr könnt euch mal kurz anschauen, was alles mit "Global Health" gemeint ist - unter anderem eben - genau! "Engineering".

Dann gehen wir von dort aus auf "Biotechnology". Das dreht sich rein, und dann schaut euch an "Enhanced Genes" (verbesserte Gene). Dann gehen wir dort auf "Human Enhancement", zu Deutsch Menschenverbesserung, übersetzt: Eugenik, Menschenzucht. Und wenn wir das in der Mitte stehen haben, dann kommt ihr auf das Genom "Engineering", das heißt 5G. Wir wissen alle, daß Bestrahlung, egal in welcher Form, schnell oder eben langsam sterilisiert. 5G ist permanente Dauerbestrahlung, und das wird die Keimzellen und Genome unserer Kinder zerschießen.

In 10 bis 15 Jahren werden wir feststellen, daß sie keine Kinder mehr kriegen können: Massensterilisation! Das heißt, Schöpfungskinder wird es nicht mehr geben, also durch die Natur geschaffene Kinder, sondern nur noch industriell produzierte Kinder. Industrielle Menschenherstellung nennt sich das. Genom-Engineering (Eingriffe ins Erbgut) - alles schon vorge-dacht! Daß, wenn wir keine Kinder mehr kriegen können - auch nicht sollten - weil sie ja 58,6 Tonnen CO2 ausstoßen und deswegen die Umwelt belasten und wir wahrscheinlich eine CO2-Währung bekommen - - - müssen wir bei der Firma einen Antrag stellen, ob wir überhaupt ein Kind bekommen und wenn, dann ein "genom-engineertes" Kind.

Damit sind wir ein Produkt der Firma, der Industrie. So und jetzt geht bitte - und das ist das Letzte - auf "Neuroscience" (Neurowissenschaften), also wenn ihr "Human Enhancement" habt, dann findet ihr auch "Neuroscience" oder geht auf "Biotechnology", dann findet ihr

"Neuroscience". Klickt in "Neuroscience" rein, in die Mitte, und dann seht ihr, daß man versucht, auf der neurologisch-biologischen Ebene zum Decision-Making (Entscheidungsfindung), zum "Behaviourism" (Verhaltensweise) zu kommen, das ist die Steuerung des freien Willens. Alles auf dem World Economic Forum sichtbar. Keine Verschwörungstheorie - - - Masterplan! Schaut es euch an.

Nochmal zu der "Neuroscience", mit der wir dann "Decision-Making" und "Behaviour" steuern, also den freien Willen und das Verhalten der Menschen. Dieses "Decision-Making" - ich hab das schon mal reingestellt - gibt es eine Studie, wie man mit Nanopartikeln, die sich neuronal andocken, und 5G-Wellen bzw. Mobilfunkwellen eben den Willen beeinflussen und steuern kann. Das ist das Ende der Menschheit! Das ist die Entmenschlichung der Menschheit! Das ist der Angriff auf alles Menschliche, was es auf Erden gibt! Und es ist, als würde man den Seelenbaum vom "Avatar" zerschießen, bombardieren, zerstören.<<

Auf der Webseite "<https://kenfm.de> ..." des deutschen Journalisten Ken Jebsen erschien am 7. September 2020 folgender Bericht über die Ziele der Corona-Pandemie (x1.014/...): >>**The Wolff of Wall Street SPEZIAL: Corona-Pandemie - Endziel: Digitaler Finanzfaschismus** Wir befinden uns im September des Jahres 2020 und in einer außergewöhnlichen und überaus bedrohlichen Situation.

Wir haben es zurzeit auf der einen Seite mit der schärfsten Rezession der Neuzeit zu tun und auf der anderen Seite mit Finanzmärkten, die so boomen, als sei alles in bester Ordnung. Das wirkt auf den ersten Blick wie ein Widerspruch, ist aber keiner, dafür aber der Vorbote einer für uns alle höchst gefährlichen Entwicklung.

Sehen wir uns zuerst einmal an, wie wir in diese Lage geraten sind.

Das globale Finanzsystem ist nach der Krise von 2007/08 nur durch das Eingreifen der Zentralbanken am Leben erhalten worden, die Hunderte von Milliarden in das System hineingepumpt und anschließend weltweit mehr als 700 Mal die Zinsen gesenkt haben.

Das Geld ist allerdings nicht in die Realwirtschaft geflossen oder an die gegangen, die von der Krise am schwersten betroffen waren, sondern fast ausschließlich in die Spekulation an den Finanzmärkten gewandert und hat dazu geführt, daß wir über 12 Jahre trotz schleppender Wirtschaftsentwicklung einen durchgehenden Aufwärtstrend an den Finanzmärkten erlebt haben.

In der zweiten Hälfte des vergangenen Jahres zeichnete sich dann immer deutlicher eine Rezession ab, die diesen Trend ins Stocken brachte. Und im März dieses Jahres ist der Ölpreis stärker eingebrochen als je zuvor und hat die Märkte mit sich nach unten gerissen.

Daraufhin hat man aber nicht etwa gegengesteuert und versucht, die Wirtschaft wieder anzukurbeln, sondern genau das Gegenteil getan: Man hat sie durch den Lockdown zum ersten Mal überhaupt rund um den Globus fast komplett abgewürgt - mit der Folge, daß die Aktienmärkte schneller und stärker abgestürzt sind als 1929.

Diesen bewußt herbeigeführten Absturz haben die Zentralbanken dann zum Anlaß genommen, um die bis dahin größten Summen aller Zeiten ins globale Finanzsystem zu pumpen. Das wiederum hat dazu geführt, daß die sechs größten Digitalkonzerne der Welt ihre ohnehin monopolartige Stellung sowohl im Wirtschaftssektor als auch an den Finanzmärkten weiter ausbauen konnten. Hier ein paar Zahlen:

Der Aktienkurs von Alphabet (dem Mutterunternehmen von Google) ist zwischen Januar und Ende Juli 2020 um 17 Prozent, der von Microsoft um 38 Prozent und der von Facebook um 45 Prozent gestiegen. Netflix hat es auf 66, Apple auf 68,5 und Amazon auf 81 Prozent gebracht.

Dazu haben wir mehrere Weltrekorde erlebt: Apple ist seit vergangener Woche der erste Konzern der Welt mit einem Börsenwert von über 2 Billionen Dollar. Nach seiner Gründung 1976 hat es 42 Jahre gedauert, bis Apple die 1-Billion-Marke geknackt hat. Für die zweite Billion

reichten ganze zwei Jahre. Elon Musk hat es in kürzerer Zeit als irgendein anderer Mensch auf ein Vermögen von 100 Milliarden Dollar gebracht, und Jeff Bezos, der Gründer von Amazon, ist seit einigen Tagen der erste Mensch, dessen Vermögen die 200-Milliarden-Grenze überschritten hat.

Auch die Geldgeber im Hintergrund haben kräftig profitiert. Jeder fünfte seit März von der FED geschaffene Dollar ist in die Tasche US-amerikanischer Milliardäre geflossen und hat dafür gesorgt, daß das Vermögen der 12 reichsten von ihnen seit Mitte August auf mehr als 1 Billion Dollar angewachsen ist.

All das ist passiert, während gleichzeitig Millionen von Menschen sowohl in den USA als auch in den übrigen Industrieländern ihren Arbeitsplatz und viele von ihnen ihre Existenzgrundlage verloren haben. Noch schlimmer sieht es in den Schwellenländern aus: Nach Auskunft der International Labour Organisation ist das Einkommen von 1,6 der zwei Milliarden Menschen, die irregulär, also ohne Verträge arbeiten, im weltweiten Durchschnitt um 60 Prozent eingebrochen, in Afrika und Lateinamerika sogar um mehr als 80 Prozent.

Der von den Regierungen bewußt herbeigeführte Lockdown und die anschließende Geldpolitik der Zentralbanken haben also am einen Ende der Gesellschaft einen historischen Prozeß der Vermögens- und Machtkonzentration zugunsten der großen IT-Konzerne und am anderen Ende der Gesellschaft eine humanitäre Katastrophe von unvorstellbarem Ausmaß ausgelöst.

Und das ist erst der Anfang. Wer heute glaubt, daß die verloren gegangenen Arbeitsplätze zurückkehren werden, der irrt. Das Geschäftsmodell der großen IT-Monopole, die uns nach dem Lockdown stärker als je zuvor beherrschen, sieht nämlich keine Vermehrung, sondern im Gegenteil den rasanten Abbau von Millionen weiterer Arbeitsplätze vor.

Der Einsatz von Home-Office, Home-Schooling, von selbstfahrenden Autos, Arbeitsrobotern, 3D-Druckern und die flächendeckende Einführung der Biometrie bis hin zur direkten Vernetzung von Mensch und Technik - also das gesamte Spektrum der Digitalisierung - wird Millionen und Abermillionen weiterer Jobs überflüssig machen, und das schon sehr bald.

Das aber kann die menschliche Gesellschaft in ihrer heutigen Form nicht verkraften. Die ohnehin restlos überschuldeten Staaten werden wegen der Explosion der durch die Arbeitslosigkeit erforderlichen Sozialausgaben zu Austeritätsprogrammen greifen müssen, die alles bisher Gesehene in den Schatten stellen und mit Sicherheit zu gewaltigen sozialen Verwerfungen führen werden, die dann wohl kaum noch von Polizei oder Militär zu beherrschen sein werden.

Was dann? Wird unsere Gesellschaft im Chaos enden und in Bürgerkriegen versinken? Diese Frage dürften sich die Mächtigen auch schon gestellt haben, denn es gibt von ihnen bereits eine Antwort darauf. Sie heißt: Totale Kontrolle mit Hilfe digitalen Geldes.

Alle großen Zentralbanken und alle großen IT-Konzerne arbeiten zurzeit an der Entwicklung neuer, bargeldloser Zahlungsmöglichkeiten. Zwei Konzepte spielen dabei eine wichtige Rolle: das Helikoptergeld und die digitale Zentralbankwährung.

Da Arbeitslose ja kein Geld verdienen und daher als Konsumenten ausfallen, wird man ihnen zwangsläufig Geld zur Verfügung stellen müssen, um so die Nachfrage in der Wirtschaft anzukurbeln. Dieses Geld wird man beschönigend "bedingungsloses Grundeinkommen" nennen, obwohl es an die Bedingung geknüpft sein wird, daß die Empfänger es umgehend in den Konsum stecken und nicht etwa sparen.

Um sicherzustellen, daß das Geld wie gewünscht eingesetzt wird, werden die Zentralbanken es den Empfängern direkt und in digitaler Form zuteilen. Das heißt: Arbeitslose und Sozialhilfeempfänger werden zum Beispiel auf ihren Handys eine Wallet erhalten, auf der sie ihre Zahlungen entgegennehmen und weiterleiten können.

Damit aber wäre die Büchse der Pandora geöffnet, denn damit wäre der erste Schritt in Richtung einer vollkommenen Umgestaltung unseres bisherigen Geldsystems getan, die zurzeit -

von der Öffentlichkeit weitgehend unbeachtet - von den Zentralbankern vorangetrieben wird - die digitale Zentralbankwährung.

Der Plan sieht vor, das klassische Einlagengeschäft der Banken komplett zu kippen, jedem Bürger nur noch ein Konto bei der Zentralbank zuzuteilen und sämtliche Geldgeschäfte bargeldlos darüber abzuwickeln. Daß es sich dabei nicht um ferne Zukunftsmusik handelt, zeigen unter anderem die aktuelle Zurückdrängung des Bargeldes, die rasant fortschreitende Schließung von Bankfilialen und das Beispiel China, das am 16. April dieses Jahres - also mitten in der Corona-Krise - mit der Einführung dieses neuen Geldes begonnen hat.

Niemand kann momentan sagen, wann man diese Pläne bei uns umsetzen wird, aber man muß sich über eines im klaren sein: Wir stehen an einem historischen Wendepunkt. Der Lockdown war nichts anderes als der bewußt herbeigeführte Vorwand für die letzte große Rettungsaktion des bestehenden Finanzsystems. Die Welt des Geldes in ihrer gegenwärtigen Form ist am Ende. Das Bankensystem, das vor etwa 600 Jahren entstanden ist, ebenfalls.

Sofern diejenigen, die die Macht in Händen halten, auch weiter über unsere Zukunft entscheiden, bleibt ihnen gar nichts anderes übrig als zum Mittel der digitalen Zentralbankwährung zu greifen und zu versuchen, uns alle auf diese Weise zu kontrollieren und zu regulieren. Daß dabei die Zentralbanken eine Allianz mit den Digitalkonzernen eingehen, uns also eine halb-private Währung erwartet, zeigt, daß wir gegenwärtig an der Schwelle zum Eintritt in die schlimmste Form der von oben verordneten Planwirtschaft stehen - dem autokratischen Korporatismus, dem Idealbild des Benito Mussolini.

Die Bücher "Ernst Wolff erklärt das globale Finanzsystem" und "Weltmacht IWF" von Ernst Wolff werden in diesem Zusammenhang empfohlen.<<

Auf der Webseite "<https://kenfm.de> ..." des deutschen Journalisten Ken Jepsen erschien am 9. September 2020 folgender Bericht über die Einschränkung von persönlichen Freiheitsrechten (x1.014/...): >>**Selbstbestimmung ist ansteckend. Die Geschichte wird die Wahrheit freisprechen**

Von *Sean Henschel*

Am 29.08.2020 fand die von Querdenken 711 initiierte Demonstration "*Berlin invites Europe - Fest für Freiheit und Frieden*" in Berlin statt. Die Berliner Versammlungsbehörde hatte im Vorfeld die Demonstration verbieten lassen mit der Begründung, "*daß es bei dem zu erwartenden Kreis der Teilnehmenden zu Verstößen gegen die geltende Infektionsschutzverordnung kommen wird. Besondere Auflagen - wie zum Beispiel das Tragen einer Mund-Nasen-Bedeckung - als milderes Mittel seien bei den angemeldeten Versammlungen nicht ausreichend.*"

Dies reichte dem Verwaltungsgericht in erster Instanz nicht, es kippte das Verbot der Versammlungsbehörde. Laut Verwaltungsgericht genügte "*die von der Versammlungsbehörde angestellte Gefahrenprognose nicht den verfassungsrechtlichen Vorgaben*"; der Bescheid des Antragsgegners sei "*offensichtlich rechtswidrig, weil es schon an den tatbestandlichen Voraussetzungen für ein Verbot fehlt und der Bescheid zudem ermessensfehlerhaft sei*".

Es handelt sich um einen gut begründeten Beschluß. Einschränkungen der Versammlungsfreiheit müssen immer im Lichte des Grundrechts aus Art. 8 GG ausgelegt werden. Außerdem gilt der Grundsatz, daß die Möglichkeit, Auflagen zu erlassen sorgfältig geprüft werden muß, bevor ein Verbot ergeht.

Die eingelegte Beschwerde gegen die Entscheidung des Verwaltungsgerichts wurde von der zweiten Instanz, dem Oberverwaltungsgericht zurück gewiesen. Es bestätigte somit den Beschluß des Verwaltungsgericht, welches in seinem Beschluß betonte, daß "das Tragen einer Nase-Mund-Bedeckung nur "erforderlichenfalls" Teil des individuellen Hygienekonzepts" sei, was sich auch aus der Infektionsschutzverordnung ergibt.

Die juristischen Auseinandersetzungen rund um die Versammlungsfreiheit, angefangen mit

den Demonstrationen im April dieses Jahres (man erinnere sich an die Fälle in Gießen und Stuttgart) zeigen, daß die Gewaltenteilung dem Ausnahmezustand standhält. Eine Feststellung, die zunächst einmal beruhigt.

Auch wenn man nicht mit allen richterlichen Entscheidungen konform gehen muß, zumal in der Rechtswissenschaft sehr oft - um nicht zu sagen immer - verschiedenen Meinungen vertretbar bleiben, ist eine Pauschalkritik an der richterlichen Gewalt in Deutschland wohl noch unbegründet. Auch wenn der Einfluß von außen und der politische Druck gewaltig sein können, zeigt sich, daß die Richterschaft in Art. 97 Abs. 1 GG verwurzelt geblieben ist. Die Richter sind unabhängig und nur dem Gesetze unterworfen.

Die Anzahl an Teilnehmern bei der Demonstration am 29.08.2020, die für Menschen mit gewisser Demonstrationserfahrung eindeutig erkennbar mehr als 20.000 Menschen betrug, hat gezeigt, daß ein immer größerer Teil der Gesellschaft, zunehmend Bürger aus der Mitte, mit der vergangenen und gegenwärtigen Politik des Bundes und der Länder nicht einverstanden ist. Zugriffszahlen im Internet von teilweise über 1,9 Millionen Aufrufe zeugen von (einem) besonderen Interesse über die Geschehnisse auf der Straße.

Die Reaktion der Politik und der etablierten Medien war in Teilen zu erwarten, bot jedoch auch erstaunlich positive Überraschungen.

Die Möglichkeit der Meinungsmache in Deutschland durch die etablierten Medien schwächtelt zunehmend und die Exekutive blamiert sich immer häufiger mit realitätsfernen und arroganten Kommentaren. Während der Innensenator Geisel über die Grundzüge der Verfassung belehrt werden mußte, spricht die Bundesvorsitzende der SPD Saskia Esken von Zitat:

"Zehntausende Rechtsradikale, Reichsbürger, Qanon-Anhänger, Holocaust-Leugner, antisemitische Verschwörungsideologen und Esoteriker, die Vertreter von Medien, Wissenschaft und Politik "schuldig" sprechen und offen zum Sturm auf den Reichstag und zum Umsturz aufrufen."

Und nicht zuletzt der Versuch von der Sendung Monitor im ARD aus Michael Ballweg einen Sympathisanten oder Unterstützer von rechtsradikalen Gedankengut zu machen. Jörg Müller, Leiter des Verfassungsschutz in Brandenburg konnte keine Mehrheit von Rechtsradikalen erkennen: *"Große Zahl der Menschen, die demonstrierten, sind keine Rechtsradikalen"*. Wie kommt man also zu solchen realitätsfernen Kommentaren?

Eine genaue Antwort auf diese Frage wird es wohl nicht geben. Die Diskrepanz zwischen Realität und Berichterstattung könnte auch daran liegen, daß die publizierenden Journalisten keine Primärquellen zu Rate zogen und nicht vor Ort waren. Vor 10 Jahren, wäre eine solch schlampige Arbeitsmethode nicht sonderlich aufgefallen, aber heute, in einer Zeit in der jeder beliebig Bilder und Videos machen kann, wird es um so schwieriger ein vollkommen übertriebenes Bild eines Ereignissen zu zeichnen, ohne dabei im Anschluß mit Glaubwürdigkeitsverlusten kämpfen zu müssen.

Ja, der Reichstag wurde gestürmt. Es gibt genügend Videos aus verschiedenen Perspektiven im Internet, für jeden in Deutschland im Internet abrufbar. Auch der Volkslehrer, besser bekannt als Nikolai Nerling war am 29.08.2020 unter den Teilnehmern der Demonstration, wie auch Teilnehmer der Veranstaltung in Stuttgart. Eine persönliche Distanzierung der Veranstalter von Nikolai Nerling und von rechtsradikalen Gruppen aller Art hat seitens der Querdenken Bewegung stattgefunden.

Dies hindert jedoch die angesprochenen Gruppen leider nicht daran, bei zukünftigen Veranstaltungen Präsenz zu zeigen. Dies gilt auch für die Reichsbürger, die mit ihren Flaggen rumlaufen und öffentliche Massenkundgebungen für die eigene Meinungsmache nutzen. Diese zeigten ebenfalls Präsenz auf der Demonstration am 29.08.

Aus wenigen Menschen mit Reichsflaggen auf einer Demonstration mit deutlich über 20.000 Teilnehmern, läßt sich mit gezielter Kameraführung und Dekontextualisierung eine riesige

Gruppe an Rechtsextremen und Reichsbürgern machen. Angenommen es handelt sich in Realität um weniger als 1 %, oder gar weniger als 0,1 %, der Teilnehmer, können daraus in der Medienwahrnehmung schnell 60 % gemacht werden.

Aber von zehntausenden Rechtsradikalen, Reichsbürgern und Co., die den Reichstag stürmen wollten oder gestürmt haben keine Spur. Der Veranstalter Michael Ballweg hatte sich öffentlich und unmißverständlich von den Reichsbürgern und Rechtsradikalen distanziert und verdeutlicht, daß seine Demonstration absolut nichts mit dem Sturm auf den Reichstag zu tun hatte.

Auch wenn Querdenken sich von rechtsradikalen Gruppierungen distanziert hat, wird von Seiten der Bewegung immer wieder betont, daß Menschen nicht grundsätzlich ausgeschlossen werden sollen und man der Spaltung der Gesellschaft entgegentreten möchte. Miteinander statt übereinander zu reden bleibt eines der Ziele.

Der Slogan der Veranstalter ist weiterhin sehr aufschlußreich und bietet wenig Raum für die Annahme einer rechtsradikalen Gesinnung: *"Liebe, Frieden, Freiheit"*. Auch wenn einige Leitmedien alle Demonstrationen und Demonstranten an jedem Tag in einem gemeinsamen braunen Topf warfen, mußten diese schnell einsehen, daß ein so undifferenziertes Bild bei der eigenen Leserschaft auf Widerstand stoßen würde. Manchmal fragt man sich ernsthaft, für wie blöd diese Medienhäuser ihre eigene Leserschaft halten.

Nicht alle etablierten Medien waren so einseitig, erstaunlicherweise bot die Bildzeitung, als auflagenstärkste Boulevardzeitung in Deutschland ein etwas differenziertes Bild der Veranstaltung. Sie lieferten sogar einen ehrlichen Kommentar des Schauspielers Jan Josef Liefers. Markus Lanz vom ZDF hielt ebenfalls eine Pauschalverurteilung für verfehlt und kritisierte dabei die SPD in seiner Sendung.

Die etablierten Medien rudern Stück für Stück zurück, korrigieren ihre anfänglichen Beiträge und geben nach. Dies passiert nicht aufgrund einer tiefverwurzelten journalistischen Verantwortung für die publizierten Beiträge, sondern aufgrund des Machtwechsels innerhalb der Medienlandschaft selbst. Die alternativen Medien haben in den letzten 5 Jahren derart an Einflußnahme hinzugewonnen.

Die neuen Techniken der Informationsübermittlung erschweren die feste Etablierung eines vorher gewünschten Diskussionsrahmens ungemein und bedrohen die Deutungshoheit. Wo früher die alternativen Medien vornehmlich auf Berichte der Leitmedien reagierten, werden diese jetzt selbst zu Meinungsmachern.

Viele Leitmedien können sich immer weniger leisten an ihrer undifferenzierten Berichterstattung festzuhalten, ohne das Risiko zu tragen noch mehr Leser zu verlieren. Es wird für immer mehr Menschen zu Normalität, sich umfassend, heißt auf ganz verschiedenen Plattformen zu informieren. Mündige Bürger greifen auf Schriftbeiträge verschiedenster Medien zurück, ergänzen diese mit Videomaterial im Internet und ihrer eigenen Erfahrung. Beiträge von Alternativplattformen generieren eine derartige Reichweite, daß die öffentlich-rechtlichen gezwungen werden, darauf zu reagieren.

Gutes Beispiel für den Verlust der monopolisierten Deutungshoheit ist ein Beitrag der Tagesschau vom 17.08.2020 unter dem Titel *"Kein Maidan in Belarus"* verfaßt von der Journalistin Silvia Stöber. In diesem Beitrag wird Bezug auf den Artikel *"Weißrußland im Griff einer Farbenrevolution?"* von Rainer Rupp genommen, veröffentlicht am 14.08.2020 bei KenFM, also drei Tage vor dem Tagesschaubericht. Selbst wenn von "Desinformation" die Rede ist, zeugt der Beitrag von der Relevanz der in den alternativen Medien publizierten Beiträge. Warum sonst Rupp überhaupt erwähnen?

Ein Zeichen, daß die Beiträge sehr wohl regelmäßig gelesen und studiert werden. Alleine diese Tatsache zeigt, inwieweit das Deutungsmonopol sich neu verteilt und Mängel immer schneller in der Öffentlichkeit zu Tage treten. Die Reaktion des Bundesministers Jens Spahn,

der sich zuvor als zuverlässiger Vertreter der Pharnalobby einen Namen gemacht hat, zeigt wie Spitzenpolitiker von der eigenen Bevölkerung entfernt sind. Jens Spahn hielt in Bottrop eine Rede und wurde von lautem Geschreie und Buhrufen übertönt.

Gewiß, der Bundesminister steht massiv unter Druck, es wird wohl keiner in seiner Haut stecken wollen. Interessant bleibt dennoch die Bemerkung über sein Unverständnis über die Wut der von den Maßnahmen betroffenen Bürger. Es ist natürlich unmöglich zu wissen, was Spahn an diesem Tag wirklich dachte und wie seine persönliche Meinung zu dem ganzen Geschehen gewesen ist. Als Spitzenpolitiker und allen voran als Minister spielt er auch eine Rolle.

Allerdings ist ein Unverständnis vieler Politiker für die tatsächliche Wut innerhalb der Bevölkerung wohl auch nicht ganz unüblich und könnte auch damit zu tun haben, daß Politiker an der Macht in einer ganz anderen Welt leben und schon lange nicht mehr das Durchschnittsleben führen, wie die Mehrheit der eigenen Wählerschaft.

Wie soll ein Mensch sich ein klares Bild von der Situation auf der Straße, in der einfachen Kneipe, im Kindergarten, in heruntergewirtschafteten Wohnviertel machen, wenn er über 20.000 Euro brutto im Monat bezieht, eine Millionen Euro teure Villa sein Eigenheim nennen kann, zahlreiche Privilegien genießt und den öffentlichen Nahverkehr nur aus dem Dienstwagen zu beobachten gelernt hat?

Nur so sind Aussagen wie "Hartz IV bedeutet keine Armut" zu erklären. Die Begründung für eine hohe Bezahlung liegt der Korruptionsbekämpfung zugrunde. Wer schlecht bezahlt wird, ist schneller korrumpierbar, so der Leitgedanke. Die Kehrseite dieses sehr guten Gedanken liegt aber wohl in der Abspaltung von der Durchschnittsgesellschaft.

Es geht mittlerweile um weit mehr als um die Diskussion über den Fortgang oder die Beendigung der Corona-Maßnahmen in diesem Land. Vermehrt werden Stimmen laut, die für weitreichende Reformen in diesem Land eintreten, gemessen an den verankerten Werten und Grundsätze der Verfassung. Sie haben begriffen, daß gesellschaftliche Probleme von Menschen geschaffen werden und auch von Menschen gelöst werden können. Sie lehnen einen unreflektierten, dem Großkapital unterliegenden Fortschrittsgedanken ab.

Ein Gesellschaftsmodell, gemessen an den Grundsätzen einer internationalen, rücksichtslosen Konkurrenz ist für den Erhalt einer demokratischen und friedlichen Gesellschaftsordnung nicht haltbar. Die Kritiker spüren die verheerenden Konsequenzen einer amerikanisierten Gesellschaft, durchdrungen von einer neoliberalen Doktrin, sie spüren aber ebenfalls die verheerenden Konsequenzen einer erweiterten chinesischen Einflußnahme in Europa. Wer das Spiel im 21. Jahrhundert weiter nach den oben genannten Grundsätzen mitzuspielen wagt, egal ob nach amerikanischer oder chinesischer Pfeife, kommt nicht drum herum alle Werte einer gerechten und freien Gesellschaft zu verraten.

Das 21. Jahrhundert wird von der Digitalisierung und Robotisierung der gesamten Gesellschaft geprägt sein. Wir haben es schon mit einer Gesellschaft zu tun, in der personenbezogene Daten das neue Öl sind und das digitale Überwachungssystem zum Erhalt einer laufenden Konsumgesellschaft immer mehr an Bedeutung gewinnt. Diesen Konkurrenzkampf wird nur derjenige gewinnen können, der am skrupellosesten die Freiheiten der Massen zu mißachten wagt. Wer eine offene Debatte über die Entwicklung im digitalen Zeitalter vorantreibt, wird nicht denselben Entwicklungsfortschritt zeichnen können, wie jede Länder die sich wohlwollend darüber hinwegsetzen.

Erstaunlich hier die Parallelen zum Kalten Krieg. Eine Zeit, in der Deutschland geteilt war und Westdeutschland sich auf die Seite des Kapitalismus gestellt hatte. Die Idee eines Dritten Weges hatte seine Anhänger, wurde aber mit schärfsten Mitteln bekämpft und unterdrückt.

Heute wie damals steht mal wieder Deutschland - vielleicht sogar ganz Europa - vor der Frage, wie langfristig zu verfahren ist. Für jeden reflektierten Bürger sollte klar sein, daß das amerikanische Modell schon lange nicht mehr tragbar ist und selbst für die Mehrheit der US-

Bürger katastrophal verlaufen ist. Der amerikanische Traum ist schon lange Geschichte, auch wenn die Vereinigten Staaten ein wunderschönes Land bleiben mit vielen wunderbaren Menschen.

Aber wer kann ein Gesellschaftsmodell noch für erfolgreich halten, in der Bildung zum absoluten Luxusgut geworden ist und nicht jeder Bürger sich über eine anständige Gesundheitsversorgung freuen kann. Es ist richtig, daß die chinesische Politik Millionen von Bürgern aus der bitteren Armut geholt hat. Vergessen sollte man aber nicht, daß dies auch mit einer weitreichenden Zerstörung der alteingesessenen Kultur einherging und in einem perfektionierten Überwachungssystem mündete.

Während die USA und China sich einen Kampf um die globale Vorherrschaft liefern, sollte man hierzulande darüber diskutieren, welchen eigenen Weg man zu gehen beabsichtigt. Die Einführung neuer Technologien muß nicht nachteilig sein. Wird diese aber unreflektiert vorgenommen und wird vor allem darüber nicht mehr öffentlich debattiert, sollte es im Anschluß keinen wundern, wenn das Ergebnis verheerend sein wird. Die Proteste haben gezeigt, daß der Wunsch nach einem selbstbestimmten Leben stark verankert ist.

Sie machen zudem darauf aufmerksam, daß eine demokratische und pluralistische Gesellschaft davon geprägt ist, nicht jede Autorität widerspruchslos hinzunehmen und immer wieder aufs Neue die gegebenen Machtstrukturen zu hinterfragen und gegebenenfalls zu reformieren. Und eines hat sich im Laufe der Geschichte immer wieder gezeigt. Selbstbestimmung ist ansteckend. Die Geschichte wird die Wahrheit freisprechen.<<

Auf der Webseite "<https://kenfm.de> ..." des deutschen Journalisten Ken Jepsen erschien am 9. September 2020 folgender Bericht über die Farben des Deutschen Reiches "Schwarz-Weiß-Rot" (x1.014/...): >>**Neuer Schwung mit Schwarzweißrot?**

Ein massiver Presserummel verhilft der längst eingemotteten Reichsfahne zu neuem Leben

Ein Standpunkt von *Hermann Ploppa*

Das war ja was an jenem historischen Samstag, dem 29. August 2020.

Da demonstrieren Hunderttausende, wenn nicht gar Millionen von besorgten Bürgern durch Berliner Straßen, um rund um die Siegessäule das Ende des Corona-Regimes zu verlangen. Das Festival der Freiheit nimmt seinen friedfertigen Verlauf. Die Kundgebungsteilnehmer denken gar nicht daran, Streß in irgendeiner Form anzuzetteln. Selbst das provozierende Auftreten ausgesuchter Bürgerkriegssoldaten bei der Berliner Polizei kann die Harmonie nicht stören.

Das Fest der Freude ist so intensiv, daß ein Klamauk vollkommen untergeht, der wenige hundert Meter weiter vor dem Reichstagsgebäude abgezogen wird.

Als Gerüchte durchsickern, eine Handvoll Vollposten hätte versucht, den Reichstag zu stürmen, reicht die Reaktion von Kopfschütteln bis zu genervtem Hände-über-den-Kopf-Zusammenschlagen. Daß Provokateure so eine Nummer abziehen würden, war klar. Nur über das "wie" bestand noch Unklarheit.

Wir wissen es: über die geile Anti-Corona-Regime-Demo an der Siegessäule verloren die Qualitätsmedien kaum ein Wort. Alle Aufmerksamkeit richteten die Hofberichterstatter auf das schrille Happening auf den Stufen des Reichstagsgebäudes. Nun, wir vernehmen es ja immer wieder: die Nachricht ist eine Ware. Und der dumme Pöbel, so lernen wir weiterhin, will keine komplexen Zusammenhänge, sondern Action: Totschlag und Mord, Sex and Crime, Drogen, Intrigen, Titties and Beer - alles begierig hergezeigt an gelackten Promi-Affen. Wer mit wem? Und vor allem: wer gegen wen?

Entsprechend formatiert für derartige Bedürfnisse war die Show vor dem höchsten deutschen Parlament. Eine Frau im klassischen Antifa-Outfit (Rastalocken, Gesichtspiercing) schrillt und zappelt herum wie Hampelmann am Faden: "Trump ist in Berlin! Wir sind frei!" Schräge

Typen mit Sonnenbrillen, denen man keinen Gebrauchtwagen abkaufen würde, verkünden via Megaphon: "Ey Leute, am Reichstag geht jetzt gleich die voll krasse Nummer ab!" Und schon rennen Schläfschafe die Treppe hoch, um oben ratlos stehenzubleiben.

Vor ihnen stehen drei Polizisten in Kampfmontur. Einer von ihnen kämpft Kung Fu, ohne Helm, damit man das telegene Gesicht auch genießen kann. Ein gut aussehender Kerl, Typ sexy Sportlehrer. Könnte Schauspieler sein. Und tatsächlich. Dieser Taschen-Schwarzenegger heißt Karsten Bonack, ist seit dreißig Jahren bei der Polizei im Dienst und spielt in seiner Freizeit in Vorabend-Krimis wie *"Achtung Kontrolle"* den flotten Cop. Im Dienst kümmert Bonack sich um arme Drogenteufel vom Kottbusser Tor. Was macht Bonack denn jetzt hier in Sachen Personen- und Objektschutz?

Keine Frage. Es handelt sich um eine Inszenierung nach Drehbuch. Bewußt fehlerhaft unprofessionell, um authentisch zu wirken. Hier ist die Handschrift einer Public Relations-Agentur deutlich erkennbar. Interessant ist nur noch die Frage: Welche PR-Profis sind am Werk? Mittelpunkt dieser Unreality-Show ist allerdings nicht Tamara Kirschbaum in ihrer Rolle als trumpistische Rastafängerin. Und auch nicht Karsten Bonack in seiner Rolle als Kung-Fu-Beschützer des real existierenden Parlamentarismus.

Der Star auf den es ankommt, ist ein größeres Stück Synthetikstoff, fixiert an einer Stange. Die sogenannte Reichsflagge in den Farben Schwarz-Weiß-Rot, made in China, und in letzter Zeit von gewissen Einzelpersonen in hoher Auflage ab Werk bestellt. Bei der Anti-Corona-Kundgebung am 1. August waren noch sehr wenig Schwarzweißrote am Start. Doch man hat nachgerüstet.

Und wir erfahren aus den Medien: Die von Veranstalter Michael Ballweg so professionell organisierte Anti-Corona-Kundgebung hat bei aller Schönheit und Harmonie einen empfindlichen Fettfleck. Sie wird von Reichsflaggen in den häßlichen Farben Schwarz-Weiß-Rot dominiert! Man sieht es doch: überall Reichsflaggen! Oder etwa nicht? Lauter Reichsbürger, Nazis oder Trump-Anbeter, soweit das Auge reicht.

Eine solche wundersame Vermehrung von Fahnen bestimmter Kombinationen sahen wir, unter uns gesagt, auch schon im Vorfeld der deutschen Wiedervereinigung. Hatten die DDR-Demonstranten zunächst lediglich eine Reform des Sozialismus gefordert, so änderte sich das schnell, als sich immer mehr Schreier für die D-Mark und für die Wiedervereinigung unter die Demonstranten mischten, ausgestattet mit rasch aus der BRD herübergeholten frischen Deutschland-Fahnen, damals noch in den Farben Schwarz-Rot-Gold.

Hereinregnende Fahnen haben offensichtlich immer wieder eine große Rolle gespielt, wenn Basisbewegungen in eine bestimmte Richtung gewendet werden. Warum soll das denn diesmal anders sein?

Und: was bedeuten die Fahnen? Wo kommen sie her? Wo gehen sie hin? Wer trägt Fahnen in Schwarz-Weiß-Rot? Schauen wir doch mal nach.

Schwarz-Weiß-Rot: Die Spalterfahne

Gleich vorab: die Fahne in den Farben Schwarz-Weiß-Rot steht nicht für ein Tyrannenregime, wie z.B. die Naziflagge. Schwarz-Weiß-Rot war von 1866 bis 1871 die Farbe des Norddeutschen Bundes, und von 1871 bis 1918 die Fahne des Deutschen Kaiserreichs. Die Weimarer Republik wurde von der Fahne Schwarz-Rot-Gold repräsentiert.

In den Jahren von 1933 bis 1935 war dann wieder Schwarz-Weiß-Rot die Nationalflagge. Die Nazis mochten Schwarz-Weiß-Rot jedoch nie sonderlich. Aber solange sie ihre wacklige Macht noch mit rechtskonservativen Kräften teilen mußten, beließen sie es dabei.

Ab 1935 saßen die Nazis so fest im Sattel, daß sie auf ihre rechtskonservativen Steigbügelhalter keine Rücksicht mehr nehmen mußten. Ab jetzt wurde die Fahne der Nazis auch gleichzeitig Staatsfahne des Dritten Reichs. Ein Hakenkreuz auf weißem Grund, eingebettet in großflächiges Rot. Das Hakenkreuz kletterte sodann auch auf die Reichskriegsflagge. Heute ist das

Vorzeigen aller Fahnen, auf denen das Hakenkreuz prangt, verboten. Und das ist gut so. Wie gesagt, die Flagge in Schwarz-Weiß-Rot steht, abgesehen von den zwei Nazi-Jahren, nicht für ein Tyrannensystem. Denn das wilhelminische Kaiserreich war eine konstitutionelle Monarchie, und zwar ausdrücklich nach dem Vorbild Englands errichtet.

Der Repräsentant einer adligen Dynastie, in diesem Falle der Hohenzollern, stand an der Spitze der Demokratie mit gewählten Parlamentsabgeordneten. Der Monarch war gebunden sowohl an die Verfassung als auch an das Votum der Parlamente. Die stärkste politische Macht im wilhelminischen Kaiserreich war die Sozialdemokratische Partei Deutschlands, die in jenen Jahren effizient die Interessen der Arbeiterklasse vertrat.

Kaiser Wilhelm II. hielt sich loyal an die Regeln der Verfassung. Auch zuweilen harsche Kritik aus tausenden unterschiedlichen Tageszeitungen mit unterschiedlichen Meinungen ertrug der Kaiser ohne zu intervenieren. Natürlich war Wilhelms Reich keine Idylle. Die Armut der unteren Schichten war immer noch, trotz aller Verbesserungen, unbeschreiblich, die hygienischen Zustände himmelschreiend. Darin unterschied sich Deutschland jedoch nicht von anderen Ländern.

Schwarz-Weiß-Rot kann also nicht für antidemokratische Demonstrationen erhalten.

Woher kommt diese Farbkombination denn eigentlich?

Die Ursprünge gehen zurück auf das Hochmittelalter, also so etwa rund um das dreizehnte Jahrhundert nach Christi Geburt. Der Deutsche Orden hatte seine Besitzungen im Heiligen Land, in Palästina, verloren und suchte nach neuen Betätigungsfeldern. Diese fand er im Baltikum. Jene ebenso frommen wie militanten Ordensleute vernichteten den Stamm der Prussen. Aus diesem Genozid ging ein Ordensstaat hervor, der wiederum den Humus abgab für den Staat Preußen. Preußen übernahm vom Deutschen Orden die Flaggenfarben schwarz und weiß, sowie das Ordenskreuz, das heute noch im schwarzen Kreuz der Bundeswehr weiterlebt.

Ebenfalls seit dem hohen Mittelalter umspannte die Hanse eine Reihe von wohlhabenden Städten, die mit dem Handel über den Wasserweg reich geworden waren. Ein wirkungsvolles Netzwerk, das wenig Interesse an territorialen Besitzungen hatte und am besten damit vorankam, gleichberechtigt untereinander Handel zu treiben. So geriet die Hanse auch nicht in Konflikt mit dem fleißig expandierenden Preußen. Die Flaggen der Hanse zeigten die Farbkombination Rot-Weiß.

Als 1866 aus 22 deutschen Einzelstaaten der Norddeutsche Bund unter Führung Preußens gebildet wurde, lag es nahe, die Farben des Hansebundes und Preußens zusammenzulegen zu einer Schwarz-Weiß-Roten neuen Flagge. Das bedeutete auch eine Festlegung auf einen norddeutsch-protestantischen Raum.

Die Schlacht von Königgrätz im Jahre 1866 erbrachte eine epochale Festlegung, die manche Historiker als verheerend für die weitere deutsche Entwicklung betrachten. Bislang waren die beiden größten Einzelstaaten Preußen und Österreich nämlich in einem deutschen Staatenbund zusammengefaßt. Gerade eben hatten Österreich und Preußen 1864 noch Dänemark die Provinzen Schleswig und Holstein entreißen können. Jetzt kam es zum Waffengang von Österreich und Deutschland, in Königgrätz. Preußen gewann die Schlacht, und Ministerpräsident Otto von Bismarck nutzte die Gelegenheit, Österreich aus dem deutschen Staatenbund rauszuschmeißen.

Mit seinem militaristischen Bundesgenossen General Albrecht von Roon übertöpelte Bismarck 1870 seinen König und es gelang ihm, einen verlustreichen Krieg gegen Frankreich zu provozieren. 1871 erfolgte im Pariser Vorort Versailles die Einigung eines Rumpfdeutschlands unter preußischer Führung mit der Kaiserkrönung des preußischen Königs als Wilhelm I. Der Einigungsvertrag wurde nicht nur außerhalb Deutschlands besiegelt. Zudem kommt in diesem Vertrag das deutsche Volk gar nicht vor, sondern nur die Namen der deutschen Für-

sten, die sich Preußen zum neuen deutschen Reich angeschlossen hatten. Österreich war draußen.

Dieser als *"kleindeutsche Lösung"* in die Geschichte eingegangene neue Zentralstaat fand aus gutem Grund die *"wohlwollende Neutralität Londons"* (soll heißen: Großbritanniens) und auch aller anderen europäischen Großmächte. Ein gespaltenes Deutschland ist immer ein gutes Deutschland - aus dem Blickwinkel konkurrierender Großmächte. Das erklärt zu einem guten Teil, warum Bismarck in diesen Ländern bis heute eine so hohe Wertschätzung genießt

...

Historiker sehen darin die Ursache des Niedergangs Deutschlands bis in die heutige Zeit. Ein krampfhaft auf die Bedürfnisse Preußens zugeschnittener Nationalstaat wurde der kulturellen und ethnischen Vielfalt Mitteleuropas nicht gerecht:

"Das Erreichte wurde bezahlt mit äußeren Verlusten der historischen Volkssubstanz: erst recht mit inneren. Denn nunmehr durfte das erneuerte harte / urpreußische Wesen das formlose und weiche deutsche überformen, seine militaristisch-politische Zivilisation das große Bündnis schließen mit der wirtschaftlich-technischen. ... Das Bürgertum verlor vollends sein Selbstvertrauen, eingeklemmt zwischen dem Obrigkeitsstaate und dem vierten Stande ... Das nationale Wesen vergrößerte sich im Geistigen wie im Sittlichen: nach grausamster Verwirrung des Rechtsempfindens wurde es 1866 durch den Erfolg des dämonischen, charismatischen Staatsmannes (Bismarck) neu geprägt ..."

So sah es Ludwig Dehio, der unter der Nazi-Diktatur in die innere Emigration gegangen war. Dank Bismarck und seinem cleveren Bankier Bleichröder wurde Deutschland unter preußischer Dominanz zum Nährboden eines international vernetzten Militär-Industriellen Komplexes. Für diese Spaltung Deutschlands in einen kriegerischen Preußenstaat vom Vielvölkerstaat Österreich steht die Flagge mit den Farben Schwarz-Weiß-Rot. Weiß der zeitgenössische Träger jener schwarz-weiß-roten Fahne, was sein Emblem ihm erzählen kann?

Wer also demonstriert mit oder unter Schwarz-Weiß-Rot?

Reichsbürger? Staatenlos? QAnon? Wie viele Bundesbürger sind überhaupt dabei?

Der Verfassungsschutzbericht (den wir natürlich mit Vorsicht genießen) für 2020 sagt: *"Deutschlandweit sind der Szene im Jahr 2019 etwa 19.000 Personen (2018: 19.000) zuzurechnen; bei circa 950 davon handelt es sich um Rechtsextremisten (2018: 950)."*

So wenige? Selbst wenn alle diese annähernd zwanzigtausend Leute bei der großen Demo in Berlin aufmarschiert wären, hätte man sie kaum bemerkt.

Eine persönliche Annäherung an dieser Stelle: Im Jahre 2012 schaute ich bei einer Ortsgruppe der Bürgerinitiative "Sauberer Himmel" vorbei. Diese merkwürdigen Streifen am Himmel kamen mir nicht mehr vor wie "normale" Kondensstreifen. Das hatte ich früher nie erlebt, daß Kondensstreifen einfach sichtbar bleiben und sich aus ihren Resten ein schmieriger Film am Himmel ausbreitet, der das Wetter spürbar verändert.

Allerdings mußte ich bald feststellen, daß es in dieser Ortsgruppe gar nicht darum ging, den mutierten Kondensstreifen auf den Grund zu gehen. Sehr bald wurde am Stammtisch und in den Mailgruppen über alles Mögliche gezwitschert: über eine geheimnisvolle Krankheit mit Namen Morgellons; magische Steine, unbeschreiblich teuer, sollten böse Strahlen abhalten. Und dann kam die Initiatorin damit aus dem Busch: Wir sollten uns unbedingt mit einer Frau treffen. Die würde uns einen Reichsbürgerausweis ausstellen. Dann sollten wir noch einem selbsternannten Polizeihilfswerk beitreten.

Spätestens jetzt wurde es mir zu bunt. Ich brachte in Erfahrung, daß die Initiatoren zuvor versucht hatten, die Stuttgart 21-Bewegung zu infiltrieren. Mir wurde immer wieder die "Junge Freiheit" vor die Nase gehalten. Zur Ehre der bundesweit aktiven Gruppe "Sauberer Himmel" muß gesagt werden, daß die besagte Ortsgruppe aus dem Bundesverband ausgeschlossen wurde.

So habe ich unfreiwillig die ersten Zuckungen der heute von der Presse durch übertriebene Publicity künstlich aufgeblähte Reichsbürgerbewegung mitbekommen. Schon damals war ein zentrales Thema, daß die Bundesrepublik kein rechtsgültiger Staat sei, und daß das Deutsche Reich immer noch der legitime Rechtskörper sei, in dem wir uns befinden. Richtig daran ist, daß wir bis heute keinen Friedensvertrag mit den ehemaligen Kriegsgegnern des Nazi-Reiches haben.

Fraglich ist allerdings, ob irgend jemand von jenen Leuten, die hier so vehement einen Friedensvertrag einfordern, auch bereit sind, die Kosten zu übernehmen. Denn von den 52 Staaten, die dem Nazireich den Krieg erklärt haben, sind einige Länder dabei, die durch die Kriegsführung der Wehrmacht und der Waffen-SS ganz erheblich geschädigt worden sind. Besonders Griechenland hat immer wieder, vollkommen zu Recht, Entschädigungen von Deutschland gefordert.

In Frieden kann man nun einmal erst dann zusammenleben, wenn man vorher miteinander alle Trümmer weggeräumt hat. Auch wenn es wehtut. Polen und die Sowjetunion haben bereits 1953 auf Reparationen verzichtet. Nun hat der berühmte Zwei plus Vier-Vertrag, der die Anexion der DDR durch die Bundesrepublik ermöglichte, ausdrücklich festgehalten, daß es keinen Friedensvertrag mit irgendeinem Staat mehr geben wird.

Die Londoner Schuldenkonferenz von 1952 hatte die Frage der Reparationen an den Abschluß von Friedensverträgen gekoppelt. Nun hatten die reichen Länder sich also auf Kosten der armen Länder darauf geeinigt, daß es für alle Zeiten keine Kompensation für Völkermorde und Verwüstungen geben soll. Der damalige BRD-Außenminister Hans-Dietrich Genscher: *"Die Forderung nach einem Friedensvertrag konnte also definitiv nicht mehr erhoben werden - damit war uns auch die Sorge vor unübersehbaren Reparationsforderungen von den Schultern genommen."*

Wollen die Reichsbürger also tatsächlich Milliardensummen aus öffentlichen Töpfen aufwenden, um gepeinigten Opferländern des Zweiten Weltkriegs späte Gerechtigkeit angedeihen zu lassen? Schwer vorstellbar.

Das Deutsche Reich ist längst liquidiert. Die Forderung der Alliierten lautete definitiv: *"unconditional surrender"*, bedingungslose Kapitulation. Die Putschisten um Goerdeler und Graf Stauffenberg hatten vergeblich versucht, Deutschland diese Schmach am 20. Juli 1944 zu ersparen. Schließlich blieb den Wehrmachtsgenerälen Keitel, von Friedeburg und Stumpff nichts anderes übrig, als die bedingungslose Kapitulation zu unterzeichnen.

Am 25. Februar 1947 liquidierte das Alliierte Kontrollratsgesetz Nummer 46 das Rückgrat des Deutschen Reiches, Preußen nämlich. 1948 schrieben die Amerikaner die Spaltung Deutschlands durch die einseitige Währungsreform in den drei Westzonen fest. Und 1949 wurde die Bundesrepublik gegründet, was dann auch die Sowjets zwang, ihrerseits Abschied zu nehmen vom geeinten Deutschland und die Deutsche Demokratische Republik auszurufen.

Das sind materielle Fakten. Was nützt uns da jetzt irgendeine Spitzfindigkeit über Lücken im internationalen Recht? Es bedarf solcher Umwege nicht, um festzustellen, daß die Bundesrepublik Deutschland nach wie vor kein souveränes Land ist. Die Sowjetunion hatte sich aus Deutschland zurückgezogen, und auch der Nachfolgestaat Rußland behandelt die Bundesrepublik als gleichberechtigten Partner. Dasselbe gilt für Frankreich.

Soll durch eine verquaste Reichsbürger-Argumentation davon abgelenkt werden, daß uns die Geheimdienste und das Militär der USA mit ihren angehängten Politikern und Netzwerkorganisationen de facto als ihre Vasallen behandeln? Von Ramstein aus werden Drohnenmorde in aller Welt gesteuert. Deutsche Soldaten und Polizeiangehörige haben dort, auf deutschem Boden wohl gemerkt, keinen Zutritt.

Die Bundesbürger werden Tag und Nacht flächendeckend ausgehorcht. In Büchel wechseln gerade jetzt Techniker US-amerikanische Atomsprengköpfe aus. Bei den diversen Reichsbür-

ger-Netzwerken hört man dazu herzlich wenig. Es ist sicher nicht notwendig, zunächst Verfassungen der Kaiserzeit wieder einzuführen, um dann endlich souverän zu werden.

Noch haarsträubender ist die "QAnon-Bewegung", die ja bei dem "Sturm auf den Reichstag" das Bild geprägt hat. Von QAnon distanzieren sich übrigens sowohl rechtsradikale Gruppen wie auch die Reichsbürger oder die Staatenlos-Gruppe. QAnon ist unverkennbar von ausländischen Geheimdiensten ferngesteuerte Märchenstunde. Da soll es im direkten Umfeld von US-Präsident Donald Trump einen Whistleblower mit dem Decknamen "Q" geben.

Und weil der anonym zu bleiben wünscht (was ja bei der Brisanz der Informationen ganz verständlich ist, nicht wahr ...) nennt man diesen super-wichtigen Informanten "QAnon". Schlau schlau. "Q" weiß uns zu berichten, daß Trump seit seiner Amtseinführung unermüdlich Tag und Nacht dabei ist, gegen den sogenannten Tiefen Staat vorzugehen.

Und wie die Zeugen Jehovas immer wieder auf das Weltende warten, und zwar bislang - toitoitoi! - vergeblich, so warten die Q-Anons Tag für Tag darauf, die Bösen dieser Welt endlich in Handschellen auf der Anklagebank zu sehen, konfrontiert mit den unabweislichen Beweisstücken, die Trump gesammelt hat.

Und, hört, hört: Trump ist einem Kinderschänder-Ring auf der Spur. Die Clintons sollen beteiligt sein. Die Reichen dieser Welt sollen angeblich unschuldige Kinder in unterirdischen Gängen gefangen halten. Aus dem Blut der Kinder gewinnen die Superreichen und Mächtigen eine Essenz, die ihnen ein verlängertes Leben garantiert.

Dazu ist zu sagen: Die Geschichte mit den rituellen Kinder-Opferungen ist ein makabres, äußerst pervernes Remake. Die Katholische Kirche hatte im Mittelalter und auch noch später im Umlauf gebracht, die Juden würden bei ihren Gottesdiensten rituelle Opferungen vornehmen und das Blut dieser trinken. Das war eine propagandistische Initialzündung für die gräßlichen Pogrome gegen Juden im Mittelalter. Und diese Pogrome waren verdammt real.

Und: Es gibt gerade jetzt im Zeitalter von Sankt Corona so viele perverse Mißhandlungen von Kindern in Schulen, Kitas und Gymnasien. Das ist grausig genug und erfordert härteste Abwehrkämpfe, um diese Perversionen sofort zu beenden. Wir haben auch genug zu tun, um in der Welt real existierende Zwangsprostitution und Freiheitsberaubung sowie die Rekrutierung von Kindersoldaten zu beenden.

Ich mußte mir auch mal im Auto eine frohe Botschaft der QAnonisten anhören. Das ging so: *"Also Leute, Heinz hat gerade angerufen. Es sind schon 80.000 US-Soldaten in Deutschland eingetroffen. Frau Merkel ist bereits verhaftet. Und auch Papst Franziskus. Leute, lehnt Euch zurück und genießt den tollen Tag! Es kommen herrliche Zeiten!"* Tatsächlich gibt es genug Dummbbeutel, die auf so einen Unfug hereinfallen wollen. Als die Polizei die QAnonisten von der Bundestagstreppe zurückdrängte, riefen einige verhinderte Okkupanten ganz enttäuscht: *"Also haben uns die Alliierten doch im Stich gelassen!"*

Brauchen wir die Reichsbürger, die Staatenlosen oder die QAnonisten um festzustellen, daß Deutschlands Souveränität fortlaufend demontiert wird? Müssen wir ins Märchenland flüchten, um der Erkenntnis zu entkommen, daß die Europäische Union ein illegitimer Mega-Apparat ist, mit dem Konzerne und Kartelle von oben nach unten ohne jedes Votum durch die Menschen draußen im Land einfach ganz frech durchregieren?

Die Träger der Reichsfahne Schwarz-Weiß-Rot sollte man dennoch nicht ausgrenzen oder diskriminieren. Man sollte immer wieder das Gespräch mit ihnen suchen und ihnen mit vernünftigen Argumenten begegnen. Zugleich wird es mit unserer Schwarmintelligenz möglich sein, die wirklichen Drahtzieher der drei genannten Strömungen ausfindig zu machen.

Dank der sozialen Medien sind kollektive Lernprozesse heutzutage sehr schnell zu erreichen. So bekam ich neulich die Nachricht, bei der Verteidigung des Reichstagsgebäudes sei auch ein bekannter Schauspieler dabei. Ich gab die Nachricht weiter, und nach zehn Minuten wußte ich bereits, daß es sich um den schauspielernden Polizisten Karsten Bonack handelte. Seit

dem Entstehen der Anti-Corona-Regime-Bewegung haben die kollektiven Lernprozesse eine atemberaubende Geschwindigkeit angenommen.

Das läßt hoffen.<<

Die AfD-Fraktion des Deutschen Bundestages stellte am 15. September 2020 folgenden Antrag - Modernste Kernenergie für Deutschland - Sicher, sauber und bezahlbar. Drucksache 19/22434 (x1.043/...): >>>Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Der vollständige Ausstieg Deutschlands aus der Kernenergie nach 2020 wird schwerwiegende Folgen für Deutschlands Wirtschaft, Umwelt und Bürger nach sich ziehen.

Exorbitant hohe Strompreise, eine fortan unsichere Stromversorgung, chronische Subventionierungen der Anlagen aufgrund ihrer Unwirtschaftlichkeit sowie enorme und immer weiter steigende Umweltbelastungen durch den vorangetriebenen Ausbau sogenannter "Erneuerbarer" sind und bleiben unter den jetzigen Umständen dauerhaft Teil dieser Energiepolitik. Die selbst auferlegten Ziele der Bundesregierung, eine sichere, saubere und bezahlbare "Energie-wende" zu erreichen, sind für die kommenden Jahrzehnte schlicht nicht umsetzbar und damit gescheitert. Diese Energiepolitik wird jedoch weiterhin vorangetrieben.

Die Kernenergie ist entgegen jahrzehntelanger Panikmache, Halbwahrheiten und einem antiquierten Wissensstand nachweislich eine der zuverlässigsten, umweltfreundlichsten sowie preisgünstigsten Energieträger. Moderne Reaktorgenerationen haben keine Gefahrenpotentiale mehr, die zu großen Störfällen führen könnten. Eine hohe und preiswerte Versorgungssicherheit ist nur mit Kernenergie, die die ausschließlich negativen Auswirkungen der instabilen erneuerbaren Energien kompensieren muß, zu erreichen.

Die friedliche Nutzung der Kernenergie wird aufgrund § 7 AtG in Verbindung mit Anlage 3 behindert. Dies verbietet einen Betrieb kerntechnischer Anlagen nach 2022 grundsätzlich. Mit diesem auf unwissenschaftlicher und irreführender Basis fußenden Verbot verwehrt sich Deutschland damit selbst die Möglichkeit, in der Forschung, Entwicklung und Produktion eine führende Rolle einzunehmen und die Stromversorgung verlässlich und preiswert zu sichern.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

1. daß deutsche Kernkraftwerke gemäß den Zulassungsbestimmungen und unter Wegfall der Restlaufzeit- und Strommengenbegrenzungen in Betrieb bleiben dürfen sowie eine konventionelle Nutzung zukünftiger Kernenergieanlagen potentiell wieder zu ermöglichen. § 7 AtG in Verbindung mit Anlage 3 wird entsprechend geändert;
2. die gezielte Forschung und Entwicklung moderner, sicherer und reststoffverwertender Kernkraftreaktoren entsprechend einer schnellen Umsetzung ausreichend zu fördern;
3. die Betriebsaufsicht und Genehmigungskompetenz aller kerntechnischen Anlagen gemäß AtG, sofern noch beim Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit ansässig, auf das Bundesministerium für Wirtschaft und Energie zu übertragen;
4. um die jahrzehntelang gestreuten Falschinformationen und Hysterie zu beenden und über die tatsächlichen Fakten zu potentiellen Gefahrenlagen, Umweltbilanz, Reststoffverwertung, Kosten und Versorgungssicherheit zu informieren z.B. von der Bundeszentrale für politische Bildung Aufklärungskampagnen durchführen zu lassen.

Berlin, den 4. September 2020

Dr. Alice Weidel, Dr. Alexander Gauland und Fraktion.

Begründung

Für eine echte sichere, umweltfreundliche, verlässliche und günstige Energieversorgung sind Kernkraftwerke notwendig. Kernkraftwerke der neuesten Generation sind in der Lage, diese Kriterien besser umzusetzen als die instabilen "erneuerbaren" Energien.

Für die friedliche Nutzung der Kernenergie in der Zukunft ist es notwendig, daß gemäß den

Zulassungsbestimmungen und unter Wegfall der Restlaufzeit- und Strommengenbegrenzungen (Abänderung des § 7 AtG in Verbindung mit Anlage 3) die konventionelle Nutzung der Kernenergieanlagen wieder ermöglicht werden.

Die Aufsicht im Bereich Kernenergie allein durch das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit (BMU) ist für eine moderne Energiepolitik ungeeignet. Abseits der Emissionen und des Strahlenschutzes sind die Fragen der technischen Sicherheit wie bei anderen Industrieanlagen auch (z.B. TÜV), ebenso bei der Kerntechnik dem Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWi) zuzuordnen - ist es doch heute noch federführend im Gebiet der nuklearen Sicherheitsforschung.

Fragen der Energieversorgung sind im BMWi angesiedelt. Deshalb ist es nicht ersichtlich, bei Kernenergie von dieser Systematik abzuweichen. Die Betriebsaufsicht und Genehmigungskompetenz aller kerntechnischen Anlagen gem. AtG, sind deshalb auf das Bundesministerium für Wirtschaft und Energie zu übertragen.

Aufgrund der seit mehreren Jahrzehnten einseitig laufenden Hysterie gegen die Kernenergie ist eine Aufklärungskampagne notwendig, um die Mythen und Halbwahrheiten zu entkräften und alle Aspekte ideologiefrei und im Licht der technologischen Weiterentwicklungen zu betrachten.

1. Sicherheitsfaktoren

Mit Verweis auf Fukushima begründete die Bundesregierung den Ausstieg aus der Kernenergie in Deutschland mit den "unabsehbaren Restrisiken". Die Ursache der dortigen Havarie war ein Tsunami. Die Standorte der Kernkraftanlagen in Deutschland sind nicht tsunamigefährdet. Eine Einstufung der Standorte in Deutschland als "tsunamigefährdet" muß aufgrund der geologischen Gegebenheiten ausgeschlossen werden.

Zudem sind in deutschen Kernkraftwerken jene Sicherheitseinrichtungen installiert, welche in Fukushima fehlten und dort den Störfall verhindert hätten. Der Störfall in Tschernobyl kann auf Grund der dortigen Fehler und fehlenden Sicherheit nicht für eine Beurteilung der Lage in Deutschland herangezogen werden.

Die Reaktortypen der neuesten Generationen berücksichtigen theoretische Gefahren und mögliche Havarien und vermeiden diese konsequent durch ihre Funktionsweise. Störfallrelevante Leistungserhöhungen (Tschernobyl) und die Überhitzung bzw. Zerstörung des Kerns infolge Kühlausfall (Fukushima) sind ausgeschlossen. Moderne und reststoffverwertende Kernkraftanlagen sind sicher und müssen gezielt erforscht und entwickelt werden.

2. Wirtschaftlichkeit und finanzielle Folgen für die Verbraucher

Die sogenannte "Energiewende" hat dazu geführt, daß Deutschland die mit Abstand höchsten Strompreise in der EU zu verzeichnen hat. Seit 2009 sind diese um 35 % gestiegen. In Zahlen bedeutet dies einen Anstieg von circa 20 ct/kWh auf über 31 ct/kWh, für Unternehmen mit einem Jahresstromverbrauch zwischen 20.000 - 70.000 MWh circa 9 ct/kWh - Frankreich und Schweden liegen ein Drittel bis fast die Hälfte darunter. Ein Ende dieser Tendenz ist nicht in Sicht, im Gegenteil: die Strompreise werden noch weiter ansteigen, voraussichtlich auf 32,2 ct/kWh.

Im April 2020 wurde der Strompreis bereits gar um 4,4 Prozent gegenüber dem Strompreis des Vorjahres übertroffen. Die Bundesregierung möchte nun die steigende EEG-Umlage, welche mit 6,756 ct/kWh bereits ein Viertel des Strompreises ausmacht und welche 2021 noch weiter auf den Rekordwert von 8,44 ct/kWh ansteigen wird, mit Mitteln aus dem Bundeshaushalt bezuschussen.

Zusammenfassend ist zu sagen, daß sich die sogenannte "Energiewende" als teures, unsoziales und dauerhaft unwirtschaftliches Luxusprojekt herausgestellt hat, welches die Bürger unnötig belastet und den Standort Deutschland in Gefahr bringt.

Die Subvention der Kernenergie ist gegenüber der der Energiewende gering. Sie beinhaltet

vor allem Forschung und Entwicklung, während die instabilen "Erneuerbaren" auch im Betrieb noch subventioniert werden müssen.

Darüber hinaus entstehen für diese instabile Stromversorgung Systemumbaukosten, die die Volkswirtschaft nicht mehr tragen kann. Sie alleine werden sich auf mehrere Billionen Euro belaufen- volkswirtschaftliche Einbußen nicht mitgerechnet. Die bisherigen deutschen Kernkraftwerke haben nach ihrer Abschreibung einen Strompreis von etwa 2 ct/kWh ermöglicht und sind ohne weitere Dauersubventionen ausgekommen. Den größten Kostenfaktor machen die Baukosten aus.

Ideologiefreie wissenschaftliche Studien zeigen auf, daß Kernenergie selbst im Vergleich zur Kohleenergie günstiger in der Stromerzeugung ist. So liegen die Kosten der - bereits jetzt sehr günstigen - Stromerzeugung durch Kohle bei 4 ct/kWh, jene von Flüssigsalzreaktoren voraussichtlich mit 3 ct/kWh sogar darunter. Kernenergie hat eine hohe Wettbewerbsfähigkeit.

3. Umweltschutz

Kernenergie ist deutlich umweltfreundlicher als die sogenannten "erneuerbaren Energien". Die Landschaftsversiegelung beträgt bei dem Einsatz von Kernenergie nur einen Bruchteil der beanspruchten Fläche (<1 %). Natürliche Lebensräume werden beim Einsatz von Kernenergie nicht wie bei Windindustrieanlagen zerstört.

Sondermüll durch sogenannte "erneuerbare Energien" stellt ein bisher ignoriertes Problem dar. Je massiver der forcierte und ideologiegetriebene Ausbau sogenannter "erneuerbaren Energien" vorangetrieben wird, um so größer wird die Belastung mit Gift- und Sondermüll für, sowie die schädlichen Eingriffe in die Umwelt. In Deutschland werden bis 2050 voraussichtlich circa 4,3 Millionen Tonnen Altmodule von Photovoltaikanlagen anfallen, die giftige und krebserregende Verbindungen enthalten.

Nur eine sachgemäße Entsorgung verhindert die Gefahr einer vollständigen Auswaschung der Gifte, was bei Exporten des Solarmülls weder überwachbar noch zu garantieren ist. So wird die Verseuchung von sensiblen Ökosystemen auch im Ausland billigend in Kauf genommen. Der massive Ausbau von Windindustrieanlagen vergrößert das bisher ungelösten Problems des Sondermülls durch CFK-Rotorblättern.

Tiere, insbesondere Vögel und Insekten, sind durch den Massenbetrieb von Windindustrie- und Photovoltaikanlagen tödlichen Gefahren ausgesetzt. Großflächige Photovoltaikanlagen stellen wie Windindustrieanlagen ebenfalls eine massive Gefahr für Vögel und Insekten dar. Das Deutsche Zentrum für Luft- und Raumfahrt geht von rund 1.200 Milliarden Fluginsekten pro Jahr aus, die durch Windindustrieanlagen getötet werden. Insbesondere seltene Wasserinsekten verwechseln Photovoltaikanlagen mit Gewässern und verbrennen auf deren Oberfläche.

2019 wurden circa 1.200 Tonnen Insekten durch Windindustrieanlagen vernichtet. Das entspricht mehreren Milliarden Insekten pro Tag. In Deutschland ist der massenhafte Tod durch Rotorblätter bei Vögeln und Fledermäusen ein ernstzunehmendes Problem, welches sich mit dem forcierten Ausbau von Windindustrieanlagen weiter verschärfen wird. 2002 wurden allein in Brandenburg 3.900 tote Vögel gezählt, 10 Prozent der Seeadlerpopulation fielen den Windindustrieanlagen zum Opfer.

Durch den seitdem massiv verstärkten Ausbau jener Energieanlagen muß davon ausgegangen werden, daß die Zahl nochmal deutlich gestiegen ist, die Dunkelziffer weitaus höher liegt und die Gefahr stetig wächst. Mit dem Ausbau moderner Kernenergie kann diese Entwicklung gestoppt werden.

Moderne Kernkraftkonzepte beinhalten Lösungen für die Reststoffproblematik. Nukleare Reststoffe werden als Brennstoffe wiederverwertet. Damit reduzieren sich sowohl die Menge als auch Halbwertszeit auf einen Bruchteil. Statt mehreren Hunderttausend Jahren sinkt die

Strahlungsintensität auf wenige hundert Jahre.

4. Versorgungssicherheit

Die Wetterabhängigkeit der Windindustrie - und Photovoltaikanlagen führt zu einer stark schwankenden Stromproduktion. Für die Wirtschaft bedeutet dies einen immensen Unsicherheitsfaktor am Wirtschaftsstandort Deutschland, dessen Attraktivität gleichzeitig durch die steigenden Preisen massiv in Frage gestellt wird.

Eine gesicherte Leistung - und damit eine sichere Stromversorgung in Deutschland auf Grundlage von Wind- und Sonnenenergie ohne konventionelle Energiequellen ist rein physikalisch nicht möglich; entsprechende Speichertechnologien existieren nicht, sondern stecken erst in den Kinderschuhen. Wind- und Photovoltaikanlagen haben eine gesicherte Leistung von nur 0 Prozent bis 2 Prozent.

Mit der Abschaltung von 10 GW aus Kernkraftwerken sowie der zusätzlichen Abschaltung von 13 GW aus Kohlekraftwerken wird sich die Kapazität der gesicherten Stromerzeugung von 87 GW auf 67 GW verringern.

Dies liegt jedoch deutlich unter der Spitzenlast von 80 GW bis 90 GW. Bereits 2022 sollen aufgrund der ideologisch motivierten Energiepolitik der Bundesregierung 15 bis 20 GW, im Jahr 2030 30 bis 40 GW gesicherte Leistung fehlen. Mit anderen Worten, eine gesicherte Stromversorgung ist aufgrund der sogenannten "Energiewende" nicht mehr gewährleistet.

Da bis 2030 "... im Zuge des Atom- und Kohleausstiegs rund 43 % der gesamten gesicherten Leistung des Jahres 2018 vom Netz ..." gehen, wie die Unternehmensberatung McKinsey in ihrem Energiewende-Index 2019 festgestellt hat, ist die Blackout-Gefahr in Deutschland real. Fehlender oder überschüssiger Strom muß aufgrund fehlender Speichertechniken mit wirtschaftlichem Verlust ins Ausland verschenkt oder zu negativen Preisen verkauft werden - auf Kosten der deutschen Verbraucher.

Auch wird ein Import von Strom aus dem Ausland keine Abhilfe schaffen können, da Flaute oft nicht national, sondern grenzüberschreitend überregional gleichzeitig auftreten - die ambitionierten Ziele, emissionsarmen/-freien Strom zu importieren, würden und werden an den physikalischen Realitäten und Gegebenheiten scheitern, die sich nicht wegdiskutieren lassen. Die nun alternativ vorgeschlagene "flexible Nachfrage" würde de facto nichts anderes als Strompreiserhöhungen bedeuten, wenn Energie bei Dunkelflaute nachgefragt wird, oder gleich Zwangsabschaltung zur Folge haben.

Dies bedeutet, daß nur durch den Import von Strom aus konventionellen Energien, also Kohle und Kernenergie, dem deutschen Markt eine gesicherte Leistung gegeben werden kann. Der Einsatz modernster Kernenergie in Deutschland würde sowohl die Exportabhängigkeit auf ein Minimum beschränken, sie gar beenden und wäre von jeglichen wetterbedingten Schwankungen in der Stromproduktion unberührt. So kann für Deutschland eine gesicherte Leistung im notwendigen Maße wetterunabhängig garantiert, der steigenden Gefahr eines Blackouts begegnet und ohne volkswirtschaftlich schädliche Verrenkungen eine emissionsfreie Energieerzeugung angestrebt werden.

5. Deutschlands Zukunft als High-Tech-Standort für Energietechnologien

Die Energiewende soll laut Bundesregierung "... zum Treiber für Energieeffizienz, Modernisierung, Innovationen ... bei der Strom- und Wärmeversorgung ... machen". Da die instabilen "Erneuerbaren" alte Technologien und nicht wettbewerbsfähig sind, ist nicht ersichtlich, wie die Bundesregierung zu solchen Aussagen kommt.

Das Festhalten an der Energiewende und der Ausstieg aus der Kernenergie werfen Deutschland im Gegenteil technologisch und wirtschaftlich zurück.

Mit der angekündigten Senkung, des Abschmelzens der EEG-Umlage jährlich um 1,5 %, verzeichnete die deutsche Solarbranche einen massiven Rückgang, der in Insolvenzen oder ausländischen Übernahmen zahlreicher Firmen der Solarbranche mündete; dasselbe erwartet

die Windkraftbranche. Statt dessen werden Module aus China importiert, da diese qualitativ aufgeholt haben und ihre Beschaffung wirtschaftlicher ist.

Deutschland hat als Forschungs-, Innovations- und Produktionsstandort in diesem Feld keine Strahlkraft mehr. Durch Gängelungen in Form von Gesetzen werden die Verbraucher jedoch gezwungen, diese Energiepolitik mitzutragen, die Entscheidungsfreiheit für das beste Produkt im Sinne der Verbraucher wird massiv beschnitten und eingeschränkt.

Deutschland hat jedoch noch die Möglichkeit, den Abfluß von Know-how im Bereich der High-Tech-Kernforschung entgegenzuwirken: Mit einer echten Energiewende hin zu einer umwelt- und verbraucherfreundlichen Stromerzeugung mit modernster Kernkraft. Deutschland droht jedoch, den Anschluß zu verlieren. Kernenergie wird nicht zufällig von Ländern wie Kanada, China, Frankreich, Finnland, Indien, Japan, Korea, Rußland, Südafrika, Schweden, Großbritannien, den Vereinigten Arabischen Emiraten sowie den Vereinigten Staaten von Amerika begleitet und aktiv vorangetrieben.

Erste Prototypen befinden sich bereits im Bau. Deutschland hat sich selbst aus diesem Kreis und somit von den Zukunftsprojekten modernster Energieerzeugung und -versorgung ausgeschlossen. Trotzdem: Es nicht zu spät, wieder den Anschluß zu finden. Mit der Abänderung des § 7 AtG in Verbindung mit Anlage 3 würde wieder ein Umfeld für Spitzentechnologieforschung in Deutschland ermöglicht.<<

Die AfD-Fraktion des Deutschen Bundestages berichtete am 15. September 2020 in ihrem Antrag - Kernkraft für Umweltschutz, Drucksache 19/22435 (x1.022/...): >>**Der Bundestag wolle beschließen:**

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Tschernobyl 1986 und Fukushima 2011 werden von Lobbyisten der Antiatomszene gerne zu Propagandazwecken mißbraucht. Tatsächlich hat nicht die Reaktorhavarie, sondern Erdbeben und Tsunami das zigtausendfache Leid in Japan ausgelöst, doch in linksgrünen Kreisen instrumentalisiert man diese Opferzahlen noch immer, um die eigene Ideologie den Menschen aufzuzwingen.

In diesen Kreisen preist man die "Erneuerbaren Energien" als Heilsbringer für das erfundene Problem des "menschengemachten Klimawandels" und stellt in Aussicht, daß man durch Windräder und Solarpaneele eine Industrienation am Laufen halten kann. Die großen Probleme der "Erneuerbaren", allen voran ihre hoffnungslose Ineffizienz mit den damit verbundenen enormen Kosten und dem hohen Landschaftsverbrauch sowie ihre Abhängigkeit von der Zufälligkeit des Wetters würde man schon durch geeignete Erfindungen in den Griff bekommen - geeignete Stromspeicher werde es bald geben.

Die "Erneuerbaren" müßten nur eine geeignete Anschubfinanzierung erhalten, schon würden sie zum "Selbstläufer". Kernenergie sei dagegen "böse", weil angeblich hochgefährlich und umweltschädlich. So wurde auf deren Druck vor 20 Jahren das Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) geschaffen und fast gleichzeitig der Atomausstieg beschlossen.

Schauen wir uns die Realität an:

- Nach 20 Jahren EEG sind die "Erneuerbaren" trotz exorbitanter Subventionen immer noch unbezahlbar. Wind- und Solaranlagen verursachen unter Berücksichtigung der Dauersubventionen Strompreise, die weit über denen von Kernenergie liegen: eine Megawattstunde Offshore-Windstrom und Photovoltaik kostet 100 bis 220 Euro. Dazu kommen die gern ignorierten Folgekosten für die großflächige Zerstörung der Umwelt und für den Rückbau. Die einst von Umweltminister Trittin versprochene "Kugel Eis pro Monat" kostet heute bereits über 200 Euro.

- Kernenergie war im Vergleich dazu schon immer spottbillig: die weltweiten gewichteten Durchschnittskosten für eine Megawattstunde Strom aus Kernenergielagen 2018 bei umgerechnet 60 Euro. Die günstigsten Stromgestehungskosten liegen bei rund 35 Euro pro

Megawattstunde. Und all dies trotz der massiven populistischen Angriffe und Fehlinformationen in den linksgrün dominierten Medien und der dadurch in Europa zunehmenden Projektschwierigkeiten. "Erneuerbare" produzieren nicht den billigsten, sondern den am Ende teuersten Strom.

- Mit 10 Kilogramm CO₂-Äquivalente pro Megawattstunde hat die Kernenergie den niedrigsten CO₂-Fußabdruck aller Stromerzeugungstechniken, und zwar inklusive Uranförderung und Anreicherung. Die Uranförderung findet dabei ausschließlich in OECD-Staaten wie Kanada nach modernsten technischen Umweltstandards (z.B. dem minimalinvasiven In-situ-Leaching) statt, ganz im Gegensatz zum ewigen linksgrünen Mythos eines angeblich "menschenrechtsverachtenden Uranbergbaus".

- Weder Wind- noch Solarkraftwerke lassen sich in irgendeiner Form dem Bedarf anpassen, wenn es keine Speichertechniken gibt. Doch auch hier ist man in 20 Jahren keinen Schritt weitergekommen. Daher muß der gesamte fossil-nukleare Kraftwerkspark bereitstehen, falls mal eine Dunkelflaute eintritt. Somit konnte bisher kein einziges fossiles oder nukleares Kraftwerk eingespart werden. Nur weil Kernkraftwerke sich so gut und schnell regeln lassen, kam es durch die "Erneuerbaren" noch nicht zum Blackout.

Die "Erneuerbaren" könnten ohne den fossil-nuklearen Kraftwerkspark überhaupt nicht existieren. Obwohl die "Erneuerbaren" sogar Vorrang bei der Einspeisung genießen, wurde von ihren fanatischen Anhängern die Mär von den "verstopften Netzen durch fossil-nuklearen Strom" erfunden. Früher reichte an den Knotenpunkten des Stromnetzes ein Nachtwächter, heute ist der sogenannte Redispatch dank der "Erneuerbaren" ein eigener Personal- und Kostenfaktor geworden.

Um die Kernkraft zu diskreditieren werden Nebensächlichkeiten zu Riesenproblemen aufgeblasen, z.B. daß Kernkraftwerke wegen Überhitzung der Flüsse gedrosselt werden müssen. Das passiert zwar sporadisch (ebenso bei Kohle- und Gaskraftwerken), spielt aber für die Kosten und Stabilität der Stromerzeugung praktisch keine Rolle und erledigt sich spätestens mit dem Einsatz eines Kühlturms. Mit der Wetterabhängigkeit der "Erneuerbaren" ist das überhaupt nicht zu vergleichen.

Schließlich sind die "Erneuerbaren" eine Technik der Vergangenheit, nicht der Zukunft. Windenergie, in Europa schon vor fast tausend Jahren genutzt, hatte seine Blütezeit vor 200 Jahren und wurde wegen der Effizienzsteigerung der Wärmekraftmaschinen durch fossile Energie abgelöst, was wesentlich zum heutigen Wohlstand geführt hat.

Bei der Energiegewinnung durch die Spaltung von Atomkernen mit millionenfach höherer Energiedichte stehen wir hingegen weltweit erst am Anfang. Wirklich zivile Nuklearkonzepte wie der Flüssigsalzreaktor wurden nie ernsthaft ausprobiert, obwohl ihre Machbarkeit längst erwiesen ist. Eine Entwicklung hat seit den 1970er Jahren nie stattgefunden, nicht zuletzt weil man das Geld lieber in Wolkenkuckucksheim-Visionen wie die "Erneuerbaren" steckte.

Durch lautstarke Randgruppen mit hoher medialer Präsenz wurde der politische Druck so stark, daß vielversprechende Neuentwicklungen wie der Thorium-Hochtemperaturreaktor in Hamm-Uentrop oder der Schnelle Brüter in Kalkar vorzeitig beendet wurden. So konnten diese zukunftsweisenden Ideen nie zu Ende entwickelt werden und viele blieben bis heute "Papierreaktoren".

Deutschland leistet ineffizienten und volatilen Techniken der Stromerzeugung Vorschub, indem die Bürger durch Gesetze wie dem EEG gezwungen werden, die Destabilisierung des eigenen Stromnetzes zu finanzieren, ohne davon einen Nutzen zu haben. Zu nennenswerten CO₂-Einsparungen haben all diese Ausgaben, die sich bis 2025 auf fast eine halbe Billion Euro belaufen werden, seit 20 Jahren praktisch nicht beigetragen. Die Botschaft an alle Länder sollte sein: Finger weg von den "Erneuerbaren!"

Wer die Umwelt schützen will, muß auf Kerntechnik setzen. Nur so lassen sich steigender Strombedarf mit weltweitem Bevölkerungswachstum und einem effizienten Umweltschutz in Einklang bringen. Ein Kernkraftwerk benötigt weniger als ein Hundertstel der Fläche eines Wind- oder Solarparks, Uran- und Zulieferungsindustrie inklusive. Dies allein stellt bereits

den größten Umweltschutz und gleichzeitig die beste Kosteneffizienz dar. Frankreich macht es vor:

Blühende unverspargelte Naturlandschaften bei 72 Prozent Nuklearstrom und halben Strompreisen. Jetzt gilt es, den EEG-Lobbyisten die Stirn zu bieten, die aufgebauten Hürden für die Kernenergie abzuräumen, den Menschen klarzumachen, daß umweltfreundliche und bezahlbare Stromspeicher ein Märchen sind und anderen Ländern zu zeigen, wie moderne Kerntechnik noch mehr Wohlstand und intakte Umwelt schafft.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

eine Renaissance der Kernenergie mit allen zur Verfügung stehenden guten Argumenten zu unterstützen und mit aller Kraft die europäischen und weltweiten Initiativen zum Ausbau der Kernenergie und der Entwicklung moderner Kerntechnik, z.B. basierend auf Flüssiggas, zum Wohle der Menschheit voranzubringen. Dazu soll auch die EU-Ratspräsidentschaft genutzt werden.

Berlin, den 5. Mai 2020

Dr. Alice Weidel, Dr. Alexander Gauland und Fraktion.<<

Die AfD-Fraktion des Deutschen Bundestages stellte am 15. September 2020 folgenden Antrag - Erzeugung von Wasserstoff - Wohlstand und Umweltschutz - Synthetische Betriebs- und Treibstoffe mit Nuklearenergie der Generation IV. Drucksache 19/22446 (x1.045/...):

>>**Der Bundestag wolle beschließen:**

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

1. Es gibt keinen wissenschaftlichen Beweis für einen maßgeblichen Einfluß auf das Weltklima durch vom Menschen verursachte CO₂-Emissionen.
2. Die angeblichen Beeinträchtigungen durch einen vom Menschen verursachten Klimawandel beruhen auf unbelegten, einseitig ausgelegten hypothetischen Annahmen.
3. Es gibt mitnichten einen "wissenschaftlichen Konsens" in der "Klimadebatte", auch wenn dies in Medien, Politik und politisch bezahlter "Forschung" immer behauptet wird. Seriöse Forschung sieht den Einfluß des menschengemachten CO₂ als nachrangig an.
4. Die von der Bundesregierung verfolgte "Energiewende" und "Klimaschutzpolitik" hat in den letzten 20 Jahren immense Geldmengen gekostet, Notstandsrisiken erhöht, aber keinen Nutzen erbracht.
5. Auch nach 20 Jahren Förderung kann der sogenannte "erneuerbare Strom" nicht wettbewerbsfähig produziert werden.
6. CO-Emissionen sind kein Bewertungsmaßstab für technische und wirtschaftliche Prozesse.
7. Die politische Zielsetzung Deutschland und Europa von dem natürlichen, lebensnotwendigen Spurengas CO₂ "frei" zu machen, vernichtet Wohlstand, wirkt auf die Gesellschaft bei der gegenwärtigen Strategie in gefährlicher Weise destabilisierend und schädigt die Umwelt.
8. Die Erzeugung von Wasserstoff steht nur stellvertretend für eine breite Palette "synthetischer" Betriebs- und Treibstoffe, die Produkte aus Erdöl und Erdgas ersetzen könnten.
9. Der Ersatz von Produkten aus Erdöl und Erdgas mit "synthetischen" Betriebs- und Treibstoffen ist kein Selbstzweck, sondern dient der langfristigen, strategischen Verfügbarkeit und muß sich an wettbewerbsfähigen Kosten orientieren.
10. Ineffiziente Energieumwandlung bleibt ineffizient auch wenn man weitere Prozesse der Energieumwandlung ergänzt, die physikalischen Gesetze lassen sich nicht umgehen.
11. Die Speicherung von Umgebungsenergien wie Sonne, Wind und Biomasse (z.B. Mais) in Form von Wasserstoff oder anderen "synthetischen" Betriebs- und Treibstoffen ist nicht nur ineffizient und teuer, sondern auch mit erheblichen Eingriffen in Naturräume (trockeneres und wärmeres Regionalklima durch Windenergie, Insektensterben, Vogelschlag und Monokulturen) verbunden beziehungsweise steht in Konkurrenz zur Nahrungsproduktion. Die Wohlstandsvernichtung und Naturzerstörung durch "erneuerbare" Energien wird auf diese Weise

noch potenziert.

12. Die Verwendung von Biomasse zur Herstellung von sogenannten "Bio-Kraftstoffen" wirft zusätzlich ethische Fragen auf, da hier immer Flächenkonkurrenz zur Nahrungsmittelherstellung entsteht, ausgenommen Biomasse aus Abfall- und Reststoffen, welche dem Wirtschaftskreislauf entstammen und keine weitere Verwendung finden.

13. Die Energiebereitstellung durch fossile und nukleare Energie mit ihren hohen Leistungsdichten ist zehnfach bis 100-fach effizienter als die Nutzung von Umgebungsenergien wie Sonne, Wind und Biomasse (z.B. Mais) und ihr Fußabdruck in der Umwelt ist daher deutlich geringer.

14. Die großtechnische Produktion von "synthetischen" Betriebs- und Treibstoffen als Ersatz für Produkte aus Erdöl oder Erdgas setzt eine kostengünstige, verlässliche und in großen Mengen verfügbare Hochtemperatur-Quelle voraus.

15. Hochtemperatur-Flüssigbrennstoff-Kernreaktoren der Generation IV können eine Hochtemperatur-Quelle für die großtechnische Produktion von "synthetischen" Betriebs- und Treibstoffen bereitstellen.

16. Mit einer nuklearen Hochtemperatur-Quelle können aus verschiedensten Ausgangsstoffen (Kohle, Abfall, Luft, Wasser) unterschiedlichste Betriebs- und Treibstoffe (Ammoniak, Kerosin, Raketentreibstoff) hergestellt werden. Die wesentlichen Verfahren zur Herstellung "synthetischer" Betriebs- und Treibstoffe sind seit fast 100 Jahren bekannt und wissenschaftlich erforscht.

17. Die Herstellung von "synthetischen" Betriebs- und Treibstoffen hat ohne Kernenergie keinen Sinn.

18. Technisch gibt es keine Beschränkung für die Verfügbarkeit von kostengünstiger Energie, fossile Brennstoffe werden auch bei steigendem Energieverbrauch noch lange Zeit zur Verfügung stehen, Nuklearbrennstoffe sind nach menschlichen Maßstäben unbegrenzt verfügbar.

19. Einschränkungen für die Verfügbarkeit kostengünstiger Energie sind ausschließlich durch menschliches Unverständnis begründet.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

1. die Herstellung "synthetischer" Betriebs- und Kraftstoffe (z.B. Wasserstoff) durch Nutzung der Kernenergie, insbesondere mit Hilfe von Flüssigbrennstoff-Hochtemperatur-Reaktoren der Generation IV, als geeignete Strategie zur langfristigen, strategischen Verfügbarkeit anzuerkennen und dieser Strategie Priorität einzuräumen,

2. die Forschung auf diesem Gebiet umfassend national und international zu fördern,

3. die Genehmigung derartiger Anlagen unter Beachtung vernunftgeleiteter Umwelt- und Sicherheitsauflagen konstruktiv zu begleiten und investitionssicher zu gestalten und

4. eine Änderung für das Atomgesetz (AtG) vorzulegen, mit der Absicht, die friedliche Nutzung der Kernenergie zum Zweck der Entsorgung nuklearer Rückstände unter Nutzung von Flüssigbrennstoff-Hochtemperatur-Kernreaktoren der Generation IV zu ermöglichen (insbesondere die §§ 1, 7 und 9 AtG).

Berlin, den 10. September 2020

Dr. Alice Weidel, Dr. Alexander Gauland und Fraktion

Begründung

Ein nennenswerter Einfluß von CO₂ auf das Klima der Erde ist weder erkennbar noch wissenschaftlich reproduzierbar nachgewiesen. Der "UN-Weltklimarat" IPCC konstatierte in seinem dritten Bericht von 2001: "In Sachen Klimaforschung und -modellierung sollten wir anerkennen, daß es sich dabei um ein gekoppeltes, nichtlineares, chaotisches System handelt. Deshalb sind längerfristige Vorhersagen über die Klimaentwicklung nicht möglich."

Tatsächlich wohnt Prognosen der klimatischen Entwicklung, die über einen Zeitraum von mehr als zehn Jahren hinausgreifen, nach wie vor keinerlei Vorhersagekraft mehr inne. Die

Klimaforschung behilft sich daher mit Szenarien, die zwar plausibel und in sich widerspruchsfrei sind, denen aber aufgrund ihrer Konstruktion keine Eintrittswahrscheinlichkeiten zugeordnet werden können.

Allein der unvermeidbare statistische Fehler bei der Bestimmung des Langwellenstrahlungseffekts der Wolkenbildung in Standard-Klimamodellen ist über hundertmal größer als der Effekt, der nach diesen Modellen vom CO₂ verursacht sein soll. Im Gegenteil - das Klima kann und muß nicht vor hohen CO₂-Gehalten in der Atmosphäre geschützt werden, wie erdgeschichtliche Daten zeigen.

Auch der vielzitierte wissenschaftliche Konsens über den Klimawandel gilt nur insofern, als eine Mehrheit der Klimawissenschaftler der Meinung ist, daß der Klimawandel real und zumindest teilweise vom Menschen verursacht sei. Über das Tempo des Klimawandels gibt es nach wie vor eine Kontroverse, ebenso über die Aussagekraft von Klimamodellen über die Höhe des menschlichen Anteils am Klimawandel, über die direkten und indirekten Einflüsse der Sonne und der Wolkenbildung, über den Wärmeaustausch zwischen Atmosphäre und Ozeanen und über die CO₂-Bindekraft von Pflanzen.

Auch Art und Ausmaß der Auswirkungen des Klimawandels auf unseren Planeten oder konkrete Wege zu seiner Bewältigung sind von einem weltweiten Konsens unter allen Experten nicht umfaßt.

Das IPCC kam 2014 zu der Schlußfolgerung, daß mit einer weiteren Erwärmung eine globale Zunahme von Hitzewellen und mit regionalen Unterschieden auch ein häufigeres Auftreten extremer Niederschläge wahrscheinlich seien, jedoch keine solche Aussage in Bezug auf Orkane, Tornados, Überflutungen und Dürren getroffen werden könne. Indes verursachen ausgerechnet Hitze und starke Niederschläge als Extremwetterereignisse die verhältnismäßig geringsten Schäden. Zudem nehmen klimainduzierte Todesfälle seit Jahrzehnten dramatisch ab. Die Anzahl der Toten durch Stürme, Dürren, Überflutungen, Erdbeben, Lauffeuer und extreme Temperaturen ist in den letzten 90 Jahren um 95 Prozent zurückgegangen.

Und das, obwohl sich im gleichen Zeitraum die Weltbevölkerung mehr als verdreifacht hat. Ursache des Rückgangs der Opferzahlen sind technologischer Fortschritt und steigender Wohlstand. Menschen sind immer besser in der Lage, Extremwetter vorherzusehen, sich vorzubereiten, die Versorgung sicherzustellen, geeignete Notfallmaßnahmen durchzuführen und sich somit auch physisch rechtzeitig vor klimatischen Gefahren zu schützen. Der Klimawandel ist in dieser Hinsicht bislang jedenfalls nach Ansicht der Antragssteller kein relevantes Problem für die Menschheit.

Das Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) als Teil der Klimaschutz- und Energiepolitik befördert ineffiziente, instabile Energieerzeugung wie Photovoltaik und Windenergie und belastet die Bürger gleich mehrfach - über den Aufschlag im Strompreis, aus denen die Zwangsumlagen bezahlt werden, durch Verlagerung bzw. Schließung wertschöpfender Betriebe aus Deutschland und durch ein erhöhtes Risiko eines flächendeckenden Stromausfalls (Blackout), bedingt durch die wetterabhängige Stromerzeugung aus Wind und Sonne.

Die Klimaschutzpolitik und das Erneuerbare-Energien-Gesetz belasten die deutsche Volkswirtschaft bis heute mit deutlich über einer halben Billion Euro, über 500 Milliarden, in den letzten Jahren waren das allein für erhobene Zwangsumlagen 20 bis 25 Milliarden Euro jährlich. Das Erneuerbare-Energien-Gesetz ist ein mustergültiges Beispiel gescheiterter, fehlgeleiteter, ideologisch verblendeter Wirtschaftspolitik.

Nach 20 Jahren und mehreren hundert Milliarden Euro Zwangsumlagen ist es nicht gelungen, Anlagen zur Erzeugung von Elektrizität aus sogenannten "erneuerbaren" Energien wettbewerbsfähig zu machen, die immer noch ausgezahlten Zwangsumlagen und deren jährliche Steigerungen sprechen für sich. Aber anstatt diese Geld- und Wohlstandsvernichtung zu beenden, wird von der Bundesregierung die zuverlässige und wettbewerbsfähige Erzeugung von

Elektrizität entweder verboten - nukleare Brennstoffe - oder stark eingeschränkt - fossile Brennstoffe.

CO₂-Emissionen sind kein Bewertungsmaßstab für technische und wirtschaftliche Prozesse. Der Treibhausgas-Emissionshandel hat die deutsche Wirtschaft seit 2012 mehr als 7 Milliarden Euro gekostet. Das Brennstoffemissionshandelsgesetz wird Unternehmen und Bürger bis 2023 mit knapp 20 Milliarden Euro belasten.

Die Abschaffung des Treibhausgas-Emissionshandels und des Brennstoffemissionshandelsgesetzes würde Bürger und Unternehmen entlasten, Kaufkraft freisetzen und den Unternehmen dringend benötigte finanzielle Spielräume geben.

Die politische Zielsetzung Deutschland und Europa von dem natürlichen, lebensnotwendigen Spurengas CO₂ "frei" zu machen, vernichtet Wohlstand und wirkt auf die Gesellschaft in gefährlicher Weise destabilisierend.

Die Bundesregierung propagiert seit neuestem, daß die Herstellung von Wasserstoff die bestehenden Probleme der "Energiewende" und des Klimaschutzes auflösen soll. Die Herstellung von Wasserstoff ist nicht neu, ab Mitte des 19. Jahrhunderts bis in die zweite Hälfte des 20. Jahrhunderts wurde aus Kohle und Wasser "Stadtgas" oder "Kokereigas" hergestellt, das zur Hälfte aus Wasserstoff bestand. Dieses Gas wurde zur Beleuchtung, zum Kochen und zur Warmwasserbereitung verwendet.

Heute wird Wasserstoff aus Erdgas bzw. leichten Erdölfraktionen (Dampfreformierung) hergestellt und beispielsweise in Raffinerien bei der Aufspaltung von schweren Erdölfraktionen (Cracken) eingesetzt. In der chemischen Industrie entsteht Wasserstoff u.a. bei der Herstellung von Laugen (Chloralkali-Elektrolyse) und wird z.B. bei der Herstellung von Stickstoffdünger (Haber-Bosch-Verfahren) eingesetzt.

Es gibt also heute schon in der Industrie vielfältige Anwendungen und Verfahren in denen Wasserstoff erzeugt und verwendet wird.

Sollen Erdgas und Erdölprodukte ersetzt werden, kann Wasserstoff auch aus der Aufspaltung von Wasser (Wasserelektrolyse) mit elektrischer Energie und/oder thermischer Energie hergestellt werden. Je höher die Temperatur der Elektrolysereaktion gewählt wird, desto höher ist der Anteil der thermischen Energie, somit geringer der Anteil der notwendigen elektrischen Energie und entsprechend effizienter ist die Herstellung von Wasserstoff.

Heute gibt noch keine Anlagen im industriellen Maßstab, es fehlt eine kostengünstige, verlässliche und in großen Mengen verfügbare Hochtemperatur-Quelle. Hochtemperatur-Flüssigbrennstoff-Kernreaktoren der Generation IV könnten eine solche Hochtemperatur-Quelle für die großtechnische Produktion von Wasserstoff darstellen.

Diese Reaktoren sind herausragend sicher auslegbar und zusammen mit der Fähigkeit, Nuklearbrennstoff vollständig verwerten und damit langlebige Rückstände praktisch völlig vermeiden zu können, besonders umweltfreundlich. Sie stoßen keine relevanten Mengen an Schadstoffen aus. Wasserstoff hat rein technisch das Potential, über die heute vorhandenen Anwendungen in der chemischen Industrie hinaus bei industriellen Prozessen fossile Energieträger zu ersetzen, z.B. in der Metallurgie (Stahlherstellung), in der chemischen Industrie, bei der Baustoffproduktion (Zementherstellung) oder in der Glasherstellung und -verarbeitung, wirtschaftlich erschließbar ist dies heute noch nicht.

Sollen Erdgas und Erdölprodukte nicht nur in der Industrie, sondern auch in anderen Sektoren der Volkswirtschaft, Verkehr, private Haushalte, ersetzt werden, ist Wasserstoff für die direkte Anwendung als Energieträger, z.B. als Fahrzeugkraftstoff, weniger geeignet. Wasserstoff ist ein extrem flüchtiges Gas und nur sehr aufwendig zu speichern.

Andere Stoffe wie Ammoniak (NH₃) hingegen sind technisch einfacher zu handhaben und stellen deutlich geringere Anforderungen an die Speicherung als Wasserstoff. Ammoniak ist bereits bei niedrigem Druck flüssig (~ 10 bar bei 20° C), während Wasserstoff entweder

gasförmig mit sehr hohem Druck (> 350 bar bis 800 bar bei 20° C) oder flüssig sehr aufwendig tiefgekühlt (< -240° C bei 13 bar) gespeichert werden muß.

Ammoniak bietet als Energieträger für den Verkehr und die privaten Haushalte ein viel größeres Potential. Ammoniak ist als Grundstoff für die chemische Industrie heute bereits eines der am meisten produzierten Chemieprodukte. Es wird heute fast ausschließlich aus Erdgas und atmosphärischem Stickstoff über das Haber-Bosch-Verfahren hergestellt.

Zukünftig könnte Ammoniak, ohne Erdgas, z.B. über das "Solid State Ammonia Synthesis" (SSAS)-Verfahren aus Wasser und atmosphärischem Stickstoff mit elektrischer und thermischer Energie aus einem Hochtemperatur-Flüssigbrennstoff-Kernreaktor der Generation IV hergestellt werden. Die Kombination aus SSAS-Verfahren mit einem Kernreaktor der Generation IV hat das Potential, selbst gegenüber Erdgas und Erdölprodukten bei niedrigen Marktpreisen (< 50 \$/bbl.) Ammoniak noch wirtschaftlich herstellen zu können.

Diesel- und Ottomotoren lassen sich mit überschaubarem Aufwand auch mit Ammoniak betreiben. Betankung, Tank, Treibstoffzuleitung, Gemischbildung, Zündzeitpunkt und Verdichtung müßten angepaßt werden entsprechend etwa dem Aufwand für den Betrieb mit Flüssiggas (LPG). Ammoniak bietet eine Lösung, Erdgas und Erdölprodukte zu ersetzen, für den gesamten Straßenverkehr, motorgetriebenen Schienenverkehr, Binnen- und Küstenschiffahrt und Kleinflugzeuge. Große Hochseeschiffe können effizienter und wirtschaftlicher direkt nuklear angetrieben werden.

Für Flugzeuge mit Gasturbinen könnte aufgrund der höheren Energiedichte im Vergleich zu Ammoniak über die Wasserelektrolyse und das Haber-Bosch-Verfahren hergestelltes "synthetisches" Kerosin Verwendung finden. Als Raketentreibstoff für zivile und militärische Zwecke könnten langkettige Silane ($\text{Si}_x\text{H}_{2x+2}$ mit $x \geq 6$) verwendet werden. Der Ersatz von Produkten aus Erdöl und Erdgas mit "synthetischen" Betriebs- und Treibstoffen ist kein Selbstzweck, sondern dient der langfristigen, strategischen Verfügbarkeit und muß sich an wettbewerbsfähigen Preisen orientieren.

Ineffiziente Energieumwandlung bleibt ineffizient auch wenn man weitere Prozesse der Energieumwandlung ergänzt, die physikalischen Gesetze lassen sich nicht umgehen. Die Speicherung von Umgebungsenergien wie Sonne, Wind und Biomasse (z.B. Mais) als Wasserstoff oder anderen "synthetischen" Betriebs- und Treibstoffen ist nicht nur ineffizient und teuer, sondern auch mit erheblichen Eingriffen in Naturräume verbunden.

Die Wohlstandsvernichtung und Naturzerstörung durch "erneuerbare" Energien wird dadurch noch potenziert. Die Verwendung von Biomasse zur Herstellung von sogenannten "Bio-Kraftstoffen" wirft zusätzlich ethische Fragen auf, da hier immer eine Flächenkonkurrenz zur Nahrungsmittelherstellung entsteht, ausgenommen Biomasse aus Abfall- und Reststoffen, welche dem Wirtschaftskreislauf entstammen und keine weitere Verwendung finden.

Energiepolitik gegen die Physik ist von Beginn an zum Scheitern verurteilt, deutlich wird dies durch den Erntefaktor (EROI), dem Verhältnis der Summe aller Nutzenergie, die über die Lebensdauer erzeugt wird, mit der Summe aller Energie, die für Bau, Betrieb und Rückbau sowie Förderung und Transport von Brennstoffen und verbrauchsgerechter Energiebereitstellung (Speicher) benötigt wird. Anlagen zur Erzeugung von Elektrizität aus sogenannten "erneuerbaren" Energien haben einen Erntefaktor (EROI) unter 10, Photovoltaik unter 2, Biomasse (Mais) und Wind unter 4, lediglich Wasserkraft kommt auf einen wettbewerbsfähigen Erntefaktor von 35.

Die Erntefaktoren von Anlagen zur Erzeugung von Elektrizität aus fossilen Brennstoffen liegen zwischen 28 (Erdgas) und 30 (Kohle), Anlagen zur Erzeugung von Elektrizität aus nuklearen Brennstoffen erreichen Erntefaktoren über 75. Während die technischen und wirtschaftlichen Potentiale bei den sogenannten "erneuerbaren" Energien und bei fossilen Energien nahezu ausgeschöpft sind, ist das Entwicklungspotential bei Kernenergie gerade

einmal gestreift, physikalisch sind Erntefaktoren von 2.000 und mehr möglich. Energieumwandlung mit fossiler und nuklearer Energie ist zehn- bis einhundertmal effizienter als die Nutzung von Umgebungsenergien wie Sonne, Wind und Biomasse (z.B. Mais).

Mit einer nuklearen Hochtemperatur-Quelle können aus verschiedensten Ausgangsstoffen (Kohle, Abfall, Luft, Wasser) unterschiedlichste Betriebs- und Treibstoffe (Wasserstoff, Ammoniak, Kerosin, Raketentreibstoff) hergestellt werden. Die wesentlichen Verfahren zur Herstellung "synthetischer" Betriebs- und Treibstoffe sind seit fast hundert Jahren bekannt und wissenschaftlich erforscht.

Die Herstellung von "synthetischen" Betriebs- und Treibstoffen macht ohne Kernenergie keinen Sinn. Technisch gibt es keine Beschränkung für die Verfügbarkeit von kostengünstiger Energie, fossile Brennstoffe werden auch bei steigendem Energieverbrauch noch lange Zeit zur Verfügung stehen, Nuklearbrennstoffe sind nach menschlichen Maßstäben unbegrenzt verfügbar. Einschränkungen für die Verfügbarkeit kostengünstiger Energie sind ausschließlich durch menschliches Unverständnis begründet.

Eine in Deutschland ansässige, auf dem Weltmarkt konkurrenzfähige Industrie würde globale Absatzmöglichkeiten und Betätigungsfelder erschließen sowie die Unabhängigkeit auf dem wichtigen Gebiet der Energieversorgung und damit insgesamt die strategische Position Deutschlands allgemein stärken. Die Forschung und Entwicklung auf diesem Gebiet wurde und wird bislang in Deutschland gar nicht bzw. in völlig unzureichender Weise vorgenommen, was im Lichte der Chancen und Möglichkeiten völlig unverständlich ist.<<

Die AfD-Fraktion des Deutschen Bundestages stellte am 15. September 2020 folgenden Antrag - Wohlstand und Natur dauerhaft bewahren und ausbauen - Kostengünstige Energie als Grundpfeiler für fortwährendes Wachstum und nachhaltigen Umweltschutz. Drucksache 19/22449 (x1.046/...): >>>Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

1. Wirtschaftlicher Wohlstand, Bildung und ein starkes Sozialsystem gehen mit der Bewahrung unserer natürlichen Umgebung Hand in Hand - ohne materielle Wohlfahrt ist kein Umwelt- und Naturschutz denkbar, wie die unterschiedlich industriell entwickelten Länder in der Welt zeigen.
2. Deutschland verfügt zudem über für die Lebensqualität sehr geschätzte, einzigartige, in Naturräume eingebettete und natürlich intakte Kulturlandschaften, zum Beispiel Wald- und Forstgebiete mit ihrer Artenvielfalt und ihrer Regulationsfähigkeit in Bezug auf das lokale Klima, welche es unbedingt zu erhalten gilt.
3. Moderne, hocheffiziente Technologien wie eine effiziente konventionelle Landwirtschaft, Kernenergie und Schlüsselbereiche der Industrie (IT, Nanotechnologie, additive Fertigungsverfahren usw.) sind der Schlüssel, um den Flächenverbrauch und den Eingriff in Ökosysteme minimal zu halten - Effizienz und Naturschutz schließen sich gerade nicht aus, sie gehören zusammen.
4. Automatisierte, effiziente Prozesse steigern die Wirtschaftskraft und ermöglichen gleichermaßen hohe Sozial- wie Umweltstandards, bedingen aber einen hohen Energieverbrauch.
5. Eine effektive Kreislaufwirtschaft, insbesondere durch Recycling, reduziert Schadstoffemissionen sowie Abfallströme und vermindert die Abhängigkeit von Rohstoffquellen - die Wiederverwertung mit ihrem signifikanten Energieverbrauch wird sich nur mit kostengünstiger Energie durchsetzen.
6. Die direkten und indirekten Bereitstellungskosten für Energie, inklusive Subventionen und der Mitigation (Abschwächung) unerwünschter Auswirkungen für die Gesellschaft und die Umwelt, sollten daher höchstens so hoch wie jene heutiger thermischer Großkraftwerke sein - verglichen damit sind diese bei den Umgebungsenergien in nachfragegerecht bereitgestellter Form stets teils erheblich höher.

7. Kostengünstige Energie, neben Technik und effizienten Prozeßketten, ist folglich eine zwingende Voraussetzung für eine leistungsstarke, freiheitliche Volkswirtschaft bei gleichzeitig hohem Umweltschutz.
8. Die von der Bundesregierung verfolgte "Energiewende" und "Klimaschutzpolitik" hat im Gegensatz dazu in den letzten 20 Jahren immense Geldmengen gekostet, Notstandsrisiken erhöht, aber keinen Nutzen erbracht.
9. Auch nach 20 Jahren Förderung kann der sogenannte erneuerbare Strom aus Umgebungsenergien nicht wettbewerbsfähig produziert werden - eine "Klimakrise", welche als Grund stets genannt wird, existiert nicht, da es keinen wissenschaftlichen Beweis für einen maßgeblichen Einfluß auf das Weltklima durch vom Menschen verursachte CO₂-Emissionen gibt.
10. Die angeblichen Beeinträchtigungen durch einen vom Menschen verursachten Klimawandel beruhen auf unbelegten, einseitig ausgelegten hypothetischen Annahmen.
11. Es gibt mitnichten einen "wissenschaftlichen Konsens" in der "Klimadebatte", auch wenn dies in Medien, Politik und politisch bezahlter "Forschung" immer behauptet wird. Seriöse Forschung sieht den Einfluß des menschengemachten CO₂ als nachrangig an.
12. CO₂-Emissionen sind somit kein Bewertungsmaßstab für technische und wirtschaftliche Prozesse - restriktiv und regulativ angelegte Abkommen wie der CO₂-Emissionshandel oder der "Green Deal" der EU schaden daher nicht nur der Wirtschaft, sondern auch der Umwelt.
13. Ineffiziente Energieumwandlung, wie etwa durch Umgebungsenergien, bleibt ineffizient, auch wenn man weitere Prozesse der Energieumwandlung ergänzt, die physikalischen Gesetze lassen sich nicht umgehen.
14. Neben der eigentlichen Elektrizitäts- und Wärmeerzeugung durch die "Erneuerbaren" ist die Speicherung dieser Umgebungsenergien wie Sonne, Wind und Biomasse (z.B. Mais) in Form von Wasserstoff oder anderen "synthetischen" Betriebs- und Treibstoffen nicht nur ineffizient und teuer, sondern auch mit erheblichen Eingriffen in Naturräume (trockeneres und wärmeres Regionalklima durch Windenergie, Insektensterben, Vogelschlag und Monokulturen) verbunden beziehungsweise steht sie in Konkurrenz zur Nahrungsproduktion. Die Wohlstandsvernichtung und Naturzerstörung durch "erneuerbare" Energien wird auf diese Weise noch potenziert.
15. Die politische Zielsetzung, Deutschland und Europa von dem natürlichen, lebensnotwendigen Spurengas CO₂ auf diese Weise "frei" zu machen, vernichtet somit Wohlstand, wirkt auf die Gesellschaft bei der gegenwärtigen Strategie in gefährlicher Weise destabilisierend und schädigt die Umwelt.
16. Eine Anpassung an den Klimawandel allgemein, welcher vom natürlichen Anteil dominiert wird, ist nicht nur erheblich wirksamer ergo zielführender, sondern auch mit substantiell weniger Aufwand verbunden.
17. Die Energiebereitstellung durch fossile und nukleare Energie (inklusive der Kernfusion) mit ihren hohen Leistungsdichten ist zeh- bis 100-mal effizienter als die Nutzung von Umgebungsenergien wie Sonne, Wind und Biomasse (z.B. Mais) und ihr Fußabdruck in der Umwelt ist daher deutlich geringer.
18. Die Erzeugung von Wasserstoff steht nur stellvertretend für eine breite Palette "synthetischer" Betriebs- und Treibstoffe, die Produkte aus Erdöl und Erdgas ersetzen könnten.
19. Der Ersatz von Produkten aus Erdöl und Erdgas mit "synthetischen" Betriebs- und Treibstoffen ist kein Selbstzweck, sondern dient der langfristigen, strategischen Verfügbarkeit und muß sich an wettbewerbsfähigen Preisen orientieren.
20. Die Energieerzeugung allgemein inklusive der großtechnischen Produktion von "synthetischen" Betriebs- und Treibstoffen als Ersatz für Produkte aus Erdöl oder Erdgas setzt daher eine kostengünstige, verlässliche und in großen Mengen verfügbare, Hochtemperaturquelle hoher Leistungsdichte voraus - ohne Kernenergie hat dies keinen Sinn.

21. Hochtemperatur-Flüssigbrennstoff-Kernreaktoren der Generation IV können als Hochtemperaturquelle Elektrizität mit hohem Wirkungsgrad und Prozeßwärme für die großtechnische Produktion von "synthetischen" Betriebs- und Treibstoffen zu marktfähigen Preisen bereitstellen.

22. Reaktoren der Generation IV, insbesondere Flüssigbrennstoffreaktoren, könnten den Brennstoffkreislauf schließen und dadurch den Bedarf an geologischen Endlagerkapazitäten nahezu vermeiden - sie eignen sich sehr gut für die Partitionierung und Transmutation (P&T, PuT), siehe auch Bundestagsdrucksache 19/17127.

23. Vielversprechende Kernfusionstechnologien wie etwa Fusoren (Inertial Electrostatic Confinement, IEC), Trägheitsfusion, katalysierte Fusion und Collider sind abseits zum aktuell im Fokus stehenden Tokamak oder Stellerator nur mit geringen Forschungskapazitäten bedacht.

24. Technisch gibt es keine Beschränkung für die Verfügbarkeit von kostengünstiger Energie, fossile Brennstoffe werden auch bei steigendem Energieverbrauch noch lange Zeit zur Verfügung stehen, Nuklearbrennstoffe sind nach menschlichen Maßstäben unbegrenzt verfügbar.

25. Einschränkungen für die Verfügbarkeit kostengünstiger Energie sind ausschließlich durch menschliches Unverständnis begründet.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

1. die "Klimaschutz-Politik" einzustellen, alle diesbezüglichen Ausgaben und Förderungen zu streichen und statt dessen verstärkt den Fokus auf Maßnahmen zur Anpassung an den Klimawandel zu legen sowie falsifizierbare, ergebnisoffene Forschung auf diesem Gebiet zu unterstützen,

2. sämtliche Maßnahmen zur Bepreisung oder sonst wie erzwungenen Reduktion von CO₂-Emissionen in die Atmosphäre (unter anderem Emissionshandel, "Green Deal", Brennstoffemissionshandelsgesetz oder Zwangsquoten für den Absatz CO₂-emissionsfrei bereitgestellter Produkte beziehungsweise Dienstleistungen) unter Berücksichtigung der Gewährleistung des Vertrauensschutzes abzuschaffen beziehungsweise zu unterlassen und entsprechende Vereinbarungen aufzukündigen,

3. alle Subventionen für die umweltschädlichen sogenannten erneuerbaren Energien sowie das Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) unter Berücksichtigung der Gewährleistung des Vertrauensschutzes für bestehende Anlagen im Übrigen schnellstmöglich vollständig und ersatzlos abzuschaffen,

4. sicherzustellen, daß alle Anlagen zur Erzeugung von Elektrizität aus sogenannten erneuerbaren Energien, die neu oder erneut in Betrieb genommen werden, wie jede andere entsprechende Industrieanlage in Deutschland, insbesondere mit Blick auf Rückbauauflagen und das "n-1-Kriterium" bezüglich der Netzstabilität, eingestuft und behandelt werden und auf keinen Fall eine Bevorzugung oder Begünstigung bei der Betriebsgenehmigung erhalten,

5. sich für Recyclingtechnologien derart einzusetzen, daß diese freiwillig im Markt durch Verfügbarkeit kostengünstiger Energie wahrgenommen werden,

6. auf eine nachhaltig günstige Energiebereitstellung, langfristig, soweit möglich, sogar unterhalb des Kostenniveaus heutiger Großanlagen (gerechnet ohne CO₂-Bepreisung), hinzuwirken,

7. die Laufzeitbeschränkungen und Strommengeneinspeisebegrenzung, auch, soweit möglich, bestehender Kernkraftwerke, durch entsprechende Abänderung des Atomgesetzes (AtG) aufzuheben,

8. sich für die Ansiedelung beziehungsweise den verstärkten Ausbau hocheffizienter, zukunftsträchtiger, wirtschaftlich attraktiver und wirklich umweltschonender Schlüsselbereiche, insbesondere der Quanteninformationstechnologie, der Nanotechnologie, additiver Fertigungstechnologien, der Kernenergie und vermehrt der Forschung auf dem Gebiet der

Mikrobiologie sowie Genetik zu engagieren,

9. sich technologieoffen für alle Formen effektiver und umweltschonender Elektrizitäts- und Wärmeerzeugung, insbesondere weiteren Kernfusionstechnologien neben Tokamak und Stellarator, in Forschung und Entwicklung einzusetzen,

10. national und international sich für einen Ausbau der umweltfreundlichen und effizienten Kerntechnik, insbesondere der Reaktoren der Generation IV und der Kernfusion, einzusetzen,

11. die Herstellung "synthetischer" Betriebs- und Kraftstoffe (z.B. von Wasserstoff) durch Nutzung der Kernenergie (inklusive der Kernfusion), insbesondere mit Hilfe von Flüssigbrennstoff-Hochtemperatur-Reaktoren der Generation IV, als geeignete Strategie zur langfristigen, strategischen Verfügbarkeit anzuerkennen und dieser Strategie Priorität einzuräumen,

12. die Forschung auf diesem Gebiet umfassend national und international zu fördern,

13. die Genehmigung derartiger Anlagen unter Beachtung vernunftgeleiteter Umwelt- und Sicherheitsauflagen konstruktiv zu begleiten und investitionssicher zu gestalten,

14. die Partitionierung und Transmutation (PuT) als gleichermaßen geeignete und wirksame, alternative, mindestens ergänzende Strategie zur direkten Endlagerung für die Entsorgung hochaktiver Reststoffe einzustufen und anzuerkennen sowie

15. eine Änderung des Atomgesetzes (AtG) vorzulegen, mit der Absicht, die friedliche Nutzung der Kernenergie zum Zweck der Entsorgung nuklearer Rückstände unter Nutzung von Flüssigbrennstoff-Hochtemperatur-Kernreaktoren der Generation IV zu ermöglichen (insbesondere §§ 1, 7 und 9 AtG).

Berlin, den 10. September 2020

Dr. Alice Weidel, Dr. Alexander Gauland und Fraktion

Begründung

Umwelt- und Naturschutz wird nach Wahrnehmung der Antragssteller stets als Zielkonflikt zur Industrialisierung und Durchdringung mit Technik angesehen. Dabei zeigen gerade die industriell wenig entwickelten Länder, daß gerade dort das Umweltschutzniveau deutlich geringer ist - etwa höhere Schadstoffemissionen in Wasser und Luft und eine verstärkte Jagd nach geschützten Wildtierarten oder der großskalige Abbau von Lithium für die Batterie-elektromobilität.

Eine hohe Inanspruchnahme von Land läßt sich nur wegen der teils geringeren Bevölkerungsdichte nicht beobachten, oft werden aber wegen fehlender effizienter Landwirtschaftskonzepte und aufgrund des hohen Bedarfs an Biomasse als Brennstoff weiträumig Wälder gerodet und so Naturräume zerstört.

Das Gegenteil ist in Gebieten wie Mitteleuropa, Nordamerika oder auch in Ostasien (z.B. Japan und Südkorea) trotz der eher höheren Bevölkerungsdichte zu beobachten - hier ist die Luft- und Wasserqualität überwiegend hoch, es wird verstärkt, wenn auch nicht vollständig geschlossen, Kreislaufwirtschaft betrieben und es existieren intakte Naturräume und Kulturlandschaften.

In Fachkreisen wird diese Feststellung und steigender Wohlstand mit der Zunahme des Energieumsatzes sowie der Nutzung effizienter Energietechnik zumindest korreliert - Effizienz gemeinsam mit Energieumsatz einerseits und Umweltschutz andererseits schließen sich gerade eben nicht aus, sondern gehören zusammen.

Nach Auffassung der Antragssteller ist das plausibel, steht dies doch stellvertretend für eine hohe Verfügbarkeit von Ressourcen, welche eine größere Hinwendung zu Umweltschutzfragen bei gleichzeitig hohem materiellen Wohlstand in der Grundversorgung erlaubt - in den wenig industriell entwickelten Ländern hingegen geht es verständlicherweise oft primär um die substantielle Existenz oder gar um Leib und Leben.

Daraus schließen die Antragssteller aber auch, daß diese oben genannten, für eine wohlhaben-

de Gesellschaft mit hohen Naturschutzstandards bewährten Grundlagen erhalten und gleichermaßen ausgebaut werden sollten.

Dieser Ansatz wird nach Auffassung der Antragssteller in Deutschland jedoch immer weiter konterkariert, gar in das Gegenteil verkehrt. So werden den Naturraum raubende, flächenintensive und ineffiziente Umgebungsenergien durch das Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) gefördert oder Regulierungen wie das Brennstoffemissionshandelsgesetz eingeführt und damit die Wirtschaftskraft geschwächt, um ein vorgeblich existenzbedrohendes Problem, den Klimawandel, welcher fast ausschließlich durch menschliche Aktivitäten in Zusammenhang mit CO₂-Emissionen verursacht sei, zu beheben.

Ein nennenswerter Einfluß von CO₂ auf das Klima der Erde ist jedoch weder erkennbar noch wissenschaftlich reproduzierbar nachgewiesen. Der "UN-Weltklimarat" IPCC konstatierte in seinem dritten Bericht von 2001: "In Sachen Klimaforschung und -modellierung sollten wir anerkennen, daß es sich dabei um ein gekoppeltes, nicht-lineares, chaotisches System handelt. Deshalb sind längerfristige Vorhersagen über die Klimaentwicklung nicht möglich."

Tatsächlich wohnt Prognosen der klimatischen Entwicklung, die über einen Zeitraum von mehr als zehn Jahren hinausgreifen, nach wie vor keinerlei Vorhersagekraft mehr inne. Die Klimaforschung behilft sich daher mit Szenarien, die zwar plausibel und in sich widerspruchsfrei sind, denen aber aufgrund ihrer Konstruktion keine Eintrittswahrscheinlichkeiten zugeordnet werden können.

Allein der unvermeidbare statistische Fehler bei der Bestimmung des Langwellenstrahlungseffekts der Wolkenbildung in Standard-Klimamodellen ist über hundertmal größer als der Effekt, der nach diesen Modellen vom CO₂ verursacht sein soll. Im Gegenteil - das Klima kann und muß nicht vor hohen CO₂-gehalten in der Atmosphäre geschützt werden, wie erdgeschichtliche Daten zeigen.

Auch der vielzitierte wissenschaftliche Konsens über den Klimawandel gilt nur insofern, als eine Mehrheit der Klimawissenschaftler der Meinung ist, daß der Klimawandel real und zumindest teilweise vom Menschen verursacht sei. Über das Tempo des Klimawandels gibt es nach wie vor eine Kontroverse, ebenso über die Aussagekraft von Klimamodellen, über die Höhe des menschlichen Anteils am Klimawandel, über die direkten und indirekten Einflüsse der Sonne und der Wolkenbildung, über den Wärmeaustausch zwischen Atmosphäre und Ozeanen und über die CO₂-Bindekraft von Pflanzen.

Auch Art und Ausmaß der Auswirkungen des überwiegend natürlich bedingten Klimawandels auf unseren Planeten oder konkrete Wege zu seiner Bewältigung sind von einem weltweiten Konsens unter allen Experten nicht umfaßt.

Das IPCC kam 2014 zu der Schlußfolgerung, daß mit einer weiteren Erwärmung eine globale Zunahme von Hitzewellen und mit regionalen Unterschieden auch ein häufigeres Auftreten extremer Niederschläge wahrscheinlich seien, jedoch keine solche Aussage in Bezug auf Orkane, Tornados, Überflutungen und Dürren getroffen werden könne. Indes verursachen ausgerechnet Hitze und starke Niederschläge als Extremwetterereignisse die verhältnismäßig geringsten Schäden. Zudem nehmen klimainduzierte Todesfälle seit Jahrzehnten dramatisch ab.

Die Anzahl der Toten durch Stürme, Dürren, Überflutungen, Erdbeben, Lauffeuer und extreme Temperaturen ist in den letzten 90 Jahren um 95 Prozent zurückgegangen. Und das, obwohl sich im gleichen Zeitraum die Weltbevölkerung mehr als verdreifacht hat.

Ursache des Rückgangs der Opferzahlen sind technologischer Fortschritt und steigender Wohlstand. Menschen sind immer besser in der Lage, Extremwetter vorherzusehen, sich vorzubereiten, die Versorgung sicherzustellen, geeignete Notfallmaßnahmen durchzuführen und sich somit auch physisch rechtzeitig vor klimatischen Gefahren zu schützen. Der Klimawandel ist in dieser Hinsicht bislang jedenfalls nach Ansicht der Antragssteller kein

relevantes Problem für die Menschheit.

Die "Klimaschutzpolitik" und das Erneuerbare-Energien-Gesetz belasten die deutsche Volkswirtschaft bis heute mit deutlich über einer halben Billion Euro, über 500 Milliarden, in den letzten Jahren waren das allein für erhobene Zwangsumlagen 20 bis 25 Milliarden Euro jährlich. Am "Green Deal" der EU mit seinem Umfang von etwa 1 Billion Euro wird Deutschland sehr wahrscheinlich mit den höchsten Beiträgen beteiligt sein. Das Erneuerbare-Energien-Gesetz ist ein mustergültiges Beispiel gescheiterter, fehlgeleiteter, ideologisch verblendeter Wirtschaftspolitik.

Nach 20 Jahren und mehreren hundert Milliarden Euro Zwangsumlagen ist es nicht gelungen, Anlagen zur Erzeugung von Elektrizität aus sogenannten "erneuerbaren" Energien wettbewerbsfähig zu machen, die immer noch ausgezahlten Zwangsumlagen und deren jährliche Steigerungen sprechen für sich. Aber anstatt diese Geld- und Wohlstandsvernichtung zu beenden, wird von der Bundesregierung die zuverlässige und wettbewerbsfähige Erzeugung von Elektrizität entweder verboten - nukleare Brennstoffe - oder stark eingeschränkt - fossile Brennstoffe.

CO₂-Emissionen sind kein Bewertungsmaßstab für technische und wirtschaftliche Prozesse. Der Treibhausgas-Emissionshandel hat die deutsche Wirtschaft seit 2012 mehr als 7 Milliarden Euro gekostet. Das Brennstoffemissionshandelsgesetz wird Unternehmen und Bürger bis 2023 mit knapp 20 Milliarden Euro belasten. Die Abschaffung des Treibhausgas-Emissionshandels und des Brennstoffemissionshandelsgesetzes würde Bürger und Unternehmen entlasten, Kaufkraft freisetzen und den Unternehmen dringend benötigte finanzielle Spielräume geben.

Das Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) als Teil der "Klimaschutzpolitik" befördert eine ineffiziente, instabile Energieerzeugung durch Photovoltaik und Windenergie und belastet die Bürger gleich mehrfach - über den Aufschlag im Strompreis, aus denen die Zwangsumlagen bezahlt werden, durch Verlagerung bzw. Schließung wertschöpfender Betriebe aus Deutschland und durch ein erhöhtes Risiko eines flächendeckenden Stromausfalls (Blackout), bedingt durch die wetterabhängige Stromerzeugung aus Wind und Sonne.

Die politische Zielsetzung, Deutschland und Europa von dem natürlichen, lebensnotwendigen Spurengas CO₂ "frei" zu machen, vernichtet Wohlstand und wirkt auf die Gesellschaft in gefährlicher Weise destabilisierend.

Die Bundesregierung schlägt aktuell vor, daß die Herstellung von Wasserstoff die bestehenden Probleme der "Energiewende" und des sogenannten "Klimaschutzes" auflösen soll. Es gibt heute schon in der Industrie vielfältige Anwendungen und Verfahren in denen Wasserstoff erzeugt und verwendet wird (Dampfreformierung, Cracking in Raffinerien, Ammoniaksynthese). Wasserstoff hat das Potential, in der Industrie fossile Energieträger zu ersetzen, ist aber im Mobilitätsbereich eher ungeeignet.

Die Erzeugung von Wasserstoff steht nach Wahrnehmung der Antragssteller nur stellvertretend für eine breite Palette "synthetischer" Betriebs- und Treibstoffe, die Produkte aus Erdöl und Erdgas ersetzen könnten - etwa synthetisches Erdgas, Benzin oder Diesel und Ammoniak. Sollen Erdgas und Erdölprodukte ersetzt werden, können Wasserstoff sowie synthetische Treibstoffe auch aus der Aufspaltung von Wasser (Wasserelektrolyse) mit elektrischer Energie und/oder thermischer Energie beziehungsweise mittels prozeßchemischer Verfahren hergestellt werden.

Je höher die Temperatur der Elektrolyse-reaktion oder des prozeßchemischen Verfahrens, also je höher der Anteil der thermischen Energie desto geringer der Anteil elektrischer Energie beziehungsweise desto höher der Prozeßwirkungsgrad.

Kernreaktoren stellen eine weltweit anerkannt umweltfreundliche und wirtschaftliche Quelle zur Erzeugung von Energie dar. Insbesondere Reaktoren der Generation IV, vor allem

Flüssigbrennstoffreaktoren, können durch ihre hohe Betriebstemperatur besonders vielseitig und ökonomisch effizient Wärme und Strom bereitstellen. Diese Reaktoren sind herausragend sicher auslegbar und zusammen mit der Fähigkeit, durch den Schluß des Brennstoffkreislaufs Nuklearbrennstoff vollständig verwerten und damit langlebige Rückstände praktisch völlig vermeiden zu können, besonders umweltfreundlich.

Sie stoßen keine relevanten Mengen an Schadstoffen aus. Aufgrund der großen Vorkommen und der hohen Brennstoffausnutzung in Schnellspaltreaktoren sowie des sehr geringen Ressourcenverbrauchs für die Bereitstellung und Unterhaltung der entsprechenden Infrastruktur ist eine nach menschlichen Maßstäben nachhaltige Erzeugung von Energie und Wasserstoff beziehungsweise synthetischen Kraft- und Betriebsstoffen möglich.

Die Speicherung von Umgebungsenergien wie Sonne, Wind und Biomasse (z.B. Mais) hingegen als Wasserstoff oder die Erzeugung "synthetischer" Betriebs- und Treibstoffe mit eben diesen ist nicht nur ineffizient und teuer, sondern auch mit erheblichen Eingriffen in Naturräume verbunden. Die Wohlstandsvernichtung und Naturzerstörung durch "erneuerbare" Energien wird dadurch noch potenziert.

Die Verwendung von Biomasse zur Herstellung von sogenannten "Bio-Kraftstoffen" wirft zusätzlich ethische Fragen auf, da hier immer Flächenkonkurrenz zur Nahrungsmittelherstellung entsteht, ausgenommen Biomasse aus Abfall- und Reststoffen, welche dem Wirtschaftskreislauf entstammen und keine weitere Verwendung finden. Energieumwandlung mit fossiler und nuklearer Energie ist zehn- bis einhundertmal effizienter als die Nutzung von Umgebungsenergien wie Sonne, Wind und Biomasse, etwa Mais, mit entsprechend deutlich geringerer Flächenintensität und Einwirkung auf die Artenvielfalt.

Die großtechnische Produktion von "synthetischen" Betriebs- und Treibstoffen als Ersatz für Produkte aus Erdöl oder Erdgas setzt eine kostengünstige, verlässliche und in großen Mengen verfügbare Hochtemperatur-Quelle, wie Kernkraftwerke der Generation IV oder später möglicherweise auch Kernfusionsreaktoren voraus.

Technologieoffenheit würde an dieser Stelle aber bedeuten, die Bemühungen – Forschungsinvestitionen, nicht Subventionen - in diesem Gebiet, insbesondere auch alternativ zu Konzepten des magnetischen Plasmaeinschlusses (Stellarator oder Tokamak), zu verstärken, um auch hier zu genügend kostengünstigen Lösungen, etwa für die Erzeugung von Wasserstoff, zu gelangen. Fusoren, welche nach dem Prinzip des elektrostatischen Trägheitseinschlusses (IEC) arbeiten, stehen zwar am Anfang der Entwicklung, erlauben aber eine prinzipiell wesentlich effektivere Nutzung der Kernfusion, welche eine sehr wirtschaftliche Energiebereitstellung in allen Sektoren bewirken könnte.

Die Forschungsinitiativen sind jedoch fast ausschließlich auf einige kleinere Arbeitsgruppen beschränkt, was stellvertretend für eine sehr bescheidene Finanzierung im Vergleich zu den Aufwendungen für z.B. ITER (Tokamak-Prinzip) steht - in derartige Zukunftstechnologien sollte dringend verstärkt investiert werden.

Kostengünstige Energie ist nach Meinung der Antragssteller der Schlüssel zu Verfahren, die zudem auch andere Substanzen, etwa Kunststoffe, aus Reststoffen herstellen oder die Wiederverwertung von Baustoffen bewerkstelligen können. So würde wettbewerbsfähiges Recycling gelingen. Ein Zwang durch höhere Abgaben oder Verbote durch das Verpackungsgesetz beantwortet keine Rohstoff- und Schadstoffemissionsfragen.

Weitere Technologien, wie etwa additive Verfahren, die Nanotechnologie oder Erkenntnisse in der Mikrobiologie oder etwa auf dem Gebiet der Bioökonomie, würden zu Effizienzsteigerungen in der Fertigung und im Materialverbrauch führen beziehungsweise eine leistungsfähige, umweltverträgliche Landwirtschaft ermöglichen. Nur auf diese Weise könnten bei begrenzter Fläche materielle Voraussetzungen für Wohlstand für alle Menschen bei gleichzeitiger Beibehaltung natürlicher Umgebungen geschaffen werden.

Eine in Deutschland ansässige, weltweit marktwirtschaftlich konkurrenzfähige Industrie in all diesen relevanten Zukunftsbereichen würde weltweite Absatzmöglichkeiten und Betätigungsfelder erschließen sowie die Unabhängigkeit auf dem wichtigen Gebiet der Energieversorgung und damit insgesamt die strategische Position Deutschlands allgemein stärken. Die Forschung und Entwicklung auf diesem Feld wurde und wird in Deutschland gar nicht bzw. in völlig unzureichender Weise vorgenommen, was im Lichte der Chancen und Möglichkeiten völlig unverständlich ist.

Technisch gibt es keine Beschränkung für die Verfügbarkeit von kostengünstiger Energie, fossile Brennstoffe werden auch bei steigendem Energieverbrauch noch lange Zeit zur Verfügung stehen, Nuklearbrennstoffe sind nach menschlichen Maßstäben unbegrenzt verfügbar. Gründe für Einschränkungen für die Verfügbarkeit kostengünstiger Energie sehen die Antragsteller ausschließlich im menschlichen Unverständnis.<<

Die AfD-Fraktion des Deutschen Bundestages stellte am 15. September 2020 folgenden Antrag - Tschernobyl und Fukushima sachlich betrachten - Der Atomausstieg war ein Fehler und muß rückgängig gemacht werden. Drucksache 19/22454 (x1.042/...): >>Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Jedweder Versuch, Sachlichkeit in die Diskussion um den Tschernobyl-Unfall 1986 zu bringen, wird aus linksgrünen Kreisen und den ihnen nahestehenden Mainstream-Medien als "Verharmlosung" diffamiert. Seriösen wissenschaftlichen Studien wie der der WHO/IAEA werden apokalyptische Propaganda-Pamphlete z.B. von Greenpeace, als "gleichberechtigt" entgegengehalten, obwohl letztere jede wissenschaftliche Grundlage vermissen lassen. Oberstes Ziel dieser Propaganda ist es, den erklärten Feind "Atomkraft" dauerhaft zu dämonisieren.

So wird in einem kürzlich erschienenen Antrag der "Grünen" (Bundestagsdrucksache 19/18678) behauptet, die Schätzungen der Tschernobyl-Opfer beliefen sich auf "... unter 50 ... bis hin zu 1,44 Millionen Toten weltweit". Die Obergrenze soll Angst und Schrecken verbreiten, doch richtig ist nur die Angabe "unter 50", die vom Weltstrahlenschutzrat UNSCEAR auf Grundlage der Auswertung zahlreicher wissenschaftlicher Studien ermittelt wurde.

Die Angstzahl "1,44 Millionen Tote" stammt jedoch vom russischen Greenpeace-Aktivisten "Alexey Yablokov" und ist frei erfunden. Verpackt als "Studie" und herausgegeben von Greenpeace, Greenpeace selbst versucht wohl inzwischen, diese Peinlichkeit zu verstecken) mit einem traurigen Mädchen auf dem Titelbild, aber ohne wissenschaftlichen Inhalt, sollen mit einem Anschein von Seriosität Emotionen geweckt werden.

Doch Belege für diese absurden Zahlen bleibt Greenpeace bis heute schuldig. Genauso irreführend ist die Hervorhebung einer "auffallenden Zunahme von Grauem Star, Hirnschäden, Leukämie und Herz-Kreislauf-Erkrankungen", usw., die angeblich "unstrittig" sei. Dies soll suggerieren, daß dies als Spätfolge millionenfach in der allgemeinen Bevölkerung zu beobachten sei. In Wahrheit ist davon jedoch nur eine Handvoll Personen betroffen, die als Arbeiter direkt vor Ort während des Unfalls kurzzeitig einer extrem hohen Strahlendosis ausgesetzt waren.

Doch selbst wenn man diese Zahlen glaubte, so hatten hiesige Reaktorhersteller und Sicherheitsbehörden auf die damals sowjetische Sicherheitskultur überhaupt keinen Einfluß. Tschernobyl ist eben kein repräsentatives Beispiel für hiesige Reaktoren, im Gegenteil, der Tschernobyl-Reaktor wäre hierzulande damals wie heute nicht genehmigungsfähig gewesen, wie alle Reaktoren, die einen sogenannten "positiven Temperaturkoeffizienten" haben. Diese Problematik war auch keine neue Erkenntnis, sondern bereits in den Anfängen der Kerntechnik bekannt, weshalb hierzulande diese Reaktorlinie für zivile Anwendungen nie weiterverfolgt wurde.

Um das Einschüren von Angst aufrechtzuerhalten, werden weitere Katastrophen erfunden bzw. jeder Industrieunfall zu einer solchen umgedeutet. Besonders makaber ist dabei das Umdeuten des Tōhoku-Erdbebens 2011 in Japan zu einer "Reaktor-Katastrophe", auf die sogar namhafte Politiker reinfielen. Jahrelang instrumentalisierten die linksgrünen deutschen Medien die über 20.000 Opfer, indem sie bewußt mißverständlich suggerierten, es handele sich um Strahlenopfer der Reaktor-Havarie, obwohl es tatsächlich laut UNSCEAR kein einziges Strahlenopfer gab.

Inzwischen funktioniert diese Desinformation immer schlechter und so legt man den Fokus nun auf die Opfer der Evakuierungsmaßnahmen. Heuchlerisch wird um die "mehr als 100.000 Menschen" getrauert, die "ihr Heim verlassen" mußten, ohne jedoch einen Gedanken an die wirklichen Opfer des Erdbebens und Tsunamis zu verlieren.

Dabei haben Studien gezeigt, daß die Evakuierung unnötig und überzogen war - sie hat mehr Menschenleben gekostet, als die Reaktor-Havarie hätte rein hypothetisch überhaupt fordern können. Aber anstatt die wirklich notwendigen Konsequenzen zu ziehen und sich für eine Normalisierung der schädlich überzogenen Strahlenschutzregeln einzusetzen, werden in diesen Kreisen nun, nachdem die Havarie-Opfer vollständig ausblieben, die "Evakuierungsopfer" thematisiert.

Obwohl es sich bei Fukushima um einen der ältesten Reaktortypen handelte, obwohl japanische Behörden wichtige sicherheitstechnische Nachrüstungen wie "WallmannVentile" und "Töpfer-Kerzen" unterließen, obwohl vorher bekannte Fehler bei der grundsätzlichen Kraftwerksauslegung (insbesondere zu niedrige Flutwälle) vorlagen, obwohl eine schnell verfügbare Notkühlung von außen (z.B. von Schiffen) nicht vorgesehen war und obwohl eine landesweite Notsituation durch ein historisches Erbeben und Tsunami vorlag, zeigte die Fukushima-Havarie eindrucksvoll, daß selbst Kernreakortypen aus den 60er Jahren nach westlichen Standards äußerst gutmütig auf Extremsituationen reagieren und sogar eine Kernschmelze einschließen können.

Folglich gab es kein einziges Strahlenopfer und hätte man nicht in Panik evakuiert, so hätten viele Alte und Kranke nicht sterben müssen.

Trotz einer sofortigen Spezialüberprüfung aller deutschen Kernkraftwerke durch die Reaktor-Sicherheitskommission (RSK) im Auftrag des Bundesumweltministeriums, bei der keine Unzulänglichkeiten gefunden wurden, beschloß der Deutsche Bundestag auf Drängen lautstarker linksgrüner Medien und politischer Akteure die irrationale Rücknahme der Laufzeitverlängerungen, was den beschleunigten "Atomausstieg" zur Folge hatte.

Die Antiatom-Propaganda stellt in ihrer Katastrophensehnsucht nach nuklearen Havarien üblicherweise über Tausende Jahre "verseuchte" und "unbewohnbare" Gebiete in Aussicht. Wenn dann nach wenigen Jahren wieder Menschen dort hinziehen, Evakuierungszonen aufgehoben werden, touristische Führungen stattfinden und, wie bei Tschernobyl, Sport- und Übernachtungsstätten für die Paralympischen Spiele eingerichtet werden, paßt dies natürlich nicht in das ideologische Weltbild und muß als "Verharmlosung" und "leichtsinnig" dargestellt werden. In der Umgebung von Tschernobyl wohnen sogar Menschen, die nach dem Unfall nie von dort weggezogen sind, und sich bis heute bester Gesundheit erfreuen.

Derartiges würde aber die gesamte von diesen Kreisen geschürte Strahlenhysterie ad absurdum führen. Somit muß gemahnt werden. Man flüchtet sich in überzogene Grenzwerte und behauptet einfach, die Folgen einer "Atomkatastrophe" seien generell "langlebig". Doch ein Nachweis der Gefährlichkeit geringer radioaktiver Kontamination, die in der Natur ständig und überall vorhanden ist, kann nicht erbracht werden, und so bleibt man auch diesen Beweis schuldig. Statt dessen verlegt man sich darauf, zu zeigen, welchen Aufwand man in Tschernobyl und Fukushima betreiben muß, um die Strahlengrenzwerte einzuhalten.

1. "Um den Tschernobyl-Reaktor wurde eine Schutzhülle errichtet".

2. In Fukushima werden "Grenzwerte überschritten". Dabei wird in dem Antrag der Grünen genau das belegt, was eigentlich widerlegt werden sollte, nämlich daß die Probleme überwiegend angstgetrieben sind: Produkte von Bauern und Fischern der Provinz Fukushima seien "nahezu unverkäuflich, auch wenn sie aus nicht kontaminierten Gegenden stammen".

Geflissentlich wird in den Kreisen der Antiatom-Propaganda stets "kontaminiert" durch "verseucht" ersetzt, so auch Wasser aus dem Fukushima-Kraftwerk, das mit Tritium "verseucht" sei. Tritium wird in der Atmosphäre ständig natürlich neu gebildet und noch nie kam ein Mensch daran zu Schaden. Derartiges Wasser ins Meer einzuleiten stellt überhaupt kein Problem dar. Die Beweislast wird spontan umgekehrt:

Nicht die Schädlichkeit der geringen Mengen Radioaktivität im Wasser muß man bei den Grünen nachweisen, sondern dessen Unschädlichkeit, was natürlich wissenschaftlich unmöglich ist.

Zu jedem Jahrestag, ob Tschernobyl oder Fukushima, werden die Mythen zur bösen "Atomenergie" gebetsmühlenartig wiederholt und vom Bundestag gefordert, er solle sich für einen weltweiten "Atomausstieg" einsetzen. Dabei folgt dem kaum ein Land, viele Länder wollen sogar die Kernkraft ausbauen. Das liegt nicht, wie behauptet, am "Vergessen", was man schon daran sieht, daß die betroffenen Länder, Japan und Rußland/Ukraine, selbst gar nicht an einen Ausstieg denken.

Dort zieht man ganz andere Schlüsse aus den Unfällen, nämlich daß selbst unter Berücksichtigung der Tschernobyl-Opfer Kernenergie die mit Abstand sicherste Form der Stromerzeugung ist. Die "erneuerbaren Energien" mit ihren wirklichen Katastrophen sind keine Alternative.

So starben allein durch den Bruch der Sajano-Schuschensker-Talsperre 2009 in Rußland unmittelbar 75 Menschen, deutlich mehr als laut WHO durch Tschernobyl umkamen.

Doch während Tschernobyl die einzige KKW-Havarie mit strahlenbedingter Todesfolge blieb, dazu noch durch einen Reaktortyp, der hierzulande nie genehmigungsfähig gewesen wäre, besteht die traurige Bilanz der "Erneuerbaren" aus hunderten weiteren Staudammbrüchen mit insgesamt deutlich über 100.000 Toten. Die durch Havarien von Kernkraftwerken bedingten Folgen sind dagegen nachrangig und werden mit den immer sichereren Reaktorkonzepten weiter sinken.

Mit schlechter Argumentation lassen sich auch in der EU nur schwer Anhänger finden. Die EU hat sich klar zur Kernenergie bekannt und bleibt auch dabei. So sieht auch das Europäische Parlament die Kernkraft als gute Option an und auch weltweit ist eine Renaissance der Kernkraft zu beobachten. Viele Unternehmer versuchen sich weltweit daran, endlich die rein zivilen Nuklearkonzepte, die nie zum Zuge kamen, kommerziell umzusetzen.

Das ist schwierig angesichts praktisch fehlender staatlicher Hilfe selbst für Forschung und Entwicklung - ganz im Gegensatz zu den "Erneuerbaren", die selbst mit dem größten und längsten staatlichen Subventionsprogramm aller Zeiten mit garantierter Vergütung und Vorrangspeisung, genannt EEG, auch nach 20 Jahren noch nicht überlebensfähig sind. Folglich sind weitere, auch über die Aufhebung des sogenannten Atomausstiegs hinausgehende Initiativen geboten, um die friedliche Nutzung der Kernenergie in Deutschland zu verstärken.

Der Deutsche Bundestag sieht hier massiven Handlungsbedarf:

1. Die Grenzwerte in den Strahlenschutzvorschriften, insbesondere für die Zivilbevölkerung, sind zu überarbeiten und auf belastbare wissenschaftliche Erkenntnisse zu stützen. Sie sollten mindestens dem natürlichen Untergrund von Gebieten höherer Dosen entsprechen, bei denen keine gesundheitlichen Einschränkungen selbst empfindlicher Personen festgestellt wurden.

2. Das deutsche Basissicherheitskonzept muß zugunsten des flexibleren und realitätsnäheren belgischen (und US-)Konzepts basierend auf probabilistischen Sicherheitsanalysen (PSA) modifiziert werden. Eventuell verringerte Sicherheitseigenschaften einzelner Komponenten,

z.B. erhöhte Materialermüdung, könnte so durch ein höheres Sicherheitsniveau anderer Komponenten ausgeglichen oder gar überkompensiert werden, so daß nach praktischer Vernunft Gefährdungen für Mensch und Umwelt mit gleichbleibender Wahrscheinlichkeit ausgeschlossen werden können.

3. Kerntechnische Anlagen wie Urenco in Gronau und die Brennelementefabrik ANF in Lingen sind weltweit in ihrer Effizienz und Umweltfreundlichkeit führend. Sie sollten daher besondere politische Flankierung erhalten und ein Ausbau unterstützt werden, auch in Hinblick auf Reaktoren der Generation IV. So kann der für Wirtschaft und Wohlstand notwendige Nuklearkreislauf der Welt in Bewegung gehalten und ausgebaut werden.

4. Die Bundesregierung sollte sich international für eine verstärkte Kooperation mit anderen Staaten bei der Entwicklung der Nukleartechnik mit Blick auf dortige Neubauprojekte einsetzen, um die wirtschaftliche und umweltfreundliche Energieversorgung mit Kernenergie voranzutreiben.

5. Die Mittelzuweisungen für die Forschung auf dem zukunftsweisenden Gebiet der Kern- bzw. Kernfusionstechnik müssen insbesondere national ausgebaut und internationale Kooperationen verstetigt bzw. verstärkt werden.

6. Gleichzeitig ist es sinnvoll und geboten, im Gegenzug gegenwärtig verwendete Mittel für den wirkungslosen "Klimaschutz" als Maßnahme gegen das erfundene Problem des "menschengemachten Klimawandels" sowie die hoffnungslos ineffizienten "erneuerbaren" Energien einzusparen, um diese für hocheffiziente Energieerzeugungstechniken wie der Nuklearenergie zu verwenden.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

1. in einem umfangreichen Papier die tatsächlichen Sachverhalte zu Tschernobyl und Fukushima, wie durch den Weltstrahlenschutzrat UNSCEAR festgestellt, dem Bürger stärker, z.B. in Form von Informationskampagnen, bekannt zu machen und in korrekte Relation zur hiesigen Kerntechnik und vor allem in Relation zu den "Erneuerbaren" zu setzen,

2. auf das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit (BMU) einzuwirken, entsprechende Falschinformationen zur Kernenergie z.B. auf der Webseite und Äußerungen der zuständigen Bundesministerin umgehend zu unterbinden,

3. gerade wegen der Verbreitung von Falschinformationen zur Kernenergie dem BMU das Gebiet der kerntechnischen Sicherheit zu entziehen und auf das Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWi) zu übertragen,

4. die BMWi-Projektförderung zur nuklearen Sicherheit auf eine explizite Forschung und Entwicklung an moderneren Reaktor- und Aufarbeitungskonzepten auszuweiten, sowie zusätzliche Förderprogramme zur Forschung und Entwicklung neuer Nuklear- und Fusions-technologien zu schaffen und damit auch die Teilhabe an entsprechenden Projekten im Ausland zu ermöglichen,

5. das Atomgesetz (AtG) dahingehend zu ändern, daß neue kerntechnische Anlagen, insbesondere solche, die zwecks Vermeidung der geologischen Endlagerung für den Schluß des Kernbrennstoffkreislaufs geeignet sind, auch zur gewerblichen Erzeugung von Elektrizität, wieder genehmigungsfähig sind,

6. die im AtG enthaltenen Beschränkungen hinsichtlich Brennstoffverarbeitungstechniken, Laufzeit- und Strommengenbegrenzungen vollständig aufzuheben,

7. die völlig willkürlich im Juni 2014 angeordnete Ausnahme kerntechnischer Anlagen von Hermes-Bürgschaften sofort zu beenden, um wieder einen fairen Wettbewerb bei Stromerzeugungstechniken zu ermöglichen,

8. international sich für einen Ausbau umweltfreundlicher und effizienter Kerntechnik, insbesondere der Generation IV, einzusetzen,

9. auf EU-Ebene auch unter Nutzung der Ratspräsidentschaft darauf hinzuwirken, den Ausbau

der Kernenergie in Ländern wie Polen, Tschechien, Litauen, bei denen ideologisch motivierte antinukleare Kampagnen bisher nicht Fuß fassen konnten, als leuchtendes Beispiel zu unterstützen,

10. die Klimaschutzpolitik einzustellen und alle diesbezüglichen Ausgaben und Förderungen zu streichen sowie

11. alle Subventionen für die umweltschädlichen sogenannten erneuerbaren Energien sowie das Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) abzuschaffen.

Berlin, den 29. Mai 2020

Dr. Alice Weidel, Dr. Alexander Gauland und Fraktion<<

Das deutsche Onlinemagazin "Rubikon" berichtete am 16. September 2020 (x1.061):

>>**Gralshüter des Journalismus**

Daß immer mehr Medien eine devote Haltung gegenüber Bill Gates einnehmen, ist kein Zufall: Der Internet- und Impf-Mogul finanziert etliche von ihnen.

Gibt es irgend etwas, bei dem die Bill-und-Melinda-Gates-Stiftung nicht ihre Finger im Spiel hat? Das Ehepaar bestimmt nicht nur vielfach die globale Agenda, es kontrolliert auch verstärkt sein eigenes Image in den Medien. So erhält unter anderem das National Public Radio, ein Zusammenschluß von 800 Hörfunkstationen der USA, Fördergelder von Gates. Und raten Sie, wie über das Wirken der Stiftung bei den Radiosendern berichtet wird! ...

Der Autor befürchtet, daß der Microsoft-Gründer zu etwas wie einem "Torhüter" - im Original mit einem Wortspiel: "Gates Keeper" - des zeitgenössischen Journalismus wird. Nur was er durchläßt, kommt ans Licht der Öffentlichkeit - eine große Gefahr für die Meinungsfreiheit.

von *Tim Schwab*

Im August 2019 berichtete NPR (National Public Radio, ein Zusammenschluß von etwa 800 nicht kommerziellen Hörfunkstationen in den USA) von einem Projekt der Harvarduniversität, das einkommensschwachen Familien helfen soll, sich in wohlhabenderen Gegenden anzusiedeln, sodaß ihre Kinder Zugang zu besseren Schulen bekommen und später Gelegenheit, "den Teufelskreis der Armut zu durchbrechen". Nach den in dem Beitrag zitierten Forschern könnten diese Kinder im Laufe ihres Lebens ein um 183.000 US-Dollar höheres Einkommen erzielen - eine bemerkenswerte Prognose für ein Wohnungsbauprogramm, das sich noch im Experimentalstadium befindet.

Wenn Sie beim Lesen ein bißchen blinzeln, dann fällt Ihnen auf, daß jeder zitierte Experte mit der Bill-und-Melinda-Gates-Stiftung in Verbindung steht, die das Projekt mitfinanziert. Und wenn Sie wirklich genau hinschauen, finden Sie vielleicht auch am Ende den Hinweis des Redakteurs, daß NPR selbst Fördergelder von Gates erhält.

Die Förderung von NPR durch Gates "hatte keinen Einfluß, warum oder wie wir die Geschichte gebracht haben", betont die Journalistin Pam Fessler und fügt hinzu, daß ihre Berichterstattung weit über die in ihrem Artikel zitierten Stimmen hinausreicht. Nichtsdestoweniger ist die Geschichte eine von Hunderten Beiträgen des NPR über die Gates-Stiftung oder die von ihr finanzierten Projekte, die überwiegend positiv und aus der Perspektive von Gates oder seiner Geförderten geschrieben sind.

Darin erkennt man einen übergreifenden Trend und ein Ethikproblem - durch die Finanzierung von Nachrichten durch philanthropische Milliardäre. Die Broad-Stiftung, die die sogenannten Charter Schools fördert, hat damals auch die Berichterstattung der LA Times über das Schulwesen mitfinanziert. Charles Koch spendete für journalistische Institutionen wie das Poynter-Institut oder Nachrichtenorganisationen wie die Daily Caller News Foundation, die seine konservative Politik unterstützen. Und die Rockefeller Stiftung finanziert das Vox-Projekt "Future Perfect", das "durch die Lupe des effektiven Altruismus" über die Welt berichtet - oft mit Blick auf die Philanthropie.

Während Philanthropen zunehmend die Finanzlöcher von Nachrichtenorganisationen stopfen

- eine Rolle, die sich infolge des nach der Corona-Pandemie zu erwartenden Konjunkturerinbruchs mit ziemlicher Sicherheit ausweiten wird -, machen sich wenige darüber Gedanken, wie das die Berichterstattung über ihre Wohltäter beeinflussen wird.

Nirgends ist diese Sorge berechtigter als bei der Gates-Stiftung, die bei den Spenden an Nachrichtenmedien führend und häufig Gegenstand wohlwollender Berichterstattung ist.

Kürzlich untersuchte ich fast 20.000 wohltätige Spenden, die die Gates-Stiftung bis Ende Juni gewährt hat, und ich fand dabei heraus, daß mehr als 250 Millionen US-Dollar in den Journalismus fließen. Zu den Empfänger gehörten:

Nachrichtenorgane wie BBC, NBC, Al Jazeera, ProPublica, National Journal, The Guardian, Univision, Medium, die Financial Times, The Atlantic, die Texas Tribune, Gannett, Washington Monthly, Le Monde und das Center for Investigative Reporting; Wohltätigkeitsorganisationen, die mit Nachrichtenagenturenverbunden sind, wie die BBC Media Action and der Neediest Cases Fund der New York Times; Medienkonzerne wie Participant, dessen Dokumentation "Waiting for Superman" die Gates-Agenda für die "Charter Schools" unterstützt; journalistische Organisationen wie das Pulitzer Center on Crisis Reporting, die National Press Foundation und das International Center for Journalists und eine Vielzahl anderer Gruppen, die Nachrichteninhalte erstellen oder den Journalismus unterstützen, wie die Leo Burnett Company, eine Werbeagentur, die Gates beauftragt hat, eine Nachrichtenplattform für den Erfolg von Hilfsorganisationen zu erstellen.

In einigen Fällen gaben die Empfänger an, die Zuwendungen an andere Organisationen weiterverteilt zu haben - was es schwierig macht, sich ein Gesamtbild von Gates' Förderung der Vierten Gewalt zu machen.

Die Stiftung hat auch den 2016 erschienenen Bericht des American Press Institute kofinanziert, der dazu diente, Richtlinien zu entwickeln, wie Nachrichtenagenturen ihre redaktionelle Unabhängigkeit von philanthropischen Geldgebern aufrechterhalten können. Eine Haupteckkenntnis war: "Es gibt kaum Anzeichen, daß die Förderer auf redaktionellen Einfluß bestehen oder diesen haben." Interessanterweise geht aus der Datenbasis der Studie hervor, daß fast ein Drittel der Förderer, nach eigenen Angaben, wenigstens einige der von ihnen finanzierten Inhalte vor der Veröffentlichung gesehen hat.

Gates' Großzügigkeit scheint offenbar zu einem immer freundlicher werdenden Medienumfeld für die im Rampenlicht stehende Wohltätigkeitsorganisation geführt zu haben.

Noch vor 20 Jahren stellten Journalisten Bill Gates' anfänglichen Ausflug in die Philanthropie als ein Vehikel zur Bereicherung seines Softwareunternehmens dar, oder als PR-Aktion, um dessen angeschlagenen Ruf nach dem blutigen Kartellkampf von Microsoft mit dem Justizministerium zu retten. Heute ist die Stiftung meist Gegenstand zahnloser Porträts oder glühender, die Wohltaten preisender Leitartikel.

Während der Pandemie behandelten die meisten Nachrichtenmedien Bill Gates wie einen Experten für Covid-19 - obwohl er weder eine medizinische Ausbildung noch öffentliches Amt hat. PolitiFact und USA Today - herausgegeben vom Poynter-Institut beziehungsweise von Gannett, die beide Mittel von der Gates-Stiftung erhalten - haben ihre Faktencheck-Plattformen aufgeboten, um Gates vor "falschen Verschwörungstheorien" und "Fehlinformationen" in Schutz zu nehmen, wie etwa dem Gerücht, daß die Stiftung in Unternehmen investiert habe, die Covid-19-Impfstoffe und -Therapien entwickeln. Dabei zeigen Webseite der Stiftung und ihre aktuelle Steuererklärung deutlich Investitionen in solche Unternehmen wie Gilead und CureVac.

So wie die Nachrichtenmedien Gates einen unangemessenen Einfluß in Fragen der Pandemie verschafft haben, nutzte die Stiftung ihre wohltätigen Spenden seit langem dazu, um den öffentlichen Diskurs über alles von globaler Gesundheit über Bildung bis zur Landwirtschaft zu prägen - mit diesem Einfluß schaffte es Gates auf die Forbes-Liste der mächtigsten Menschen

der Welt.

Die Gates-Stiftung kann in den vergangenen zwei Jahrzehnten auf wichtige gemeinnützige Errungenschaften verweisen - wie die Bekämpfung von Polio und die Bereitstellung neuer Mittel für die Bekämpfung von Malaria - aber selbst diese Anstrengungen haben kompetente Lästereien auf den Plan gerufen, die sagen daß Gates mehr Schaden als Nutzen anrichte oder uns von wichtigeren, lebensrettenden Gesundheitsprojekten abhalte.

Bei praktisch allen von Gates Wohltaten können Reporter, die sich die Mühe machen, Probleme mit der unangemessenen Machtausübung durch die Stiftung finden. Aber solch kritischen Stimmen sind in den Medien nicht so oft und so laut zu hören wie die von Bill und Melinda. Die Nachrichten über Gates sind meist durch die Sicht von Akademikern, gemeinnützigen Organisationen und Denkfabriken gefiltert, die Gates finanziert. Oft sind auch die Redaktionen finanziell mit der Stiftung verflochten.

Die Gates-Stiftung lehnte mehrere Interviewanfragen für diesen Artikel ab und wollte auch keine eigenen Zahlen vorlegen, wie viel Geld sie in den Journalismus gesteckt hat.

Auf Fragen per E-Mail antwortete ein Sprecher der Stiftung, daß ein "Leitprinzip" ihrer Journalistenförderung die Gewährleistung "schöpferischer und redaktioneller Unabhängigkeit" sei. Der Sprecher bemerkte auch, daß infolge finanziellen Drucks auf die Medien viele der Themen, an denen die Stiftung arbeitet, "nicht mehr die tiefe, konsequente Behandlung erhalten, die sie einst hatten. ...

Wenn renommierte Medien Gelegenheit haben, über wenig erforschten und wenig bekannten Themen zu berichten, haben sie die Macht, die Öffentlichkeit aufzuklären und die Annahme und Implementierung einer evidenzbasierten Strategie sowohl im öffentlichen als auch im privaten Sektor zu fördern."

Als wir vom Columbia Journalism Review (CJR) beim Faktencheck für diesen Artikel waren, kam von der Gates-Stiftung eine konkretere Antwort:

"Die Empfänger unserer journalistischen Förderung waren und sind einige der renommiertesten Medien der Welt. ... Die von Ihnen vorgelegte Fragenliste impliziert, diese Medien hätten ihre Integrität und Unabhängigkeit aufs Spiel gesetzt, indem sie mit Mitteln der Stiftung über globale Gesundheitsthemen, Entwicklungs- und Bildungspolitik berichteten. Diese Deutung lehnen wir entschieden ab."

In der Antwort nennt die Stiftung weitere Beziehungen zu Nachrichtenmedien, zum Beispiel die "Teilnahme an Dutzenden von Konferenzen, darunter dem Perugia Journalism Festival, dem Global Editors Network oder der World Conference of Science Journalism sowie die "Hilfe beim Aufbau von Kapazitäten durch Initiativen wie den Innovation in Development Reporting Fund.

Der volle Umfang der Spenden von Gates für die Nachrichtenmedien bleibt im Dunkeln, weil die Stiftung nur Gelder offenlegt, die durch gemeinnützige Zuschüsse und nicht durch Verträge vergeben werden. In Beantwortung von Fragen gab Gates nur einen Vertrag - den mit Vox - bekannt, beschrieb aber, wie ein Teil dieser Vertragsgelder ausgegeben wird: für die Produktion gesponserter Inhalte und gelegentlich für die Finanzierung "nicht-medialer gemeinnütziger Einrichtungen zur Unterstützung bei Aktivitäten wie Ausbildung von Journalisten, Organisation von Medienkonferenzen und Teilnahme an Events."

Im Laufe der Jahre haben Reporter die offenkundig blinden Flecken in der Berichterstattung über die Gates-Stiftung aufgedeckt, auch wenn diese reflektierende Art zu schreiben in den vergangenen Jahren seltener geworden ist. Im Jahr 2015 publizierte Vox einen Artikel über die weitverbreitete unkritische Berichterstattung über die Stiftung - die auch dann noch erfolgte, wenn viele Experten und Wissenschaftler bereits die roten Fahnen hißten.

Vox bezifferte weder Gates' Zuwendungen an die Nachrichtenredaktionen als einen entscheidenden Faktor noch erwähnte sie seine einmonatige Tätigkeit als Gastredakteur bei The Ver-

ge, das zu Vox gehört. Dennoch warf die Nachrichtenagentur kritische Fragen zur Tendenz der Medien auf, die Gates-Stiftung als ambitionslose Wohltätigkeitsorganisation zu porträtieren anstatt als Machtinstrument.

Fünf Jahre zuvor, im Jahr 2010 veröffentlichte CJR eine zweiteilige Serie, in der unter anderem die Millionen US-Dollar untersucht wurden, die an PBS News Hour flossen, um zuverlässig jede kritische Berichterstattung über Gates zu vermeiden.

Im Jahr 2011 äußerte die Seattle Times ausführlich ihre Bedenken darüber, wie die Finanzierung der Gates-Stiftung die unabhängige Berichterstattung gefährden könnte:

"Um Aufmerksamkeit auf für sie wichtige Themen zu lenken, hat die Stiftung Millionen in Ausbildungsprogramme für Journalisten investiert. Sie finanziert Forschungen über die effektivsten Methoden der Medienkommunikation.

Von Gates unterstützte Denkfabriken generieren Faktenblätter sowie fertige Meinungsartikel für die Presse. Magazine und wissenschaftliche Zeitschriften erhalten von Gates Geld für die Publikation von Artikeln und Forschungsergebnissen. Experten, die in von Gates finanzierten Programmen geschult werden, schreiben Kolumnen, die dann in Zeitungen von der New York Times bis zur Huffington Post zu lesen sind, während Onlineportale die Grenze zwischen Journalismus und Meinungsmache verwischen."

Zwei Jahre nach dem Erscheinen dieses Artikels akzeptierte die Seattle Times substantielle Fördergelder von der Gates-Stiftung für ein schulbezogenes Reportage-Projekt.

Diese Geschichten lieferten überzeugende Beweise für Gates' redaktionellen Einfluß, legten aber nicht das ganze Ausmaß seines finanziellen Einflusses auf die "Vierte Gewalt" offen. Zum Vergleich: Die oben erwähnten 250 Millionen entsprechen genau dem Kaufpreis, den Jeff Bezos für die Washington Post hingelegt hat.

Bei Spenden von Gates an Redaktionen ist die Art und Weise der Verwendung der Gelder eingeschränkt - meist für globale Gesundheits- und Bildungsthemen, an denen die Stiftung arbeitet - was dazu beitragen kann, die Präsenz dieser Themen in den Medien zu erhöhen.

So flossen zum Beispiel im Jahre 2015 383.000 US-Dollar an das Poynter-Institut, das weithin als Autorität auf dem Gebiet journalistischer Ethik gilt und gelegentlich mit CJR zusammenarbeitete. Verwendungszweck der Spende: "Verbesserung der Genauigkeit der weltweiten Berichterstattung zu Themen der globalen Gesundheits- und Entwicklungspolitik".

Poynters Vizepräsidentin Kelly McBride sagte, die Spendengelder würden an Einrichtungen zur Überprüfung von Medienfakten weitergeleitet, wie Africa Check, und sie zeigte sich "fest davon überzeugt", daß die Arbeit nicht zu Voreingenommenheit oder blinden Flecken führen würde, obwohl sie einräumte, das nicht selbst geprüft zu haben.

Ich fand sechzehn Beispiele von Medienbehauptungen im Zusammenhang mit Gates, die von Africa Check überprüft worden waren. Diese scheinen alle Bill und Melinda Gates und ihrer Stiftung, die Milliarden US-Dollar in afrikanische Entwicklungsprojekte gesteckt haben, weitestgehend recht zu geben. Das einzige Beispiel, das ich gefunden habe, bei dem der Africa Check seinen Gönner etwas korrigierte, war eine inkorrekte Statistik in einem Tweet eines Stiftungsmitarbeiters: Daß alle 60 Sekunden ein Kind an Malaria sterbe, anstatt alle 108 Sekunden.

Africa Check gibt an, in den Jahren 2017 und 2019 weitere 1,5 Millionen von Gates erhalten zu haben.

"Unsere Sponsoren haben keinen Einfluß auf die von uns überprüften Behauptungen ... und die daraus für unsere Berichte gezogenen Schlußfolgerungen", sagte der Geschäftsführer von Africa Check Noko Makgato gegenüber CJR. "Bei allen Faktenchecks, in denen unsere Geldgeber involviert sind, fügen wir einen Vermerk zur Information der Leser hinzu."

Anfang dieses Jahres übernahm McBride im Rahmen eines Vertrages zwischen NPR und Poynter auch die Aufgabe eines NPR-Chefredakteurs. Seit dem Jahr 2000 hat die Gates-

Stiftung NPR mit 17,5 Millionen unterstützt, verteilt auf zehn gemeinnützige Zuwendungen, die alle für die Berichterstattung über globale Gesundheits- und Bildungsfragen - spezifische Gates-Themen.

NPR berichtet ausführlichst über jede Regung der Gates-Stiftung. Bis Ende 2019, so ein Pressesprecher, hat NPR die Stiftung mehr als 560-mal erwähnt, davon allein 95-mal bei Goats and Soda, dem globalen Gesundheits- und Entwicklungsblog, der von Gates gefördert wird. "Die Finanzierung durch Privatwirtschaft und Philanthropen hat nichts mit dem redaktionellen Entscheidungsprozeß in der NPR-Nachrichtenredaktion zu tun", versicherte der Sprecher.

Tatsächlich kommt es vor, daß NPR die Stiftung kritisch beleuchtet. Im September 2019 wurde über die Entscheidung der Stiftung berichtet, den indischen Premierminister Narendra Modi mit einem humanitären Preis auszuzeichnen, trotz dessen düsterer Vorgeschichte in Bezug auf Menschenrechte und Meinungsfreiheit.

Die Geschichte erschien danach in vielen Zeitungen - eine der seltenen für Gates schlecht gelaufenen Episoden.

Am selben Tag erschien über die Stiftung eine zweite NPR-Schlagzeile: "Gates-Stiftung sieht Ziel der weltweiten Armutsbekämpfung bis 2030 in Gefahr". Die Artikel zitiert nur zwei Quellen: die Gates-Stiftung und einen Vertreter des Center for Global Development, eine von Gates finanzierte NGO. Unabhängige Standpunkte sucht man vergebens. Bill Gates, als zweitreichster Mann der Welt ein potentiell Sinnbild sozialer Ungleichheit, wird von NPR zur moralischen Autorität in Armutfragen gemacht.

Angesichts von Gates' umfangreicher Finanzierungsrolle beim NPR könnte man sich Redakteure vorstellen, die darauf bestehen, daß ihre Reporter finanziell unabhängige Stimmen zu Wort kommen lassen oder Quellen verwenden, die zu kritischen Betrachtungsweisen imstande sind - sehr im Gegensatz zu vielen NPR-Berichten über Gates. Eine andere Methode, ein gewisses Maß an Unabhängigkeit anzustreben, wäre die Zurückweisung von Geldern, die zweckgebunden an Gates' Lieblingsthemen sind.

Selbst wenn NPR "kritisch" über Gates berichtet, wird man den Eindruck einer Inszenierung nicht los. Im Februar 2018 brachte NPR einen Bericht mit der Überschrift "Bill Gates befaßt sich mit 'schwierigen Fragen' zu Armut und Macht". Die "schwierigen Fragen", die NPR in dieser Frage- und Antwortrunde darbot, stammten zum größten Teil aus einer von Gates selbst kuratierten Liste, die er zuvor in einem Brief auf der Webseite seiner Stiftung beantwortet hatte. Ohne jede Ironie fragte der Reporter Ari Shapiro: "Wie ermutigen Sie ... die Leute, Ihnen reinen Wein einzuschenken, auch auf die Gefahr hin, ihren Geldgeber zu verprellen?"

Gates erwiderte, Kritiker würden ihre Anliegen vorbringen und die Stiftung höre ihnen zu.

Im Jahr 2007 publizierte die LA Times eine der wenigen kritischen Recherche-Serien über die Gates-Stiftung, die auch die Stiftungsbeteiligung an Unternehmen thematisierte, die den Menschen - denen die Stiftung vorgab zu helfen -, schaden, wie gewisse, im Zusammenhang mit Kinderarbeit stehende Schokoladenfirmen. Der für die Serie verantwortliche Reporter Charles Piller berichtete, er habe sich während der Recherchen gewaltig angestrengt, um Antworten von der Gates-Stiftung zu bekommen.

"Zum größten Teil wollten sie mit mir nichts zu tun haben. Sie waren nicht bereit, Fragen zu beantworten, und verweigerten mehr oder weniger jede Form von Kommunikation außer dem absoluten Minimum für die meisten meiner Berichte", so Piller. "Das ist sehr, sehr typisch für große Konzerne und Regierungsbehörden: Sie haben die Hoffnung, daß jedes noch so kontroverse Thema, das in der Berichterstattung aufgeworfen wurde, eine begrenzte Lebensdauer hat, und sie wieder zur Tagesordnung übergehen können."

Angesprochen darauf, warum es so wenig kritische Berichterstattung über Gates gebe, sagte Piller, die Redaktionen würden die Zuwendungen zum Anlaß nehmen, sich andere Angriffspunkte zu suchen.

"Anzunehmen, die Spenden an ihre Organisationen hätten keine Wirkung auf die redaktionelle Arbeit, wäre Selbstbetrug", sagt er. "Das ist einfach der Lauf der Welt".

Zwei Journalisten, die erst kürzlich zu Gates recherchiert haben, berichten über die unzweideutigen Anstrengungen der Stiftung, redaktionellen Einfluß auszuüben. Die unabhängigen Journalisten Robert Fortner und Alex Park untersuchten in De Correspondent die Grenzen und unbeabsichtigten Folgen der hartnäckigen Bemühungen der Stiftung, die Kinderlähmung (Polio) auszurotten. In der HuffPost zeigen die beiden Journalisten, wie Gates' überproportionale Finanzierung globaler Gesundheitsinitiativen die Hilfsagenda der ganzen Welt auf die eigenen Ziele der Stiftung (wie Ausrottung der Kinderlähmung) und weg von Themen wie der Notfallvorsorge zur Reaktion auf Krankheitsausbrüche wie die Ebola-Krise.

Dieses Narrativ ging im Zuge der aktuellen Covid-19-Diskussion verloren, seitdem Medien von der LA Times über PBS bis STAT Gates zur visionären Führungspersönlichkeit im Bereich Pandemie verklärt haben.

Während Fortner und Park an diesen beiden Artikeln arbeiteten, setzte die Stiftung Himmel und Hölle für ein Gespräch mit ihren Chefredakteuren in Bewegung. Beide hatten den Eindruck, daß Gates die redaktionelle Gestaltung der Beiträge zu beeinflussen suchte.

"Sie wichen unseren Fragen aus und versuchten, unsere Berichterstattung zu unterminieren", berichtet Park.

Während der Recherchen für De Correspondent, machte die Pressesprecherin von Gates' Polio-Team, Rachel Lonsdale, dem Chefredakteur des Duos ein ungewöhnliches Angebot und schrieb:

"Wir suchen normalerweise das Telefongespräch mit dem Chefredakteur einer Zeitung, die freiberufliche Journalisten einsetzt, einerseits um besser zu verstehen wie wir bei dem aktuellen Projekt helfen können, andererseits um eine längere Beziehung aufzubauen, die über das Freiberuflerprojekt hinaus bestehen könnte."

Das Online-Magazin entgegnete, daß es den Vorschlag wegen seines Potentials ablehne, die Unabhängigkeit und Integrität seiner Arbeit zu kompromittieren.

In einer Stellungnahme erklärte die Stiftung später, daß Lonsdale "normale Medienkontakte als Teil ihrer Rolle als leitende Projektbeauftragte durchführt. Wie wir schon im Dezember 2019 an Tim geschrieben haben, verfügen auch wir wie viele andere Organisationen über ein hauseigenes Team für Medienarbeit, das den Kontakt zu Journalisten und Redakteuren pflegt, um als Ressource für die Informationsbeschaffung zu dienen und eine gründliche, akkurate Berichterstattung zu ermöglichen."

Park sagt, er hatte für beide Artikel die Rückendeckung seiner Chefredakteure. Aber er macht keine Abstriche an dem Versuch der Stiftung, "einen Keil zwischen uns und das Magazin zu treiben ... wenn nicht zur direkten Einflußnahme, dann zum Aufbau einer Beziehung über die man später Einfluß nehmen kann."

Unterdessen erklärt Fortner, daß er es größtenteils vermeide, Artikel in von Gates finanzierten Nachrichtenagenturen anzubieten, wegen des damit verbundenen Interessenkonfliktes. "Die Finanzierung durch Gates macht für mich einen glaubwürdigen Pitch-Prozeß unmöglich."

Fortner, Autor der CJR-Reportage von 2010 über Gates' finanzielle Förderung des Journalismus, publizierte 2016 im Selbstverlag einen Folgeartikel, in dem er thematisiert, daß die Finanzierung von Nachrichtenbeiträgen durch Gates nicht immer offengelegt wird, darunter auch 59 Nachrichtenberichte, die das Pulitzer Center on Crisis Reporting teilweise mit Gates' Geld finanzierte. Das Center weigerte sich auch, Fortner mitzuteilen, um welche 59 Artikel es sich handelte.

Sind kritische Berichte über die Gates-Stiftung schon selten, so sind sie im Kontext des "Lösungsjournalismus" total daneben - einer neuartigen Form der Berichterstattung, die die Lösungen von Problemen, nicht die Probleme selbst, hervorhebt.

Diese optimismusbetonte Ausrichtung hat die Patronage der Gates-Stiftung auf sich gezogen, die 6,3 Millionen für das "Solutions Journalism Network" (SJN) locker gemacht hat, um Journalisten auszubilden und Reporting-Projekte zu finanzieren. Gates ist der größte Geldgeber für das SJN und bestreitet rund ein Fünftel der gesamten Finanzierung des Netzwerks. Mehr als die Hälfte dieses Geldes wurde, laut SJN, unterverteilt, zum Beispiel an Education Lab, sein (oben erwähntes) Gemeinschaftsprojekt mit der Seattle Times.

SJN räumt auf seiner Webseite ein daß "potentielle Interessenkonflikte inhärent sind", wenn man philanthropische Gelder nimmt, um Lösungsjournalismus zu betreiben. SJN-Mitgründer Bornstein dazu in einem Interview:

"Wenn Sie über das globale Gesundheits- oder Bildungswesen berichten und über interessante Modelle schreiben, sind die Chancen sehr groß, daß eine der Organisationen (über die Sie berichten) von der Gates-Stiftung mitfinanziert wird, denn sie überziehen die ganze Welt mit ihrem Geld und sind der Hauptsponsor in diesen beiden Bereichen".

Unsere Frage, ob es Beispiele kritischer Berichterstattung des SJN über die Gates-Stiftung gebe, erschien ihm fast als ungehörig: "Die meisten Geschichten die wir fördern schildern Versuche, Probleme zu lösen, daher sind sie in der Regel weniger kritisch als der traditionelle Journalismus".

Das gilt auch für die Beiträge, die Bornstein und SJN-Mitgründerin Tina Rosenberg für die New York Times verfassen. Als Vertragsautoren für die "Fixes-Meinungskolumne" publizieren die beiden seit Jahren wohlwollende Profile der von Gates finanzierten Erziehungs-, Landwirtschafts- und Gesundheitsprogramme - ohne jemals anzugeben, daß sie für eine Organisation arbeiten, die Millionen US-Dollars von Gates bekommt. Im Jahr 2019 berichteten Rosenbergs Kolumnen begeistert zweimal über das "Weltmoskitoprojekt", dessen Sponsor-Link mit einem Bild von Bill Gates verknüpft ist.

"Wir verweisen in jeder Kolumne auf unsere Beziehung zum SJN, und die Förderer des SJN sind auf dessen Webseite aufgelistet. Aber Sie haben Recht, was die von Gates geförderten Projekte angeht, dann sollten wir sagen, daß auch das SJN gefördert wird", schrieb Rosenberg in einer E-Mail. "Wir werden in unserer Arbeit mit der New York Times klarer werden und alles offenlegen."

Mein flüchtiger Blick auf die "Fixes-Kolumne" förderte 15 Beispiele zutage, in denen die Autoren explizit Bill und Melinda Gates, ihre Stiftung oder von Gates gesponserte Organisationen erwähnen. Bornstein und Rosenberg sagten, sie hätten ihre Chefredakteure bei der Times gebeten, mehrere dieser Kolumnen nachträglich mit finanzieller Offenlegung zu ergänzen, sechs bräuchten ihrer Meinung nach keine solchen Hinweise.

Rosenbergs im Jahr 2016 geschriebenes Profil von Bridge International Academics erwähnt zum Beispiel, daß Bill Gates persönlich zur Finanzierung des Projekts beitrage. Die Autoren argumentieren, da die Verbindung von SJN zur Gates-Stiftung und nicht zu Bill Gates persönlich besteht, sei keine Offenlegung erforderlich.

"Das ist ein wesentlicher Unterschied", erklären sie in einer E-Mail.

Aber auch Monate nachdem Bornstein und Rosenberg gesagt haben, sie hätten ihre Herausgeber gebeten, ihre Kolumnen um finanzielle Offenlegungen zu ergänzen, bleiben diese unkorrigiert. Marc Charney, ein leitender Redakteur bei der Times, sagte, er sei nicht sicher, ob und wann die Offenlegungen hinzugefügt würden, und verwies auf technische Probleme und andere redaktionelle Prioritäten.

Auch NPR versprach eine finanzielle Offenlegung zu einem im Jahr 2012 erschienenen Artikel über die Gates-Stiftung hinzuzufügen, ohne ... Taten folgen zu lassen. Die weitaus meisten Artikel über Gates versieht NPR mit solchen Hinweisen.

Selbst bei perfekter Transparenz der Gates-Finanzierung kann das Geld noch zu Voreingenommenheit führen. Gleichzeitig erklärt dies allein nicht ganz, warum ein so großer Teil der

Berichterstattung über die Stiftung positiv ist.

Selbst Medien ohne sichtbare finanzielle Verbindung zu Gates - die Stiftung ist nicht verpflichtet, über alle Gelder, die sie in den Journalismus steckt, offen zu legen, sodaß das volle Ausmaß nicht bekannt ist - tendieren zu einer positiven Berichterstattung über die Stiftung. Dies mag daran liegen, daß Gates' expansive Zuwendungen das generelle Narrativ über die Arbeit der Stiftung verbessert haben.

Vielleicht liegt es auch daran, daß Nachrichtenkanäle immer, besonders heutzutage, nach Hel- den suchen.

Größere Sorge bereitet der Präzedenzfall, den die vorherrschende Berichterstattung über Gates dafür schafft, wie wir über die nächste Generation von zu Philanthropen mutierten Milliardären aus dem Technologiebereich berichten werden, zum Beispiel Jeff Bezos und Mark Zuckerberg. Bill Gates hat gezeigt, wie nahtlos der umstrittenste Industriemagnat sein öffentliches Bild vom Technoschurken zum großzügigen Menschenfreund transformieren kann. Insoweit es die Aufgabe von Journalisten ist, Reichtum und Macht zu hinterfragen, sollte Bill Gates zu den am genauesten beobachteten Menschen der Welt gehören - und nicht zu den meistbewun- derten.

Tim Schwab ist freier Journalist in Washington, D.C. Seine Untersuchung über die Gates Foundation war Teil eines Stipendiums der Alicia Patterson Foundation im Jahr 2019 ...

Redaktionelle Anmerkung: Dieser Text erschien unter dem Titel "Journalism's Gates Keepers" bei Columbia Journalism Review. Er wurde von Christoph Hohmann aus dem ehren- amtlichen Rubikon-Übersetzungsteam übersetzt und vom ehrenamtlichen Rubikon-Korrektur- ratteam lektoriert.<<

Auf der Webseite "<https://kenfm.de> ..." des deutschen Journalisten Ken Jebsen erschien am 18. September 2020 folgender Bericht über die Ziele der Corona-Pandemie (x1.014/...):
>>Mit Hygiene und Maskenzwang sollen Gehorsam und Unterwerfung trainiert werden - die Angstmache ist Teil einer dunklen Agenda.

Ein Standpunkt von *Peter König*

Ist Corona die wahre Ursache des organisierten Wahnsinns, den wir derzeit erleben? Inzwi- schen scheint klar, daß nichts davon, weder Masken, "Infektionen", Quarantäne, Lockdown, Impfung, noch irgendeine andere repressive Maßnahme etwas mit Covid zu tun haben. Sie sind Mittel und Instrumente für die Neue Weltordnung (NWO), um die Bevölkerung für den totalen Gehorsam und die Kontrolle durch eine unsichtbare Supermacht oder einen tiefdunk- len Staat "zu trainieren". Wollen wir den Rest unseres Lebens nicht unfrei und als Gebrochene verbringen, müssen wir jetzt rasch und entschlossen Widerstand leisten.

Auf Betreiben der WHO hat die Gruppe der medizinischen Direktoren der UNO (UNMD) in Genf soeben eine *Konsenserklärung* für das UNO-Personal in Genf herausgegeben. Das UNO-Personal wird darin im Wesentlichen auf bevorstehende strengere Maßnahmen einge- stimmt, zum Beispiel auf das Tragen von Masken im Büro, wenn 2-Meter-Abstände nicht eingehalten werden können sowie wieder mehr Heimarbeit zu leisten, obwohl diese Bedin- gungen erst im Juni gelockert wurden. Von zuhause aus zu arbeiten bedeutet, Kollegen von- einander zu trennen, sie durch Kameras zu vernetzen, aber *keinen menschlichen Kontakt* zuzu- lassen. So läuft das Spiel.

Die UNMD bezieht sich auf die neuen Vorschriften des Kantons Genf, die auf der Behaup- tung der Schweiz beruhen, die "Infektionen" mit Covid-19 nähmen stetig zu. Seit Anfang Juli betrogen die neuen "Fälle" täglich 100 und erreichten Ende Juli sogar weit über 200 und Mitte August über 250. Die positiven Testergebnisse haben angeblich ständig zugenommen, oft um fast 10 Prozent pro Tag. Nun, überraschenderweise - so heißt es - betreffen 40 Prozent der "Fälle" Menschen zwischen 20 und 40 Jahren. Aber wer prüft? - Ist es ein Mandat der WHO, die Statistiken zu diversifizieren, um die allgemeine Impfung und einen weiteren totalen

Lockdown besser rechtfertigen zu können?

Wir wissen inzwischen, daß nichts davon, weder Masken, "Fälle/Infektionen", Quarantäne, Lockdown, Impfung oder irgendeine andere repressive Maßnahme, etwas mit Covid zu tun haben. Sie sind Mittel und Instrumente für die Neue Weltordnung (NWO), um die Bevölkerung für den totalen Gehorsam und die Kontrolle durch eine unsichtbare Supermacht oder einen tief-dunklen Staat "zu trainieren".

Die WHO spielt bei diesen ruchlosen Plänen eine Schlüsselrolle, da sie von den meisten Menschen und Regierungen bezüglich der Weltgesundheit immer noch als eine Autorität angesehen wird, die sie leider seit Jahrzehnten nicht mehr ist.

Der Kanton Genf, in dem übrigens WHO und UNO ihren Sitz haben, ist der "schlimmste" Kanton der Schweiz, in dem etwa ein Drittel aller "Infektionen" vorkommen. So sagen die Schweizer Behörden. Ein Sprecher des Schweizer Gesundheitsministeriums bemerkte:

"Wäre Genf ein separates Land, müßte jeder, der aus Genf in die übrige Schweiz reist, unter Quarantäne gestellt werden."

Wie beängstigend!

Der Grad der Panikmache geht weiter - auf öffentlichen Plätzen, in Geschäften und in geschlossenen Räumen sollen verbindlich Gesichtsmasken gefordert werden. Dabei spielt der heftige Protest von kleinen Ladenbesitzern und Einzelhandelsunternehmen keine Rolle, denn sie verlieren ihre Kunden sehr schnell. Die Menschen wollen nicht mit Masken einkaufen. Sie finden sie auch nutzlos.

Deshalb wandern sie ins Online-Shopping ab, viele davon ins Ausland. Die Verluste im Einzelhandel werden auf mindestens 30 Prozent geschätzt. Es ist bereits davon die Rede, auch auf der Straße die Maskerade zu erzwingen. Ebenso wird ein neuer Schwerpunkt auf die "soziale Distanzierung" gelegt.

Die Menschen sollen abgerichtet und an jeder Ecke daran erinnert werden, sich voneinander fernzuhalten. Eine Maskerade mit Menschen, die im Gleichschritt gehen oder zwei Meter voneinander entfernt stehen.

Sähe ein Marsmensch, wie die menschliche Spezies, ohne Rückgrat, ohne Selbstachtung, nur Befehle befolgt, was die meisten seriösen Wissenschaftler als den größten Schwindel der Menschheitsgeschichte betrachten - würde dieser Außerirdische denken: *"Die menschliche Spezies ist verrückt geworden, laßt sie im Gleichschritt in den Untergang marschieren. Laßt diesen schönen blauen, aber verrückten Planeten zur Hölle fahren."*

Und die Bevölkerung verwandelt sich in Zombies, weil die Behörden es ihr unter Androhung von Geldstrafen befehlen - gegen jeden gesunden Menschenverstand. Den Zombies fehlt dieser gesunde Menschenverstand, der sie dazu befähigen würde, massenhaft Widerstand zu leisten.

Jene Einschränkungen und mehr gelten jetzt bis mindestens 1. Oktober 2020. Das ist ungefähr der Beginn der Grippezeit 2020/2021, die bequemerweise mit Covid-19 verwechselt werden wird, und - nicht zu vergessen - eines weiteren Lockdowns, der Massenimpfungen gegen Covid und Grippe rechtfertigen soll. Quarantäne, Zerstörung der Lebensgrundlagen - ein wirtschaftlicher Absturz in mehr Armut, mehr Elend, mehr Entbehrung, mehr Hungersnot - mehr Tod. Kein Covid-Tod, sondern ein sozioökonomischer Tod. Das ist genau das, wovon die Eugenik-Fanatiker träumen. Die Dezimierung der Weltbevölkerung.

Die WHO ist ein fester Bestandteil der Beteiligten und empfiehlt diese Schritte, falls und wann auch immer sie dazu aufgefordert wird. Natürlich von den unsichtbaren Monstern. Die UNO macht mit. Oder hat die UNO diese Covid-Figuren in Genf gezwungen, zuerst ihre Mitarbeiter und dann die allgemeine Bevölkerung - weltweit - auf einen neuen Lockdown im Oktober/November vorzubereiten? - Alles ist möglich.

Die UNO schlägt in ihrem Papier vor, daß wir uns auf eine lange Zeitspanne einstellen müs-

sen. Und das gilt auch für die Behörden (sic.), nicht nur in der Schweiz, sondern überall auf der Welt.

Schauen Sie sich die tyrannischen Unterdrückungsmaßnahmen von Melbourne, dem Department of Victoria in Australien an; ähnlich verhält es sich in Neuseeland, Südafrika; Thailand hat alle seine Grenzen hermetisch abgeriegelt - Deutschland bereitet sich auf einen neuen Lockdown vor, obwohl das Gegenteil behauptet wird (trotz des starken Widerstands der Bevölkerung), ebenso Frankreich - und die USA, während sie gegen Rassenunruhen, Woke-Proteste, Black Lives Matter (BLM)-Bewegungen und gegen die Polizei gerichtete Unruhen kämpfen.

Alles organisiert und bezahlt von den Soroses, Rockefellers, Fords, Gates und weiteren oligarchischen "philanthropischen" humanitären Stiftungen. Der Mainstream kann bei der Berichterstattung über das US-Stadtchaos nicht einmal mehr mithalten.

All dieses Gerede, diese Vorhersagen, Projektionen, Drohungen, Widersprüche, Anarchie in den Städten - wird mit Absicht fabriziert, um die Menschen nicht nur zu verwirren, sondern zu unterdrücken und zu deprimieren. Hoffnungslosigkeit ist eine wirksame Waffe. Es ist ein waffenähnliches Narrativ.

Die "Konsenserklärung des Netzwerks der medizinischen Direktoren der UNO in Genf" beginnt mit den Worten - *"Der jüngste Anstieg neuer Fälle"* - ohne jemals zu beschreiben, was neue Fälle mit sich bringen.

Neue Infektionen? Neu positiv getestet, aber keine Symptome? Kranke Menschen? Ins Krankenhaus eingelieferte Menschen? Gestorbene? - Tatsächlich ist die Todesrate überhaupt nicht gestiegen. Niemand von diesen *"neuen Fällen"* oder *"neuen Infektionen"* ist gestorben. Aber niemand berichtet über diese wichtige Tatsache.

Es klingt dramatisch: ein Fall, eine Infektion - aber niemand wagt es, den sogenannten pathetischen und korrupten Behörden solch entscheidende Fragen zu stellen. Niemand fragt nach einer Erklärung, was diese *"erhöhten Zahlen"* wirklich bedeuten? - Werden sie in Abhängigkeit der vermehrten Tests erhöht? Wie werden Tests durchgeführt? Fragt irgend jemand, wie die berüchtigten und umstrittenen Polymerase-Kettenreaktionstests (PCR) durchgeführt und analysiert und die Ergebnisse in die Annalen der Statistik aufgenommen werden, so daß immer mehr *"Virusfälle"* entstehen?

Die Website "Virology Down Under" berichtet über einen Kommentar von Professor Martin Haditsch in der ProMed-mail:

"Meines Wissens ist 'Infektion' definiert als der Nachweis eines Infektionserregers und der Nachweis der Vermehrung dieses Erregers im Körper (oder damit verbundene Entzündungsreaktionen, die mit diesem Erreger in Verbindung gebracht werden können). Daher lautet meine Frage: Wo wurde die Probe von den 'asymptomatischen' Krankenschwestern entnommen? Das PCR-Verfahren weist, wie wir alle wissen, nur Nukleinsäuren nach.

Wenn also eine Vermehrung nicht nachgewiesen werden kann und keine lokale oder systemische Entzündungsreaktion vorliegt, wie wurde dann eine 'Kontamination' (egal ob durch inaktivierte Teile von MERS-CoV oder gar komplette Viruspartikel) ausgeschlossen? Dies ist nicht nur eine semantische Frage, sondern sollte sich auf die gemeldete Zahl der 'Fälle' auswirken."

Fällt der Anstieg der "neuen Fälle" mit einem Anstieg der neuen Tests zusammen?

Wer führt die Tests durch?

Gibt es eine unabhängige Stelle, die die Tests kontrolliert, die überwacht, wer getestet wird, und wann und wie häufig Tests durchgeführt werden - und ob über die Ergebnisse berichtet wird? Werden zum Beispiel Personen, die mehrmals getestet werden, auch mehrmals gemeldet?

Die UNMD-Konsenserklärung ist nichts anderes als eine Unterstützung der globalen Panik-

mache. Sie paßt zu einer Agenda, einer gewaltigen finsternen Agenda. Das obligatorische Tragen von Masken ist die verabscheuungswürdigste Maßnahme des tief-dunklen Staats - der unsichtbaren Meister, die uns in das Projekt der NWO drängen. Die Täter wissen es. Sie lieben es. Sie sind Psychopathen. Und das Tragen von Masken ist gefährlich, gefährlich für die eigene Gesundheit und das eigene Wohlbefinden.

An den meisten Orten in Europa hat das neue Schuljahr gerade erst begonnen. Vielerorts sind die Schülerinnen und Schüler gezwungen, Masken zu tragen, wenn die "soziale Distanzierung" in den Klassenzimmern nicht umgesetzt werden kann. Viele Schülerinnen und Schüler sind in ganz Europa - und wahrscheinlich auch auf anderen Kontinenten - befragt worden. Ihre Antwort ist fast einstimmig: Masken sind unbequem, die Konzentration schwankt nach etwa zwei Stunden, wir sind abends erschöpft und haben oft Kopfschmerzen. Kein Wunder, das eigene CO2 anstelle von Sauerstoff einzuatmen, kann nicht sehr gesund sein.

Das erzwungene Tragen von Masken ist eine wichtige Agenda im Rahmen der Großen Transformation oder des Großen Reset, der sowohl vom IWF als auch vom WEF (Weltwirtschaftsforum) "ausgerollt" wird und im Januar 2021 in Davos, Schweiz, offiziell "vorgestellt" werden soll.

Es ist eine Agenda der Umerziehung durch Rituale. Das Tragen der Maske ist ein Ritual der Verhaltensakzeptanz. Es ist ein Ritual, um Gehorsam zu erzwingen. Je schneller und leichter man die Maske akzeptiert, desto schneller wird man akzeptiert - in der Gesellschaft.

Die meisten Menschen wollen akzeptiert werden. Sie fühlen sich dadurch geborgen, egal wie unbequem diese Akzeptanz ist und egal, wie sehr sie auf Lügen beruht. ...

Dann gibt es die wenigen, die Widerstand leisten, die sich nicht um Akzeptanz scheren. Sie widersetzen sich heftig. Das System der Tyrannei sorgt dafür, daß sie sozial diskriminiert und von der "Gesellschaft" ausgeschlossen werden - sie sind soziale Nichtsnutze. Sie werden angesehen, als seien sie Monster, Verbreiter von Krankheiten. Es ist die alte "Kluft, die es zu überwinden gilt". Ihr jahrelanger Freund wird plötzlich Ihr Feind. Familien, Gruppen, Vereine, ganze Gesellschaften werden gespalten und dazu gebracht, sich gegenseitig zu verachten - Spaltung entlang der "rituellen Linie".

Erstaunlich, wie das bei Masken funktioniert. Warten Sie, bis Sie sehen, wie es bei der Impfung funktioniert - ein weiteres Ritual wird vorbereitet, da wir nicht wissen, was uns in den nächsten 5 bis 10 Jahren erwartet. Denken Sie an Agenda ID 2020 und Agenda 2030 - unter der UNO-Verkleidung der Ziele der nachhaltigen Entwicklung.

Wir sind noch nicht dem Untergang geweiht. Aber wir müssen schnell und entschlossen und im Einklang handeln - in Solidarität. Lassen Sie uns die Solidarität neu erfinden.

Peter König ist Wirtschaftswissenschaftler und geopolitischer Analyst. Er ist auch Spezialist für Wasserressourcen und Umwelt. Er arbeitete über 30 Jahre lang mit der Weltbank und der Weltgesundheitsorganisation auf der ganzen Welt in den Bereichen Umwelt und Wasser. Er hält Vorlesungen an Universitäten in den USA, Europa und Südamerika.

Er schreibt regelmäßig für Global Research; ICH; New Eastern Outlook (NEO); RT; Countercurrents, Sputnik; PressTV; The 21st Century; Greenville Post; Defend Democracy Press; The Saker Blog, the und andere Internetseiten. Er ist der Autor von "Implosion - An Economic Thriller about War, Environmental Destruction and Corporate Greed" - eine Fiktion, die auf Fakten und auf 30 Jahren Erfahrung der Weltbank rund um den Globus beruht.

Er ist auch Mitautor von "The World Order and Revolution! - Essays from the Resistance". Er ist wissenschaftlicher Mitarbeiter des Centre for Research on Globalization.

Redaktionelle Anmerkung: Dieser Text erschien zuerst unter dem Titel "*Is the UN Preparing for the Second Covid Lockdown?*" Er wurde von Ullrich Mies aus dem ehrenamtlichen *Rubikon-Übersetzungsteam* übersetzt und vom ehrenamtlichen *Rubikon-Korrektoratteam* lektoriert. Dieser Beitrag erschien zuerst am 15.09.2020 bei *Rubikon - Magazin für die kritische*

Masse.<<

Auf der Webseite "<https://kenfm.de> ..." des deutschen Journalisten Ken Jebsen erschien am 19. September 2020 folgender Bericht über die "Souveränität" der Bundesrepublik Deutschland (x1.014/...): >>**Vasallenpolitik**

Die deutsche Regierung beugt sich einmal mehr dem Tiefen Staat der USA

Ein Standpunkt von *Peter Frey*

Das Beharren der Deutschen Regierung, insbesondere auch der Deutschen Kanzlerin Angela Merkel, auf die Fortführung und Fertigstellung des Projekts Nord Stream 2, war ein Symptom für gewisse Emanzipationsbestrebungen gegenüber der "einzigartigen Nation", sprich den USA. Inzwischen unterwerfen sich die Spitzen in Berlin jedoch auch bei diesem Thema immer mehr dem unverhohlenen ausgeübten Druck aus Washington.

Der Umgang deutscher Politik mit dem Druck, den diese aus den USA in Bezug auf die Fortführung und Fertigstellung einer zweiten Erdgas-Pipeline aus Rußland für den mitteleuropäischen Markt erfuhrt, ist ein Lehrbeispiel dafür, wie die Machtverhältnisse im sogenannten transatlantischen Bündnis tatsächlich aufgestellt sind. Der Kotau bei Nord Stream 2 vor den Eliten der "einzigartigen Nation" verschmilzt nunmehr mit dem dienenden Handeln in anderen Bereichen von Politik und Wirtschaft; darin selbstverständlich eingeschlossen die "Coronakrise".

Mehr noch, wird immer offensichtlicher, daß die europäischen Staaten sogar die Drehbücher für die Umsetzung US-amerikanischer, ja globaler Elitenpolitik, als politisch-mediale Vorgaben entgegennehmen und brav umsetzen. Das globale Projekt der "*Bekämpfung eines tödlichen Virus*" weist klar erkennbar Parallelen zum Abwürgen des regionalen, allerdings strategisch bedeutsamen Erdgasprojekts mit Rußland auf. Mit allen möglichen Tricks will man dieses zum Scheitern bringen, und geradezu zwangsläufig wird auf betrügerische Mittel zurückgegriffen.

Was hinter der Sabotage von Nord Stream 2 tatsächlich steckt, zwitschern die Spatzen seit Jahren von den Dächern. Es ist nur allzu offensichtlich, daß Wirtschafts- und Politeliten aus den USA einerseits einen Mitbewerber - der ein deutlich attraktiveres Angebot vorzuweisen hat - aus dem Erdgasgeschäft mit Mittel- und Westeuropa herausdrängen möchten.

Sich der US-Alternative von Fracking-Gas zuzuwenden, ist jedoch einfach nur wirtschaftlicher Unsinn. Ganz so wie in der "Coronakrise" sich der einflußreiche und global vernetzte Pharmasektor enormer Subventionen aus den öffentlichen Kassen Dutzender Staaten erfreut - und überhaupt erst dadurch seine Geschäftsmodelle profitabel gestalten kann -, pumpt man staatliche Gelder in die Fracking-Gas-Infrastruktur und legt gleichzeitig die entstehenden höheren Kosten auf die Kunden um.

Das Ganze ist auch ökologisch unsinnig, was die vorgeblichen Ökoaktivisten der deutschen Grünen trotzdem nicht davon abhält, Stimmung für diesen Umweltfrevel mit Fracking-Gas zu betreiben. Dabei müßten deren Politspitzen - was die Nutzung von Fracking-Gas betrifft - normalerweise im Kreis laufen; aber was ist schon normal. Ausgerechnet deren Klimahysteriker, die sich kaum einkriegen, die "Treibhausgas-Katastrophe" herbeizubeten, befürworten ein Projekt, bei dem enorme Mengen von Methan freigesetzt werden. Methan wird als "Treibhausgas" die 85fache Wirkung von Kohlendioxid zugerechnet.

Dabei weiß die angebliche Öko-Partei seit langem ganz genau, was Fracking für desaströse Auswirkungen auf die Umwelt hat, wie eine von ihr selbst gefertigte Analyse aus dem Jahre 2011 aufzeigt.

Die grüne Agenda ist somit eine verbohrte, mittels jahrzehntelanger transatlantischer Indoktrination erworbene, beziehungsweise angepaßte Ideologie, welche sich offensichtlich hervorragend zur Einführung neuer, Geld vermehrender Wirtschaftsprojekte ausnutzen läßt. Und so sind die Grünen auch Vorreiter eines globalen Umweltfrevels, welcher mit der weltweiten

"Erneuerung des Pkw-Parks" durch Elektroautos verbunden ist.

Das korreliert eindrucksvoll mit einem vor ihren Ziehvätern dienenden Rußland-Haß, womit die Grünen auch im Deutschen Bundestag einen Teufel tun werden, nationale Interessen zu vertreten. Vielmehr sind sie bereits seit geraumer Zeit Aktivisten bei allem, was die Beziehungen zwischen Rußland und Deutschland in Mitleidenschaft zieht - womit wir zur Inszenierung dieser Tage kommen.

Es sind gute Zeiten, um zu erkennen, wie billig die Vorwände und Provokationen eigentlich sind, über die man die eigene, abhängige, von fremden Interessen gesteuerte Politik zu legitimieren sucht, und das eben nicht nur, was die sogenannte Coronakrise betrifft.

Als der damalige US-Botschafter in Deutschland, Richard Grenell seit 2019 immer unverhohlener mit Drohgebärden gegenüber dem deutschen "Partner" aufwartete, um die Fertigstellung von Nord Stream 2 zu verhindern, waren die Reaktionen aus den Regierungskreisen in Berlin - nun ja - kläglich. Washington focht es nicht an, daß seine Sanktionsdrohungen durch kein Völkerrecht gedeckt sind, und auch nicht, daß es die deutsche Regierung damit bloßstellte.

Was da im Hintergrund noch für Drohungen aus den USA bei deutschen Politikern einlaufen, wissen wir nicht, aber es gibt diese mit Sicherheit. Womit wir zum Prinzip von Ursache und Wirkung, zu kausalen Zusammenhängen kommen. Politik verdreht diese nämlich oft und gern, um den Bevölkerungen erzwungenes, unakzeptables, oft völkerrechtswidriges und nicht zuletzt - auch aus Sicht der eigenen Interessen - absurdes Handeln, als notwendig, gar alternativlos verkaufen zu können.

Aufmerksame Zeitgenossen werden geradezu zwangsläufig auf die sogenannte Skripal-Affäre gestoßen. Um was ging es damals eigentlich: um die Aufklärung eines Verbrechens? Natürlich nicht, vielmehr gab es einen enormen Druck aus den USA auf die europäischen Staaten, neue Sanktionen gegen Rußland zu verhängen, und zwar gegen deren ureigene wirtschaftliche und politische Interessen.

Dafür mußte ein Vorwand geschaffen werden, der vom Skript her gar nicht blöd genug sein konnte. Hauptsache er würde emotional stark genug wirken, um das Bild der bösen Gift spritzenden Russen aus Putins Kreml als Bedrohung der alternativlosen westlichen Demokratie in die Herzen und Hirne der Menschen pressen zu können.

Nicht starke Indizien, geschweige denn Beweise - welche ja auch niemals offengelegt wurden - zählten, sondern ganz einfach nur die über Jahrzehnte aufgebauten Feindbilder. Feindbilder benötigen keine Rationalität, keine logischen Argumentationsketten. Sie bedienen sich vielmehr aus der emotionalen Trickkiste der Propaganda, schüren Ängste und Mißtrauen, verunglimpfen, diffamieren.

Im privaten Alltag würde man Menschen, die so etwas befeuern, meiden, ehe man ihnen erlaube. Was bei Letzterem arg negative Konsequenzen im sozialen Zusammenleben zur Folge hätte. Aber den Haßpredigern aus Politik und Medien wird noch immer, mehr oder weniger blind vertraut, deren holzschnittartige Bilder von Gesellschaften und Menschen unkritisch aufgenommen, und leider auch weitergegeben.

Die *"Vergiftung"* Nawalnys ist nichts weiter als die billige Kopie der Inszenierung des *"von den Russen vergifteten Skripals"*.

So also wurde einmal mehr das Bild des im Kreml hockenden, heimtückischen Giftmischers aus der bordeigenen Giftküche (der Propaganda) geholt, einzig um die eigene Unterwerfung unter die US-Interessen als angeblich souveräne, begründete Politik verkaufen zu können. Der Drang zum Ausbau der eigenen Macht ist immer verbunden mit dem versichernden, buckelnden Blick zu den noch Mächtigeren.

Noch einmal schauen wir auf die US-Politik. So wie seine Vorgänger vertritt auch Donald Trump als US-Präsident die Interessen mächtiger Verbände aus Industrie und Finanzen. Dazu gehört auch der Öl- und Gassektor. An diesem Punkt wird offenkundig, daß das Protestpoten-

tial einer deutschen Öko-Partei gegen Trumps Ignoranz transatlantischer Klimaziele rasch schwindet, wenn es ans Eingemachte geht.

Denn es ist Donald Trump höchstselbst, der vehement Druck auf die europäischen Staaten ausübt, das Fracking-Gas aus den USA zu beziehen. Nur so kann die Sparte dort überhaupt überleben. Der Ölpreis lag in den vergangenen Jahren immer wieder deutlich unter der Gewinnschwelle und neben hunderten, kleinen Förderunternehmen sind davon auch Hedgefonds und logischerweise auch der weltgrößte Ausrüster für Fördertechnologie, Halliburton betroffen.

Zusammengefaßt bleibt zu sagen: Mit einer Schmierkomödie versucht sich die deutsche Regierung auf Druck der USA aus einem für beide Seiten - die russische wie die deutsche - vorteilhaften Vertrag herauszuwinden, und handelt damit klar ersichtlich wider die eigenen Interessen. Auch das ist alternativloses Handeln der Marke Angela Merkel. Es ist der Preis, wenn man einmal an der Macht schnupperte, denn die Überhebung schließt die Unterwerfung ein, und der Hegemon der letzten einhundert Jahre ist noch nicht abgetreten. Neben der "Coronakrise" ist dafür auch der Hick-Hack um Nord Stream 2 ein beredtes Beispiel. ...<<

Auf der Webseite "<https://kenfm.de> ..." des deutschen Journalisten Ken Jebsen erschien am 25. September 2020 folgender Bericht über die parlamentarische und repräsentative Demokratie (x1.014/...): >>**Chancen und Risiken einer bundesweiten Verfassungsdebatte**

Ein Standpunkt von *Sean Henschel*

Notgedrungen haben die Corona-Maßnahmen bundesweit eine gesellschaftliche Debatte über das deutsche Grundgesetz entfacht. Es ist ein gutes Zeichen, wenn die Bewohner eines Landes sich intensiver mit den im Grundgesetz verankerten Grundrechten und Prinzipien beschäftigen. Dem Grundrecht der Versammlungsfreiheit wurde zweifellos besondere Aufmerksamkeit gewidmet, nicht zuletzt aufgrund der zahlreichen Demonstrationen, die in Deutschland trotz behördlicher Auflagen stattgefunden haben und in Zukunft stattfinden werden.

Ausgerechnet in Deutschland, dessen Bürger im benachbarten Ausland klischeehaft als obrigkeitshörig und regelkonform beschrieben werden, mehrt sich der öffentliche Widerspruch gegen die bestehende Gesellschaftsordnung. Das Bürgertum politisiert sich wieder, vielleicht aus Angst vor dem sozialen Abstieg und einer Vereinnahmung durch das globale Großkapital; ein deutliches Zeichen für die politische Instabilität in diesem Land. Dies überrascht nicht, wenn man die massive Ungleichverteilung zu beobachten gelernt hat. Die Verschlechterung der allgemeinen Lebensbedingungen bleibt vielen Menschen nicht mehr verborgen.

Ein Vergleich mit dem benachbarten Frankreich zeigt, daß es dort seit der sogenannten Gelbwestenbewegung keine neue außerparlamentarische und starke Widerstandsbewegung mehr gegeben hat. Paris als politisches, wirtschaftliches und kulturelles Zentrum des Landes ist längst nicht mehr die europäische Stadt der politisch aktiven Intellektuellen. Der öffentliche Diskussionsraum bleibt vergleichsweise kritisch, eine politische Lethargie hat sich dennoch in den akademischen Kreisen sowie auf der Straße durchgesetzt.

Frankreich wartet immer noch auf eine Renaissance der Intellektualität, eine kulturelle und politische Avantgarde, auf ein Wiederaufkeimen frischer und revolutionärer Ideen. Es ist zur Gewohnheit geworden, sich auf historischen Lorbeeren auszuruhen. "*On ne parle plus de politique*" heißt es des Öfteren in Pariser Cafés. Nichtsdestotrotz wächst die Anzahl derer, die sich über die Konsequenzen der Maßnahmen und der politischen Entscheidungen der letzten Jahre Gedanken machen. Eine Tatsache, die nicht zuletzt dem Umstand geschuldet ist, daß es die breite Masse ist und in Zukunft sein wird, die den hohen Preis der Maßnahmen zu zahlen haben werden.

Zweifellos steckt die europäische Union in einer Demokratiekrise, eine Krise die nicht erst mit dem Brexit seine Anfänge nahm. Die europäische Austeritätspolitik in Griechenland, Spanien und Italien hat nach der Finanzkrise dem zerbrechlichen Konstrukt der Europäischen

Union ein neues Gesicht verliehen. Unmittelbar folgte in den Mitgliedsstaaten eine Zunahme protektionistischer Forderungen sowie eine Rückbesinnung auf die eigenen nationalen Interessen. Ob ein "Italexit" als nächstes kommt, wird man abwarten müssen; in Italien wird dieses Thema schon länger öffentlich diskutiert.

Die politische Verflechtung der Nationalstaaten und der Europäischen Union führt dazu, daß Krisen auf den jeweiligen Ebenen sich gegenseitig bedingen und nicht getrennt voneinander betrachtet werden können. Eine solche gemeinschaftliche Betrachtung würde jedoch den Rahmen dieses Artikels sprengen, Fokus soll heute vor allem das deutsche Grundgesetz sein. Wie sieht es mit der Demokratie in Deutschland aus? Wird aus einer Demokratiekrise zugleich auch eine Verfassungskrise?

Was ist eine Demokratie?

"Die Bundesrepublik Deutschland ist ein demokratischer und sozialer Bundesstaat. Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus. Sie wird vom Volke in Wahlen und Abstimmungen und durch besondere Organe der Gesetzgebung, der vollziehenden Gewalt und der Rechtsprechung ausgeübt."

So steht es in Art. 20 Abs. 1 und 2 des Grundgesetzes. Was aber bildet den Kerngedanken einer Demokratie? Es gibt westliche Verfassungsrechtler die vertreten, daß man von einer Demokratie erst dann sprechen kann, wenn zumindest die universellen Grundfreiheiten und Grundrechte des Menschen garantiert werden und dies in einem System inkorporiert wird, in dem die Herrschaftsausübung in regelmäßigen zeitlichen Abständen zugewiesen und diskutiert wird, nämlich durch die Möglichkeit freier und geheimer Wahlen.

Zudem kann ein Staat als "moderne" Demokratie bezeichnet werden, wenn er den Regierten die effektive Möglichkeit gibt, die Regierenden auf Zeit auszusuchen, die Regierenden auch die effektive Möglichkeit haben, zu regieren und die Regierenden effektiv für ihr Handeln gegenüber den Regierten zur Verantwortung gezogen werden können. Es geht immer um die Kernfrage, wie Macht in einem Staat zugewiesen und ausgeübt wird. Wer stellvertretend für das Volk als Souverän Macht ausübt, ist ihm zugleich gegenüber verantwortlich.

Die Kontrolle dieser Machtausübung im Staat obliegt vielen verschiedenen Institutionen, dem Parlament als direktes Legitimationsorgan, der Opposition, den unabhängigen Richtern, der freien Presse sowie der außerparlamentarischen Opposition. Das Prinzip der Gewaltenteilung beruht auf der Theorie, daß die verschiedenen Funktionen eines Staates, von verschiedenen sich gegenseitig kontrollierenden Organen ausgeübt werden sollen.

Kein Macht ausübendes Organ soll alle Funktionen des Staates übernehmen können. Ohne Gewaltenteilung lauert die ständige Gefahr, daß es zu einer Identifikation des Macht ausübenden Organs mit der Souveränität des Volkes kommt und die Macht mißbraucht wird. Es waren genau diese Gedanken, die Montesquieu zu diesem berühmten Satz bewegten:

"Es ist eine ewige Erfahrung, daß jeder Mensch, der Macht in Händen hat, geneigt ist, sie zu mißbrauchen. Er geht soweit, bis er Schranken findet."

So die theoretische Grundkonzeption einer modernen parlamentarischen und repräsentativen Demokratie. Wer diese Definition auf Deutschland überträgt, kann umgehend feststellen, daß der deutsche Staat eine moderne Demokratie ist. Der Bürger kann in regelmäßigen Abständen Volksvertreter aus verschiedenen Parteien wählen und somit der Machtausübung in seinem Namen Legitimation verleihen.

Nach dieser Demokratievorstellung ist die Macht des Bürgers in regelmäßigen Abständen für kurze Zeit groß und während der Legislaturperiode sehr gering. Die Machtausübung beschränkt sich auf die Idee, in regelmäßigen Abständen einen Wahlzettel auszufüllen.

Deutschland den Status einer modernen Demokratie anzuheften, bedeutet nicht über die Manipulation auf der politischen Ebene hinwegtäuschen zu wollen, die fehlende nationale Souveränität oder die Einflußnahme der Finanzindustrie zu leugnen. Es gibt kein Land, welches das

Prinzip der Gewaltenteilung vollumfassend umgesetzt hat oder umsetzen kann.

In Deutschland hat es bis heute zu keinem Zeitpunkt eine vollständige Unabhängigkeit der verschiedenen Gewalten gegeben. Das Parlament ist das Organ mit der höchsten demokratischen Legitimation, da es vom Bürger gewählt wird oder zumindest gewählt werden kann. Dies ist der Hauptgrund dafür, daß ihm die Aufgabe zukommt, Gesetze zu erlassen. Regierung und Rechtsprechung hingegen sind lediglich mittelbar über das Parlament demokratisch legitimiert.

So gesehen sind die Entscheidungen der höchsten Gerichte, die unmittelbar das geltende Recht beeinflussen, weit weniger demokratisch, als die vom Parlament erlassenen Gesetze. Alle Macht ausübenden Organe schaffen auf ihre Art und Weise Recht. Das Parlament durch die direkte Verabschiedung von Gesetzen, die Rechtsprechung durch Urteile und die Regierung durch die Möglichkeit Rechtsverordnungen zu erlassen. Was die Beziehung der Regierung und des Parlaments betrifft läßt sich schnell feststellen, daß es sich um ein Kooperationsverhältnis und kein ausschließliches Kontrollverhältnis handelt.

Hier spielen Doppelmandate sowie Parteienzugehörigkeit eine entscheidende Rolle. Um diese Verflechtung zu begründen, wird mit der Effektivität staatlichen Handelns argumentiert. Das Prinzip der Gewaltenteilung ist ein theoretisches Konstrukt, eine Orientierungshilfe geblieben. Die Gewaltenteilung läßt sich nicht getrennt von der politischen Realität, der politischen Kultur begreifen und verstehen.

Um die Komplexität demokratischer Prozeßabläufe und die damit verbundene Souveränität aufzuzeigen, soll folgender Fall vorgestellt werden. In den Ländern A, B und C wird über die gleichgeschlechtliche Ehe diskutiert. In Land A wird die Frage, ob die gleichgeschlechtliche Ehe erlaubt sein soll, mittels Referendum beantwortet. Die in Land A berechtigten Wähler wählen mehrheitlich dagegen. In Land B wird eine Petition mit über 700.000 Unterzeichnungen dem Parlament vorgelegt. Die Verfassung von Land B beinhaltet keine Möglichkeit, eine Petition heranzuziehen, um ein Referendum durchzuführen. Es bleibt also bei einer parlamentarischen Auseinandersetzung, die damit endet, daß die gleichgeschlechtliche Ehe als zulässig erachtet wird.

Die bestehenden Gesetze werden geändert. In Land C gibt es weder eine Petition, noch ein Referendum zu dieser Frage. In Land C wird dem männlichen Bürger X die Eheschließung mit einem anderen Mann durch den Bürgermeister verboten. Bürger X zieht mit seinem Fall bis zum höchsten Bundesgericht. Das Gericht gibt dem Bürger X Recht und entscheidet zu Gunsten der gleichgeschlechtlichen Ehe. Das Verbot der gleichgeschlechtlichen Ehe verstößt gegen das Diskriminierungsverbot. Die Frage die sich unmittelbar stellt lautet: Welches Land ist am demokratischsten? Land A, B oder C?

Wenn aber über eine Gesellschaftsordnung politisch und juristisch diskutiert werden soll, bedarf es vorab einer Festlegung der Herrschaftsform. Bei der Diskussion über den Demokratiezustand, also die Herrschaftsmöglichkeit des Bürgers in Deutschland kommt man sofort auf das Grundgesetz zu sprechen und auf die Frage, was eine Verfassung überhaupt sein soll.

Was ist eine Verfassung?

Diese Frage läßt sich nicht einheitlich beantworten. In der französischen Erklärung der Menschen- und Bürgerrechte von 1789 heißt es in Art. 16:

"Eine Gesellschaft, in der die Gewährleistung der Rechte nicht gesichert und die Gewaltenteilung nicht festgelegt ist, hat keine Verfassung."

Art. 16 kann als Orientierung dienen, erklärt aber noch nicht, was eine Verfassung sein soll. Folgende Definition könnte hilfreich sein:

Eine Verfassung ist ein besonderer Akt, der staatliche Macht an Regeln bindet und ihr festgelegte Grenzen setzt, wenn es um die Wahl der Regierung, die Organisation und Funktionsweisen der Institutionen geht. Eine Verfassung regelt die Beziehung zwischen der Staatsmacht

und dem Bürger und garantiert ein Mindestmaß an fundamentalen Grundrechten.

Eine Verfassung bildet also ein Regelwerk, hat aber darüber hinaus eine symbolische und philosophische Bedeutung. Sie steht auch für den Beginn einer neuen Zeit, einer neuen Ordnung, eines neuen Staates. Die Verfassung eines Staates soll das Fundament des Gesellschaftsvertrags bilden. Der Begriff "Grundgesetz" beschreibt den Sinn und Zweck einer Verfassung somit ziemlich gut.

Einige Rechtswissenschaftler vergleichen eine Verfassung mit einem Baumstamm, dessen Bundes- oder Landesgesetze die Äste und Blätter sind. Das Bürgerliche Gesetzbuch als zivilrechtlicher Rahmen für die Regelung von privaten rechtlichen Angelegenheiten ist eine Ausformung des Prinzips der Privatautonomie, ein Recht, daß direkt aus der Verfassung abgeleitet werden kann über die Auslegung des Rechts auf Persönlichkeitsentfaltung.

Auch wenn das Grundgesetz Grundgesetz heißt und nicht Verfassung, hat es unmißverständlich dieselbe Funktion. Das Grundgesetz hat eine lange Zeit überlebt und nicht dieselben Strukturprobleme aufgewiesen, wie die damalige Weimarer Reichsverfassung. Warum also dem Grundgesetz seine Verfassungsqualität absprechen?

Auch wenn Verfassung und Staat unmittelbar zusammenhängen, und das eine ohne das andere heutzutage kaum vorstellbar ist, muß ein Staat nicht unbedingt eine schriftlich fixierte Verfassung haben. Das Vereinigte Königreich kennt bis heute keine festgeschriebene Verfassung und existiert dennoch als Staat. Das was im Vereinigten Königreich Verfassungsrecht genannt werden kann, ist eine Kombination aus Präzedenzfällen und alten Traditionen.

Eine vernünftige und zukunftsfähige Verfassungsdebatte, wie sie mittlerweile in Kreisen der außerparlamentarischen Opposition thematisiert wird, hängt von zahlreichen Faktoren ab und birgt Chancen und Risiken, die einer Erläuterung bedürfen.

Die Idee einer neuen Verfassung

Es sei hier vorweg bemerkt, daß das Grundgesetz sich international messen lassen kann. Die verankerten Grundrechte als Abwehr- oder Leistungsrechte gegen den Staat garantieren zumindest das theoretische Fundament einer liberalen und offenen Gesellschaft. Für die Justiziabilität, also die Durchsetzbarkeit dieser Grundrechte, ist eine mächtige Verfassungsgerichtsbarkeit vorgesehen. Die wirksame Durchsetzbarkeit von individuellen Freiheiten bildet einen der wichtigsten Grundbausteine einer dynamischen und pluralistischen Gesellschaft, die einen wirksamen Minderheitenschutz ermöglicht.

Bürger, die die Legitimation des Grundgesetzes in Frage stellen, werden schnell in pauschalisierender Weise in die rechte Ecke gestellt, lächerlich gemacht und diskreditiert. Über den Inhalt wird selten diskutiert, warum eigentlich? Es stimmt, daß das Grundgesetz nicht in einer Zeit der staatlichen Souveränität entstanden ist und nicht die gesamte deutsche Bevölkerung mittels Referendum darüber entscheiden konnte.

Das Grundgesetz ist als Übergangskonzeption in einer historisch schwierigen Zeit entstanden. Es sollte das Fundament für einen neuen, kapitalistischen deutschen Staat sein, integriert in die US-dominierte westeuropäische Herrschaftssphäre nach dem Zweiten Weltkrieg. Damals wurde über direkte Demokratie diskutiert, aber die Angst der Alliierten vor einem vereinten Deutschland war zu groß, so daß man dieses Demokratiekonzept ausschloß. Nach der Wiedervereinigung wurde das Grundgesetz für die Ostdeutschen ebenfalls bindend, ihnen aber nicht zur Abstimmung vorgelegt.

Eine direkte demokratische Legitimierung des deutschen Bürgers über das Grundgesetz hat es somit noch nicht gegeben. Kann man aber deswegen, die Verfassungsqualität des Grundgesetzes verneinen? Das Grundgesetz hat über die Jahre eine derartige gerichtliche Konkretisierung durch das Bundesverfassungsgericht erfahren, daß die Grundkonzeption des Grundgesetzes in der Lage war, für ein Mindestmaß an politischer Stabilität zu sorgen und ein rechtliches Konzept des Zusammenlebens bereitzustellen, auch in politischen Konfliktsituationen.

Eine gute und durchdachte Verfassung wird nie in der Lage sein, Glückseligkeit für alle Bürger zu garantieren. Eine schlechte Verfassung hingegen, bleibt ein Garant für Chaos und Misere.

Eine Frage, die sich unmittelbar anschließt: Welchen genauen Sinn hätte eine vollständig neue Verfassung? Wenn aber die Ausarbeitung einer vollständig neuen Verfassung tatsächlich im politischen Diskurs der Bürger Einklang finden sollte, müßte man vorab festlegen, wie die Errungenschaften des jetzigen Grundgesetzes gewahrt werden können und wer die verfassungsgebende Gewalt innehat, also "*le pouvoir constituant*". Wenn dies das Volk sein soll, müßte geklärt werden, wie das Volk diese Funktion genau ausüben soll.

Soll eine verfassungsgebende Versammlung einberufen werden? Soll die verfassungsgebende Versammlung lediglich den Verfassungstext herausarbeiten aber selber keine eigenen darüber hinausgehenden Kompetenzen haben? Berühmtes Beispiel einer solchen verfassungsgebenden Versammlung war der Verfassungskonvent der Vereinigten Staaten von 1787, der im Pennsylvania State House in Philadelphia die Verfassung der Vereinigten Staaten entwarf. Wer soll am Ende über die neue Verfassung abstimmen? Das Volk mittels Referendum oder vorab gewählte Volksvertreter?

Es leuchtet ein, daß ein undurchdachtes Konzept Tür und Tor für Mißbrauch öffnet und das Ergebnis mitnichten mehr Freiheit und Schutz bieten wird als das gegenwärtige Grundgesetz. Andererseits gibt es auch positive Beispiele für die Bestätigung einer Verfassungsänderung durch das Volk mittels Referendum. Die Verfassung der Fünften Französischen Republik vom 4. Oktober 1958, initiiert durch Charles de Gaulle, durchlief verschiedenste Kontrollinstanzen, bevor es der französischen Bevölkerung zur Abstimmung vorgelegt wurde.

Die Verfassung von 1958 fußt auf einer Konzeption einer effizienteren und stärkeren Exekutive, insbesondere des Präsidenten. Die Verfassungsreform fand in einer Zeit statt, in der Frankreich innen- sowie außenpolitisch zerrissen war. Selbst wenn die Reform stark von der Popularität und Persönlichkeit De Gaulles abhing, überdauerte sie zahlreiche Präsidenten und schuf eine Garantie für ein Mindestmaß an politischer Stabilität.

Wer eine neue Verfassung in Deutschland in den Diskussionsraum wirft, muß nur nach Frankreich schauen, um zu sehen, daß dies nicht zwangsläufig mit Chaos enden muß. Wenn aber keine genauen Konzepte und Gründe für ein solches Unternehmen herausgearbeitet werden, überwiegen die Risiken die Vorteile deutlich. Eine Sperrklausel bei Änderungen des bestehenden Grundgesetzes gibt es bereits, verankert in Art. 79 Abs. 3 GG. Wenn es aber um eine ganz neue Verfassung geht, enthält das Grundgesetz kaum eine Regelung. In Art. 146 GG heißt es:

"Dieses Grundgesetz, das nach Vollendung der Einheit und Freiheit Deutschlands für das gesamte deutsche Volk gilt, verliert seine Gültigkeit an dem Tage, an dem eine Verfassung in Kraft tritt, die von dem deutschen Volke in freier Entscheidung beschlossen worden ist."

Die Frage, inwieweit Manipulationstechniken, die schon in der repräsentativen Demokratie vorherrschen, im Rahmen direkter Demokratie verhindert oder zumindest minimiert werden könnten, müßte ebenfalls ernsthaft diskutiert werden. Direkte Demokratie bleibt die stärkste Form der Herrschaftslegitimation.

Ob direkte Mitbestimmung immer effizienter ist, bleibt eine Frage die ständig erörtert werden muß. Dabei sollte nicht vergessen werden, daß politische Mitbestimmung und somit auch politische Verantwortung auf individueller und kollektiver Ebene immer auch eine Frage des eigenen politischen und kulturellen Verständnisses ist. Eine neue Mitbestimmung setzt eine neue politische und soziale Kultur und somit auch ein neues freies Denken voraus. Es bleibt die Frage: Neue Verfassung oder Verfassungsreform?

Das Kernproblem der gegenwärtigen Demokratiekrise liegt möglicherweise nicht in einer groben Fehlkonstruktion individueller Freiheiten, sondern in der Ausgestaltung politischer Teil-

habe der Bürger in der Innen- und Außenpolitik. Gewiß gibt es Prinzipien, die man hinzufügen könnte, wie das Prinzip der nationalen Souveränität, das beispielsweise in der Präambel der Französischen Verfassung niedergelegt ist.

Dies hätte beispielsweise direkte politische Konsequenzen auf die Außenpolitik. Reaktionen des Staates auf geopolitische Einflußnahme von Außen könnten an Verfassungsprinzipien gemessen und gegebenenfalls gerichtlich überprüft werden. Das Unterlassen einer geeigneten Reaktion könnte somit unter Umständen als verfassungswidrig eingestuft werden. Diskutieren könnte man auch über eine Ergänzung des Grundrechtekatalogs. Die Themen der Ökologie, Digitalisierung und Robotisierung aufzunehmen scheint in Zukunft unerlässlich. Es kann nicht die Rolle des Bundesverfassungsgerichts sein, aus den herkömmlichen Grundrechten, über eine erweiterte Auslegung quasi neue Grundrechte zu schaffen.

Dies zeugt zwar von einer großen Improvisationsfähigkeit deutscher Richter, aber gleichzeitig auch von der Mangelhaftigkeit der gegenwärtigen Ausformung der jetzigen Grundrechte und ist ein gutes Beispiel für demokratiedefizitäre Zustände. Auch wenn man die Entscheidungen und die Qualität der Urteile des Bundesverfassungsgerichts mehrheitlich loben mag, hindert dies einen nicht, die demokratische Legitimation in diesem Kontext zu thematisieren.

Eine Erweiterung direkt-demokratischer Teilhabe auf Bundesebene wäre verfassungsrechtlich zulässig. Das Grundgesetz kennt kein Verbot direkt-demokratischer Teilhabe auf Bundesebene. In der Zeit der deutschen Einheit hatte sich die Gemeinsame Verfassungskommission des Bundestags und Bundesrats mit dieser Frage auseinandergesetzt und auch für eine Verankerung von Volksbegehren und Volksentscheidungen auf Bundesebene ausgesprochen. Es scheiterte jedoch an der notwendigen Zwei-Drittel-Mehrheit.

Über das Wesen und Ausgestaltung des Grundgesetzes zu diskutieren bleibt eine dauerhafte Notwendigkeit, insbesondere in Zeiten, in denen Grundrechtseinschränkungen und Machtmißbrauch einen Zuwachs erfahren. Ob eine gesellschaftliche Debatte in allen Kreisen der Gesellschaft erfolgreich wird, hängt davon ab, ob man in der Lage sein wird, ganz konkrete Forderungen und Vorstellungen herauszuarbeiten.

Um politische Krisen zu bewältigen, müssen bestehende Begriffe einer neuen Analyse unterzogen werden. Die Begriffe, die wir benutzen, bilden Konzepte, die wir zur Hand nehmen, um unsere Realität zu erschaffen. Eine politische Veränderung setzt voraus, daß die Begriffe und somit die Konzepte neu definiert oder die Definition erweitert werden. Alle Menschen sind vor dem Gesetz gleich. Der Begriff 'gleich' bedeutete im 19. Jahrhundert nicht dasselbe wie heute. Der Begriff Demokratie ist ständigen Veränderungen unterworfen.

Eine Dekonstruktion der Wörter, der Begriffe, setzt ein neues Bewußtsein, eine neue antiautoritäre Reflexion voraus. Der Wille zur individuellen politischen Emanzipation wird zunächst gesellschaftsfähig werden müssen. Begriffe und darin enthaltene Konzepte in Frage zu stellen, zeugt von einem menschlichen Zweifel, ein Zweifel, dessen Wurzeln im Bedürfnis nach Erkenntnis ruhen. Durch das Zweifeln, das Nachdenken, erlangt der Menschen wieder eine neue Freiheit, die ihm ermöglichen wird, neue und evolutionäre Konzepte und Begriffe zu entwickeln.

Dies gilt erst Recht für eine evolutionäre Verfassungsdebatte.<<

Der schweizerische Internetsender "Klagemauer.tv" berichtete am 27. September 2020 (x1.000/...): >>>Corona: wer profitiert von der Weltwirtschaftskrise?

Weltweit wurden zur Bekämpfung der Corona-Pandemie Maßnahmen ergriffen, deren verheerende wirtschaftliche Auswirkungen zunehmend sichtbar werden. Könnte es sich bei dem weltweiten Herunterfahren der Wirtschaft um eine gesteuerte Aktion handeln? Wer profitiert dann davon? ...

Zur Bekämpfung der Corona-Pandemie wurden weltweit Maßnahmen ergriffen, die in normalen Demokratien bisher nicht denkbar waren. Zunehmend werden jedoch die verheerenden

wirtschaftlichen Auswirkungen dieser Maßnahmen sichtbar. Demnach sind nach Schätzungen des Beratungsunternehmens McKinsey durch die Corona-Maßnahmen allein in Europa 59 Millionen Arbeitsplätze bedroht, wodurch sich die Arbeitslosigkeit in den kommenden Monaten verdoppeln könnte.

Alarmierend ist in diesem Zusammenhang eine Feststellung des ehemaligen Professors für Wirtschafts- und Finanzpolitik, Prof. Dr. Eberhard Hamer. Nach seinen Aussagen geschieht in der Weltwirtschaft selten oder nie etwas, was nicht gesteuert ist. Demnach könnte es sich auch bei dem weltweiten Herunterfahren der Wirtschaft um eine gesteuerte Aktion handeln. Wenn dem so ist, stellt sich natürlich die Frage: Wer will so etwas bzw. wem nutzt das?

Wir versuchen deshalb die Hintergründe und die Profiteure der durch Corona ausgelösten Finanz- und Wirtschaftskrise aufzuzeigen - bleiben Sie dran.

Banken auf Kosten der Krankenhäuser gerettet

Nach der Finanzkrise von 2008 setzten EU-Kommission und Europäische Zentralbank, kurz EZB, alles daran, die Banken mit hohen Milliardenbeträgen zu retten. Für den Kauf von italienischen Staatsanleihen durch die EZB wurden jedoch von der italienischen Regierung heftige Einschnitte bei den öffentlichen Ausgaben gefordert. Wohlgermerkt wurden nicht irgendwelche Einsparmaßnahmen gefordert, sondern u.a. ganz gezielt sozialer Kahlschlag. Dadurch sank z.B. die Anzahl der Krankenhäuser um 15 Prozent.

Die Krise des Gesundheitssystems in Italien, die besonders während der Corona-Krise sichtbar wurde, ist somit eine Folge dieser Sparpolitik. Das Gleiche geschah mit Spanien und vor allem Griechenland: Dort wurden die staatlichen Mittel zwischen 2009 und 2016 fast halbiert. Mehr als 13.000 Ärzte und über 26.000 sonstige im Gesundheitswesen Angestellte, wurden entlassen. 54 der 137 Krankenhäuser wurden geschlossen und das Budget der Übriggebliebenen um 40 Prozent gesenkt.

Offensichtlich hatte bei der Bewältigung der Finanzkrise 2008 das Überleben der Banken mehr Gewicht, als das der Menschen. Es stellt sich daher die Frage: Wird dies bei der durch Corona ausgelösten Weltwirtschaftskrise anders sein?

Corona - die größte Krise der Weltwirtschaftsgeschichte

Innerhalb von nur drei Wochen waren infolge der Corona-Krise die Kurse des Deutschen Aktienindex um 40 % gefallen.

Dieses rasante Tempo übertrifft alles bisher Dagewesene - sogar den Börsencrash, der im Jahr 1929 die Weltwirtschaftskrise einleitete. Demnach ist die Situation an den weltweiten Börsen, laut dem Börsenexperten Dirk Müller, auch kritischer und gefährlicher als 1929. Damals handelte es sich um eine Wirtschaftskrise, die durch Probleme im Wirtschafts- und Finanzsystem ausgelöst wurde.

Jetzt kommt zu den ohnehin schon bestehenden Problemen auch noch das weltweite Herunterfahren der Wirtschaft und die vielfach verhängten Ausgangssperren hinzu. Infolgedessen ist sowohl die Produktion vieler Branchen als auch die Nachfrage der Verbraucher eingebrochen. Nach einer Studie des deutschen Ifo-Instituts könnte das allein in Deutschland bis zu 1,8 Millionen Arbeitsplätze kosten. In den USA erwarten Ökonomen im zweiten Quartal dieses Jahres sogar einen Anstieg der Arbeitslosenquote auf bis zu 30 % und einen Einbruch des Bruttoinlandsprodukts um rund die Hälfte.

Damit sind die Maßnahmen zur Eindämmung der Corona-Pandemie zu einer existentiellen Bedrohung für viele Millionen Menschen geworden. Dies schien bei den politischen Entscheidungen zu Beginn der Pandemie jedoch keine Rolle zu spielen. Man beachte hierbei die Einschätzung vom Finanzexperte Ernst Wolff (2020), ich zitiere: "Das Abschalten der Wirtschaft ist ein bewußtes Herbeiführen eines Crashes".

Corona, der perfekte Sündenbock!

Laut dem Finanzexperten Dr. Markus Krall ist das Corona-Virus nicht Schuld an der erwartete-

ten Weltwirtschaftskrise. Seiner Ansicht nach ist es lediglich der Auslöser, der eine Kettenreaktion in Gang gesetzt hat. Die Schwächung der Unternehmen und die unterbrochenen Lieferketten, die durch das Herunterfahren der Wirtschaft verursacht wurden, trafen nach Dr. Krall auf gigantische Probleme im Finanzsystem und in der Wirtschaft:

So wurden z.B. durch die Null-Zins-Politik der Europäischen Zentralbank seit 2008 viele völlig unrentable Unternehmen künstlich am Leben erhalten. Diese werden jetzt mit hoher Wahrscheinlichkeit durch die Corona-Krise in den schon lange überfälligen Konkurs getrieben.

Da an solche Unternehmen, allein im Euro-Raum, aber auch Kredite in Höhe von 1.500 Mrd. Euro vergeben wurden, sind nicht nur diese Unternehmen, sondern auch die Banken von einem Kollaps bedroht. Laut Dr. Krall hätte das Coronavirus in einer gesunden Wirtschaft lediglich eine Rezession ausgelöst. Durch den desolaten Zustand des Wirtschafts- und Finanzsystems wird es jetzt, seiner Einschätzung nach, jedoch zu einem Megacrash kommen.

Um die wahren Ursachen zu vertuschen, ist Corona daher ein perfekter Sündenbock! Dazu ein Zitat von Franklin Delano Roosevelt, den 32. Präsident der USA: "In der Politik geschieht nichts zufällig. Wenn etwas geschieht, kann man sicher sein, daß es auch auf diese Weise geplant war".

Corona-Krise - wer bezahlt die Zeche?

Durch die billionenschweren Rettungspakete zur Stützung der Wirtschaft und die massiven Steuerausfälle in der Corona-Krise, wird die bereits jetzt bestehende extrem hohe und weltweite Staatsverschuldung dramatisch ansteigen. Allein in Deutschland werden in diesem Jahr die Steuerausfälle durch Corona auf ca. 100 Milliarden Euro geschätzt.

Der US-Amerikaner Ray Dalio, Gründer des weltgrößten Hedgefonds Bridgewater Associates geht davon aus, daß dieser Schuldenanstieg mit einer gewaltigen Vermögensumverteilung aufgefangen wird. Bereits 2013 schlug der IWF für solche Situationen eine "Sondersteuer" von 10 % auf alle Vermögenswerte der Bürger vor und schon jetzt kursieren Forderungen verschiedener Politiker für derartige Zwangsabgaben. Natürlich ist nachvollziehbar, daß allen, per Zwang geschlossenen Betrieben, geholfen werden muß.

Doch sollten nicht zuerst einmal all diejenigen zur Kasse gebeten werden, die sich durch diese Corona-Pandemie über die Maßen bereichern konnten? Dies wäre doch einmal wahre Gerechtigkeit.

Maßlose Bereicherung in der Corona-Krise

Nach Ansicht des Experten für Wirtschafts- und Finanzpolitik, Prof. Dr. Eberhard Hamer, profitieren von den milliardenschweren Corona-Rettungspaketen der Staaten wieder einmal vor allem die Banken und Konzerne der Hochfinanz, die auf diese Weise ihre Finanzen mit öffentlichen Geldern sanieren. Doch damit nicht genug. Zusätzlich nutzt die Hochfinanz diese Krise, um sich z.B. mittels der Hedgefonds unglaublich zu bereichern. Das belegen die enormen Vermögenszuwächse der vergangenen Monate.

Noch nie in der gesamten Wirtschaftsgeschichte sind die Vermögen der Ultrareichen in so kurzer Zeit so stark angestiegen. So konnte allein die winzige Gruppe von Milliardären in den USA im Monat April 2020 ihr Vermögen um mehr als eine Viertelbillion Dollar steigern. Damit entpuppt sich diese Krise, wie schon all die vorangegangenen Finanzcrashes, wieder einmal als Mittel zur maßlosen Bereicherung der globalen Finanzelite.

Dazu nochmal Ernst Wolf, er bringt es so auf den Punkt: "Wir sind in der Endphase dieses Geldsystems und was wir erleben, ist die absolute Plünderungsorgie durch die Großinvestoren."

Die hinterhältigen Aktivitäten der Hedgefonds

Hedgefonds sind nichts anderes als alternative Geldanlagen der Superreichen, da das Mindestanlagevolumen der meisten Hedgefonds bei 500.000 Euro oder mehr liegt. Schätzungen zufolge verwalten Hedgefonds derzeit weltweit mehr als 1,9 Billionen US-Dollar und können

dadurch einen ganz erheblichen Einfluß auf Staaten, Unternehmen und auf unser Finanzsystem nehmen. Kennzeichen dieser Fonds ist u.a., daß sie kaum überwacht werden und auf steigende oder fallende Kurse sogenannte "Wetten" abschließen. Dies ermöglicht ihnen ein hinterhältiges Spiel: Mit ihrer nahezu grenzenlosen Finanzmacht können sie z.B. Aktienkurse beliebig steuern, Unternehmen aufkaufen und auch gezielt ruinieren.

Dadurch erzielen sie hohe Profite und bereichern sich am Leid eines Anderen. Besonders in Zeiten von Krisen ist dieses "Geschäft" hoch lukrativ, da viele Unternehmen in finanzielle Schieflage geraten.

Die Folge ist, daß die Superreichen gerade in Krisen Milliarden verdienen und Millionen normale Anleger ihr Geld verlieren, da sie diesem "Spiel" schutzlos ausgeliefert sind. Interessenskonflikte der WHO Bereits am 16. März 2020 kommentierte Finanzexperte Ernst Wolff in einer Stellungnahme zur Corona-Krise: "Sollte irgend jemand noch an der Vorstellung festhalten, daß Politik und Behörden es im Grunde doch gut mit uns allen meinen, sei ihm ein Blick auf die Weltgesundheitsorganisation WHO empfohlen.

Diese Unterorganisation der Vereinten Nationen hat sich in den vergangenen Wochen mit allen Mitteln davor gedrückt, eine Pandemie zu verkünden. Warum? Weil die Weltbank in den vergangenen Jahren an die Finanzelite Pandemie-Anleihen im Wert von ca. 100 Milliarden Dollar ausgegeben hat, über die man Folgendes wissen sollte: Pandemie-Anleihen, auch Cat Bonds genannt, können ab einem Betrag von 250.000 US-Dollar erworben werden, bringen zwischen 8 und 11 Prozent Zinsen und sind an folgende Bedingung geknüpft: Im Falle eines Pandemie-Ausbruches verlieren Investoren ihren kompletten Einsatz, weil er dann zur Lindering der Pandemiefolgen in armen Ländern eingesetzt werden soll. ...

Kein Wunder also, daß die WHO sich diesmal über Wochen wie ein Wurm gewunden hat, den Eintritt des Pandemiefalles zu verkünden." Zitatende. Als Resümee sehen wir angesichts der aufgezeigten Zusammenhänge, daß es sich bei unserem Finanzsystem um ein gewaltiges Unrechtssystem handelt. In erster Linie dient es dazu, daß aller Reichtum und damit alle Macht in die Hände einiger Superreichen gelangt.

Die jetzige Krise ermöglicht es diesen kriminellen Spekulanten erneut, sich die Vermögenswerte der Bürger unter den Nagel zu reißen. Gleichzeitig bietet sich uns aber auch die einmalige Chance, diese Machenschaften ans Licht zu bringen um so eine positive Veränderung dieses Systems zu bewirken.<<

Das deutsche Onlinemagazin "Rubikon" berichtete am 17. Oktober 2020 (x1.057): >>**Der Weg in den Krieg**

Die Ursachen des Zweiten Weltkriegs wurden in den Jahren von 1919 bis 1939 von verschiedenen Faktoren bestimmt.

von *Richard J. Evans*

Der britische Historiker Richard Evans hat in einer Vortragsreihe die Ursachen, den Verlauf und die Folgen des Zweiten Weltkriegs aus deutscher Sicht beschrieben und diskutiert.

Sein Ziel ist es nicht, nur zu erklären, wie es zu diesem Krieg kam, warum Deutschland den größten Teil Europas mit so scheinbarer Leichtigkeit eroberte, wann sich das Kriegsgeschehen gegen Deutschland wendete und was letztendlich die Gründe für Deutschlands Niederlage waren, sondern auch die ungewöhnliche, ja in vielerlei Hinsicht einzigartige Natur des Krieges zu erforschen, den Deutschland insbesondere in Osteuropa führte; zu zeigen, wie der Krieg von gewöhnlichen Deutschen - sowohl von Angehörigen der Wehrmacht als auch von Zivilisten an der Heimatfront - erlebt wurde, und zu beurteilen, wie sich der Grad der Unterstützung der Kriegsführung in der deutschen Bevölkerung insgesamt veränderte. Im Folgenden der erste Vortrag der Reihe.

In diesem Eröffnungsvortrag werde ich über die Ursachen des Krieges sprechen. Sowohl während des Krieges als auch später, beeinflusst von Winston Churchills umfangreichen und weit

verbreiteten fünf Bänden seiner Geschichte, ging man davon aus, daß die Nazi-Aggression den Krieg verursacht hatte und daß die Briten und die Franzosen früher hätten dagegenhalten müssen.

Aber diese einfache Erklärung wurde von Alan J. P. Taylor vor fast einem halben Jahrhundert in seinem Buch *The Origins of the Second World War* (Die Ursprünge des Zweiten Weltkrieges, 1961) torpediert. In diesem provokativen Werk, das dazu beitrug, die Ansichten einer Generation zu diesem Thema zu formen, erinnerte Taylor seine Leser daran, daß 1939 Großbritannien und Frankreich Deutschland den Krieg erklärten und nicht umgekehrt. "Warum haben sie das getan?", fragte er.

Seine Antwort ist von späteren Historikern weitgehend akzeptiert worden. Großbritannien und Frankreich hätten aufgrund altmodischer Staatsräson den Krieg erklärt, argumentierte er. Die deutsche Expansion in Europa untergrub das Gleichgewicht der Kräfte, und sie wollten es wiederherstellen. Moralische Einwände hatten damit nichts zu tun, obwohl sie natürlich, wie schon bei der deutschen Invasion im neutralen Belgien 1914, sofort Teil der alliierten Propagandakampagne wurden.

Taylor entkräftete die Rhetorik, die Michael Foot und seine Kollaborateure in ihrer Kriegspolemik *Guilty Men* (Schuldige Männer, 1940) populär gemacht hatten, indem sie den britischen Premierminister Neville Chamberlain und seine Minister an den Pranger stellten, weil sie nach einer friedlichen Lösung im Verhältnis zu Nazi-Deutschland suchten, anstatt, sagen wir, 1936 einen Krieg loszutreten, zu einem Zeitpunkt, als die Aggression noch gestoppt und die Verbrechen in ihrem Umfang hätten begrenzt werden können.

Auch hier ist Taylors Argument von späteren Wissenschaftlern auf diesem Gebiet weitgehend akzeptiert worden:

Das Streben nach einer friedlichen Lösung war weder politisch blind noch moralisch verwerflich, sondern der einzige vernünftige und ehrenhafte Weg, den die britische und die französische Regierung einschlagen konnten, als die deutschen Absichten noch unklar waren oder sich zumindest auf eine Revision des Versailler Vertrags zu beschränken schienen.

Dieser Vertrag und die damit verbundenen Nebenabkommen, die zusammen die Friedensregelung von 1919 bildeten, zeichneten nach der Niederlage Deutschlands und seiner Verbündeten im Ersten Weltkrieg die Karte Europas neu.

Die Friedensordnung wurde bald nach ihrem Zustandekommen als unfair gegenüber den besiegten Nationen, heuchlerisch und unmoralisch angesehen - eine Ansicht, die Chamberlain und seine Regierung weitgehend teilten.

Zunächst erlegte das Friedensabkommen Deutschland massive finanzielle Entschädigungszahlungen für die Schäden auf, die die deutschen Armeen, die von August 1914 bis November 1918 in Belgien und Nordfrankreich einfielen und diese besetzten, in Belgien und Nordfrankreich angerichtet hatten.

Wirtschaftswissenschaftler wie John Maynard Keynes verurteilten die Reparationen fast unmittelbar nach ihrer Auferlegung, und die Wirtschaftsgeschichte der 1920er- und frühen 1930er-Jahre schien die Ansicht zu bestätigen, daß sie der deutschen Wirtschaft fatalen Schaden zufügten.

Tatsächlich wurde, wie wir heute wissen, die massive Hyperinflation der frühen Zwanziger Jahre, die die politischen Loyalitäten der Mittelklasse erschütterte, nicht zuletzt verursacht durch das Agieren der damaligen deutschen Regierungen, die aus Angst vor politischen Folgen Steuererhöhungen ablehnten, um sich nicht dem Vorwurf auszusetzen, sie würden die Deutschen besteuern, um die Franzosen zu bezahlen.

Und die liberalen, pro-demokratischen Parteien scheiterten vor allem deshalb, weil das Bürgertum sie nicht mehr als unverzichtbares Bollwerk gegen die Gefahr einer kommunistischen Revolution betrachtete, sobald sich die politische Lage stabilisiert hatte. Davon war jedoch für

eine breite Schicht in Großbritannien und Frankreich nichts sichtbar, die sich schuldig fühlte, überhaupt Reparationen auferlegt zu haben.

Die Reparationszahlungen endeten im Jahr 1932. Beim Triumph des Nationalsozialismus im folgenden Jahr spielten sie also keine direkte Rolle. Viel wichtiger waren die territorialen Bestimmungen des Friedensabkommens. Entsprechend den Richtlinien von US-Präsident Woodrow Wilson wurden in den Friedensverträgen die Grenzen Europas unter Berücksichtigung der Nationalitäten neu gezogen.

Jede Nation sollte ihr eigenes Schicksal bestimmen dürfen. Die großen multinationalen Imperien, allen voran die Habsburgermonarchie, wurden in eine Anzahl unterschiedlicher Nationalstaaten aufgeteilt, wobei ein neuer oder wiederbelebter polnischer Staat aus Teilen des ehemaligen Deutschen und Russischen Kaiserreichs sowie der Österreichisch-Ungarischen Monarchie gebildet wurde. Die Umsetzung des Prinzips der nationalen Selbstbestimmung warf jedoch unüberwindbare Probleme auf: Sie hinterließ ein Erbe tiefer Verbitterung für die Zukunft.

Die Grenzen der Ethnizität in Europa waren 1919 bei weitem nicht klar gezogen. Teilweise sehr umfangreiche deutsche Siedlungsgebiete existierten in ganz Ostmitteleuropa - bis an die Ostseeküste Rußlands, in Rumänien, in Polen, in den tschechischen Grenzgebieten und so weiter. Viele Deutsche hatten den Eindruck, die neuen Grenzen würden zugunsten anderer Nationalitäten gezogen. So gehörten zu den neuen Staaten in der Regel große deutschsprachige Minderheiten.

Einige der neuen Staaten schränkten die Rechte dieser Minderheiten ein; Polen versuchte, die Deutschsprachigen zu "polonisieren", während die ethnischen Deutschen in der Tschechoslowakei einen wachsenden Quell der Unzufriedenheit bildeten, weil sie sich im Vergleich zu den gebürtigen Tschechen benachteiligt fühlten.

Elsaß-Lothringen, mit einer Mehrheit deutscher Muttersprachler, war von Frankreich annektiert worden, während das Saargebiet, das vollständig deutsch war, unter der Mandatsverwaltung Frankreichs stand, allerdings mit der Vereinbarung einer Volksabstimmung im Jahr 1935 über eine Zugehörigkeit zu Deutschland. Diesem Prinzip folgend, waren viele Politiker in Großbritannien und Frankreich davon überzeugt, daß solche Minderheiten mehr Mitspracherecht haben sollten, welchem Staat sie angehörten, und in den 1930er-Jahren bedeutete dies zunehmend Deutschland.

Das Friedensabkommen (von Saint-Germain; Anmerkung des Übersetzers) bestand auch auf der Schaffung eines unabhängigen, souveränen Staates für die sechs Millionen Deutschsprachigen, die in der heutigen Republik Österreich lebten. Am Ende des Ersten Weltkrieges, als sich die anderen Nationalitäten der Donaumonarchie abgespalten hatten, um ihre eigenen unabhängigen Staaten zu bilden, hatten die Deutschsprachigen in Wien und den umliegenden Bundesländern für den Beitritt zur Weimarer Republik gestimmt, die ihrerseits eine Unionspolitik mit Österreich akzeptiert hatte.

Schließlich war das deutschsprachige Österreich bis zu seinem Untergang 1806 Teil des Heiligen Römischen Reiches Deutscher Nation und von 1815 bis zu seiner Auflösung durch Otto von Bismarck 1866 Teil des Deutschen Bundes gewesen.

Mit anderen Worten, es war mehr als ein Jahrtausend lang in der einen oder anderen Form ein Teil Deutschlands gewesen und hatte außerhalb Deutschlands nur etwas mehr als ein halbes Jahrhundert existiert. Aber die Alliierten hielten es für absurd und gefährlich, daß Deutschland nach seiner Niederlage im Ersten Weltkrieg tatsächlich größer wurde, und legten deshalb ihr Veto ein. Mehr als jede andere Maßnahme in den Friedensabkommen erschien dies vermutlich vielen in Großbritannien und Frankreich als eine eklatante Verletzung des Prinzips der nationalen Selbstbestimmung, das so rigoros für andere Nationalitäten angewandt worden war, nur nicht für die Deutschen.

Obendrein setzte das Friedensabkommen der deutschen Rüstung strenge Grenzen. Die Deutschen durften weder Kriegsschiffe noch Kampfflugzeuge bauen, und ihre gesamte in diesen Bereichen vorhandene Bewaffnung mußte vernichtet werden. Sie durften kein modernes Kriegsgerät wie Panzer bauen, und ihre Armee war auf maximal 100.000 Mann begrenzt. Im Gegensatz dazu gab es in anderen Ländern keine entsprechende Abrüstung, da der Vertrag von Versailles die Auffassung vertrat, daß die deutsche Aggression den Krieg verursacht hatte.

Als die parlamentarische Demokratie der Weimarer Republik Anfang der 1930er-Jahre zusammenbrach und dem nationalistischen Regime des Dritten Reiches wich, war außerhalb Deutschlands die Ansicht weitverbreitet, daß das Friedensabkommen eine Hauptursache dafür war - eine Ansicht, die natürlich durch die Nazi-Propaganda stark gefördert wurde. Tatsächlich ist kaum zu bezweifeln, daß die wahre Ursache die wirtschaftliche Depression war, die 1929 in den USA begann.

Im Jahr zuvor hatten die Nazis bei den deutschen Reichstagswahlen weniger als 3 Prozent der Stimmen gewonnen. Vier Jahre später, im Jahr 1932, erreichten sie 37,4 Prozent der Stimmen. Hitler begann seine Außenpolitik im Oktober 1933 mit dem Rückzug aus den Abrüstungsge-sprächen, um dagegen zu protestieren, daß die Briten und Franzosen eine eigene Abrüstung ablehnten, obwohl für Deutschland bereits seit anderthalb Jahrzehnten Rüstungsbeschränkungen galten. Aber er beruhigte die internationalen Stimmen, indem er im Januar 1934 einen Nichtangriffspakt mit Polen unterzeichnete und damit dem Rest der Welt seine friedlichen Absichten signalisierte.

Später im selben Jahr beging Hitler jedoch einen schweren Beurteilungsfehler, indem er einen gescheiterten Versuch unterstützte, Österreich in Deutschland einzugliedern. Obwohl der österreichische Bundeskanzler Engelbert Dollfuß von einer (Wiener)Einheit SS-Männer ermordet wurde, scheiterte der Putsch, nicht zuletzt, weil der italienische Diktator Benito Mussolini seine Truppen an die Grenze verlegte und deutlich machte, daß er eine Machtübernahme nicht tolerieren würde. Die internationale Isolation Deutschlands vertiefte sich, als die Saarländer Anfang 1935 für die Rückkehr nach Deutschland stimmten.

Hitler erklärte kurz darauf, daß er die allgemeine Wehrpflicht einführen, eine militärische Luftwaffe und eine Kampfmarine aufbauen und seine neue Armee mit den modernsten Panzern ausstatten werde, womit er die Rüstungsbeschränkungen ablehnte, die Deutschland durch das Friedensabkommen auferlegt worden waren. Die Regierungen Frankreichs, Großbritanniens und Italiens reagierten darauf mit einem Treffen in der Stadt Stresa und kamen überein, die Unabhängigkeit Österreichs zu garantieren. Die Franzosen unterzeichneten einen Beistandspakt mit der Sowjetunion.

Dennoch waren diese Sicherheitsmaßnahmen nur halbherzig. Grundsätzlich wollten die britische und die französische Regierung nicht erkennen, was an den deutschen Schritten moralisch verwerflich war. Die innenpolitische Öffentlichkeit unterstützte sie. Gleichzeitig schien es klug, sich auf das Schlimmste vorzubereiten, während man auf das Beste hoffte, und Großbritannien begann vor allem ab 1936 mit der Modernisierung und Erweiterung seiner Streitkräfte und Ausrüstung, gefolgt von Frankreich.

Aber beide Länder hatten an weit entfernte Imperien in Übersee zu denken, und die europäische Politik schien zweitrangig zu sein. So klagte Neville Chamberlain in einer Rundfunkansprache während der tschechoslowakischen Krise im September 1938:

"Es ist furchtbar, gespenstisch, unglaublich, daß wir hier Schützengräben anlegen und Gasmasken aufsetzen sollten wegen eines Streites in einem fernen Land zwischen Völkern, von denen wir nichts wissen."

Er hätte nicht dieselben Worte für Kanada, Indien, Südafrika oder Australien verwendet. Aber er wußte, daß die Mehrheit der britischen Wählerschaft diese Teile des Britischen Empire zu

dieser Zeit in ihrer mentalen Weltkarte noch immer viel näher an ihrer Heimat verortete als Länder irgendwo in Mittel- oder Osteuropa.

Die Dominions ("Herrschaftsgebiete", ab Anfang des 20. Jahrhundert die sich selbst verwal-
tende Kolonien und Irland; Anmerkung des Übersetzers) und der Rest des Britischen Empire
zögerten, sich in einen europäischen Konflikt einzumischen, in dem die Ziele Großbritanniens
ungewiß schienen und die Rolle Großbritanniens für dessen Anliegen wenig relevant war. Zu-
dem brachte Hitler wiederholt seine Bewunderung für das Britische Empire zum Ausdruck
und behauptete, er wolle es als Verbündeten und nicht als Feind.

Angesichts Hitlers wiederholter Versicherungen, er habe nicht die Absicht weiterzugehen, als
das Unrecht des Friedensvertrags von 1919 auszubügeln, dachten die britischen und französi-
schen Regierungen und auch das britische und französische Volk, daß alle Anstrengungen
unternommen werden sollten, um einen Krieg mit Deutschland zu vermeiden. Die Gründung
des Völkerbunds im Jahre 1919 hatte ein internationales System verheißen, durch das künftige
Kriege verhindert werden sollten, und es gab eine weitverbreitete Abneigung, zu den alten
Zeiten des Säbelrasselns und der Militärbündnisse zurückzukehren, die nach Auffassung der
meisten Menschen im Jahr 1914 zum Ausbruch des Krieges geführt hatten.

Niemand wollte das schreckliche Gemetzel von 1914 bis 18 wiederholen, bei dem viele Briten
und Franzosen - darunter führende Persönlichkeiten beider Regierungen - enge Freunde und
Verwandte verloren hatten.

Es herrschte die allgemeine Überzeugung, daß sich der nächste Krieg vom überstandenen vor
allem durch die massive Bombardierung von Großstädten aus der Luft unterscheiden würde
und daß es keine Verteidigung gegen Angriffe dieser Art gäbe. Der Verlust ziviler Menschen-
leben wäre unkalkulierbar, und die Bombardierung der baskischen Stadt Guernica durch deut-
sche und italienische Flugzeuge während des Spanischen Bürgerkriegs schien diesen Aspekt
zu unterstreichen.

Darüber hinaus marschierten die Italiener 1936 in Äthiopien ein und bombardierten die feind-
lichen Truppen mit Giftgas, was wahrscheinlich erscheinen ließ, daß dasselbe auch in anderen
zukünftigen Kriegen geschehen würde: daher die Herstellung von Millionen von Gasmasken
und deren Verteilung an die Bevölkerung Londons und anderer Städte in den späten 1930er-
Jahren. Großbritannien erholte sich bis Mitte der Dreißiger Jahre nur langsam von der Großen
Depression - Frankreich steckte noch immer mittendrin - und die wirtschaftlichen Kosten ei-
ner Kriegsführung schienen vielen unerschwinglich.

Diese Ansicht wurde dadurch bestärkt, daß man in London und Paris überzeugt war, die deut-
sche Wiederbewaffnung schreite sehr schnell voran und habe nach fünf Jahren, im Jahr 1938,
ein so fortgeschrittenes Stadium erreicht, daß die Aussichten, tatsächlich einen Krieg gegen
Hitlers wiedererstarkendes Reich zu gewinnen, gelinde gesagt zweifelhaft waren. Und auf
jeden Fall bewunderten viele Schlüsselfiguren des konservativen Establishments im Vereinig-
ten Königreich und nicht wenige in Frankreich - insbesondere unter den Militärs - die Art und
Weise, wie Hitler Ordnung, Wohlstand und Nationalstolz in Deutschland wiederhergestellt zu
haben schien.

Der Sowjetkommunismus schien eine weit größere Bedrohung zu sein als der Nationalsozia-
lismus, und Deutschland bot ein wirksames Bollwerk gegen den Bolschewismus. Die Frage
war deshalb, welche englischen oder französischen Interessen gab es in Österreich, Polen oder
der Tschechoslowakei, die einen kostspieligen Krieg mit geringen Erfolgsaussichten rechtfert-
igen könnten, der obendrein möglicherweise den Einfluß Großbritanniens und Frankreichs
auf ihrer Übersee-Imperien schwächen würde?

Wenn Hitler tatsächlich zuweilen mit einer Angriffslust zu sprechen und zu handeln schien,
die seiner wiederholten Behauptung, ein Mann des Friedens zu sein, widersprach, dann könnte
man vielleicht, so wurde argumentiert, der Nazi-Aggression den Wind aus den Segeln neh-

men, indem man ihm gab, was er wollte. Wären die Bestimmungen des Friedensabkommens beseitigt, die in Deutschland Verbitterung und Ressentiments hervorgerufen hatten, dann gäbe es keinen Grund mehr für eine deutsche Aggression und die radikalen Elemente im Naziregime würden gezähmt: Das war die Politik mit dem einen Wort "Beschwichtigung" (Appeasement).

Dies war die Argumentation, die der britischen Politik gegenüber Nazi-Deutschland während des größten Teils der 1930er-Jahre zugrunde lag. Am 18. Juni 1935 schlossen die Briten ein Flottenabkommen mit Deutschland, das die deutsche Flotte bei Überwasserschiffen auf etwas mehr als ein Drittel der britischen beschränkte - die, daran muß man sich jedoch erinnern, im Gegensatz zum rein europäischen Operationsgebiet der deutschen Marine ein weltweites Einsatzgebiet hatte. Das Abkommen erlaubte auch eine Parität bei U-Booten.

Dadurch wurde das Stresa-Abkommen ausgehöhlt; und in einer weiteren Entwicklung, die Hitlers Position begünstigte, führte der italienische Einmarsch in Äthiopien dazu, daß Mussolini international isoliert blieb und nur Hitler als potentieller Hauptverbündeter in Europa in Frage kam. Die Achse Rom-Berlin wurde im folgenden Jahr durch das gemeinsame Eingreifen der beiden Länder auf der Seite der Franco-Rebellen im Spanischen Bürgerkrieg zementiert.

Am 7. März 1936 stationierte Hitler Truppenteile der Wehrmacht im entmilitarisierten Rheinland, um den Versailler Vertrag weiter zu revidieren. Großbritannien und Frankreich sahen keinen guten Grund, warum ein souveräner Staat nicht in der Lage sein sollte, seine eigenen Truppen auf irgendeinem Teil seines eigenen Territoriums einzusetzen, und hielten sich deshalb zurück.

Bis 1938 hatte die deutsche Wiederbewaffnung ein Stadium erreicht, daß sich Hitler bereit fühlte, in Österreich einzumarschieren, das er am 12. März ohne jeglichen Widerstand der österreichischen Bevölkerung annektierte, deren große Mehrheit nur allzu glücklich war, den ihrer Meinung nach gescheiterten und unrentablen Staat zu verlassen und sich einem scheinbar fortschrittlichen und erfolgreichen Land anzuschließen.

Im September 1938 erreichte Hitler in München ein internationales Abkommen mit Großbritannien, Frankreich und Italien, um westliche, nordwestliche und südwestliche Grenzgebiete der Tschechoslowakei, die hauptsächlich von Deutschsprachigen bewohnt waren, abzutrennen und in das Deutsche Reich einzugliedern. Angesichts des starken internationalen Drucks gab die tschechoslowakische Regierung ihre Zustimmung.

Wie kam es von diesem Punkt zum Ausbruch des Krieges weniger als ein Jahr später? Das Münchner Abkommen, von dem ein jubelnder Chamberlain der britischen Öffentlichkeit verkündete, es garantiere "Frieden für unsere Zeit", hatte die Unterstützung der großen Masse des britischen Volkes, und klar war - wie Alan J. P. Taylor anmerkte -, daß man keine Lust auf einen Krieg hatte.

Aber bereits am 15. März 1939 marschierten deutsche Truppen in die Rumpf-Tschechoslowakei ein. Dies war nicht nur ein klarer Verstoß gegen das Münchner Abkommen, es war auch das erste Mal, daß Hitler in ein Land einmarschierte oder ein Gebiet annektierte, das nicht hauptsächlich von Deutschen bewohnt war. Dies weckte in Großbritannien und Frankreich den Verdacht, daß er mehr als die bloße Revision des Versailler Vertrags anstrebte.

In der Tat schien er die Vorherrschaft in Europa anzustreben, und dies würde, wie Taylor bemerkte, eindeutig das Gleichgewicht der Kräfte stören. Auch war der britischen und französischen Regierung zu diesem Zeitpunkt klar geworden, daß die deutsche Wiederbewaffnung nicht so überwältigend war, wie sie zuvor gedacht hatten, während gleichzeitig ihre eigenen Rüstungs- und Aufrüstungsprogramme voranschritten und ihnen das Vertrauen zu geben begannen, daß sie der deutschen Aggression standhalten konnten.

Die Entwicklung des Radars, unterstützt durch den Bau einer effektiven Kampfflugzeugflotte,

bot die Möglichkeit zur Verteidigung gegen Luftangriffe. Die Interessen des Empires waren nun betroffen, weil Deutschland durch die wachsende Stärke der deutschen Kampf- und U-Boot-Flotten anfang, Großbritanniens Rolle in der Welt zu bedrohen. Darüber hinaus war es die Erkenntnis, daß Deutschland mit der Sicherung der Kontrolle über Westeuropa die Ressourcen einiger der reichsten Volkswirtschaften des Kontinents erwerben sowie über Ärmelkanal und Nordsee eine direkte Bedrohung für Großbritannien darstellen würde.

Die Eroberung der Rumpf-Tschechoslowakei überzeugte somit die Masse der britischen Wählerschaft und - was entscheidend ist - ihre Vertreter in allen großen politischen Parteien davon, daß Hitlers Ambitionen praktisch grenzenlos waren und daß das britische nationale Interesse verlangte, sie zu stoppen.

Bald darauf begann eine deutsche Propagandaoffensive gegen Polen, in der man dem Land die Mißhandlung und Ermordung polnischer Bürger deutscher Abstammung vorwarf. Es schien offensichtlich, daß Polen als nächstes Land auf Hitlers Liste stand. Daher sprachen die britische und die französische Regierung eine Garantie für die polnische Souveränität aus und stellten klar, daß sie bei deren Verletzung Deutschland den Krieg erklären würden.

Dennoch glaubte Chamberlain weiterhin daran, daß Frieden möglich sei. Als Deutschland tatsächlich Anfang September 1939 in Polen einmarschierte, setzte er sich im Unterhaus für eine Vermittlung durch Italien ein, ohne eine Frist für eine anglofranzösische Reaktion vorzugeben. Eine Wiederholung des Münchner Abkommens schien einmal mehr im Raum zu stehen. Doch dieses Mal war die Stimmung im Unterhaus und auch sonst im Land eine völlig andere.

Die konservativen Hinterbänkler waren entsetzt über Chamberlains Versuch, die Souveränitätsgarantie gegenüber Polen fallenzulassen. Als der Sprecher der Labour Party Arthur Greenwood aufstand, wurde er brüsk unterbrochen. "Als Sprecher der Labour-Partei", begann er - "Sprechen Sie für England!", rief Leo Amery von den hinteren Bänken der Tory dazwischen. Greenwood tat es. "Ich bin sehr beunruhigt", sagte er.

"Ein Akt der Aggression fand vor achtunddreißig Stunden statt ... Ich frage mich, wie lange wir in einer Zeit, in der Großbritannien und alles, wofür Großbritannien steht, und die menschliche Zivilisation in Gefahr sind, noch abwarten wollen."

Nach der Sitzung trat das Kabinett zusammen und zwang Chamberlain, den Deutschen ein Ultimatum zu stellen: entweder sich zurückzuziehen oder eine Kriegserklärung zu provozieren. Die Deutschen zogen sich nicht zurück, und so wurde ihnen der Krieg erklärt.

"Alles, worauf ich gehofft habe, alles, woran ich in meinem öffentlichen Leben geglaubt habe", sagte Chamberlain vor dem Unterhaus, "liegt in Trümmern". Aber was ihn am Ende überwältigte, war nicht irgendein rationales Kalkül aus nationalem Interesse an der Erhaltung der Machtbalance auf dem Kontinent, sondern ein Ansturm moralischer Leidenschaft, der Deutschland als einen rücksichtslosen Aggressor betrachtete, der eine souveräne Nation nach der anderen mit Füßen tritt und zweifellos wild entschlossen ist, noch mehr zu zerstören.

Es war an der Zeit, dem Einhalt zu gebieten. Großbritannien war eine führende Weltmacht. Großbritanniens Pflicht war es, für eine stabile und so weit wie möglich moralisch vertretbare internationale Ordnung auf dem europäischen Kontinent zu sorgen. Der weitverbreitete Glaube an die Bedeutung der Moral in den internationalen Beziehungen, der eine der Triebkräfte für die Unterstützung des Völkerbundes und die Kritik am Versailler Vertrag gewesen war, drückte sich nun in Abscheu vor der nationalsozialistischen Außenpolitik aus.

Und was war das für eine Politik? Hier war Taylor am schwächsten. Um seine Argumente zu verstehen, ist es wichtig zu erkennen, daß Taylor unter dem Einfluß von Sir Lewis Namier - mit dem er in Manchester gelehrt hatte und dessen polnisch-jüdischer Hintergrund ihm einen extremen und unsterblichen Haß auf Deutschland und die Deutschen bescherte - zu der Denkschule in Großbritannien gehörte, die Deutschland für einen internationalen Aggressor präde-

stiniert hielt.

Sein Buch *The Course of German History* (Der Lauf der deutschen Geschichte, 1945) war während des Krieges von der Exekutive für politische Kriegsführung der Regierung (Political Warfare Executive) in Auftrag gegeben, aber abgelehnt worden, weil es zu deutschfeindlich war - und weil es, wie mir der Mann, der die Ablehnung empfahl, der linksgerichtete deutsche Exilant Francis Carsten, einmal sagte, es voll von grundlegend sachlichen Fehlern war. In ihm argumentierte Taylor, daß Deutschlands Mangel an natürlichen Grenzen unausweichlich dazu führen müsse, daß Deutschland immer versuche, innerhalb Europas zu expandieren, bis es sie gefunden hat.

Natürlich hatte dieses Argument offensichtliche Mängel: Viele andere Länder haben keine natürlichen Grenzen. Flüsse sind dazu da, um überquert zu werden, Berge, um überquert zu werden, und natürliche Grenzen stimmen oft nicht mit den politischen überein. Träfe das Argument zu, dann hätte Deutschland nie versucht, Gebiete jenseits des Rheins wie Elsaß-Lothringen oder das Saarland zu erwerben, und hätte leicht dortbleiben können, wo es jetzt aufhört, nämlich an den Flüssen Oder und Neiße im Osten.

Sein Buch scheint ein Produkt der Kriegspropaganda gewesen zu sein. Doch 1961, im selben Jahr, in dem er *The Origins of the Second World War* veröffentlichte, druckte Taylor *The Course of German History* unverändert nach und fügte lediglich ein neues Vorwort hinzu, in dem er erneut seine Befürchtungen zum Ausdruck brachte, daß es noch vor Ende des Zwanzigsten Jahrhunderts einen "dritten deutschen Krieg" geben würde.

Es war also ein wütender antideutscher Historiker, der die Ursprünge des Zweiten Weltkrieges schrieb, und kein Apologet Hitlers, wie seine deutschen Kritiker behaupteten. Als er erklärte, Hitler sei nicht mehr als ein gewöhnlicher deutscher Staatsmann, wie Bismarck oder Friedrich der Große, meinte er nicht, daß er nicht schlechter sei als sie, sondern sie seien nicht besser als er.

Gleichzeitig versuchte Taylor - ein selbsterklärter Anhänger der Rolle des Zufalls in der Geschichte - zu leugnen, daß Hitler einen persönlichen Plan für eine europäische, geschweige denn für eine Weltherrschaft hatte. Im Verlauf einer eingehenden Studie der diplomatischen Manöver der 1930er-Jahre stellte er glaubhaft dar, daß Hitler bei zahlreichen Gelegenheiten seine Meinung und die Richtung seiner Politik geändert habe.

Taylor zitierte das berühmte Memorandum, das Oberst Friedrich Hoßbach bei einem Treffen der Oberbefehlshaber von Heer, Marine und Luftwaffe am 5. November 1937 verfaßte, als Hitler seine Absicht erklärte, die Tschechoslowakei und dann Österreich zu erobern. Doch dann eroberte er sie in umgekehrter Reihenfolge, sodaß Taylor triumphierend behauptete, er habe keinen Plan gehabt, sondern einfach die Umstände ausgenutzt, als sie sich ergaben. Und auf jeden Fall, fügte er noch hinzu, sei das Memorandum selbst von zweifelhafter Authentizität und man könne sich nicht darauf verlassen. Mit anderen Worten: Hitler saß nicht am Steuer, sondern die deutsche Geschichte.

Ich kann mir nicht helfen, aber ich denke, daß diese Ansichten etwas recht Widersprüchliches in sich haben. Entweder strebte Hitler eine europäische Hegemonie an oder er wollte sie nicht. Mag sein, daß der Zweite Weltkrieg durch die Kriegserklärung Großbritanniens und Frankreichs an Deutschland ausgelöst wurde, aber hätte es einen Krieg gegeben, wenn sie es nicht getan hätten? Taylor schien beides anzudeuten, sowohl das eine als auch das andere.

Letztlich erklärte er nur, warum der Krieg stattfand, als er sich ereignete; er ging davon aus, daß er sowieso irgendwann stattgefunden hätte. Mehr noch: Taylor stützte sich ausschließlich auf veröffentlichte diplomatische Dokumente, Reden und Schriften, doch selbst zu der Zeit, als er schrieb, gab es eine Menge Beweise, die Hitlers Absichten dokumentieren, und seitdem sind noch viel mehr ans Licht gekommen. Und Absichten sind natürlich - was Taylor übersah - nicht dasselbe wie Pläne.

Die meisten Politiker und Staatsmänner haben eine Art längerfristige Absicht oder ein längerfristiges Ziel, aber wie sie tatsächlich dorthin gelangen, hängt davon ab, wie sie die Chancen und Umstände des Augenblicks nutzen - mit anderen Worten, es hängt davon ab, wie gut sie die Kunst der Politik beherrschen. Bismarck war das klassische Beispiel: Seine Absicht war es, Deutschland ohne Österreich zu vereinigen, aber er tat es, indem er die verworrene Politik der Schleswig-Holstein-Frage und der Hohenzollern-Kandidatur für den spanischen Thron ausnutzte, die beide in keiner Weise vorherbestimmt waren.

Aber Adolf Hitler war anders. Er kam aus dem rechtsextremen Randbereich der deutschen und österreichischen Politik. Als Reaktion auf die deutsche Niederlage im Ersten Weltkrieg und verallgemeinernd aus seiner Erfahrung in der multiethnischen Habsburgermonarchie, sah er die Weltgeschichte und die internationalen Beziehungen im Wesentlichen als einen darwinistischen Kampf zwischen den Rassen - Arier, Latiner, Slawen, Angelsachsen und so weiter - um das Überleben des Stärkeren. Der Weltfeind aller, aber besonders der Arier - womit er im Wesentlichen Deutsche und möglicherweise oder teilweise auch Holländer und Skandinavier meinte - war der Jude.

Hitler war der Ansicht, daß Juden überall in eine koordinierte internationale Verschwörung zum Sturz Deutschlands verwickelt waren und daß ihnen dies 1918 tatsächlich gelungen war, indem sie die Revolution an der Heimatfront angefacht und so der unbesiegten Armee den berüchtigten "Dolchstoß" versetzt hatten. Tatsächlich war die deutsche Armee natürlich durch die überlegenen materiellen Ressourcen der Alliierten besiegt worden, insbesondere nach dem Kriegseintritt der Vereinigten Staaten. Die alliierte Wirtschaftsblockade hatte die Lebensmittelversorgung unterbunden und zum Tod von etwa 600.000 Deutschen durch Hunger und damit verbundenen Krankheiten geführt. Die alliierten Waffen hatten sich als überlegen erwiesen.

Hitler glaubte, daß Deutschlands einzige Chance für ein langfristiges Überleben - wie er in seinem 1925/26 in zwei Bänden erschienenen Buch *Mein Kampf* schrieb - im Erwerb von landwirtschaftlichen Flächen in Osteuropa lag. Dies würde Deutschlands Äquivalent zum amerikanischen Westen sein. Das kommunistische Regime in Rußland wurde, wie er glaubte, von Juden geführt - tatsächlich wies es unter Stalin ausgesprochen antisemitische Züge auf. "Das Ende der jüdischen Herrschaft in Rußland", schrieb Hitler in *Mein Kampf*, "wird auch das Ende Rußlands als Staat sein". Rußland und seine "Vasallen-Grenzstaaten" würden erobert und von Deutschen besetzt werden, um "Lebensraum" zu schaffen.

Damit meinte er, daß deutsche Bauern Russen, Ukrainer und Weißrussen verdrängen und eine landwirtschaftliche Nutzfläche schaffen würden, die Deutschland in jedem zukünftigen Konflikt ernähren und somit das Leben der Deutschen ermöglichen würde. "Die Grenzen des Jahres 1914", stellte er in dem Buch fest, "bedeuten für die Zukunft der deutschen Nation überhaupt nichts".

Im Jahr 1928 schrieb Hitler ein zweites Buch, das jedoch nie veröffentlicht wurde, oder zumindest nicht, bis es einige Jahre nach 1945 entdeckt wurde. In einer bemerkenswerten Passage des Buches schrieb er, daß die amerikanische Dominanz in der Welt für alle sichtbar wurde. Sie würde jeden europäischen Staat auf das Niveau der Schweiz reduzieren.

"Der einzige Staat, der in der Lage sein wird, Nordamerika die Stirn zu bieten, wird derjenige sein, der es verstanden hat, durch das Wesen seines Innenlebens und den Sinn seiner Außenpolitik sein Volk rassisch aufzuwerten und in die dafür am besten geeignete Staatsform zu bringen ... Es ist die Aufgabe der nationalsozialistischen Bewegung, das Vaterland zu stärken und auf diese Mission vorzubereiten."

Mit anderen Worten: Diese Aussagen beider Bücher zusammenfassend sagte Hitler, daß Deutschland unter den Nazis eine Diktatur schaffen würde, die auf ethnischer Reinheit beruht und fähig ist, die Herrschaft über den europäischen Kontinent zu erlangen. Auf diese Weise

wäre es in der Lage, den USA die Stirn zu bieten, möglicherweise im Bündnis mit dem britischen Empire.

Hitlers Ambitionen waren also von Anfang an auf globaler Ebene angesiedelt. Mein Kampf war weder eine Vorlage noch ein Plan. Aber wie Hugh Trevor-Roper in seiner Antwort auf Taylor anmerkte, enthüllte es zusammen mit anderen relevanten Äußerungen Hitlers langfristige Absichten, die sich unabhängig von den politischen oder diplomatischen Manövern des Augenblicks nie änderten. Hitler war in Bezug auf diese Absichten recht offen. Am 23. Mai 1928 erklärte er in einer Rede, daß es sein Ziel sei, "Deutschland durch Krieg bis in die entfernteste Zukunft zu retten, indem man so viel Land und Boden sichert, daß die Zukunft ein Vielfaches des vergossenen Blutes zurückerhält".

Kurz nach seiner Ernennung zum Reichskanzler am 30. Januar 1933 teilte er zwei amerikanischen Geschäftsleuten in einem privaten Gespräch mit, daß er die Annexion Österreichs, des polnischen Korridors, Elsaß-Lothringens und der deutschsprachigen Gebiete in Dänemark, Italien, der Tschechoslowakei, Jugoslawien und Rumänien beabsichtige.

Am 3. Februar 1933 traf Hitler sich mit hochrangigen Reichswehroffizieren, deren Unterstützung er sich unbedingt sichern wollte, als er begann, seine Sturmtruppen gegen die Feinde des Nationalsozialismus auf den Straßen zu entfesseln, um sie aus der Politik zu vertreiben und eine Einparteiendiktatur zu errichten. Er sagte ihnen offen, daß er aufrüsten, in Osteuropa einmarschieren, es dann "germanisieren" und die einheimische Bevölkerung der Slawen vertreiben würde.

Ein Jahr später, im Februar 1934, sagte er bei einem Treffen von Reichswehr-, SS- und Sturmtruppenführern, daß er erwarte, daß der jetzt einsetzende wirtschaftliche Aufschwung spätestens 1942 zum Stillstand kommen werde, wenn Deutschland nicht "Lebensraum" im Osten erhalte. "Kurze, entscheidende Schläge", sagte er, "im Westen und dann im Osten könnten notwendig sein".

Neben dem Hoßbach-Memorandum gibt es also genügend Beweise, die Hitlers Absicht belegen, im Osten Lebensraum zu schaffen und im Westen Deutschlands Feinde, vor allem Frankreich, zu besiegen. Das Primat der Wiederbewaffnung in den ersten Jahren seines Regimes war absolut. Einige Wirtschaftshistoriker haben argumentiert, er habe Geld in die Wirtschaft gesteckt, um die Arbeitslosigkeit abzubauen, von der 1933 mehr als ein Drittel der Arbeitskräfte betroffen war. Aber am 8. Februar 1933 desselben Jahres sagte er:

"Jede öffentlich geförderte Arbeitsbeschaffungsmaßnahme müsse unter dem Gesichtspunkt beurteilt werden, ob sie notwendig sei vom Gesichtspunkt der Wiederwehraufmachung des deutschen Volkes."

Die Wiederbewaffnung wurde als Arbeitsbeschaffung getarnt, um die anderen Großmächte zu täuschen, bis sie, wie im Jahr 1935, einen Punkt erreichte, an dem Deutschland militärisch nicht mehr so schwach war, daß es keine Abschreckung mehr für eine französische Invasion wie im Jahr 1923 darstellte.

Ab 1936 war der Weg zum Krieg frei - und zwar nicht zu einem begrenzten Krieg, sondern zu einem europäischen Krieg. Der Vierjahresplan, der in jenem Jahr aufgestellt wurde, hatte das ausdrückliche Ziel, die deutsche Wirtschaft bis zum Jahr 1942 auf einen Krieg vorzubereiten. Und bei dem 1937 von Oberst Hoßbach aufgezeichneten Treffen, dessen Protokoll natürlich zweifellos echt ist, kündigte Hitler seine Absicht an, Österreich und die Tschechoslowakei zu erobern und sich auch mit der möglichen Feindseligkeit Frankreichs auseinanderzusetzen.

In den Monaten nach dem Treffen ersetzte er die eher konservativen, vorsichtigen Mitglieder seiner Regierung und militärischen Führung - Hjalmar Schacht (Wirtschaftsminister), Werner von Blomberg (Kriegsminister), Werner von Fritsch (Oberbefehlshaber Heer), Konstantin Freiherr von Neurath (Außenminister) - durch Männer, die eher bereit waren, seinen Willen zu erfüllen.

Da er befürchtete, er könnte einer tödlichen Krankheit erliegen, und auch zuversichtlicher als zuvor war, daß Großbritannien und Frankreich kein wirksames Hindernis für die deutsche Expansion darstellen würden, beschleunigte er das Tempo seiner Außenpolitik und schob das Datum des Kriegsbeginns von 1942 um zwei oder drei Jahre nach vorne.

Nach dem Anschluß Österreichs bestand Hitlers nächstes Ziel nicht darin, ein weiteres Unrecht des Friedensvertrags von 1919 mittels Annexion des deutschsprachigen Grenzgebiets der Tschechoslowakei zu korrigieren, sondern die Tschechoslowakei und dann Polen - zwei Hindernisse für die weitere Osterweiterung Deutschlands auf dem Weg zum "Lebensraum" - ganz von der Landkarte zu entfernen.

Am 28. Mai 1938 teilte er den Spitzen der Wehrmacht und des Auswärtigen Amtes mit, daß es sein unverrückbare Wille sei, die Tschechoslowakei in absehbarer Zeit durch militärische Aktionen zu zerschlagen. Ähnlich wie später im Falle Polens diene die angebliche Mißhandlung von Volksdeutschen, die von der Propagandamaschinerie Joseph Goebbels' so lautstark hochgespielt wurde, nur als Vorwand.

Diese außenpolitischen Ziele waren weitaus radikaler als die von früheren deutschen Staatsmännern verfolgten, was in der Tat ein wesentlicher Grund dafür ist, daß Chamberlain sie nicht als das anerkannte, was sie waren. Bismarck hatte Deutschland in den 1870er- und 1880er-Jahren als einen "saturierten Staat" bezeichnet, aber das hielt bekanntlich nicht sehr lange an.

Zu den Zielen Deutschlands im Ersten Weltkrieg gehörten im weitesten Sinne die Schwächung Frankreichs und die Abtrennung großer Industrieregionen von Frankreich sowie die Eingliederung Belgiens und Hollands in ein deutsches Wirtschaftsimperium. Das, was Hitler als "germanische" Teile dieser und der skandinavischen Länder verstand, wollte er auf Dauer in das Deutsche Reich selbst integrieren.

Im Osten zielte Deutschland im Ersten Weltkrieg darauf ab, Polen Gebiete zu entziehen und es zu einem Satellitenstaat zu reduzieren; Hitler hingegen wollte es gänzlich zerstören. Im Ersten Weltkrieg gab es natürlich keinen Gedanken daran, Österreich zu absorbieren oder ein deutsches Protektorat in Böhmen zu schaffen.

Während Deutschland im Ersten Weltkrieg die Schaffung eines unabhängigen Pufferstaates Ukraine anstrebte, um das Reich gegen die potentielle Macht Rußlands abzufedern, lehnte Hitler im Zweiten Weltkrieg und lange vorher solche Ideen ab, obwohl sie von seinem Erzideologen Alfred Rosenberg verfochten wurden. Sein Ziel war es, alle osteuropäischen Staaten mitsamt dem Gros ihrer Bewohner zu vernichten.

Obwohl sie die Rassenvorurteile ihrer Zeit teilten, betrachteten die Männer, die das Deutsche Kaiserreich von 1914 bis 18 führten, die Weltgeschichte und die europäische Politik letztlich nicht ausschließlich in rassistischen Begriffen, wie es Hitler tat. Im Großen und Ganzen teilten sie nicht Hitlers spätere Auffassung von Osteuropa als Deutschlands Äquivalent zum amerikanischen Westen, einem vermeintlich leeren Raum, dessen indigene Bevölkerung getötet oder vertrieben werden mußten, um Platz für neue Siedler aus dem zivilisierten Teil des Kontinents zu schaffen.

Hitler gab kaum mehr als Lippenbekenntnisse zu der Idee ab, Deutschlands verlorene Kolonien in Übersee zurückzugewinnen, und vielleicht auf längere Sicht noch ein paar mehr; er hatte die Vision von einem Kolonialimperium in Europa, nicht in Afrika, Asien oder dem Pazifik. Der Aufstieg in die große Liga der Kolonialmächte war jedoch die Hauptantriebskraft für die militärischen und maritimen Ambitionen des Deutschen Kaiserreichs.

Obendrein hatte Hitler natürlich einen neuen und furchterregenden Feind zu bekämpfen, nämlich das kommunistische Rußland: Dachte das kaiserliche Deutschland noch in konventionellen Begriffen von Staaten und zwischenstaatlicher Diplomatie und Konflikten, stuften Hitler und die Nazis statt dessen die Bedeutung des Staates herab, indem sie in radikalen Begriffen

von Rassen und zwischenrassischen Konflikten dachten.

Hitler war also - was auch immer Taylor behaupten mag - kein gewöhnlicher deutscher Staatsmann. Sein radikaler, unbegrenzter Ehrgeiz ging aus einer radikalen, fast unbegrenzten Reihe von Krisen - militärischer, wirtschaftlicher, kultureller, sozialer und politischer Art - hervor, die Deutschland zwischen 1918 und 1933 erschütterten. Aber Hitlers Außenpolitik entstand natürlich nicht in einem Vakuum.

Auch eine Diktatur muß bis zu einem gewissen Grad die Meinung des Volkes berücksichtigen, sonst läuft sie Gefahr, von innen heraus untergraben oder gestürzt zu werden. Inwieweit hat Hitlers Politik also die Zustimmung des deutschen Volkes gefunden? Kein Zweifel besteht daran, daß einer der Faktoren, der den Nazis 1932/33 die Unterstützung von mehr als einem Drittel der Wählerschaft einbrachte, ihr Versprechen war, Deutschland wieder groß zu machen. Aber das war nicht viel mehr als vage, wenn auch vehemente Rhetorik.

Wie steht es um die eigentliche Politik?

Hier galt es, sich im Wesentlichen mit zwei zentralen Teilen des deutschen Meinungsbildes auseinanderzusetzen. Der erste Teil wurde von den höchsten Militäroffizieren vertreten, den Männern, die jede Entscheidung über einen Kriegseintritt umsetzen mußten. Sie waren bereits im Vorfeld der deutschen Annexion Österreichs im März 1938 nervös gewesen.

Das Zögern einiger von ihnen hatte Hitler veranlaßt, sie im Monat vor der Invasion zu ersetzen. Und die Tschechen waren ein weitaus härterer Brocken. Sie waren zweifellos und mit überwältigender Mehrheit gegen einen deutschen Angriff, sie hatten eine gut ausgebildete und gut ausgerüstete Armee, und sie besaßen ausgezeichnete Verteidigungslinien.

Während die Briten und Franzosen eine Annexion Österreichs mehr oder minder tolerierten, war die Tschechoslowakei formell mit Frankreich verbündet, und es bestand eine reelle Möglichkeit, daß die Briten die Franzosen unterstützten, um den Tschechen zu Hilfe zu kommen. Im Verlauf der Münchener Krise im September 1938 wurden in Großbritannien in der Tat umfangreiche Kriegsvorbereitungen getroffen, einschließlich der Evakuierung von Kindern aus den Großstädten und der Ausgabe von Gasmasken an die Daheimgebliebenen.

Dies löste unter den deutschen Generälen große Beunruhigung aus. Der Generalstabschef der deutschen Wehrmacht Ludwig Beck sagte, die deutsche Wiederbewaffnung habe noch nicht den Punkt erreicht, an dem er hoffen könne, einen Krieg gegen die vereinte Macht der Briten und Franzosen zu gewinnen.

Von einem wütenden Hitler am 18. August 1938 zum Rücktritt gezwungen, wurde Beck von Franz Halder, einem Mann mit ähnlichen Ansichten abgelöst, der die Unterstützung einer Reihe weiterer Offiziere und Beamter, insbesondere im Auswärtigen Amt, gewann. Sie schmiedeten Pläne für einen Staatsstreich, der mit der Verhaftung und Inhaftierung Hitlers beginnen und zur Errichtung eines Militärregimes führen sollte. Diese Männer mißbilligten nicht die Idee der Invasion und Annexion der Tschechoslowakei an sich, sie dachten nur, Hitler würde dies versuchen, bevor die Wehrmacht dazu bereit war.

Als Chamberlain also das Münchner Abkommen vermittelte und die Tschechoslowakei ohne jede bewaffnete Intervention zerstückelt wurde, waren die Verschwörer gezwungen, ihre Pläne aufzugeben. Viele von ihnen waren dann im Juli 1944 in das Hitler-Attentat involviert und bezahlten ihre Beteiligung mit dem Leben. Hitlers außenpolitische Erfolge konnten ihre Zweifel jedoch vorerst ausräumen.

Bis September 1939 glaubten skeptische Wehrmachtsoffiziere sogar, daß Polen mit seinen tapferen, aber maroden und schlecht ausgerüsteten Streitkräften leicht zu besiegen sein würde, viel leichter als es seinerzeit die Tschechen gewesen wären. Sie waren zuversichtlich, daß ein weiteres Jahr an kopfloser Wiederbewaffnung ihnen genügend Kraft geben würde, um die Briten und Franzosen zu besiegen, falls sie sich entschließen sollten, einzugreifen.

Letztendlich dachten sie, genau wie Hitler, daß Großbritannien und Frankreich nicht eingrei-

fen, denn bei so vielen Gelegenheiten zuvor hatten sie beiseitegestanden oder versucht, eine friedliche Lösung auszuhandeln, und dasselbe würde sicherlich auch für Polen gelten, wie es in der Tat beinahe der Fall war.

Der zweite Teil des Meinungsbildes in Deutschland, das der Bevölkerung insgesamt, war weit von einer überwiegenden Kriegsbefürwortung entfernt. Wie in Großbritannien waren die meisten Menschen zutiefst beunruhigt, ja sogar ängstlich angesichts der Aussicht auf einen weiteren europäischen Krieg. Geheimagenten, die der im Exil befindlichen deutschen sozialdemokratischen Parteiführung in Prag über die Stimmung im Volk berichteten, gaben zu verstehen, daß während der Remilitarisierung des Rheinlandes, die mit Vorbereitungen für den Luftschutz in ganz Deutschland einherging, "die Menschen sehr aufgewühlt sind. Sie haben Angst vor einem Krieg".

Ähnliche Befürchtungen äußerten die Deutschen angesichts der österreichischen Krise im März 1938, wohingegen der Sicherheitsdienst des Reichsführers SS in seinen Überwachungsberichten im Laufe der langwierigen Krise zur Tschechoslowakei eine weitverbreitete "Kriegspsychose", wie sie es nannten, registrierte. Sozialdemokratische Agenten berichteten, daß "nirgendwo eine Begeisterung für den Krieg zu finden ist ... Wenn es zu einem Krieg kommt, wird dieser Krieg in Deutschland äußerst unpopulär sein".

Was die Deutschen im Wesentlichen wollten, und das galt für Deutsche fast aller Klassen und politischer Couleur, war die Wiederherstellung deutscher Größe ohne Blutvergießen. Und das ist natürlich immer wieder genau das, was ihnen Hitler gab. Jedes Mal, wenn sie befürchteten, daß ein Krieg ausbrechen würde, ob 1935 wegen der Wehrpflicht, 1936 wegen des Rheinlandes, 1938 wegen Österreich und der Tschechoslowakei, brach er nicht aus. Mit jedem dieser Siege nahm Hitlers Popularität noch weiter zu. Die deutsche Propaganda, die deutschen Medien, die deutsche Bildung waren von Anfang an darauf ausgerichtet, die Deutschen auf den Krieg vorzubereiten und für den Krieg zu begeistern.

Heldentum, Selbstaufopferung, Mut, Aggressivität - all das wurde den Deutschen jeden Alters und jeder Klasse eingetrichtert. Aber diese massive Indoktrination zeigte nicht die gewünschte Wirkung. Einige der jüngeren Generationen, die außer dem Leben unter den Nazis kaum etwas anderes gekannt hatten, wurden beeinflusst, aber die große Mehrheit, insbesondere diejenigen, die den Ersten Weltkrieg mitgemacht hatten, stand einem weiteren großen militärischen Konflikt besorgt gegenüber.

Im August und September 1939 war es genau dasselbe. Der amerikanische Reporter William L. Shirer war auf den Straßen Berlins, als der Krieg erklärt wurde, und suchte die jubelnde Menge, die am 1. August 1914 die Hauptplätze und Durchgangsstraßen bevölkert hatte. Er fand nur stille, leere Straßen und allgemeines "Erstaunen (und) Niedergeschlagenheit" in den Gesichtern der Menschen, denen er begegnete.

Überwachungsberichte registrierten eine allgemeine "Mutlosigkeit" in der Bevölkerung. Die Stimmung war daher zu Beginn des Krieges überall eher verhalten und besorgt als euphorisch oder aggressiv. Bald jedoch sollte sich all dies ändern; und ich werde diesen Stimmungswandel in Deutschland und die Gründe dafür in meinem nächsten Vortrag untersuchen.

Redaktionelle Anmerkung: Dieser Text erschien zuerst unter dem Titel "Hitler and the origins of the war, 1919-1939". Er wurde von Max Stadler vom ehrenamtlichen Rubikon-Übersetzungsteam übersetzt und vom ehrenamtlichen Rubikon-Korrektoratteam lektoriert.<<

Das Webmagazin "CHRISTLICHES FORUM" berichtete am 22. Oktober 2020 (x1.004):

>>Von Napoleons einstigem Impfprogramm zur globalen Impfidologie von Bill Gates

Von Inge M. Thürkauf

Impfungen sind keine Therapien erst in der heutigen Zeit. Die Geschichte der Schutzimpfung war früher verknüpft mit der Vorbeugung gegen Pocken - und Pockenerkrankungen sind schon seit Jahrtausenden bekannt.

Die an mehreren Stellen des Alten Testaments als ... Pustel, Geschwür bezeichnete Seuche wurde von Medizinhistorikern mit Pocken in Verbindung gebracht, z.B. das Leiden Hiobs in Kapitel 2, 7, wo es heißt: *"Als bald ging der Satan von dem Angesicht des Herrn hinweg und schlug Job mit einem bössartigen Geschwür von der Fußsohle bis zum Scheitel."*

Auch die sechste ägyptische Plage gilt als Beschreibung einer Pockenepidemie: *"... denn es sollen Geschwüre entstehen an Menschen und Vieh, und aufbrechende Beulen, im ganzen Lande Ägypten"* (Exodus 9, 9). In asiatischen Ländern war es seit Jahrhunderten üblich, gesunde Personen zu infizieren durch die Inokulation, also das Animpfen des Sekrets aus den Pusteln von Pocken, worauf sie meistens leicht erkrankten und für ihr weiteres Leben vor den Pocken geschützt waren.

Wie der österreichische Arzt, Dr. Johann Loibner in einem Vortrag ausführte, gab es in Europa vom 17. bis ins 19. Jahrhundert Pockenepidemien. Damals galt die Meinung: Wenn man die Pocken überstanden hat, gehört man zu den Lebenden. Das russische Infanterieregiment Litauen hat nur pockennarbige Männer in sein Regiment aufgenommen: von ihnen erwartete man aufgrund ihrer starken, robusten Natur eine bessere Durchhaltekraft im Kriegseinsatz.

Die osmanischen Sklavenhändler haben ihre noch jungen Sklaven zuerst gegen Pocken geimpft. Man hat ihnen die Haut aufgeritzt, von pockenkranken Menschen die Bläschen entnommen und aufgetropft, darin bestand das damalige Impfen. Für jene, die diese Prozedur überstanden haben, erhielten die Sklavenhändler einen höheren Preis. Einige haben sie nicht überstanden, aber da es sich um Sklaven handelte, zählten diese Menschenleben ohnehin nicht.

Einer, der diese Impfmethode auf seiner Expedition nach Ägypten beobachtet hat, war Kaiser Napoleon (1769-1821). Diese Art der Menschengeschichte imponierte ihm. Er hat daher angeordnet, Kinder und Jugendliche, vor allem aber seine Soldaten durchimpfen zu lassen. Ungefähr 80-95 % haben das Prozedere überlebt, doch ca. 5 % sind daran gestorben. Die Überlebenden erhielten ein Impfzeugnis als Bescheinigung, gegen Pocken immun zu sein und daher würdig, einen Staatsposten oder einen einträglichen Posten beim Militär zu erhalten.

Napoleon ordnete an, daß Kinder, Soldaten und alle andern Franzosen zwangsgeimpft werden sollen. Seinem Beispiel folgten darauf die meisten anderen Fürsten in Europa. Von Maria Theresia weiß man, daß sie ihre eigenen Kinder impfen ließ, wobei zwei aufgrund dieser Impfung starben. Dem Imperator jedoch diente Impfen als Mittel zur Auslese.

Er wollte eine gesunde Armee und diese hatte er durch seine Impfaktionen erhalten. Kranke und Schwache überlebten diese Eingriffe allerdings nicht. "A Gsunder hält's aus", floskeln die Bayern. Von Charles Darwin ist uns überliefert: *The survival of the fittest - Der Tüchtigste überlebt* oder wie es aus evolutionsbiologischer Sicht richtigerweise heißen sollte: der Geeignetste überlebt.

Was hat nun das Impfprogramm Napoleons mit der seit Beginn des Jahres kursierenden Corona-Welle zu tun?

Durch den sogenannten Lockdown werden wir mit wissenschaftlich, medizinisch und menschlich überzogenen Maßnahmen bedrängt, die - wie uns der bayrische Ministerpräsident Markus Söder in einem BR 3-Interview wiederholt versichert hat - nur gelockert werden können, wenn ein geeigneter Impfstoff vorliegt - kommt er nicht, dann bleibt der Ausnahmezustand.

Besonders verstörend ist die Drohung Söders, Ärzten, die ihre Patienten nicht impfen wollen und ihnen gar "Unbedenklichkeitsbescheinigungen" für einen Verzicht auf Impfungen ausstellten, die Approbation zu entziehen. Wenig bekannt ist, daß die Bundesregierung bereits für alle Bundesbürger Impfdosen bestellt hat. Warum sollte sie diese anschaffen, wenn nicht mit der Absicht, sie auch anzuwenden zu lassen?

Zum Thema Impfen hat der Gründer des weltbekannten Unternehmens Microsoft, Bill Gates,

ganz konkrete Ideen. Gates gilt als der Welt zweitreichster Milliardär. In einem Vortrag hat er seine Pläne offen und mit einer kaum verhüllten Unverfrorenheit dargelegt, daß man sich fragt, von wem dieser Mann gesteuert ist, vor allem, falls es sich herausstellt, daß Gates ein Enzym, das die Impfung lesbar macht, lange nachdem das Opfer injiziert wurde, Luciferase nennt?

In seinem Vortrag erklärte er einem zahlreichen Publikum, daß die Weltbevölkerung von "heute 6,8 Milliarden Menschen Richtung 9 Milliarden" wächst. "Wenn wir gute Arbeit leisten bei den neuen Impfstoffen, inklusive Gesundheitsversorgung und Familienplanung etc., können wir sie (die Wachstumsrate der Bevölkerung) um 10 oder 15 % reduzieren" (*Quelle: https://www.youtube.com/watch?v=WUJMR3BUm2s&feature=emb_logo*).

Im Interview mit den Tagesthemen am 12.4.2020 machte Gates deutlich, daß der zu entwickelnde Impfstoff "letztendlich sieben Milliarden Menschen" verabreicht werden soll, und daß wir zur Normalität vor Corona erst dann zurückkehren können, "wenn wir entweder ein Wundermittel gefunden haben, das in 95 % der Fälle hilft, oder wenn wir einen Impfstoff entwickelt haben" (*Quelle: tagesschau.de, Gates über Corona-Impfstoff: "Es braucht eine globale Anstrengung", 12.04.2020*).

Bill Gates entscheidet also für uns und für die ganze Welt, wann die Normalität (als "neue Normalität"?) zurückkommt. Dabei ist ihm bewußt, daß bei der Durchimpfung von sieben Milliarden bei jedem zehntausendsten Menschen schwerwiegende Impfbeeinträchtigungen zu erwarten sind, er rechnet daher (offensichtlich planvoll einkalkuliert) mit ca. 700.000 Geschädigten. Allerdings - so in einem CNBC-Interview - halte er es für sinnvoll, wenn die Regierungen die Entschädigungen für die Impfpfopfer übernehmen würden (*Quelle: youtube.com, CNBC Television: Bill Gates explains the work his foundation is doing to combat coronavirus, 9.4.2020, in ExpressZeitung Nr. 33/2020, S. 47*).

In der Person von US-Senator Robert F. Kennedy Jr., Neffe des ehemaligen Präsidenten John F. Kennedy, hat Bill Gates einen kompetenten Kritiker gefunden. Am 9. April veröffentlichte Senator Kennedy jr. eine aufrüttelnde Erklärung über die menschenverachtenden Methoden der angeblich wohltätigen Gates-Stiftung, denen vor allem Kinder in Entwicklungsländern zum Opfer fallen, weil in abgelegenen Regionen fernab von öffentlicher Kontrolle neue Impfstoffe an jungen Menschen ausprobiert werden, als seien sie Versuchskaninchen.

Impfstoffe, so Robert Kennedy, seien für Bill Gates Teil seiner Wohltätigkeits-Aktivitäten, ein globales, biometrisches Impf-Identifikationsprogramm zu kontrollieren, was ihm eine diktatorische Kontrolle über die globale Gesundheitspolitik geben würde. Diese Impfstoff-Besessenheit scheint von seiner messianischen Überzeugung angetrieben zu werden, "die Welt mit Technologie zu retten und von einer gottähnlichen Bereitschaft, mit dem Leben geringerer Menschen zu experimentieren." (*Quelle: <https://uncut-news.ch/2020/04/09/robert-f-kennedy-jr-findet-klare-worte-zu-bill-gates/>*).

Eine Impfung ist rein rechtlich gesehen ein Eingriff in das Grundrecht der körperlichen Unversehrtheit, d.h. eine Körperverletzung. Aus diesem Grunde haben die Behörden im Rechtsstaat erhebliche Probleme, eine Zwangsimpfung durchzusetzen. Man wird deshalb alles unternehmen, um die Bevölkerung zu einer "freiwilligen" Impfung zu bewegen.

Bei der Masern-Impfung funktioniert dieses System schon: Kinder, die nicht geimpft sind, werden nicht in den Kindergarten oder in eine höhere Schule aufgenommen - die Zustimmung zur Impfung erfolgt dann ganz "freiwillig". Und was die Corona-Impfung betrifft, so könnte damit gedroht werden, daß Nicht-Geimpfte eben nicht mehr einkaufen, verreisen oder zur Arbeit gehen dürfen.

Wir stehen am Anfang einer Zeitenwende, deren Tragweite wir schwer überblicken können und deren Konsequenzen für unser aller Leben noch kaum vorstellbar sind.

Vielleicht will uns Gott bis an den Rand der Verlassenheit bringen, damit wir den Glauben an

IHN wiederfinden, denn bevor wir nicht zu IHM zurückkehren und IHN als die höchste Autorität anerkennen, werden wir aus keiner Krise, wie immer wir sie auch nennen mögen, gerettet werden können.

Unsere Autorin Inge M. Thürkauf ist Theaterschauspielerin und katholische Publizistin; sie lebt im Schwarzwald<<

Die Wochenzeitung "JUNGE FREIHEIT" berichtete am 30. Oktober 2020: >>"Angesichts der Corona-Epidemie könnten auch die liberalen Demokratien ihre Abneigung gegen die Überwachung ihrer Bürger ablegen. Eine 24-Stunden-Kontrolle ist in unserer zunehmend digitalen Welt überhaupt kein Problem mehr. ... Ich habe die Befürchtung, daß die totale Kontrolle eine Folge der Corona-Krise werden könnte. Viele Dinge, die im Westen noch vor einem Jahr undenkbar waren, sind durch die Pandemie nun auch dort plötzlich akzeptabel geworden. Die totalitäre Versuchung ist in Zeiten von Corona groß." (Yuval Noah Harari, israelischer Historiker, auf "t-online" am 23. Oktober)<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "COMPACT" 10/2020 berichtete im Oktober 2020: >>Warum der Friedensvertrag ausblieb

_ von Michael Wolski

Nachdem die Mauer 1989 gefallen war, begannen zügig Verhandlungen mit den Siegermächten über die Ausgestaltung der deutschen Einheit. Gorbatschow war kooperativ - aber an einem Punkt mußte er ein für Moskau gefährliches Leck abdichten, das Stalin verursacht hatte.



Ein Fototermin für die Geschichtsbücher: Gorbatschow, Kohl und Genscher im Juli 1990 im Kaukasus. Foto: Picture alliance/dpa

Für die Sowjetunion gab es bei einer Wiedervereinigung Deutschlands ein Problem. Sie hatte 1939 mit dem Deutschen Reich zwei Verträge geschlossen, die bei Wiederherstellung des Völkerrechtssubjekts Deutschland wieder Rechtsgültigkeit erlangen würden: den Nichtangriffspakt vom 23. August 1939 (Hitler-Stalin-Pakt) und den Deutsch-Sowjetischen Grenz- und Freundschaftsvertrag vom 28. September 1939.

Nachdem die Deutschen am 1. September 1939 Polen überfielen, besetzten und die mit den Sowjets vereinbarte Demarkationslinie erreicht hatten, reklamierte die Sowjetunion jene Gebiete Polens und Litauens für sich, die sie nach der Niederlage im Krieg gegen Polen 1919-21 hatte abtreten müssen. Damals waren auch litauische Gebiete an Polen gefallen, Stichwort Curzon-Linie.

Sprengratz Königsberg

Beide Verträge hatten geheime Zusatzprotokolle, die - so glaubten die Sowjets - nur ihnen bekannt waren. Denn 1945 hatte eine Spezialeinheit der Roten Armee alle wichtigen Dokumente in Berlin erbeutet, darunter auch die deutschen Originale des Nichtangriffspaktes und des Freundschafts- und Beistandsvertrages nebst den Geheimprotokollen.

In der Nacht des 9. November 1989 kletterten hunderte Menschen auf die Mauer am symbolträchtigen Brandenburger Tor. Offiziell eröffnet wurde der Übergang jedoch erst am 22. Dezember.

Was man in Moskau nicht wußte: Ein amerikanischer Agent hatte schon 1939 im Auswärtigen Amt in Berlin die Verträge und Geheimprotokolle mit seiner Leica fotografiert, seither lagerten die Filme im Archiv des State Department. International bekannt waren jedoch lediglich die Verträge, aber nicht die Zusatzprotokolle. Besonders brisant:

Unter den Geheimprotokollen war auch die "Beschreibung des Verlaufs der Staatsgrenze der UdSSR und der Staats- und Interessengrenze Deutschlands". Wollte also die Sowjetunion das von ihr im April 1946 annektierte und in ihr Staatsgebiet einbezogene Königsberg (Kaliningrad) in Ostpreußen - im Gegensatz zu den Beschlüssen der Alliierten im Potsdamer Abkommen - dauerhaft behalten, mußte sie 1990:

1. mit den Westalliierten, die 1946 gegen die Einbeziehung Königsbergs in das sowjetische Staatsgebiet durch Stalin protestiert hatten, eine einvernehmliche Lösung finden,
2. beide Verträge und das Protokoll zur "Beschreibung des Verlaufs der Staatsgrenze der UdSSR und der Staats- und Interessengrenze Deutschlands" für ungültig erklären, um mögliche spätere territoriale Forderungen des wiedervereinigten Deutschlands zu Königsberg auszuschließen,
3. den Abschluß eines Friedensvertrages mit Deutschland vermeiden, denn dieser würde nach dem Potsdamer Abkommen eine Entscheidung erforderlich machen, was mit dem zeitweilig und treuhänderisch verwalteten Königsberg geschehen solle.

Das Problem Moskaus unter dem seit 1985 im Amt befindlichen Generalsekretär Michail Gorbatschow war, daß bis Ende 1988 die Existenz von geheimen Zusatzprotokollen oder kartographierten Grenzziehungen zu den (bekannten) Verträgen von allen bisherigen Regierungen der Sowjetunion geleugnet worden war. Man hatte in Moskau angeblich über 40 Jahre in den Archiven gesucht, nichts gefunden und die Westmächte immer böswilliger Unterstellungen bezichtigt, wenn sie auf dieses Thema zu sprechen kamen. Die von den Amerikanern erwähnten Kopien der Geheimprotokolle seien eine Fälschung, um die Friedenspolitik der UdSSR zu verleumden.

Gorbatschow bestätigte gegenüber Kanzler Helmut Kohl die Existenz der sowjetisch-deutschen Geheimprotokolle von 1939 erst im Juni 1989 anlässlich seines Besuchs in Bonn. Aber auch er leugnete noch den Besitz der sowjetischen Originale der geheimen Protokolle. Allerdings mußte er sie nach seinem Sturz Ende 1991 an den neuen starken Mann Boris Jelzin aushändigen, der sie dann 1992 veröffentlichte.

Das Tabu von Nürnberg

Um zu verstehen, wie brisant für die Sowjetunion dieses Thema seit Kriegsende und besonders 1990 war, werfen wir einen Blick zurück ins Jahr 1946.

Nürnberger Prozeß, 25. März 1946: Der Verteidiger von Rudolf Heß wollte die Eidesstattliche Versicherung des Leiters der Rechtsabteilung des Auswärtigen Amtes zur Existenz der Geheimprotokolle des Hitler-Stalin-Pakts von 1939 vorlegen und diese Protokolle auch bekanntmachen - zur Entlastung seines Mandanten. Der sowjetische Ankläger Roman Andrejewitsch Rudenko veranlaßte, daß beide Anträge vom Gericht zurückgewiesen wurden. Lew Besymenski, ein bekannter sowjetischer Historiker, beschrieb in einem Bericht die Gründe, warum diese Rückweisung 1946 geschehen konnte.

Im Artikel "Niemand kann uns überführen" (*Der Spiegel*, 14.1.1991) wird er über den Ablauf

des Machtkampfes zitiert, der bis 1989 in der KPdSU um die Anerkennung der Existenz der Geheimprotokolle tobte: "Gemäß der Archivadokumentation stellte sich den Anklägern schon bei der Prozeßvorbereitung die heikle Frage: Was geschieht, wenn die Angeklagten die für alle vier Alliierten unerwünschten Fragen ins Spiel bringen?"

Auf Initiative der USA und Englands, von der Sowjetunion und Frankreich später unterstützt, wurde am 9. November 1945 beschlossen, daß "politische Ausfälle" der Nürnberger Angeklagten gegen die Siegermächte nicht zugelassen werden dürften. Stalin bestimmte daraufhin neun Komplexe, zu denen keine Fragen seitens der Verteidiger in Nürnberg genehmigt werden sollten:

1. Das Verhältnis der UdSSR zum Versailler Vertrag.
2. Der sowjetisch-deutsche Nichtangriffspakt von 1939 und alle Fragen, die irgendeine Beziehung dazu haben.
3. Molotows Besuch in Berlin, Ribbentrops Besuche in Moskau. (Die Verhandlungen der Außenminister beider Staaten.)
4. Fragen, die mit dem gesellschaftspolitischen System der UdSSR zusammenhängen.
5. Die baltischen Sowjetrepubliken.
6. Die sowjetisch-deutsche Vereinbarung über den Austausch der deutschen Bevölkerung Lettlands, Litauens und Estlands mit Deutschland.
7. Die Außenpolitik der Sowjetunion und, en détail, die Themen der Meerengen (im Schwarzen Meer) und angeblicher territorialer Ansprüche der UdSSR.
8. Die Balkanfrage.
9. Sowjetisch-polnische Beziehungen (die Probleme Westukraine und Westbelorußland)."

Die Amerikaner, im Besitz von Kopien der geheimen Protokolle, begriffen offensichtlich aber erst zu diesem Zeitpunkt, im Winter 1945, welche Sprengkraft darin steckte - weil Moskau Fragen dazu verboten hatte. Aber da waren die Verträge in Jalta und Potsdam schon unterschrieben worden. ... Stalin hatte die Westmächte über den Tisch gezogen. Im Kalten Krieg dann die Retourkutsche: Washington und London erinnerten die Sowjetunion bei passenden Gelegenheiten immer mal wieder daran, daß es die Geheimprotokolle gab und man sie genau kannte.

1990 kamen die Probleme und Widersprüche, die zwischen den Siegermächten 1945 notdürftig kaschiert worden waren, wieder auf die Tagesordnung. Die in der "Mitteilung über die Dreimächtekonferenz von Berlin" im Amtsblatt des Kontrollrats genannten Beschlüsse der Potsdamer Konferenz waren völkerrechtlich kein bindender Vertrag. Das von der UdSSR eroberte deutsche Gebiet (Königsberg) stand nur unter ihrer zeitweiligen und treuhänderischen Verwaltung, und zwar vorbehaltlich bis zu dem Zeitpunkt, wenn es im Zuge eines Friedensvertrages zu einer endgültigen Bestimmung der territorialen Fragen kommen würde.

Die Feindstaatenklauseln sind bis heute Bestandteil der UN-Charta.

In der "Mitteilung über die Dreimächtekonferenz von Berlin" heißt es wörtlich: "VI. Stadt Königsberg und das anliegende Gebiet: Die Konferenz prüfte einen Vorschlag der Sowjetregierung, daß vorbehaltlich der endgültigen Bestimmung der territorialen Fragen bei der Friedensregelung derjenige Abschnitt der Westgrenze der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken, der an die Ostsee grenzt, von einem Punkt an der östlichen Küste der Danziger Bucht in östlicher Richtung nördlich von Braunsberg - Goldap und von da zu dem Schnittpunkt der Grenzen Litauens, der Polnischen Republik und Ostpreußens verlaufen soll.

Die Konferenz hat grundsätzlich dem Vorschlag der Sowjetregierung hinsichtlich der endgültigen Übergabe der Stadt Königsberg und des anliegenden Gebietes an die Sowjetunion gemäß der obigen Beschreibung zugestimmt, wobei der genaue Grenzverlauf einer sachverständigen Prüfung vorbehalten bleibt. Der Präsident der USA und der britische Premierminister haben erklärt, daß sie den Vorschlag der Konferenz bei der bevorstehenden Friedensregelung

unterstützen werden."

Die Geheimnisse von Jalta

Die Beschlüsse von Potsdam waren also nur ein Deal der Alliierten, Deutsche waren ohnedies nicht daran beteiligt. Die zeitweise Verwaltung von Königsberg war eine Entscheidung der Alliierten untereinander. Dem entgegen standen die beiden Abkommen zwischen Deutschland und der Sowjetunion aus dem Jahr 1939, die immer noch geltendes Recht waren.

"Die Forderung nach einem Friedensvertrag konnte also definitiv nicht mehr erhoben werden ..."
Hans-Dietrich Genscher

Außerdem war die Auslegung der im Schloß Cecilienhof gefaßten Beschlüsse selbst unter den Siegermächten umstritten: So widersprachen die Amerikaner und Briten der am 7. April 1946 erfolgten Eingliederung Königsbergs in das sowjetische Hoheitsgebiet kurze Zeit später, da die Annexion im Widerspruch zum Potsdamer Abkommen stünde.

Auch die vorhergehenden Vereinbarungen der Alliierten im Krim-Städtchen Jalta vom Februar 1945 geben zum Knackpunkt Ostpreußen nichts her, was insofern relevant ist, da es in der Mitteilung über die Dreimächtekonferenz von Berlin in Teil III Deutschland hieß: "Das Ziel dieser Übereinkunft bildet die Durchführung der Krim-Deklaration über Deutschland."

Dort finden sich Regelungen zu Polen und den sowjetischen Territorien im Fernen Osten (etwa Kurilen, Sachalin), aber keine Aussagen zu Königsberg. Auch die Fragen zu China sind nicht im offiziellen Protokolltext von Jalta enthalten, während die beabsichtigte Teilung Koreas am 17. Breitengrad öffentlich verkündet wurde. Offensichtlich wurden auf der Krim mehrere geheime Zusatzprotokolle beschlossen, die bis heute nicht veröffentlicht worden sind.

In Jalta wurden auch der Entwurf der UN-Charta und der Beginn der Verhandlungen zur Gründung der Vereinten Nationen auf den 25. April 1945 festgelegt. Die Feindstaatenklauseln - die sich gegen Deutschland, Japan und andere Achsenmächte richteten - sind bis heute Bestandteil der UN-Charta und ermöglichen es UN-Mitgliedstaaten, ohne Beschluß des Sicherheitsrats in diesen Ländern zu intervenieren, falls von diesen eine - nicht näher definierte - Kriegsgefahr ausgehe.

Wie brisant die geheimen Dokumente von Jalta auch noch 35 Jahre später für die Sowjetunion waren, zeigt eine Drohung des damaligen US-Sicherheitsberaters Zbigniew Brzezinski im Jahre 1980. Als die Krise in Polen Erinnerungen an den sowjetischen Einmarsch in der Tschechoslowakei 1968 weckte, erklärte er, im Falle einer sowjetischen Intervention sollten die USA "an die öffentliche Aufkündigung der Abkommen von Jalta denken".

Ziemlich beste Freunde

In der ersten Hälfte des Jahres 1989 droht Gorbatschow Honecker erstmals erstaunlich exakt jene politischen Unruhen an, die sich wenige Monate später tatsächlich entfalten sollten. Der Inhalt geht aus einer inzwischen freigegebenen Unterrichtung des Bundesnachrichtendienstes an die Bundesregierung vom 5. Juni 1989 hervor: "Jedes Land trage für seine innere Sicherheit die alleinige und ausschließliche Verantwortung: Unter seiner (Gorbatschows) Führung werde die Sowjetunion nicht intervenieren, um eine Partei beziehungsweise Obrigkeit vor unzufriedenen Massen zu schützen."

Zwei plus vier gleich fünf

In den geheimen Krim-Protokollen waren vermutlich die Bedingungen zur Dauer der Verwaltung des von der Sowjetunion eroberten deutschen Gebiets definiert oder bereits ein Junktim im Falle der endgültigen Übergabe in Aussicht gestellt. Aber im veröffentlichten Teil der damaligen Vereinbarungen finden sich keine Aussagen zur Treuhänderschaft über Territorien. Auch auf der Potsdamer Konferenz wurden nur allgemeine Regelungen (siehe oben) beschlossen und im Passus XI. festgehalten:

"Die Konferenz prüfte einen Vorschlag der Sowjetregierung hinsichtlich einer Treuhänderschaft über Territorien, wie sie in dem Beschluß der Krim-Konferenz und in der Charta der

Vereinten Nationen definiert sind." Auch 1990, bei den Zwei-plus-Vier-Verhandlungen zur deutschen Einheit, waren die Beschlüsse der Potsdamer Konferenz, mit Ausnahme der Grenzziehung Deutschland-Polen, kein öffentliches Thema - man hatte sich offenbar schon vorher hinter den Kulissen geeinigt.

Bei der Wiedervereinigung blieben fast alle Festlegungen der Potsdamer Konferenz unberücksichtigt.

Der damalige deutsche Außenminister Hans-Dietrich Genscher schrieb dazu in seinen Erinnerungen: "Die mir nicht unwillkommene Debatte nutzte ich dazu, das stillschweigende Einverständnis der Vier (Alliierte Siegermächte), es werde keinen Friedensvertrag und keine friedensvertragsähnliche Regelung mehr geben, offenkundig zu machen. Die Bundesregierung schließt sich der Erklärung der vier Mächte an und stellt dazu fest, daß die in der Erklärung der vier Mächte erwähnten Ereignisse und Umstände nicht eintreten werden, nämlich daß ein Friedensvertrag oder eine friedensvertragsähnliche Regelung nicht beabsichtigt sind."

Für das Protokoll erklärte der französische Außenminister, der den Vorsitz führte: "Ich stelle Konsens fest." Genscher kommentiert: "Damit war einvernehmlich niedergelegt, daß weder das Potsdamer Abkommen noch die Pariser Verträge der alten Bundesrepublik mit den drei Westmächten in Zukunft als Grundlage für die Forderung nach einem Friedensvertrag dienen konnten. Die Forderung nach einem Friedensvertrag konnte also definitiv nicht mehr erhoben werden - damit war uns auch die Sorge vor unübersehbaren Reparationsforderungen von den Schultern genommen."

Die einzige bei den Zwei-plus-Vier-Verhandlungen übernommene Festlegung der Potsdamer Konferenz war die Anerkennung der deutsch-polnischen Grenze, wie sie schon 1945 fixiert worden war, also der Oder-Neiße-Linie. Der am 12. September 1990 abgeschlossene und 1991 ratifizierte "Vertrag über die abschließende Regelung in Bezug auf Deutschland" bezog sich dann auch folgerichtig in der Präambel nur allgemein auf die Rechte der vier Mächte, ohne explizit die alliierten Beschlüsse von Jalta oder Potsdam und die darin benannten, bis zur Friedensregelung noch offenen territorialen Fragen zu erwähnen. Moskau bereinigte parallel die aus dem Jahr 1939 resultierenden völkerrechtlichen Unwägbarkeiten:

Um auszuschließen, daß das wiedervereinigte Deutschland als Rechtsnachfolger des Deutschen Reiches später einmal territoriale Ansprüche auf Königsberg erhebt, mußten der Nichtangriffspakt und der Grenz- und Freundschaftsvertrag mit ihren geheimen Protokollen, etwa die "Beschreibung des Verlaufs der Staatsgrenze der UdSSR und der Staats- und Interessengrenze Deutschlands", für nichtig von Anfang an erklärt werden. Diese Aufgabe erfüllte der Volksdeputiertenkongreß - seit 1988 höchstes gesetzgebendes Organ der UdSSR -, der am 24. Dezember 1989, keine sieben Wochen nach dem Berliner Mauerfall, zusammentrat.

Eine vertane Chance

Damit war das Königsberg-Problem vom Tisch, jedenfalls für die beteiligten Staaten und Regierungen. Doch zumindest bestimmte Kreise in Moskau müssen das anders gesehen haben. Bezeichnend ist das vom Spiegel im Mai 2010 kolportierte Angebot eines sowjetischen Generals an den Leiter der politischen Abteilung der deutschen Botschaft in Moskau vom Juli 1990, auch das Gebiet um Königsberg und Umgebung mit in die noch laufenden Verhandlungen zur deutschen Einheit einzubeziehen.

Dieses Angebot muß im Zusammenhang mit der - wenige Wochen vorher - erklärten Unabhängigkeit der baltischen Staaten gestanden haben, wodurch die Sowjetunion keinen Landzugang mehr zu Kaliningrad hatte, die Stadt also eine Exklave der russischen Sowjetrepublik und damit für Moskau ein ständiges Zuschußobjekt werden würde. Die Antwort des Bonner Beamten: "Bei der Vereinigung gehe es um die Bundesrepublik Deutschland, die DDR und das ganze Berlin." Wenn die Sowjetunion "Probleme mit der Entwicklung des nördlichen Ostpreußens habe, so sei das ihre Sache". Im Klartext: Die Bundesregierung zeigte Moskau

die kalte Schulter.

_ gekürzter und redigierter Auszug aus Michael Wolskis Buch "1989. Mauerfall Berlin - Zufall oder Planung?" (Berlin 2019, 154 Seiten ...) ...<<

Der schweizerische Internetsender "Klagemauer.tv" berichtete am 8. November 2020 (x1.000/...): >>Erzbischof deckt "Great Reset" durch Covid-19 auf

... Der ehemalige Apostolische Nuntius in den USA, Vatikandiplomat und Titularerzbischof Carlo Maria Viganò, macht wiederholt von sich reden. Am 26. August 2018 enthüllte er, daß Papst Franziskus über die sexuellen Mißbrauchsfälle an Minderjährigen des Ex-Kardinals Theodore McCarrick schon seit Juni 2013 informiert war und nicht erst seit Juli 2018, als die New York Times darüber berichtete.

Seitdem ist er von seinen Ämtern und Aufgaben suspendiert und lebt im Untergrund. Aus Sicherheitsgründen hält Viganò seinen Aufenthaltsort geheim. Nachdem er sich 2020 mehrmals kritisch zu den Corona-Maßnahmen äußerte, wandte er sich nun Anfang November 2020 in einem offenen Brief an den US-Präsidenten.

Hier einige Auszüge aus dem ins Deutsche übersetzten Brief:

OFFENER BRIEF

An den Präsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika ...

Herr Präsident, Erlauben Sie mir, Sie in dieser Stunde, in der das Schicksal der ganzen Welt durch eine globale Verschwörung gegen Gott und die Menschheit bedroht ist, anzusprechen. Ich schreibe an Sie als Erzbischof, als Nachfolger der Apostel, als ehemaliger apostolischer Nuntius der Vereinigten Staaten von Amerika. ...

Täglich spüren wir, wie sich die Angriffe derjenigen mehren, die die eigentliche Grundlage der Gesellschaft zerstören wollen: die natürliche Familie, die Achtung vor dem menschlichen Leben, die Liebe zum Heimatland, die Freiheit der Bildung und der Wirtschaft. Wir sehen, wie Staatsoberhäupter und religiöse Führer diesem Selbstmord der westlichen Kultur und ihrer christlichen Seele Vorschub leisten, während die Grundrechte der Bürger und Gläubigen im Namen eines gesundheitlichen Notstands verweigert werden, der sich immer mehr als Instrument für die Errichtung einer unmenschlichen, gesichtslosen Tyrannei entpuppt.

Ein globaler Plan mit der Bezeichnung "Great Reset" ist im Gange. Sein Architekt ist eine globale Elite, die die gesamte Menschheit unterwerfen will, indem sie Zwangsmaßnahmen durchsetzt, mit denen die individuellen Freiheiten und die der gesamten Bevölkerung drastisch eingeschränkt werden. In mehreren Ländern wurde dieser Plan bereits genehmigt und finanziert, in anderen befindet er sich noch in einem frühen Stadium. Hinter den Staats- und Regierungschefs der Welt, die Komplizen und Vollstrecker dieses infernalischen Projekts sind, stehen skrupellose Persönlichkeiten, die das Weltwirtschaftsforum und Veranstaltungen wie "Event 201" finanzieren und für ihre Agenda werben.

Der Zweck des Great Reset ist die Einführung einer Gesundheitsdiktatur, die auf die Verhängung libertizider Maßnahmen abzielt, versteckt hinter verlockenden Versprechungen zur Sicherung eines universellen Einkommens und zum Erlaß individueller Schulden. Der Preis für diese Zugeständnisse des Internationalen Währungsfonds ist der Verzicht auf Privateigentum und das Festhalten an einem von Bill Gates in Zusammenarbeit mit den wichtigsten Pharmakonzernen geförderten Impfprogramm gegen COVID-19 und COVID-21.

Abgesehen von den enormen wirtschaftlichen Interessen, die die Befürworter des Great Reset motivieren, wird die Einführung der Impfung mit der Forderung nach einem Gesundheitspaß und einem digitalen Personalausweis einhergehen, mit der sich daraus ergebenden Kontaktverfolgung der Bevölkerung der ganzen Welt. Diejenigen, die diese Maßnahmen nicht akzeptieren, werden in Internierungslagern eingesperrt oder unter Hausarrest gestellt, und ihr gesamtes Vermögen wird konfisziert.

Herr Präsident, ich nehme an, daß Ihnen bereits bekannt ist, daß in einigen Ländern der Great

Reset zwischen Ende dieses Jahres und dem ersten Trimester 2021 aktiviert wird. Zu diesem Zweck sind weitere Lockdowns geplant, die offiziell durch eine angebliche zweite und dritte Welle der Pandemie gerechtfertigt werden. Sie wissen sehr wohl, welche Mittel eingesetzt wurden, um Panik zu säen und drakonische Einschränkungen der individuellen Freiheiten zu legitimieren, die auf raffinierte Weise eine weltweite Wirtschaftskrise provozieren.

Nach den Absichten ihrer Architekten wird diese Krise dazu dienen, eine Rückkehr der Nationen von dem Great Reset unmöglich zu machen und damit einer Welt den letzten Schlag zu versetzen, deren Existenz und Erinnerung vollständig ausgelöscht werden soll.

Aber diese Welt, Herr Präsident, umfaßt Menschen, Zuneigungen, Institutionen, Glauben, Kultur, Traditionen und Ideale: Menschen und Werte, die sich nicht wie Automaten verhalten, die nicht wie Maschinen gehorchen, weil sie mit einer Seele und einem Herzen ausgestattet sind, weil sie durch ein geistiges Band miteinander verbunden sind, das seine Kraft von oben bezieht, von jenem Gott, den unsere Gegner herausfordern wollen, so wie es Luzifer zu Beginn der Zeit mit seinem "non serviam" tat. ...

Bis vor einigen Monaten war es leicht, diejenigen als "Verschwörungstheoretiker" zu verleumden, die diese schrecklichen Pläne anprangerten, von denen wir heute sehen, daß sie bis ins kleinste Detail ausgeführt werden. Niemand hätte bis Februar dieses Jahres gedacht, daß in all unseren Städten Bürgerinnen und Bürger verhaftet werden, nur weil sie auf die Straße gehen, atmen, ihr Geschäft offen halten und am Sonntag in die Kirche gehen wollen. Doch nun geschieht es überall auf der Welt ...

Und während sich die Politiker in ihren Palästen verbarrikadieren und Dekrete wie persische Satrapen verkünden, scheitern die Geschäfte, schließen die Läden, und die Menschen werden daran gehindert, zu leben, zu reisen, zu arbeiten und zu beten. Die katastrophalen psychologischen Folgen dieser Operation sind bereits sichtbar, beginnend mit den Selbstmorden verzweifelter Unternehmer und unserer Kinder, die von Freunden und Klassenkameraden getrennt sind und denen gesagt wird, sie sollen dem Unterricht folgen, während sie zu Hause allein vor dem Computer sitzen. ...

Und doch taucht inmitten dieses düsteren Bildes, dieses scheinbar unaufhaltsamen Vormarschs des "unsichtbaren Feindes", ein Element der Hoffnung auf. Der Feind weiß nicht zu lieben, und er versteht nicht, daß es nicht ausreicht, ein allgemeines Einkommen zu sichern oder Hypotheken zu kündigen, um die Massen zu unterjochen und sie davon zu überzeugen, wie Vieh gebrandmarkt zu werden.

Dieses Volk, das allzu lange die Mißbräuche einer haßerfüllten und tyrannischen Macht erduldet hat, entdeckt wieder, daß es eine Seele hat; es versteht, daß es nicht bereit ist, seine Freiheit gegen die Homogenisierung und Aufhebung seiner Identität einzutauschen; es beginnt den Wert der familiären und sozialen Bindungen, der Bande des Glaubens und der Kultur zu verstehen, die ehrliche Menschen vereinen.

Dieser Great Reset ist zum Scheitern verurteilt, weil diejenigen, die ihn geplant haben, nicht verstehen, daß es immer noch Menschen gibt, die bereit sind, auf die Straße zu gehen, um ihre Rechte zu verteidigen, um ihre Lieben zu schützen, um ihren Kindern und Enkeln eine Zukunft zu geben. Die nivellierende Unmenschlichkeit des globalistischen Projekts wird angesichts des entschlossenen und mutigen Widerstands der Kinder des Lichts kläglich zerbrechen. ... Gott segne die Vereinigten Staaten von Amerika!

Carlo Maria Viganò Titularerzbischof von Ulpiana. Ehemaliger apostolischer Nuntius in den Vereinigten Staaten von Amerika.<<

Die deutsche Autor und Verleger Peter Haisenko berichtete am 13. November 2020 (x1.091/...): >>Willkommen im Corona-Sozialismus!

Der Staat verteilt Geld, als gäbe es kein Morgen. Geld, das er nicht hat und das einfach aus dem Hut gezaubert wird. Wer nicht arbeiten kann oder darf, erhält trotzdem Geld aus der gro-

ßen Gießkanne. Wie viel das ist, bestimmt der Staat. So etwa haben sich das früher Kommunisten als Idealzustand vorgestellt.

In der jungen Sowjetunion wurde propagiert: "Jeder tut was er kann und erhält, was er braucht."

Ein schöner, griffiger Traum, der von idealen Menschentypen ausgeht, frei von Neid und Gier. Wir wissen, daß das nicht so recht funktionieren wollte. Das große Problem dabei war und ist, wer darüber bestimmen darf, wer was "kann" und "braucht". Da waren manche etwas "gleicher" als andere. Mit Corona gilt jetzt etwas abgewandelt: Jeder arbeitet, wenn er darf und wenn er nicht darf, erhält er, was er braucht.

Das gilt seit einem guten halben Jahr und es hat sich gezeigt, daß es wieder der Staat ist, der in gewisser Willkürlichkeit darüber bestimmt, wessen Bedürfnisse in welchem Ausmaß mit Geldzuwendungen befriedigt werden. In jedem Fall gilt, daß die praktizierten Verfahren alle herkömmlichen Regeln der Ökonomie ad absurdum führen.

Kommunistisch oder sozialistisch: Der Unterschied ist Etikettenschwindel

Alle kommunistischen Machtübernahmen liefen nach demselben Muster ab. Die "Reichen" wurden enteignet und die Beute wurde im Volk verteilt. Das führte zur sofortigen Verbesserung der Situation für die "einfachen Leute" und die Revolution wurde getragen von allgemeiner Euphorie. Sobald die Beute aber aufgebraucht war, früher oder etwas später, kam die Ernüchterung. Da war es aber zu spät. Das brutale Machtssystem der Kommunisten war installiert. Wer da noch wagte zu opponieren, wurde eingesperrt, "umerzogen" oder gleich erschossen. Wie lange es bis zur Ernüchterung dauerte, war bestimmt von der Höhe des vorhandenen "Reichtums" und vom allgemeinen Niveau der Grundversorgung.

In diesem Sinn ist absehbar, daß es in unserer Welt des allgemeinen Überflusses ziemlich lange dauern wird, bis nach einem sozialistischen Raubzug die Ernüchterung, der Zusammenbruch kommen wird. Es ist unwesentlich, wie dieser Raubzug genannt wird. Kommunistisch oder sozialistisch. Der Unterschied ist nur Etikettenschwindel. Die Linksorientierten haben im Nachkriegsdeutschland schnell die Schrecken des Kommunismus verharmlost, indem sie die kommunistischen Staaten zu sozialistischen umetikettiert haben.

Allerdings sollte auch nicht übersehen werden, daß den kommunistischen Staaten niemals Bedingungen gestattet worden sind, die einen positiven Ausgang des Experiments zugelassen hätten. Sie wurden vom allgemeinen und freien Warenverkehr und Technologietransfer ausgeschlossen. Ein Blick nach China zeigt auf, daß es auch anders hätte ausgehen können. Wohl gemerkt, diese Betrachtung bezieht sich nicht auf Menschenrechte und Freiheit. Sie ist rein wirtschaftlich.

Brot und Spiele halten das Volk ruhig

Ein gemeinschaftliches Merkmal aller kommunistischen Systeme war eine übergroße Geldmenge und das deswegen notwendige Preisdiktat für alle Produkte. Brot zu billig und Fernseher absurd teuer. In diesem Sinn sind alle westlichen Systeme schon lange - beginnend 1990 - den kommunistischen sehr nahe, denn die kursierende Geldmenge übertrifft den Wert der Waren und Dienstleistungen mittlerweile um das Hundertfache.

Weil wir aber generellen Überfluß haben, ist alles zu billig, insbesondere aber wieder Lebensmittel und Waren, die dem Zeitvertreib dienen. Brot und Spiele halten das Volk ruhig. Inflation gibt es trotz der überschäumenden Geldmengen nicht, denn Politik und Gewerkschaften halten die Geldmenge für den normalen Verbraucher auf niedrigem Niveau. Zudem kann die Industrieproduktion nahezu jede Nachfragesteigerung sofort mit schneller Lieferung befriedigen.

Man könnte denken, in einer Welt des Überflusses könnte der Kommunismus tatsächlich funktionieren. Betrachten wir dazu die Realität in Deutschland. Wer nicht arbeiten kann, darf oder will, wird immerhin soweit alimentiert oder betreut, daß er nicht hungern oder frieren

muß. Das reicht sogar noch aus für Millionen illegaler Migranten, die für unser Land noch keinerlei Beitrag geleistet haben. Wie in kommunistischen Ländern sind Lebensmittel subventioniert.

Millionen Menschen müssen zu Bedingungen arbeiten, die den Lebensunterhalt nicht abdecken können. Der Staat legt etwas drauf, was direkt in die Kassen der Arbeitgeber fließt. Der Lohn weiterer Millionen wird bestimmt vom Staat mit dem Mindestlohn. Wo ist da der Unterschied zu kommunistischen Systemen, wo der Staat über alle Löhne bestimmt? Wo der Staat festlegt, mit wie wenig Lohn die Unterschichten auskommen müssen?

Die "Reichen" werden zur neuen Nomenklatura

Mit den Corona-Subventionen ist eine neue Stufe erreicht. Wer nicht arbeiten darf, wird einfach alimentiert. Allerdings mit einer gewissen Willkür. Und zwar sowohl was die Alimentierten als solche betrifft, als auch was die Höhe der Geschenke ausmachen darf. Gerade der Mittelstand, also auch kleinere Selbstständige, sind zunächst gezwungen gewesen, ihre Reserven aufzubreuchen. Jetzt, im zweiten Lockdown, sind sie verbraucht und so wird die ganz große Gießkanne ausgepackt. Pauschal 75 oder 80 Prozent des Einkommens im November 2019 soll einfach so ausgezahlt werden.

Auch das ist Willkür, denn was soll zum Beispiel ein Schauspieler machen, dessen Engagement im Oktober 2019 endete und der im November beschäftigungslos war? Und warum 75 Prozent? Darf der Staat jemandem das Arbeiten verbieten und dann bestimmen, daß er mit 75 Prozent dessen auskommen muß, was er bislang erwirtschaften konnte? Das Insolvenzrecht ist ausgesetzt. Wie im Kommunismus kann jetzt niemand mehr Pleite gehen. Faktisch kann man das schon noch, aber die Statistik weist es nicht aus und wenn es so weit ist, werden Corona-Hilfen ausgezahlt. Es ist müßig, weitere Ungereimtheiten aufzuzählen.

Der Zustand ist, daß der Staat nach und nach immer mehr Unternehmen Geld zuweist und es ist absehbar, daß er eine Unmenge an Unternehmen ganz übernehmen muß, um deren Fortbestand überhaupt zu ermöglichen. Die gesamte Luftfahrt- und Tourismusindustrie ist schon so weit, realistisch betrachtet. So ist festzustellen, daß das gesamte Wirtschafts- und Finanzsystem bereits seit einem halben Jahr schon zusammengebrochen ist.

Das Leben, die Restwirtschaft, funktioniert nur noch, weil einfach Geld aus dem Nichts kreiert und verteilt wird. Im Gegensatz zu einer klassischen kommunistischen Machtübernahme hat man aber den "Reichen" nichts geraubt. Muß man auch nicht, wenn man Geld einfach drucken und ins System spülen kann. Da werden die "Reichen" einfach zur neuen Nomenklatura.

Wechselnde Verordnungen ohne parlamentarische Kontrolle

Was wir zur Zeit erleben, ist mit den klassischen Gesetzen der Ökonomie nicht vereinbar. Es funktioniert nur noch, weil es auf dem Sockel des Überflusses steht. Das heißt aber auch, daß eine Rückkehr zu den alten Regeln schlicht unmöglich ist. Jedenfalls nach den alten Regeln. Neue gibt es noch nicht. Zumindest sind sie nicht veröffentlicht, wenn es sie geben sollte. Die aktuellen Regeln lauten: Der Staat bestimmt, wer arbeiten und Geld verdienen darf. Und er bestimmt darüber, wie viel jeder bekommt, der nicht arbeiten darf.

Die ständig wechselnden Verordnungen unterliegen keiner parlamentarischen Kontrolle. Die Staatsratsvorsitzende diktiert und wer quer schlägt, wird schnellstens "eingenordet". Wer Kritik übt, wird diffamiert und ausgegrenzt. Ich jedenfalls kann da keinen Unterschied erkennen zu den Zuständen in den ehemaligen kommunistischen Staaten und so sage ich: Willkommen im Corona-Sozialismus! Gibt es da einen Weg zurück?

Da sollten wir uns daran erinnern, wie es in den kommunistischen Staaten war. Wer nicht glauben will, wie weit das schon fortgeschritten ist, der möge bedenken, daß Herr Spahn jetzt ein Komplott mit Google gebildet hat. Google wird ab sofort nur noch Informationen des Ministeriums selbst in die ersten Treffer von Suchanfragen setzen. Das ist einem Informations-

monopol gleich und nochmals: Wo ist da noch der Unterscheid zum Kommunismus?
Gibt es doch eine Alternative für den Weg aus dem Corona-Sozialismus? Ja, die gibt es. In unserer Humanen Marktwirtschaft haben wir beschrieben, daß der Übergang zu diesem System, das dem Humanismus verpflichtet ist, den Zusammenbruch des alten Systems als Voraussetzung hat. Der ist da und so wäre es jetzt möglich, einen radikalen Systemwechsel zu vollziehen, ohne auf überholte oder sozialistische Konzepte zurückzugreifen. ...<<

Hinweise für den Leser

Einstellungstermin: 01.10.2024

Die PDF-Datei wird **kostenlos** zur Verfügung gestellt.

Rechtschreibregeln: Diese Chronik wurde nach den "alten Rechtschreibregeln" erstellt.

Zitate: Die zitierten Zeitzeugenberichte, Berichte von Historikern, Publikationen und sonstige Quellentexte werden stets mit offenen Klammern >> ... << gekennzeichnet.

Bei Auslassungen ... wurde sorgfältig darauf geachtet, daß der ursprüngliche Sinnzusammenhang der Zitate nicht unzulässig gekürzt oder verfälscht wurde.

Anregungen und Kritik: Für Anregungen bin ich stets dankbar. Sollten mir in dieser Chronik Fehler unterlaufen sein, bitte ich um Nachsicht und Benachrichtigung.

Urheberrechte: Alle Rechte vorbehalten. Diese Chronik ist ausschließlich für den privaten Gebrauch bestimmt.

Quellen- und Literaturnachweis

Die Quellenangaben kennzeichnen nur die Fundstellen. **Nach dem x wird der Buchtitel und nach dem Schrägstrich die Seite angegeben.**

Beispiel: (x363/79) = Geheime Mächte. Great Reset und Neue Weltordnung. COMPACT-Spezial Nr. 30, Seite 79.

x363	Elsässer, Jürgen (Hg.): <u>Geheime Mächte</u> . Great Reset und Neue Weltordnung. COMPACT-Spezial Nr. 30. Werder (Havel) 2021.
------	--

Internet

x1.000	https://www.kla.tv - März 2021
x1.004	https://charismatismus.wordpress.com - April 2021
x1.012	https://coronafehlalarm.de/wp-content/uploads/2021/02/corona-fehlalarm_anhang-immunitaet_2020-09-29.pdf - Mai 2021
x1.014	https://kenfm.de – Juni 2021
x1.022	https://dserver.bundestag.de/btd/19/224/1922435.pdf - September 2021
x1.032	https://erasmus-stiftung.de/mediathek-2/publikationen/ - November 2021
x1.041	https://dserver.bundestag.de/btd/19/268/1926898.pdf – Januar 2022
x1.042	https://dserver.bundestag.de/btd/19/224/1922454.pdf – Januar 2022
x1.045	https://dserver.bundestag.de/btd/19/224/1922446.pdf – Januar 2022
x1.046	https://dserver.bundestag.de/btd/19/224/1922449.pdf – Januar 2022
x1.057	https://www.rubikon.news/artikel/der-weg-in-den-krieg – Januar 2022
x1.061	https://www.rubikon.news/artikel/gralshuter-des-journalismus - Januar 2022
x1.091	https://horst-koch.de/corona-sozialismus-haisenko/ - April 2022
x1.138	https://www.kla.tv - April 2022